

Öko-punkte



**Ökostrom
von unten**

Termine, Kurzinfos...

*zu Anti-Atom, Verkehr, Naturschutz,
erneuerbare Energien, Öko-Landbau,
 Gentechnik und Umweltbildung*

Schwerpunkt:

Bewegung von unten



Der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen, BIs und Umweltgruppen

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

2 Sommer 2000
• Start ins Heft

Bitte veröffentlichen bzw. an die Presse geben!

Presseinformation (Kurzform)

Kommt Bewegung in die Politik?

Ö-Punkte-Sommerheft stellt neue Vernetzungsformen vor. Weltweite Aktions-Netzwerke sowie die wirkungsvollen Aktionen von London und Seattle im vergangenen Jahr haben den Blick auf neue Aktionsformen gelenkt. Sie stellen die in den 90er Jahren entstandenen politischen Strategien nachdrücklich in Frage. Sowohl linksradikal-verstaubte Demoblöcke und Kaderstrukturen als auch abgehobene und sich anbietende NGO-Strukturen erscheinen gegenüber den von unten organisierten Vernetzungs- und Aktionsformen z.B. der WTO-Protteste in Seattle wie erstarrte Gebilde ohne Ausstrahlung. Ihre Wirkung in der Öffentlichkeit ist gering, Polizei und Regierungen haben sich auf die immer wiederkehrenden Formen eingestellt und nur wenig neue Leute lassen sich gewinnen. Die Expo 2000 soll der breite Beginn von neuen Aktions- und Vernetzungsansätzen auch in Deutschland bzw. Mitteleuropa sein. Die "Ö-Punkte" bieten dazu Hintergrundinformationen: Wie funktionieren solche Vernetzungsformen, welche Ziele haben sie, welche politischen Konzepte werden verfolgt? Viele politische Gruppen hoffen, durch eine druckvolle Aktion am 1.6. gegen die Expo-Eröffnung die politische Debatte dahin zu entwickeln, daß Aktionen nicht Selbstzweck sind, sondern in Zukunft wieder tatsächlich in den politischen Alltag eingreifen, Normalität verändern können.

Ökostrom von unten

Ein zweites Schwerpunktthema der Ö-Punkte ist der Ökostrom. Gegen neoliberale Ökostrategien im Markt setzt die Kampagne "Ökostrom von unten" eine Demokratisierung von Stromverbrauch und -erzeugung. In einigen Regionen soll es damit jetzt losgehen. Über das Konzept und die Möglichkeiten informieren Sonderseiten.

Zudem prägen die bewährten sonstigen Rubriken von Anti-Atom über Politik von unten bis Chemie und Verkehr das Heft. Viele Seiten voller Informationen, Debatten, Termine und Hintergrundtexte.

Das aktuelle Heft und alle bisher erschienen Titel (kleine Bilder) mit spannenden Schwerpunkten sind nachzubestellen (5,- DM plus 2 DM Porto in Briefmarken für das erste, je 2 DM für jedes weitere Heft) bei der Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Der nebenstehende Pressefext macht Werbung für diese Ö-Punkte und das Projekt überhaupt. Wer Platz für weitere Texte hat, kann auch sonst alle Texte abdrucken – bitte mit Quellenangabe und Bezugsadresse der Ö-Punkte. Freianzeigen für die Ö-Punkte können bei der Redaktion bestellt werden.

Internet "Umweltschutz von unten" <http://go.to/umwelt>

Eigentumsvorbehalt
Gefangenen ist diese Zeitung direkt auszuhändigen. Zurhabenahme ist keine Aushändigung dieser Art. Bei Nichtaushändigung bitten wir um Rücksendung mit Begründung.



Herbst 1999: Tips für Gruppen

Spende
Wir bitten um Spenden für die "Ö-Punkte". Das Projekt ist nachwievor finanziell gefährdet – leider. Denn als Diskussionsblatt ist es sehr wichtig geworden. Und als Infodienst unersetzlich.
"Förderverein/Ö-Punkte", Nr. 928820.04
Volksbank Gießen, BLZ 51390000
Spendenbescheinigung auf Wunsch.

20x jährlich 1000 DM
Um auch eine dauerhafte Grundlage zu schaffen, suchen wir Einzelpersonen oder Gruppen, Institutionen, ASTAs oder andere, die jährlich 1000 DM für die Ö-Punkte geben. Dann wäre die Hälfte der Kosten gedeckt – den Rest schaffen wir dann (hoffentlich)!



Frühjahr 1999: Expo 2000

Aktive RedakteurInnen gesucht!
Die "Ö-Punkte" brauchen kreative und engagierte Leute in der Endredaktion ... für Layouts, Textrecherchen, das Zusammenhalten des ganzen Ladens, die fehlenden Rubriken, Anzeigenakquise und das technische Drumherum. Überall oder auf Zeit/in der WG der Projektwerkstatt ... dort dann auch mit Zeit für eigene Ideen. Ein Bett ist immer frei – und auch die Chance für das Lernen, wie so eine Zeitung entsteht.
Infos und Verabredung zum Kennenlernen unter 06401/903283 oder 0171/8348430.



Sommer 1998: Direkte Demokratie

PR-Arbeit

Die "Ö-Punkte" erreichen ca. 12.000 Kontaktadressen. Die Informationen werden von ca. 20 Einzelredaktionen gesammelt – ein jetzt schon einzigartiges Vernetzungsprojekt. Aber: Wir sind noch lange nicht am Ende. Weitere Verteiler, z.B. Fachmagazine, Rundbriefe usw. sollen angesprochen sowie weitere Mitwirkende geworben werden.

Die Ö-Punkte-Themen bekannter machen – das ist eine wichtige Sache. Daher bitten wir um Veröffentlichung des nebenstehenden Textes oder Weitergabe an die Presse.



Startausgabe 1997: Windenergie



regelmäßig ... die drei Varianten:

1. Mit anderen Rundbriefen, Zeitschriften, über Verbände und Netzwerke (siehe Seite 63 sowie in allen Rubriken rechts oben)
2. Als Perspektiven-Abo (4x Ö-Punkte plus 4-6mal Perspektiven-Rundbrief) für 40 DM/Jahr (bzw. Förder-Abo ab 60 DM).
3. Als Normal- (20 DM/Jahr) oder Förder-Abo (ab 40 DM/Jahr).



Herbst 1998: Utopien

Schwerpunkt

Impressum7
 Presstext2
 Inhalt, Vorwort3
 Debatten4

Aus aller umWelt

Öko-Kommerz, Agenda 215
 Al Gore, Kurzinfos6

Bewegung von unten

Intro, Horizontale Vernetzung8
 Aktionen von unten, Seattle10
 Interne Strukturen12
 Expo als Startschuß?14
 Gegenbeispiele16
 Autonome Strukturen18

Rubriken

Abfall19
 Anti-Atom20
 Chemie & Industrie22
 Energiewende24
 (mit "Ökostrom von unten")
 Freiräume28

Perspektiven Kurz notiert von A - Z

Gentechnik30
 Landschaft und Naturschutz32
 Ökologischer Landbau34
 Politik von unten36
 Tierrechte/Tierschutz38
 Über den Tellerand40
 Umwelt&Entwicklung44
 Umweltbildung37
 VerbraucherInnenpolitik44
 Verkehr42

Widerstand

Widerstand45
 Weltwirtschaft,
 Neoliberalismus46
 Anti-Expo-Kalender48

Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit54

Ö-Punkte-Verteiler, Zeitschriftenliste55



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

Start ins Heft



Hinweise

Alle Themenredaktionen sind autonom und für ihre Texte und Abbildungen selbst verantwortlich. Dazu gehört auch der Stil sowie die Wahl der männlichen, weiblichen oder geschlechtsneutralen Sprachform.

Ausnahme sind alle mit (*) gekennzeichneten Texte, die während der Endredaktion direkt an diese geschickt und von dieser bei ausreichendem Platz in den Rubriken eingefügt wurden.

Ökostrom ... aber von unten!

O.K. Diesmal soll das Vorwort mal von einer konkreten Idee geprägt sein. Über die weitere Entwicklung politischer Bewegung ließe sich zwar im Moment auch nur philosophieren – der 1.6. als Haupt-Aktionstag im Expo-Widerstand und damit auch als erster gemeinsamer Aktionstag einer "Bewegung von unten" soll schließlich einiges aufbrechen und Dinge möglich machen, die bisher als nicht machbar erschienen. Von dort aus soll die Reise zu einer "Gegenmacht von unten" dann weitergehen – der Termin zum Nachfolgetreffen findet sich im Expo-Kalender (Seite 48/49).

Reden wir hier über Ökostrom. Die "Ö-Punkte" beteiligen sich an dieser Idee. Gesucht werden Energie- und Anti-Atom-Initiativen, Umweltgruppen aller Art, aber auch Einzelpersonen vom ökostrominteressierten Haushalt bis zur Solarbastlerin. Unsere Idee ist, daß sie in den Städten und Regionen zusammenfinden und dort den Atomausstieg sowie den Ausbau regenerativer Energien ein Stück voranbringen. Wir üben Kritik an der Hoffnung z.B. einiger Umweltverbände und Ökostromanbieter, mit fetten Anzeigen gegen die großen Atomstromkonzerne bestehen zu können. Der liberale Markt ist kein guter Ort, eine ökologische Gesellschaftsperspektive umzusetzen.

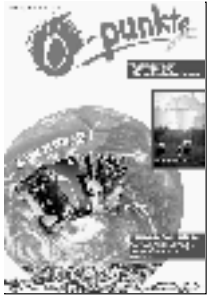
Wir machen daher einen anderen Vorschlag: Überall in den Städten und Regionen bilden sich Bündnisse für einen "Ökostrom von unten". Die starten die Öffentlichkeitsarbeit vom Vortrag über Infozeitungen, Plakate oder die Kennzeichnung von Häusern, die umgestellt haben, als atomstromfreie Zone. Gleichzeitig kümmern sie sich um um neue Anlagen – getreu dem Motto: Was in der Region an Ökostrom verbraucht wird, soll a oder Biomasse können Wege sein, die je n dann umgesetzt wird. Und damit das Gar hoffen wir, daß die Ökostromanbieter gehen und den regionalen Ökostrom-Bünden, ihre Ideen mit den Ökostromanbieter auch darauf verlassen zu fristig und glaubwürdig entstehen. Wind, Wasser, Sonne Lage vor Ort entschieden und dann auch Hand und Fuß hat, dannden formalen Schritt mitnissen die Möglichkeiten geals Partner umzusetzen und sich können, daß der Ökostrom langfließt.

Auf Seite 26/27 infor-Idee ... und freuen uns, sich melden und mitmi-überall!

Die nächsten "Ö-Punkte" machen das The-über die ersten laufenden Projekte in den Re-

mieren wir umfangreich über die wenn regionale Zusammenhänge schen. Ökostrom von unten –

ma zum Schwerpunkt. Wir hoffen, dann schon gionen berichten zu können.



Frühjahr 1998: Agenda 21



Frühjahr 1999: Weltwirtschaft



Winter 99/2000: Umweltbildung



Winter 1998: Naturschutz



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

4 Sommer 2000
● Echo und Diskussion

Rot kopiert sich nicht

Betritt: Ö-Punkte Frühling 00: „Wer Lust hat: Mittelseiten rausreißen und mitnehmen, aushängen, kopieren ...“

Liebe Leute,

habt Ihr schon mal versucht, etwas zu kopieren, das in schwarzer Schrift auf rotem Grund gehalten war? Wäre es nicht kopierfreundlich-sinnvoller gewesen, statt der roten Grundierung „nur“ mit einem roten Rand zu arbeiten? So bleibt einem/einer wieder nichts anderes übrig, also die Kopierer auf hellster Stufe laufen zu lassen und zu hoffen, daß mensch das dann auch wirklich noch lesen kann. Stellt Euch nicht stur gegen konstruktive Kritik (siehe auch Leserbrief von Bernhard Erkelenz aus Solingen auf Seite 7 der besagten Ausgabe) und ignoriert diese; wenn Ihr gelesen werden wollt, solltet Ihr auch lesbar sein!

Grüßlinge, Anna aus Berlin

Tjaja, das mit dem Rot stimmt natürlich – die Aufforderung zum Kopieren stammte noch aus der alten, schwarz-weißen Fassung. Diesmal wollten wir es hübscher, d.h. zweifarbig machen. Aber Kopieren ist dann natürlich schwierig. Wir haben an InteressentInnen Kopiervorlagen verschickt – als Notlösung. Und über das Layout wird weiter gut gestritten. Gegenwürfe, viele Informationen besser aufzubereiten, gibt es aber nachwievor nicht.

Die EndlayouterInnen

Immer wieder derselbe Schmarrn

Betritt: Ö-Punkte 1/00 – Pressemitteilung: Weniger Autos statt mehr Straßen

„Der Versuch, die Belastung von Menschen durch Straßenlärm und zerschneidende Straßen mit Hilfe immer neuer Straßen zur angeblichen Entlastung zu mindern, scheitert immer – einzige Folge sind noch mehr Autos, die immer neue Straßen rechtfertigen sollen.“

Ohne Autoproduktion eine Wirtschaftskrise. Und ohne die Steuern, die die Autofahrer bezahlen ist Staat pleite. So wie viele andere auch.

„Die „Ö-Punkte“ räumen mit dem Irrtum auf, daß Straßen gegen den Autovekehr helfen können.“

Von wegen. Es ist immer nur dasselbe peinliche Blabla. Wenn jemand viele Kinder hat, dann braucht er eine grössere Wohnung. Wenn es immer mehr Menschen gibt, brauchen wir mehr Häuser, mehr Autos und zwangsläufig mehr Straßen. Ihr könnt doch gerne ab sofort auf eure Autos verzichten. Dann wäre schon uns allen geholfen.

Gruss Georg Sliva

Debatten-Rubrik:

Was ist rechts?

Gegendarstellung zur Rezension des Buches „20 Jahre ödp“

So sehr es mich als Herausgeber freut, dass das Buch „20 Jahre ödp“ in den Frühlings-Ö-Punkten vorgestellt wurde, so sehr ärgert mich die Art, wie hier mit pauschal-flapsigen Sätzen eine ganze Organisation und ein ganzes Buch als rechts diskreditiert werden.

Wo bitte „melden sich nun die Rechts zurück“? Wer vertritt welche Inhalte? – Bitte etwas konkreter, damit auch ich die Kritik nachvollziehen kann ...!

Als einzigen „Beleg“ nennt Jörg Bergstedt das Vorwort Franz Alts – ein angeblicher „rechter Politiktheoretiker“. Dass Franz Alt als gern gesehener Gast Vorträge bei den Grünen hält, sich im Buch sogar von Gruhls Ausländerpolitik distanziert, lässt der Rezensent wohlweislich unerwähnt; ebenso, dass sich die ödp Ende der 80er Jahre im Streit von ihm getrennt hat. Apropos Herbert Gruhl: Unter Demokraten ist es nicht üblich, dass – wie im Stalinismus und Faschismus geschehen – unliebsame Personen aus den Geschichtsbüchern gelöscht und Fotos entsprechend retuschiert oder unterschlagen werden.

Abgesehen davon: Was ist mit den Beiträgen, die tatsächlich von ödp-Mitgliedern geschrieben wurden? – Ist der Beitrag von Rainer Schanne anti-emanzipatorisch, weil er eine gerechte Familienpolitik fordert? Ist Maria Opitz-Döllinger rechts, weil sie sich von linken K-Gruppen distanziert, die in der Gründungsphase als Trittbrettfahrer der Grünen auftraten? Ist Bernhard Suttner ein Faschist, weil er für ein „Maß halten im Lebens- und Wirtschaftsstil eintritt ...“?

Ich weiß es nicht. Sicher ist nur: Wenn Obiges zutrifft, dann sind auch die Neue-Revue-Kolumnistin Jutta Dittfurth und der NATO-Freund Joschka Fischer rechts, dann sind praktisch alle rechts... Es ist ja so schön einfach und macht einen gleich zum besseren Menschen, wenn man ... oh Entschuldigung ... mensch statt sachlicher Argumente nur alles als „rechts“ abzustempeln braucht.

Zum Schluss: Das Buch ist nicht im Eigen-, sondern im dolata verlag in Rimpar (ISBN 3-9805986-4-0) erschienen.

Mit freundlichen Grüßen ... raphael mankau

Briefe

Debatten sind gern gesehen. Die „Ö-Punkte“ wollen nicht nur ein Infodienst sein, sondern auch hinterfragen, als selbstverständlich geltende Positionen überprüfen und neue Ideen vorstellen.

Leider können wir nicht seitenweise Debattenbeiträge darstellen.

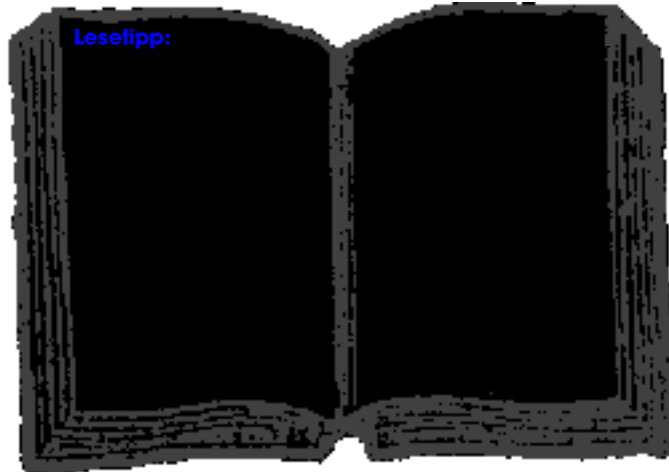
Verwiesen sei gerade für die Diskussion um Perspektiven auf das Perspektiven-Abo der „Ö-Punkte“ (40 DM/Jahr, mit Perspektiven-Rundbrief zusätzlich zu den Ö-Punkten) und auf unsere Internetseite:

<http://go.to/umwelt>

LeserInnenpost bitte schicken an:
Ö-Punkte
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Fax 06401/903285
oe-punkte@gmx.de

Wir behalten uns Kürzungen vor, die jedoch gekennzeichnet sind.

Echo auf Ö-Punkte-Texte



Projekt sucht ...

Die Suche/biete-Börse für politische Projekte, Gruppen und Einzelpersonen – **KOSTENLOS!!!**
Jede Anzeige erreicht 12.000 Umwelt-AkteurInnen! Für politische Projekte kostenlos bis ca. 10 Zeilen. Private Kleinanzeigen: Grundeintrag (bis 5 Zeilen a ca. 30 Zeichen) für 10 DM, jede weitere Zeile 3 DM.

Politische Zentren suchen ...

Inihaus Bad Oldesloe: Traktor für Umweltmobil gesucht. 04531/4512, jup@inihaus.de
Projektwerkstatt Saasen: Video-beamer, Kneipentresen und -hocker, Schneller PC. 06401/903283, projektwerkstatt@apg.wwbnet.de
Büro für mentale Randle: 4mal 30polige 16 MB-SIMM-Module, 600dpi-Laser-Drucker

Arbeitsausstattung gesucht!

Achtung: Wir vermitteln ständig Arbeitsgeräte und Aktionsausstattungen für politische Zentren – Computer, Telefone, Faxgeräte, Megaphone, Gruppenzelte, Traktoren, Bauwägen und vieles mehr. Wer etwas übrig hat, sollte sich melden. Bitte melden unter 06401/903283 oder projektwerkstatt@apg.wwbnet.de.

„Jobs“:

Aktive MitstreiterInnen für die „Ö-Punkte“ gesucht. Angesagt ist die Mitarbeit bei Layout, Vertrieb, Koordination und Finanzierung. Zudem können unbesetzte Themenredaktionen übernommen werden. Überall reinschnüffeln, Blicke hinter die Kulissen und vielleicht ja auch dauerhafte Mitwirkung für diese Zeitung. Bei Mitarbeit vor Ort. Für

ein paar Tage in der Endredaktionsphase oder auch für längere Zeit ist in der politischen WG der Projektwerkstatt ein Bett frei... auch zum Kennenlernen des Hauses!
Info: 06401/903283, oe-punkte@gmx.de



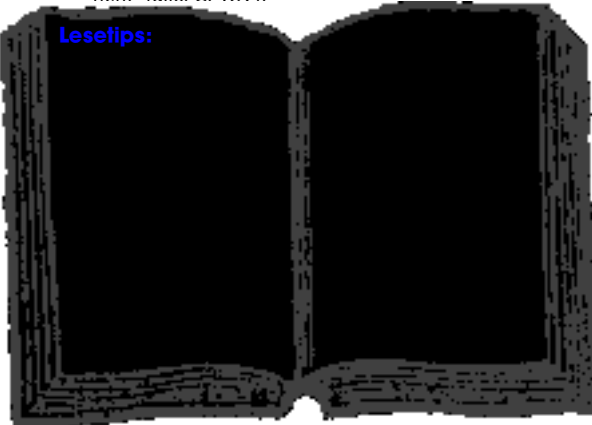
Ökobank & Öko-Anlagefirmen fast pleite! Krise im Öko-Kapitalismus

Größenwahn herrschte: Jedes Jahr steigerten ökologische Geldanlageprojekte ihre Projektgrößen, Anfragen zu kleineren Projekten wurden sogar abgelehnt – so mehrfach z.B. von der Ökobank, die sich für kleine, aus den Regionen selbst organisierte Biogas- oder Windenergieanlagen nicht mehr interessierte. Jetzt hat der Größenwahn Opfer gekostet. In einem Brief an alle Genossenschaftsmitglieder mußte die Ökobank mitteilen, daß, wäre sie nicht in einer Zwangsabsicherung von Banken, die Pleite drohe. Einige große Anlageprojekte seien schiefgegangen und waren nicht abgesichert.

Nicht viel anders geht es zur Zeit vielen Geldanlagevermittlern. Neue Projekte entstehen nur zögerlich, vielerorts haben Großfirmen die lukrativen Märkte übernommen. Offen geben PR-ManagerInnen der Ökofirmen zu, inzwischen kaum noch auf den Umweltbereich zu schauen, sondern ihre KundInnen über Zeitschriften wie Capital oder den Wirtschaftsteil der FAZ einzuwerben. Der seit Mitte der 90er Jahre geboomte Markt von Öko-Yuppies steht vor dem Aus – oder wächst noch stärker in Richtung Kommerzialität.

UmweltschützerInnen, die sich als antikapitalistisch verstehen, hatten vor dieser Entwicklung schon vor Jahren gewarnt und die Managementorientierung kritisiert: „Aus Umweltorganisationen und -betrieben werden Konzerne,

gegen die sich Umweltgruppen formieren. Schuld ist die Renditeorientierung, während andere politische Grundsätze wie Mitbestimmungsrechte, die internen Strukturen oder die Staatsnähe der Projekte unbeachtet blieben.“ (Bergstedt, J., 1998: Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz, IKO Frankfurt, S. 306). „Wer genauer hinsieht, stellt fest, daß in der Realität überall Öko-Konzerne mit klaren Machtstrukturen entstehen. Der Grund ist vor allem wirtschaftlicher Natur: Einziges Ziel ist der maximale Gewinn. BetriebswirtschaftlicherInnen drängen in den Öko-Bereich, Management ersetzt politisch gewollte Strukturen. Übrig bleiben auf Effizienz ausgerichtete Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen, deren Ziel das Geld ist: Wirtschaftsförderung vom Staat, maximale Gewinne aus der Arbeit selbst sowie, ganz modern, die Ausrichtung als Geldanlageobjekt für die reiche Schicht der linken BürgerInnen.“ (dito, S. 187).



Öffentlicher Aufruf zum Agendaforum: Bildet Bänke!!!

In Berlin geht von den Umweltverbänden im Agendaprozeß selbst ein Vorschlag aus, der ein neues Gremium schafft, in dem dann Wirtschaft, Verwaltung und Parlament der dominierende Block sein werden. Zudem werden BürgerInnen gänzlich ausgeschlossen, weil nur hochorganisierte Teile der Gesellschaft dort einen Sitz bekommen. Die „Ö-Punkte“ zitieren den Aufruf aus Berlin, der zeigt, wie Agenda-Arbeit geschieht:

„Liebe Agenda-Aktive, als Unterstützung für den gesamtstädtischen Agenda-Prozeß wird es Ende Juni/Anfang Juli die Konstituierung eines Agendaforums geben. Dieses soll unterschiedliche gesellschaftliche Interessengruppen zusammenführen. Die Interessensbereiche sollen sich auf „Bänken“ selbst organisieren.“

Folgende Bänke sind bisher vorgesehen: Wirtschaft; Arbeitnehmer und Arbeitslose; Wohlfahrt und Kirchen; Nicht-regierungsorganisationen (Umwelt und Entwicklung); Bildung und Wissenschaft; bezirkliche und kommunale Lokale Agenda Initiativen; Verwaltung; Parlament. Jede Bank soll aus vier VertreterInnen aus Berlin und mindestens eine/r aus Brandenburg also insgesamt maximal fünf Personen bestehen.

Dem Öffentlichen Arbeitskreis ist wichtig, daß sich möglichst viele aktiv in die

Bankbildung einmischen insbesondere bei der Besetzung der Bank bezirkliche und kommunale Lokale Agenda Initiativen. Wer also Interesse an der gesamtstädtischen Agenda 21 hat, am Informationsaustausch mit der Arbeit des Agendaforums teilhaben möchte oder selbst seinen Interessensbereich auf einer Bank vertreten will, sollte sich jetzt melden.

Mit freundlichen Grüßen gez. Stefan Richter

Kontaktadressen sind: Projektstelle Lokale Agenda 21, c/o GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 44339164, Fax -33, berlineragenda21@grueneliga.de

Oder Geschäftsstelle des Runden Tisches, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Tel. 20455709, Fax -3601, Runder-tisch.bb@t-online.de

Nachhaltige FÖJlerInnen-Probleme

Expokritische Texte haben in Berliner FÖJ-Zusammenhängen keine Chance. Begründet wird dies damit, daß die FÖJlerInnen ahnungslos sind und so oft sogar für die Expo oder die neoliberale Agenda 21 arbeiten würden. Und da dürfte mensch sie ja nicht aufschrecken ... Auszüge aus einem Brief:

„... als FÖJ-SprecherInnen der SNB wurden wir gefragt, ob wir es für gut befänden Deinen Artikel im FÖJ-Rundbrief selbiger zu veröffentlichen. Wir sind der Meinung, dass dieser Text dort fehl am Platze ist:

↳da die meisten der Menschen die derzeit ein FÖJ machen keine Ahnung haben was EXPO ist, EXPO bedeutet etc., das mag schade sein, ist aber so.

↳unserer Meinung nach dieser Text für Menschen, die sich noch nicht mit dem Thema beschäftigt haben nichtssagend und /oder abschreckend ist.

↳Begriffe wie Konfrontation, Widerstand, Neoliberalismus etc. gehören nicht mehr unbedingt zum Sprachgebrauch der Menschen die ein FÖJ machen.

↳die wenigen FÖJlerInnen, die noch politisch aktiv sind, sind in „nachhaltigen Agenda 21-NGOs“ aktiv, so dass Artikel, die einfach so voraussetzen, dass wir alle dagegen sind, kontraproduktiv sind.

↳es eine Reihe von FÖJ-Stellen gibt, die EXPO-Projekte sind.

Wir finden, aber, dass Du ein wichtiges Thema angeschnitten hast, wir haben die Debatte auch schon versucht anzuzetteln und würden Dir anbieten, den Text in der „Neuen Pustebume – Mitteilungsblatt für alle derzeitigen, ehemaligen und zukünftigen FÖJlerInnen“ zu veröffentlichen. ...“

Neuer Umweltminister mit neoliberaler Laufbahn

Der neue Umweltminister von Schleswig-Holstein, Klaus Müller, ist ein typischer „Öko2000“ – jung (29 Jahre), dynamisch, ökoneoliberal. Das zeigt sein Lebenslauf und auch seine Aussage, dass er von Umwelt zwar keine Ahnung hat, aber von Wirtschaft und Finanzen ... und das sei ja wichtiger. Lebenslaufauszüge:

1992 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

1997 Abschluss als DiplomVolkswirt, während des Studiums Mitarbeit am Schleswig-Holsteinischen Friedensforschungsinstitut (SCHIFF) und am Institut für Weltwirtschaft (IfW), einer Einrichtung, die für den Neoliberalismus wirbt.

Seit 1998 Angestellter bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein.



Sommer 2000

• Aus aller umWelt



Lesetipp

Antje Schneeweis
Mein Geld soll Leben fördern
(1998, Matthias-Grünewald-Verlag in Mainz, 240 S., 34 DM)
Was passiert mit meinem Geld? Dieser Frage geht die Autorin in ihrem Buch nach. Sie wird getragen von der üblichen Euphorie. Gefreu dem neoliberalen Credo, daß freier Markt und Geldverkehr das beste Mittel ist, ein Ziel zu erreichen, setzen jetzt auch Ökos und MenschenrechtlerInnen auf die Spekulation. Das soll das Blatt wenden. Kritik wird weitgehend ausgeblendet, so auch in diesem Buch. Ob die Durchkapitalisierung des Umweltschutzes nämlich am Ende nicht die politischen Handlungsmöglichkeiten einschränkt, ist zumindest offen. Um einen Überblick über Anlagemöglichkeiten und Hintergründe zu bekommen, ist das Buch aber zu empfehlen.



Ö-Verteiler "Umwelt allg."

- BSÖ: Hochschul-Umwelt-Info
- BUND:
 - Niedersachsen
 - Nordrhein-Westf.
 - Thüringen
- BUNDjugend: Delegiertenpost
- Grüne Liga
 - Sachsen
 - Thüringen
- NABU Saarland
- Naturschutzjugend Baden-Württemb.
- Dt. Jugendbund für Naturbeobacht.
- Grün-alternatives Jugendbündnis
- JANUN

Al Gore als Ökologe im Wahlkampf?

„Präsidentenskandidat wird zum Umwelt-Schriftsteller“, titel der Öko-Rechtsaußen Franz Alt eine Pressemitteilung, in der er erneut Hoffnung auf den aktuellen Vizepräsidenten der USA legt. Dabei ist Al Gore's Ökobuch alles andere als ein hoffnungsvolles Umweltbuch. Vielmehr gehört er zu den Ideologen der Nachhaltigkeit, der wirtschaftsorientierten Ökologie, die eher zur Absicherung von Macht denn zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse dient. Hier die Originalmeldung von Franz Alt:

„Mitten im Wahlkampf hat der US-Vizepräsident Al Gore seinen Öko-Bestseller aktualisiert und neu aufgelegt. In Deutschland hat Gores' Buch „Wege zum Gleichgewicht“ („Earth in Balance“) bei seinem Erscheinen 1992 überwiegend positive Reaktionen hervorgerufen. Vor allem Umweltschützer und Grüne Parteien hatten damals große Hoffnungen in Al Gore gesetzt – sich aber inzwischen ernüchtert.

Der Vizepräsident hat in der aktiven Politik nur wenig von dem umsetzen können, was der Schriftsteller Al Gore gefordert hatte. In den USA war sein Buch schon vor acht Jahren heftig umstritten. Jetzt will Al Gore Präsident werden und legt noch einmal nach: „Ich bin stolz darauf, daß ich diese Worte 1992 geschrieben habe und ich bekräftige sie heute“, schreibt er mutig im Vorwort der Neuauflage, die nach Ostern erscheint.

Warnungen vor Klimakatastrophe und Treibhausgasen galten damals in den USA noch als „Öko-Extremismus“ oder allenfalls als „Öko-Romantik“. Besonders die Auto-Lobby der USA griff und greift den Präsidentschaftskandidaten der Demokraten scharf an. Er fordert „Nullemissionsautos“. Das helfe der Umwelt und schaffe neue Arbeitsplätze, behauptet Al Gore.

Der US-Vizepräsident besteht auch im jetzigen Wahlkampf darauf, dass Treibhausgas-Emissionen in den USA gesenkt werden müssten. Aber seine Regierung hat bisher darauf verzichtet, das Kyoto-Abkommen zur weltweiten Senkung der Treibhausgase dem Senat zur Ratifizierung vorzulegen. Dort haben die Republikaner die Mehrheit, die das Protokoll ablehnen. Zu den Gegnern des Kyoto-Abkommens gehört auch Al Gores Gegenspieler im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf, George W. Bush. Auch wenn Al Gore die Wahlen im November gewinnt, ist offen, ob er im Autoland USA seine gemäßigten Öko-Positionen je durchsetzen kann. In den USA leben 2,5 Prozent der Weltbevölkerung – aber diese verbrauchen derzeit über 30 Prozent aller Ressourcen auf unserer Erde.“

Kontakt: Dr. Franz Alt, alt@planNet.de, <http://www.sonnenseite.com>

Quelle: ECO-News – Die grüne Presseagentur

Protest gegen Bayer-Sponsoring

Scharfe Kritik am Sponsoring der Ausstellung „Naturfotos des Jahres“ durch die Pestizidabteilung der Bayer AG äußern die Coordination gegen Bayer-Gefahren und der Dachverband der Kritischen AktionärInnen. Seit dem 16. März werden im Insektarium des Kölner Zoos die Fotos gezeigt – mit finanzieller Hilfe des Chemiekonzerns. Die Ausstellung, die „die Schönheit und gleichzeitig die Gefährdung unserer natürlichen Umwelt bewußt machen“ soll, wird von der Zeitschrift natur organisiert.

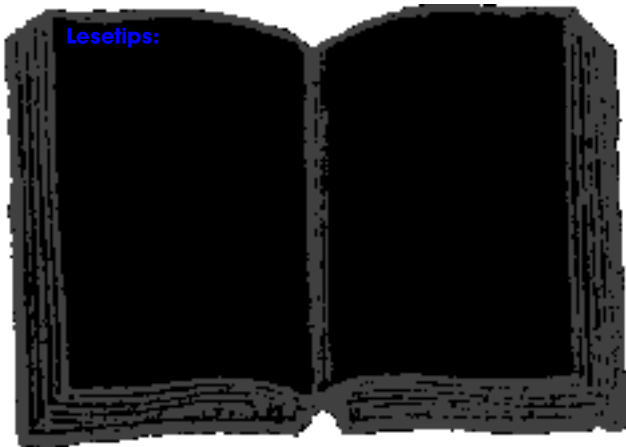
Macht die Agenda blind?

In der „Zeitschrift für befreiende Pädagogik“ nimmt Redakteur Heinz Schulze, gleichzeitig Leiter der Agenda-stelle in München, ausgiebig zur Kritik an der Agenda-Arbeit Stellung. Unter den vielen Erzählungen, die auch im Detail von falschen Darstellungen wimmeln, läßt eine Bemerkung den Atem stocken: Schulze wirft seinen GegnerInnen vor, wider besseren Wissens zu behaupten, die Agenda 21 spreche sich für die Atomkraft aus. Er hätte daraufhin die Agenda 21 nochmal genau gelesen und nichts dergleichen finden können. Was Schulze, offenbar agenda-erblindet, nicht hat finden können, sei an dieser Stelle nochmals zitiert (mensch beachte: „in allen (!) Ländern“):

„Die Staaten sollen ... eine sichere Zwischenlagerung, Beförderung und Endlagerung radioaktiver Abfälle sowie zur Endlagerung vorgesehener abgeklungener Strahlungsquellen und abgebrannter Kernelemente aus Kernreaktoren in allen Ländern, insbesondere aber in den Entwicklungsländern, durch Erleichterung des Transfers einschlägiger Technologien an diese Länder und/oder durch Rückgabe der Strahlungsquellen an den Lieferanten nach beendetem Gebrauch ... fördern.“ (Kapitel 22.4)

Lesetipp

Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein u.a.
Leitfaden zur Regionalentwicklung
(1997, AbL in Rheda-Wiedenbrück, 448 S., 32,80 DM)
Viel Papier zu einem erträglichen Preis. Es geht um Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Direktvermarktung und regionale Produktwerbung, Märkte, Gastronomie und mehr. Überall werden praktische Tipps geliefert



und Beispiele benannt. Förderrichtlinien und Adressen runden das Buch ab. Die Machfrage wird dabei allerdings zu zögerlich angegangen. So wird die Region zur Ergänzung der Globalisierung, aber nicht zu ihrer Alternative. „Von unten“ muß mehr sein als nur kleinere GmbHs, sondern Modelle, die den Menschen vor Ort die Macht über das Land und die Warenkreisläufe zurückgeben.

Projektwerkstatt

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

1. Tagungshaus
Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch. Preise z.T. nach Selbststeinschätzung.

2. Politische WG
Zum Ganzen gehört ein Wohnhaus für eine WG, die politisch aktiv sein will. Das Haus ist zur Zeit leer! Es wird eine Gruppe gesucht, die genau auf solch ein Leben Bock hat. Oder auch Einzelpersonen, die sich hier zusammenfinden.

3. Politisches Zentrum
Seit Jahren sind die Werkstätten, Bibliotheken, Archive und Gruppenräume Treffpunkt und Arbeitsort für politische Projekte (Zeitungsredaktionen, Bildungsarbeit, direkte Aktion usw.) Gute technische Ausstattung und viel Platz.

Möglich auch: Praktikum, Mitarbeit auf Zeit, ruhige Arbeitsplätze für Studienarbeiten etc.

Auch das noch!

Es wird eng auf unseren Friedhöfen – unter diesem Titel erschien im Eco-News-Presseservice eine Mitteilung der ganz besonderen Wichtigkeit – hier vollständig wiedergeben. UmweltschützerInnen haben merkwürdige Sorgen ...

„Um so mehr steht dieses Thema für Kommunen und Friedhofsämter auf der Tagesordnung: Die Erdbestattung bzw. Mehrfachbelegung von Grabstätten wird immer problematischer wenn nicht unmöglich. Die Ursachen sind knapper werdende Friedhofsflächen und ungeeignete Bodenbeschaffenheiten. Dieses ökonomische und ökologische Problem läßt sich mit CEMSTRA Grabkammer-Systemen aus Beton auf pietätvolle und effiziente Weise lösen.

Die Grabkammern sind platzsparend, haben eine integrierte Grabsteinfundamentierung, können einfach eingebaut und wieder belegt werden. Die Grabkammern sind in Rahmenbauweise sowie in monolithischer Bauweise erhältlich. Durch die Zufuhr von Sauerstoff ist der Zerfallsprozess durch ein Entlüftungs- und Geruchsfiltersystem auf natürliche Weise gewährleistet. Die Mindestruhezeiten sind somit definierbar und einer Zweitbelegung steht nichts im Wege. Ohne große Erdbewegungen muß lediglich ein Pflanztrog oder eine Abdeckplatte abgehoben werden. Nachsackungen werden vermieden.

Für den bundesweiten Vertrieb der Grabkammer-Systeme ist die CEMSTRA mit Sitz in Möhnesee-Wippringsen zuständig. Die Gesellschafter sind ...“

Ö-termine

Jugendcamp

17.-24.6. in Cham
Jugendaktionscamp „Lebensstil(e)leben“
 Internationale Zukunftsbaustelle „Lifestyle 2000“ (steht da echt ... im Ankündigungsfaltblatt). Themen: Ökodorf, Steinzeit, Kloster, Zeitwerkstatt, Lebensstile von Tieren und Pflanzen ... 125 DM.
 Info: Naturschutzjugend im LBV, Eisvogelweg 1, 91161 Hilpoltstein, 09174/4775-51, Fax -75, naju-bayern@lbv.de

Der Bücherfisch, der paßt!

Thema „Tips für Basisgruppen“

- Aktionsmappe Umwelt** **29,80 DM**
Leitfaden für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen usw. Tips für Aktionen, Finanzbeschaffung, Pressearbeit, kommunalpolitische Forderungen usw. Dicker A4-Ordner.
- Graue Seiten** **5,- DM**
Ständige aktualisierte A6-Broschüre mit knapp 1000 Adressen. Besonderheiten: Die meisten Adressen sind kommentiert, thematisch sortiert einschl. der thematischen Arbeitskreise von Verbänden, Internet- und eMail-Adressen. A6, 64 S.
- Jugendaktionsmappe Umwelt** **24,80 DM**
Wie die Aktionsmappe, aber für Jugend- bzw. SchülerInnengruppen. A4-Ordner
- Mitbestimmen – Mitwelt gestalten** **4,- DM**
Informationen über Mitbestimmungsmöglichkeiten für Jugendliche, sinnvolle Organisation von Jugendparlamenten und -foren. A5-Broschüre.
- Umweltprogramm einer Gemeinde** **4,- DM**
A4-Heft zu den verschiedenen Umweltbereichen und dem, was kommunalpolitisch gefordert werden sollte. Etwas veraltet, daher jetzt billiger. A4, 64 S.

Umweltschutz: Kritik und Perspektiven

- „Agenda, EXPO, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz“** **39,80 DM**
Informationen über den Filz zwischen Umweltschutz, Staat und Wirtschaft. Parteileute in Vorständen, Abhängigkeiten. Kontakte zu rechten und esoterischen Gruppen. Kommerzialisierung und Etablierung. Eine grundlegende Kritik. Buch, mit ca. 1000 Quellen (400 S., A5, IKO-Verlag)
- CD zum Buch** **49,80 DM**
Mit allen Quellen des Band 1 ... und noch viel mehr. Als PDF mit Volltextsuche und als TIFF zur Originalbetrachtung. Mit Programmen für Windows, DOS, Linux und Mac.
- „Agenda, Expo, Sponsoring – Perspektiven radikaler, emanzipatorischer Umweltschutzarbeit“** **39,80 DM**
Analyse der Situation und neue Strategien für eine Umweltschutzarbeit, die die Menschen zu den Akteuren macht – Umweltschutz von unten. Kapitel zu Umweltbildung, Naturschutz, Ökonomie usw. Buch mit Entwürfen und Statements (280 S., A5, IKO-Verlag)
- ACHTUNG: Angebot eines Gesamtpaketes (2 Bände, CD)** **115,- DM**
- CD Umweltschutz von unten“** **10,- DM**
Ö-Punkte, Positionspapiere "Umweltschutz von unten" und mehr als PDF – zusammen mit dem Acrobat Reader als Textleseprogramm.
- Nachhaltige Weltbilder** **7,- DM**
Sammlung von kritischen Texten, Aufsätzen usw. zum Thema. Sie zeigen, daß die Agenda- und Nachhaltigkeits,welle" aus Unwissenheit oder mit dem Ziel, tatsächliche Veränderungen zu verhindern, entstand. A5, 192 S.
- Infopaket „Umweltschutz von unten“** **6,- DM**
Über 10 Positionspapiere zu verschiedenen Themen wie Agenda 21, Direkte Demokratie, Militanz, Umweltbildung, Öko-Neoliberalismus usw., zusätzliche Übersichten.
- Reader des Instituts für Ökologie** **je 12,- DM**
– Agenda 21 – Chance oder Mythos? – Baubiologie
– Ökonomie von unten – Software für UmweltschützerInnen
– Politik von unten
Die Reader enthalten verschiedene Texte und Aufsätze zum Thema. Je 60-80 Seiten, A4.

Thema „Widerstand“

- Das System ist schuld ...** **3,- DM**
Analyse der Ursachen und VerursacherInnen der Umweltzerstörung und Unterdrückung von Menschen. Begründung radikaler Perspektiven und Forderungen. A5-Heft.
- Sonderheft „Chemie und Gentechnik“** **2,- DM**
Ein Heft voller Hintergrundberichte über die Chemiekonzerne, die IG Farben, Genversuche usw. Mit Adressenliste. Stand: Januar 1997.
- Stören. Blockieren. Sabotieren.** **3,50 DM**
Tipps fürs Anketten, Blockaden und andere direkte Aktionen. Mit vielen erklärenden Zeichnungen. A5-Broschüre, 24 S.

Der Infodienst „Ö-Punkte“

- „Ö-Punkte“** **5,- DM**
Viermal jährlich, der Infodienst für Basis-Umweltgruppen. Infos aus allen Themenbereichen: Verkehr, Anti-Atom, Abfall, Politik von unten, Gentechnik und viele weitere Themen. Aktuelle Übersicht über Widerstandspunkte. 1 Heft 5 DM, ab zweitem Heft 2 DM.
 – Startausgabe: Schwerpunkt Windenergie – Sommer 1999: Expo 2000
 – Frühjahr 1998: Agenda 21 – Herbst 1999: Tips für Gruppen
 – Sommer 1998: Direkte Demokratie – Winter 1999: Umweltbildung
 – Herbst 1998: Utopien/Perspektiven – Frühjahr 2000: Verkehr
 – Winter 1998: Naturschutz im Abseits? – Sommer 2000: Bewegung von unten
 – Frühjahr 1999: Weltwirtschaft – Herbst 2000: Ökostrom (ab 1.9.)

Abopreis pro Jahr (4 Hefte mit Versand) 20,- DM
Abo „Perspektiven“ (zus. Perspektiven-Rundbrief) 40,- DM

Infopaket über die Saasener Projektwerkstatt 3,- DM
 Info-Faltblätter zum Tagungshaus, zu den Werkstätten ... (kostenlos bei Bestellung)

Hinweis:
 Wer hat Lust Solche Bücher auch selbst zu vertreiben, z.B. auf Bücherfischen??? Wir suchen „Ö-Depots“ als Weiterverkaufsstellen!

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

● Aus aller umWelt



Gruppe Landfriedensbruch

Bücherfisch

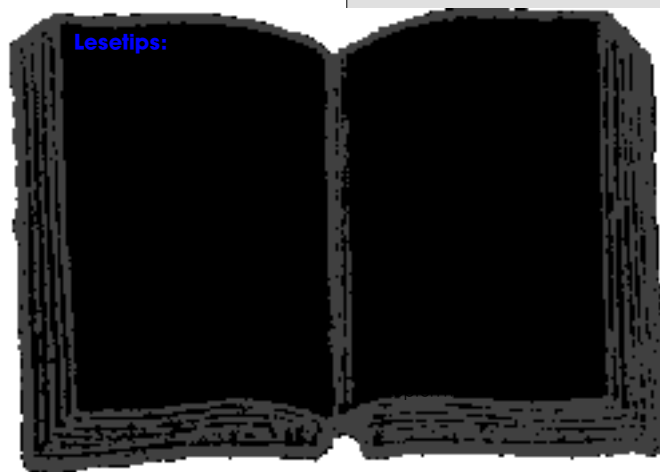
c/o Projektwerkstatt,
 Ludwigsstr. 11
 35447 Reiskirchen
 Tel. 06401/ 90328-3,
 Fax -5
 landfriedensbruch
 @gmx.de

„Geschäftsbedingungen:
 Bis 20 DM; Bitte selbst berechnen und als Scheck, Schein oder in Briefmarken beilegen oder überweisen auf unser Konto "Förderverein", Nr. 92881903, bei der Volksbank Gießen, BLZ 51390000. Beleg wird auf Anforderung beigelegt. Pauschale für Versand/Porto 2,- DM. Ab 20 DM gegen Rechnung. Bezahlung dann innerhalb von 14 Tagen rein netto. Porto nach Aufwand.

Hinweis:
 Wenn durch diesen kleinen Bücherversand Gewinne entstehen, werden sie für die Arbeit im Aufbau des Widerstandes insgesamt bzw. der Projektwerkstatt verwendet. Daher möchten wir darum bitten, für das, was wir Euch schicken, auch zu bezahlen. Danke.

Wir ziehen mit dem Bücherfisch auch auf Kongresse und Tagungen. Wer uns dabei haben will, sollte einfach mal anrufen oder schreiben.

In der Projektwerkstatt sind die Bücher direkt zu kaufen. Das Haus ist ohnehin eine Reise wert: Wohnhaus, Seminarhaus, Archive und Arbeitsräume.



Mehr "Ö"s in dieser (um)Welt!

Wir brauchen 20x 1000 DM oder 40x 500 DM zum Überleben!!!

Zu diesem Schwerpunkt ...

Warum soziale Bewegung von unten?

Die massiven Proteste der Global Action Days (j18 London, n30 Seattle, mayday) markieren eine Wende der globalen Widerstandskultur. Der vorläufige Erfolg, institutionalisierte politische und ökonomische Macht direkt angegriffen und blockiert zu haben, ist zu einem großen Teil auf die Wirksamkeit eines neuartigen Organisationsmodells von Widerständigkeit zurückzuführen. Verbunden mit ei-

ner Ablehnung zentralistischer Koordination (hierarchische Struktur, rigides Streben nach inhaltlicher Übereinstimmung bis zu Detailfragen, ausgrenzende Bündnispolitik) entwickelt sich vielerorts ein Typus sozialer Bewegung, der nach dem Prinzip der horizontalen Vernetzung funktioniert. Diese Graswurzelszusammenhänge sind nicht nur in der Lage, die Machtfrage „auf der Straße“ durch das

Emanzipatorische Bewegungsansätze:

Widerstand wächst



Zu horizontalen Organisationsformen und direkten Aktionen

Was ist eine horizontale Organisationsform?



Diese Frage zu beantworten ist wie die Frage „Was ist Anarchie?“ zu beantworten. Dabei ist die Antwort kurz und einfach. Anarchie ist wenn kein Mensch über einen anderen herrscht. Punkt. Basta.

Ich bin überzeugt, daß die meisten Menschen eine horizontale Organisationsform kennen und schon praktiziert haben: Habt ihr schon mal eine Party erlebt wo es keinen festen DJ gab, sondern wo je nach Laune und Stimmung alle mal hin und wieder eine CD aufgelegt haben?

Die horizontale Organisationsform ist keine neue Erfindung. Eine Möglichkeit etwas zu definieren, ist zu sagen was es nicht ist. Eine horizontale Organisationsform steht einer hierarchischen (vertikalen) Organisationsform gegenüber.

Ein Grundsatz des Anarchismus fordert die Anwesenheit des Ziels in den Mitteln. Eine freie Gesellschaft kann man nicht mit unfreien Mitteln erreichen, ein friedliches, harmonisches Nebeneinander nicht mit Dynamit herbeibomben. Eine horizontale Organisationsform ist also ein notwendiger Schritt um eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu erreichen.

Etwas horizontal organisieren heisst, die Sachen so zusammen planen, organisieren, ausführen, daß alles womöglich herrschaftsfrei abläuft.

Wie soll das gehen?

Ganz einfach: In dem man auf Dezentralisierung und Autonomie achtet und diese respektiert. Gegenthese: „Das kann vielleicht in deiner WG beim Abspülen funktionieren aber nicht bei 100 oder 1000 Menschen, schon gar nicht bei einer ganzen Gesellschaft!“ Jedoch: Ob es bei einer ganzen Gesellschaft funktioniert steht noch offen. Es gibt rezente Beispiele, bei denen eine solche Organisa-

tionsform bei einer großen Anzahl von Menschen sehr erfolgreich war: die Proteste in London (18. Juni 1999) und Seattle (30. November 1999).

Für uns ist die Vorstellung solcher soziologischen Prozesse sehr schwer, weil wir nix anderes als Herrschaft und Kapitalismus kennen und vom Kindergarten an gewohnt sind, dass ein wichtiger Mensch das Sagen hat und die anderen gehorchen müssen. Aber zu Zeiten, wo große Teile der Menschheit noch auf Selbstorganisation angewiesen waren, waren solche horizontale Prozesse selbstverständlich. Während der anarchistischen Revolution in der Ukraine 1918-21 (Machno-Bewegung) gab es angeblich Koordinationstreffen mit 20.000 Leute! Die wenigsten konnten lesen und schreiben. Es gibt leider keine Dokumentation davon, wie so ein Treffen ablaufen konnte. Die Regionen, die bei diesem Widerstand mitgemacht haben, sollen ein bis zwei Millionen Menschen gehabt haben.

Heute: Kollektive Identitäten und Internet

Als Beispiele möchte ich zwei interessante Phänomene erwähnen. Erstens: Kollektive Identitäten lassen sich heute dadurch schaffen, dass allen klar wird, dass die Macht und das Kapital an immer wenigen Stellen sehr stark konzentriert und angehäuft sind. Zum Beispiel in mächtigen Insti-

Redaktion des Schwerpunktes "Bewegung von unten"

Erstellt auf dem Ostercamp "Bewegung von unten" in Saasen sowie in der Endredaktionsphase.

Die Texte stammen von verschiedenen AutorInnen aus dem Expo-Widerstand, direkten Aktionsgruppen und dem Umweltschutz-von-unten-Netzwerk.

Autor des Textes rechts

Luciano, Freiburg



Mittel der direkten Aktion zu stellen und dadurch mehr in politische Prozesse zu intervenieren, als es zentralistisch konzipierte Proteste in der letzten Zeit vermochten, sie stellen die Machtfrage auch innerhalb des eigenen Zusammenhangs. Diese Bewegung, die die Abschaffung von Herrschaft anstrebt, organisiert sich entschieden in einer nicht herrschaftsförmigen Weise und beginnt mit der Verwirklichung einer radikalen Utopie in der eigenen Struktur.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe soll verschiedene Aspekte einer Bewegung von unten behandeln und dabei nicht nur die Schwächen hierarchischer Organisation problematisieren, sondern auch eine Klärung von Begriffen bemühen. Zudem sollen aktuelle Tendenzen etablierter NGOs, statt einem Konfrontationskurs den Dialog und die Beteiligung an der Macht zu suchen, kritisch bewertet werden.



Reclaim the Streets!

RTS ist nur ein Plenum, ein Treffen, keine Organisation. RTS London bezeichnet sich als Desorganisation. Die RTS-Plenas treffen nur wenige kollektive Entscheidungen. Sie werden hauptsächlich dazu benutzt um Ideen auszutauschen, Mitteilungen zu machen, Absprachen zu machen, neue Kontakte zu knüpfen usw. Aber die eigentliche Organisation bleibt bei kleinen Organisationsgruppen die selbständig ihre Aktion im Rahmen der RTS planen. Die RTS Aktion selbst macht dann diesen Prozess für die Zeit einer Party sichtbar. Die Aktion macht die TeilnehmerInnen zu aktiven GestalterInnen der Aktion.

tutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO), der G8-Gipfel oder symbolisch bei der EXPO 2000 in Hannover.

Zweitens: Wir haben Internet! Die Organisations-

form auf Internet ist horizontal, denn sie kann es gar nicht anders sein (solange nicht der Staat oder eine Kontrollinstanz eingreift). Immer mehr Menschen, die einmal Zugang zu Internet kriegen merken, daß da eine andere Organisationsform herrscht, als wie man so eigentlich gewohnt ist. Alles ist zugänglich für alle. Emails auf einer Diskussionsliste ist wie laut im Plenum reden zu können - und auch noch anonym, wenn man das will. Ab einer gewissen Anzahl von Menschen die in einer Diskussionsgruppe mitmachen, ist es praktisch unmöglich eine Entscheidung zu treffen. Kein Mensch kann mir gegenüber seine Meinung durchsetzen, er kann sie nur in den Raum stellen. Diskussionen bestehen also „nur“ aus Vorschlägen, Mitteilungen, Meinungen und Interaktionen.

Wenn jemand einen Vorschlag gut findet, wird er oder sie es einfach umsetzen und/oder den Vorschlag an seine FreundInnen weiterleiten. Diese werden wiederum an andere weiterleiten etc. Gute Ideen verbreiten sich sehr schnell um die halbe Welt. Gute Vorschläge setzen sich durch, einfach weil sie gut sind. Diese Prozesse sind chaotisch, autonom, dezentral und Mensch kann sie fast nicht kontrollieren.

Chaos als herrschaftsfreie Ordnung

Chaos ist nicht Unordnung. Chaos ist Ordnung ohne Herrschaft. Wenn man die Bewegung der Kommunikationswege aufzeichnen könnte, würde mensch bestimmt Ähnlichkeiten mit der Chaostheorie finden. Apfelmännchen, Rauchwolken etc.

Aufprallen lassen!

Eine besondere Charakteristik einer Horizontalen Organisationsform, ist, daß viele unterschiedliche Meinungen, Aktionsformen aufeinanderprallen. Dieses Aufeinanderprallen kann Synergien auslösen und emanzipatorische Elemente kristallisieren lassen.

Es geht bei Horizontalen Organisationsformen nicht darum Kräfte zu bündeln und addieren, sondern sie miteinander aufprallen und multiplizieren zu lassen.

Eine Horizontale Organisationsform fördert die Bildung einer kollektiven Identität. Sie fördert ebenfalls das Selbstvertrauen und die Selbstorganisationsfähigkeit der Personen und Gruppen die mitmachen. Ein gegenseitiges Vertrauen unter den autonom agierenden Gruppen ist notwendig.

Ein weiterer interessanter Punkt: In einer Ausgabe des Spiegel mit Schwerpunkt Europa wurden fünf mögliche Szenarien für die Entwicklung Europas aufgezeichnet. Eines davon war massiver ziviler Ungehorsam in der Gesellschaft, die Menschen organisieren sich nach dem Modell des Internets.

Selbstkontrolle des Prozesses

Ein wichtiges Merkmal ist, daß es keine Gremien und Geschäftsstellen gibt, die eine Kontrolle ausüben, sondern

daß diese im günstigsten Fall aus einer immerwährenden Diskussion, kritischen Reflexion und Analyse heraus entsteht. Die Diskussionen grenzen dabei nicht aus, sondern dienen der Weiterentwicklung.

Wie ein Bienenschwarm!

Die Mobilisierungen nach Seattle oder Juni18th in London sind typisch für eine horizontale Organisationsform. Die meisten Menschen die an der Mobilisierung teilnehmen sind über ein großes Gebiet zerstreut. Sie kommen alle aus kleinen zerstreuten Zusammenhängen. Der Tag des Protestes macht diese Organisationsform kurz sichtbar. Es ist als würde ein großer Bienenschwarm ganz plötzlich zusammenkommen, ein Schwarm ohne Kopf und einer undefinierbaren Form, der genau an dem ausgemachten Tag gezielt stechen kann. (Dieser Vergleich stammt übrigens aus einem Artikel der Financial Times).

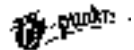
Links im Internet

Anti-Expo Eingangsseite mit Links zu verschiedenen Zusammenhängen: www.expo-no.de

Gegeninformationsbüro www.gibs.squat.net

Umweltschutz von unten <http://go.to/umwelt>

Peoples Global Action www.ogp.org



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

10

Sommer 2000

• Schwer-
punkt

Aktion von unten

Was für Bewegungszusammenhänge gilt, muß auch für Aktionen gelten: Die Freiräume, die durch Gruppen und Zusammenschlüsse entstehen, sind Eperimentierfelder für emanzipatorische Ideen. Aktionen müssen von unten organisiert werden – ohne Zentralen, ohne Dominanz und ohne die Gleichschaltung, die entsteht, wenn alle sich immer auf ein bis ins Detail gehendes Aktionskonzept und inhaltliche Positionen einigen müssen. Zudem führt das regelmäßig zu Dominanzen. Vielfalt wird eingeschränkt.

Die Aktionen von Seattle wurden weltbekannt durch genau diesen Stil. Es gab kein zentrales Konzept wie im Juni 1999 in Köln, wo die Marschrouten, die Kundgebungsbeiträge, ja selbst die Reihenfolge, in der die Menschen innerhalb der Demo gehen sollten, minutiös geplant war – von kleinen Kreisen, intransparent. Die Möglichkeiten der Selbstorganisation wurde gezielt verhindert durch fehlende Informationen, Stadtpläne usw.

Es lohnt sich, auch die Aktionen selbst zu verändern, nicht nur die Netzwerke, in denen sie vorbereitet werden.

Der 1.6. in Hannover ist der erste Versuch. Es ist eher unwahrscheinlich, daß schon alles klappen wird – schließlich ist vieles neu, bisherige Gewohnheiten werden kritisch in Frage gestellt. Dennoch besteht die Hoffnung, eine deutlich höhere Wirkung zu erreichen, Normalität an vielen Stellen zum Erliegen zu bringen und der Kapitalismusshow Expo 2000 deutlich zu zeigen: Ab heute ist die Ruhe vorbei! Danach muß eine Phase folgen, in der die Erfahrungen ausgewertet und wieder neue Aktionsideen entwickelt werden. Bewegung ist Bewegung, weil sie sich ständig bewegt!

Zu den Fotos:

Bilder aus Seattle vom
30.11.1999

Freie Menschen in freier Vereinbarung Gegenbilder zu Expo

Die Expo 2000 bietet kapitalistische Zukunftsvisionen – Mensch und Natur sind verwertet. Der Widerstand dagegen sucht die Konfrontation, thematisch übergreifend und direkt. Aber was wären die Alternativen? Rezepte für eine „Welt von unten“ kann es nicht geben, denn emanzipatorische Veränderung kann nur in einem Prozeß gleichberechtigter Menschen erfolgen. Doch Visionen und Konzepte müssen wieder formuliert und öffentlich gemacht werden.

Dieses Buch ist ein Schritt dazu. Die Themen: Selbstorganisation und Selbstentfaltung, Emanzipatorisch, Visionen und Konzepte zu Ökonomie, Gleichberechtigung, internationale Gerechtigkeit und das Verhältnis von Mensch und Natur.

Erscheint im Juli 2000. Mitten in die Kämpfe gegen die Expo. A5, 192 Seiten.

Achtung: Bis zum 1. Juli gelten besondere Preise für die Vorbestellung:

- Einzelexemplar: 16,80 DM
- Ab 5 Bücher: 12 DM.
- Ab 10 Bücher: 10 DM
- Ab 20 Bücher: 8 DM.

Bestellung an: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.
Tel. 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wwbnet.de



Starhawk (deutsche Fassung des Originalberichts):

How we really shut down the WTO

Es ist jetzt zwei Wochen her seit dem Tag, als ich im Morgengrauen aufstand, um an der Blockade teilzunehmen, die die Eröffnungsveranstaltung der WTO Ministerkonferenz lahmgelegt hat. Seit ich aus dem Gefängnis entlassen wurde, habe ich die Medienberichterstattung gelesen und versuche aus der Widersprüchen zwischen dem, was ich erlebt habe und dem, was berichtet wurde, einen Sinn zu erkennen. Zum erstenmal, als wir riefen „die ganze Welt schaut auf uns!“, sagten wir die Wahrheit. Ich habe noch nie so viel Medienöffentlichkeit während einer politischen Aktion erlebt. Jedoch ist das meiste, was geschrieben wurde, so falsch, daß ich nicht weiß, ob ich das für eine Verschwörung halten soll oder ob es einfach Inkompetenz ist. Die Berichte haben sich endlos um ein paar zerbrochene Fenster gedreht und dabei das DAN (Direkte Aktion Netzwerk) komplett ignoriert, das die gewaltfreie Aktion organisiert hat, an der mehrere tausend Leute teilgenommen haben.

Die Wahrheit darüber, was den Erfolg der Aktion ausgemacht hat, wird verschwiegen. Um ihr brutales und dummes Verhalten in der Situation zu verteidigen, behauptete die Polizei, daß sie „nicht auf die Gewalt vorbereitet“ gewesen wären. In Wirklichkeit waren sie nicht auf die Gewaltfreiheit und die Entschlossenheit der zahlreichen Teilnehmerinnen vorbereitet. Dabei fanden die Vorbereitungen in öffentlichen Versammlungen statt und die Strategie wurde nicht verheimlicht. Meine Vermutung ist es, daß unser Organisationsmodell und Entscheidungs-

prozess ihnen so fremd war, weil es sich von ihrem hierarchischen Modell unterschied, daß sie buchstäblich blind waren für das, was direkt vor ihren Augen passierte. Was sich autoritäre Menschen unter Leitung vorstellen, ist eine Person (meistens ein Mann) oder eine kleine Gruppe, die aufsteht und alle anderen sagt, was sie zu tun haben. Macht ist zentralisiert und fordert Gehorsam. Im Gegensatz dazu war unser Modell von Macht dezentralisiert und die Leitungsrolle lag in der ganzen Gruppe. Menschen wurden ermutigt, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, und die wenigen zentralen Strukturen dienten nur zur Koordination, nicht zur Kontrolle. Als Ergebnis hatten wir eine große Flexibilität, auf Situationen zu reagieren, und die Leute wagten Sachen, die sie niemals getan hätten, wenn sie jemand dazu aufgefordert hätte. Hier sind einige der Schlüsselaspekte unseres Organisationsmodell:

Training und Vorbereitung

In den Wochen und Tagen vor der Blockade, gab es dreistündige Workshops zu gewaltfreien direkten Aktionen, die sowohl in die Geschichte und Philosophie der Gewaltfreiheit einführten, als auch realitätsnahe Übungen durch Rollenspiele, die Teilnehmerinnen in das Verhalten in Streßsituationen durch Polizeirepression einführten. Unter anderem wurden gewaltfreie Taktiken, Entscheidungsfindung, Verhalten bei Verhaftungen, solidarische Strategien und rechtliche Aspekte erlernt und geübt. Außerdem gab es Trainings und Ausbildungen in Erster Hilfe, Blockadetechniken, Straßentheater, Moderation und anderer Aufgaben. Obwohl viele tausend Andere an der Blockade beteiligt waren, die an diesen Vorbereitungen nicht teilgenommen hatten, gab es eine Kerngruppe, die



auf die Polizeibrutalität vorbereitet und deshalb in der Lage war, die anderen zu stärken. Auch im Gefängnis habe ich viele Situationen erlebt, in denen sich die Leute wie im Rollenspiel geübt verhielten. AktivistInnen waren in der Lage, die Mitglieder ihrer Gruppe davor zu schützen, einzeln herausgegriffen zu werden. Diese Solidaritätstaktiken, die wir vorbereitet hatten, waren tatsächlich in der Lage, das funktionieren des Systems zu blockieren.

Gemeinsame Vereinbarungen

Jede/r Teilnehmer/in an der Aktion sollten sich mit einem gewaltfreien Selbstverständnis einverstanden zu erklären: Keine Gewalt, weder physisch noch verbal zu benutzen, keine Waffen zu tragen, keine illegalen Drogen und Alkohol mitzubringen und kein Eigentum zu zerstören. Diese Grundsätze galten nur für die Aktion am 30.11 und waren keine Lebensphilosophie, weil allen klar war, das es eine Vielfalt von Ansichten zu diesen Grundsätzen gibt.

Bezugsgruppen, Zellen und SprecherInnenräte

Die TeilnehmerInnen an der Aktion waren in kleinen Bezugsgruppen organisiert. Jede Gruppe konnte ihre eigenen Entscheidungen darüber treffen, wie sie an der Blockade teilnehmen wollten. Es gab Gruppen, die Straßentheater spielten, andere bereiteten sich vor sich anzuketten, Gruppen mit Transparenten und Riesenpuppen, wieder andere wollten sich nur mit Armen zusammenketten, um die Delegierten zu stoppen. In jeder Gruppe gab es einige Leute, die bereit waren, sich verhaften zu lassen, und andere, die Leute im Gefängnis unterstützen würden, sowie eine Person, die für „Erste Hilfe“ zuständig war. Die Bezugsgruppen waren in Zellen organisiert. Das Gebiet um das Convention Centre (wo die Konferenz stattfinden sollte) wurde in 13 Sektionen unterteilt, in denen jeweils bestimmten Zellen und Bezugsgruppen agierten. Außerdem gab es „Springergruppen“, die immer dorthin gingen, wo Leute gerade am meisten gebraucht wurden. Das ganze wurde in SprecherInnenräten koordiniert, wo die Bezugsgruppen jeweils einen Delegierten hinsenden konnten. In der Praxis bedeutete diese Form der Organisation, daß die Gruppen während der Blockade sehr beweglich und flexibel reagieren konnten. Bei Angriffen mit Tränen und Pfeffergas, Gummigeschossen und Reiterstaffeln konnten die Gruppen und Individuen selbst entscheiden, inwieweit sie in der Lage waren, der brutalen Repression standzuhalten. Als Ergebnis konnte die Blockade angesichts enormer Polizeigewalt gehalten werden. Wenn eine Gruppe es vor lauter Gas und Knüppeln nicht mehr aushalten konnte, wurde sie sofort durch eine andere ersetzt. Es gab für die älteren Teilnehmerinnen unter uns

„Schwache-Lungen-schlechter-Rücken-Bezugsgruppen“. So konnten wir in relativ friedlichen Gebieten blockieren, auf WTO-Delegierten einwirken, mit ihnen diskutieren und Kontakt zu den marschierenden Gewerkschaftler halten, von denen sich gegen Mittag dann auch viele an der Blockade beteiligt haben. Keine zentrale Führung wäre imstande gewesen, im Chaos den Überblick zu behalten und eine Koordination zu gewährleisten – und sie war auch nicht nötig. Die organische, autonome Organisation, die wir hatten, erwies sich als weitaus effektiver und er-



folgreicher. Keine Autoritätsperson hätte den Leuten befehlen können, angesichts des Tränengas die Blockade zu halten, aber so fühlten sich die Leute stark genug, selbständig die Entscheidung zu treffen, genau das zu tun.

Konsens und Entscheidungsfindung

Die Bezugsgruppen, Zellen, SprecherInnenräten und Arbeitsgruppen, die sich im Rahmen des DAN organisierten, haben ihre Entscheidungen im Konsens getroffen – ein Prozess der es ermöglicht, jede Stimme anzuhören und den Respekt vor der Meinung von Minderheiten fördert. Konsensentscheidung war Teil des gewaltfreien Trainings, der auch eine kurze Einführung in Moderationstechniken beinhaltete. Wir haben Konsens nicht als Homogenisierung interpretiert. Die einzigen Forderungen waren, im Rahmen des gewaltfreien Selbstverständnisses zu handeln. Außerdem legt die DAN Organisatoren mehr Wert auf Freiheit und Autonomie als auf Konformität und schätzen Koordinierung höher als Konformitätszwang. So zielte z.B. unsere Knatsolidaritätsstrategie darauf ab, wenn es zu Verhaftungen kam, dass möglichst viele mit festgenommen wurden, damit nicht einzelne exemplarisch juristisch verantwortlich gemacht werden konnte und im Knast misshandelt werden konnten.

Es wurde jedoch kein Druck auf Leute ausgeübt, sich verhaften zu lassen oder sich schuldig zu fühlen, wenn man vor den anderen entlassen wurde. Wir wussten, daß jede Person ihre eigenen Bedürfnisse und Lebenssituation berücksichtigen muß, und daß es wichtig war, dass es verschiedene Aktionsformen gab, damit jede/r seinen/ihrer Platz finden konnte. Wenn Leute gezwungen worden wären, im Knast zu bleiben, hätten sich viele mißbraucht gefühlt und hätten sich geweert. Weil genau dies nicht getan wurde, fühlten sich die Menschen gestärkt und nicht manipuliert, und so entschied die große Mehrheit für sich selbst, in der Blockade zu bleiben, und viele Menschen überschritten Grenzen, von denen sie nicht gedacht hätten, daß sie dazu in der Lage wären.

Ich schreibe dies aus zwei Gründen. Erstens möchte ich die DAN Organisatoren danken, die eine wunderbare und schwierige Arbeit so gut getan haben, die aus den Erfahrungen der letzten 20 Jahren Gewaltfreier Direkter Aktionen gelernt und die Methoden weiterentwickelt haben. Dadurch haben sie eine erfolgreiche, inspirierende und lebensverändernde Aktion durchgeführt haben, obwohl alles dagegen zu sprechen schien; eine Aktion, die das politische Panorama verändert und eine neue Generation radikalisiert hat. Zweitens, weil die wahre Geschichte dieser Aktion ein erfolgsversprechendes Organisationsmodell aufzeigt, von dem AktivistInnen nur lernen können. Seattle war nur der Anfang. Vor uns liegt die Aufgabe, eine globale Bewegung aufzubauen, um die Herrschaft des Geldes abzuschaffen und eine neue Wirtschaft aufzubauen, die auf Fairness, Gerechtigkeit, Ökologie, einer gesunden Umwelt, dem Respekt der Menschenrechte und der Freiheit beruht. Wir haben viele Kampagnen vor uns, und sollten von den Erfahrungen unserer Erfolge lernen.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

●Schwerpunkt



Zum Text links

Der Text ist eine persönliche Schilderung. Es gibt unzählige weitere Bewertungen und Berichte.

Links im Internet zu Seattle

www.gibsquat.net (deutsch)

www.n3O.org (englisch)

Zuerst ...

ein heißer Sommer gegen die Expo 2000

Blockaden, Aktionen, Gegenöffentlichkeit, Kongresse

dann ...

eine richtig geile Polit-WG gründen

Wer hat Lust, mit mir ab Sommer oder Herbst 2000 in der Projektwerkstatt wieder eine richtig abfahrene, überregional aktive Polit-WG zu gründen? Jörg 0171/8348430



Bewegung von unten – auch intern

Ohne oben!

Emanzipatorische Veränderung ist immer und überall richtig – es geht um den Abbau von Dominanzen und Macht in allen Teilen der Gesellschaft, denn Herrschaft ist nicht nur ein Phänomen in kleinen Teilen, z.B. bei Konzernen und Regierungen. Vielmehr kommt sie überall vor. Auch in politischen Gruppen und Zusammenhängen. Für sie gilt genauso wie für andere Teile der Gesellschaft: Enthierarchisieren, Entscheidungen von unten treffen, Autonomie schaffen!

Im folgenden finden sich einige Überlegungen zu internen Strukturen politischer Gruppen und Bündnisse. Sie sind unvollständig. In den letzten Jahren sind die Debatten um einen emanzipatorischen Prozeß in politischen Gruppen erstarrt. Hierarchie und Dominanzen blieben erhalten oder kehrten gar zurück.

Lesetipps

Michael Wilk
Macht, Herrschaft, Emanzipation
(1999, trotzdem in Grafenau, 138 S., 18 DM)
Dieses Buch versucht, Aspekte von Macht und Herrschaft auf anarchistischer Sicht zu beleuchten. Dabei reiht es viele interessante Aspekte hintereinander – kein Kompendium also, sondern eine Sammlung interessanter Analysen, u.a. zur Integrationsfunktion von Pseudobeteiligungen oder zu den Grenzen von Ein-Punkt-Bewegungen, die Herrschaftsaspekte außer Acht lassen. Das Buch ist daher ein wichtiges Lesebuch für politische AkteurInnen.

Amital Etzioni
Die Verantwortungsgesellschaft
(1999, Ullstein in Berlin, 368 S., 24,90 DM)
Der Autor sieht eine sinnvolle Entwicklung der Gesellschaft in der Schaffung von mehr Autonomie bei gleichzeitiger Stärkung eines festen, moralisch begründeten Rahmens. Diese „Verantwortungsgesellschaft“ grenzt er gegen die Anarchie ab, die er als zügellos und unmenschlich abqualifiziert. Historische und sonstigen Analysen zeigen zwar eine fundierte Arbeit, jedoch lösen sich innere Widersprüche des Buches nicht auf. Die positive Beschreibung der Autonomie ist nur schwer verbindbar mit der Forderung nach allgemeingültigen Moralnormen, die alle entwickeln und dann auch beherzigen.

Gruppen

Innerhalb von Gruppen, seien es kontinuierliche Gruppen, in denen sich die AkteurInnen genauer kennen, oder spontane Gruppen, z.B. Arbeitskreise oder Workshops, Aktionsgruppen usw., kommt es immer wieder zu Dominanzen. Diese können informeller Art sein, d.h. die sozial konstruierten Unterschiede wirken sich auch in der Gruppe aus, oder formeller, d.h. die Gruppe Gruppe hat oder bestimmt eineN LeiterIn bzw. ein Leitungsgremium. Letzteres ist leicht auszuschließen. Alle formalen Unterschiede zwischen den AkteurInnen müssen abgeschafft werden, die Gruppe sich bewußt als eine Runde gleicher Menschen begreifen. Auch Moderation, Supervision oder andere Formen der Steuerung sind formale Hierarchien, fördern bestimmte Personen oder Positionen kraft der formalen Macht und gehören deshalb nicht in einen emanzipatorischen Gruppenablauf.

Schwieriger anzugehen sind die informellen Unterschiede. Hier wirken sich vor allem soziale Konstruktionen aus. Die Gesellschaft macht einige Menschen wichtiger und degradiert andere. Geschlecht, Hautfarbe, Bildungsabschluß, Nationalität und das Alter sind hervorstechende Merkmale, zudem fördert die Gesellschaft redigewandte oder durchsetzungsstarke Persönlichkeiten. Das wirkt sich in der Gruppe fort. Diese Dominanzen zu überwinden, bedarf aktiver Handlung und Auseinandersetzung. Wird sie eingestellt, führt die Sozialisation der AkteurInnen zum Rückfall in die Normalität gesellschaftlicher Dominanzen. Einige Gruppen haben zur Überwindung der gesellschaftlich vorgegebenen Dominanz die Wahl der Leitung oder eine Moderation eingeführt. Das aber ersetzt eine durch eine andere Führungsstruktur, zudem führt es zu keinerlei emanzipatorischem Prozeß, da die AkteurInnen nicht selbst die Situation vieler gleicher Menschen herstellen müssen. Eher wird Verantwortung abgegeben.

Es gibt kein Rezept. Zudem ist die Unterschiedlichkeit von Menschen auch wertvoll, d.h. es ist im Sinne einer Vielfalt und Autonomie der Einzelnen gar nicht wünschenswert, wenn sich alle gleich verhalten – z.B. auf einem Level montoner, gestenloser Redebeiträge in Gruppen oder durch enge Redezeitbegrenzungen, die eher die benachteiligen, die seltener und weniger präzise formuliert zu Wort kommen. Wichtigster Teil eines Abbaus von Dominanzen ist daher zum einen, sich die Existenz von Dominanzverhältnissen und gesellschaftlichen Konstruktionen klarzumachen und sich zu vereinbaren, welche Ziele für die gemeinsame Gruppenarbeit anzustreben sind. Alle AkteurInnen sind dann gleichberechtigte WächterInnen. Am Beginn jedes Treffens neuer Leute, aber auch immer wieder in kontinuierlichen Gruppen sollte eine Reflexion über die eigenen Ziele hinsichtlich des Gruppenablaufs stehen – also z.B. die Frage nach Rede-

zeiten, nach dem Ausredenlassen, der Reihenfolge der Beiträge (z.B. könnten sich trotzdem Leute melden, nur achten jetzt alle darauf, wer wann drankommt – oder unterbrechen die, die dazwischenreden). Ziel ist, daß sich die Gruppe in einem kontinuierlichen Prozeß hin zum Abbau informeller Hierarchien bewegt, die Mittel dazu ständig reflektiert und alle daran mitwirken, da der Prozeß nicht nur die Gruppe, sondern auch die AkteurInnen erfassen sollte. Denn es geht um die Dekonstruktion von deren gesellschaftlicher Prägung.

Dezentrale Struktur von Bündnissen und Gruppen

Alle Zusammenhänge, die mehr sind als eine Gruppe, können zentrale Macht abbauen, in dem sie den Teilen des Ganzen hohe Autonomie und Vielfalt zugestehen. Um das zu erreichen, treten alle Teile unter eigenem Namen und unter eigener Verantwortung auf. Schon ein gemeinsames Logo zieht die Frage nach sich, wer wann unter diesem Auftreten kann und wer nicht. Machtkämpfe sind unvermeidlich, Ausgrenzung ebenso. Das Gemeinsame von Bündnissen und Netzwerken, aber auch z.B. von politischen Zentren mit vielen Gruppen usw., sollte auf das Mindestnotwendige beschränkt werden. Je mehr der Entscheidungskompetenz dezentralisiert ist, desto höher ist der Autonomiestatus der Teile des Ganzen. Das macht gemeinsame Treffen, Plena usw. nicht unwichtig, sondern gibt ihnen einen anderen Charakter – es geht dann um Austausch, gegenseitige Unterstützung, Kritik und Streit (aber ohne Ausgrenzung) sowie Initiative neuer Projekte.

Zwischen den Teilen gibt es immer gemeinsame Strukturen, Projekte, Aktionen, Austausch usw. Doch – auch dieses muß zunächst nicht zu zentralen Instanzen, sei es ein Büro oder eine Steuerungsgruppe (Vorstand, Koordinationsgruppe o.ä.) führen. Stattdessen können die handlungsfähigen Teilgruppen diese Aufgaben übernehmen, d.h. die Koordination insgesamt oder für bestimmte Aktionen, konkrete Aufgaben usw. werden in den Gruppen umgesetzt. Flexible und engagierte Aktionsumsetzung ist dann möglich, wenn den Gruppen eine hohe Autonomie zugestanden wird, sie aber auch unter ihrem eigenen oder einem anderen, nicht das Ganze betreffenden Namen auftreten. Das spart viele Abstimmungsprozesse. Eine „horizontale“ Vernetzung entsteht, das Nebeneinander vieler Gruppen und Teile des Ganzen, die auch die Arbeiten, die für das Ganze wichtig sind, untereinander aufteilen.

Übrig bleibt die Notwendigkeit der Koordination, des effizienten Infoaustausches und der Initiative für neue Projekte als Aufgabe für die zentralen Strukturen, vor allem das Plenum. Doch auch dort muß kein Zentralismus herrschen.

Gesamtplenum in Bündnissen

In einer „Bewegung von unten“ muss das Plenum aller das entscheidungsbezogen unwichtigste Gremium überhaupt sein. Es muss daher ohne Entscheidungsrechte sein und zeitlich möglichst stark begrenzt werden. Enttäuschungen über die Zähigkeit eines Plenums sind die Folge davon, dass das Plenum als wichtigster oder zumindest wichtiger Teil einer Bewegung wahrgenommen wird – es diesem Anspruch aber nicht gerecht wird. Für die konkreten Entscheidungen, Planungen und Debatten sind die handlungsfähigen Basisgruppen, lokale und regionale Plena sowie überregional bestehenden Projektgruppen und Teilbereichs-Zusammenhänge entscheidend. Die Funktionen des Plenums in einer Bewegung von unten beschränken sich dagegen auf das Schaffen

von Transparenz, Kooperationen und Koordination zwischen Teilgruppen, Initiative für neue Schwerpunkte und Arbeitsprozesse (z.B. Diskussion neuer Aktionen, Gründung neuer AGs oder Kommunikationsstrukturen) und die Kontrolle bezüglich der Frage, ob es zu einem Gegeneinander oder Nebeneinander verschiedener Teile der Bewegung kommt mit Debatte darum, ob das jeweils zu überwinden ist.

Der Infodienst für
Umweltaktivist:innen

Sommer 2000

•Schwerpunkt

13



Organisatorische Grundsätze von PGA

Die folgenden Passagen sind Auszüge aus den organisatorischen Grundsätzen von Peoples Global Action, dem weltweiten Netz widerständiger, emanzipatorischer Gruppen.

- ... 2. Die Organisationsphilosophie von PGA basiert auf Dezentralisation und Autonomie. Aus diesem Grund gibt es nur minimale zentrale Strukturen.
3. Bei PGA gibt es keine Mitgliedschaft.
4. PGA ist keine juristische Person und wird auch keine werden. Sie wird in keinem Land legalisiert oder registriert werden. Keine Organisation und keine Person kann PGA repräsentieren ...
8. PGA besitzt keine eigenen finanziellen Mittel. Die Mittel, die benötigt werden, um die Konferenzen und die Informationsinstrumente zu bezahlen, müssen auf dezentrale Weise beschafft werden. ...

Grundsätze von PGA

1. Eine sehr deutliche Ablehnung der WTO und anderen Abkommen zur Handelsliberalisierung (wie beispielsweise APEC, EU, NAFTA etc.), welche die aktiven Anstifter einer sozial und ökologisch destruktiven Globalisierung verkörpern.
2. Wir lehnen alle Formen und Systeme der Herrschaft und Diskriminierung ab, einschließlich (aber nicht nur) des Patriarchats, des Rassismus, des religiösen Fundamentalismus aller Glaubensrichtungen. Wir achten die volle Würde aller Menschen.
3. Eine konfrontative Grundhaltung, da wir nicht annehmen, daß eine politische Lobby auf derartig tendenziöse und undemokratische Organisationen, in denen das transnationale Kapital die reale Politik bestimmt, einen wesentlichen Einfluß nehmen kann.
4. Ein Aufruf zu gewaltfreiem zivilen Ungehorsam und dem Aufbau von lokalen Alternativen von ortsansässigen Menschen, als Antwort auf das Handeln von Regierungen und der Wirtschaftsunternehmen.
5. Eine Organisationsphilosophie, die auf Dezentralisation und Autonomie basiert.

NGO, etablierte Linke, autonome Gruppen

Wo gibt es ein Potential an Veränderung?

Aussage: Abgesehen von diesen Köpfen, die ja auch austauschbar sind, finde ich die Linke recht hilflos herumrudern (zumindest größtenteils). Teilweise finden zwar gute Analysen statt, die die Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung auf den Punkt bringen. Doch meiner Meinung nach mangelt es an der Bereitschaft, sich verbindlicher zu organisieren, die Machtfrage zu stellen usw.

Antwort: Ja, das sehe ich ähnlich. Allerdings würde ich „die“ Linke ein wenig differenzieren. Du sprichst hier wohl auf jene Teile der Linken an, die im traditionellen parteiideologischen Denken verhaftet sind und als Gegenmodell nichts besseres als die alten Marx'schen Lamellen (nichts gegen Marx!) zu bieten haben (besonders ätzend finde ich diesbezüglich z.B. die MLPD). Es gibt aber auch andere Leute und Gruppierungen, die von vielen „konventionellen“ Linken ignoriert werden, weil sie eben nicht dogmatisch-ideologisch ausgerichtet sind. In der BRD ist dieses Phänomen – zugegebenermaßen – weniger stark ausgeprägt als in anderen Ländern. Während die „klassische“ Linke den „Globalisierungszug“ regelrecht verpennt hat, haben letztere eine konstruktive Globalisierungskritik – die letztlich auf eine fundamentale Kapitalismuskritik hinausläuft – entwickelt, und Aktionsformen gefunden,

die „unwissende Normalos“ eher ansprechen als das übliche Bild der „Latschdemo“ mit irgendwelchen antiimperialistischen Sprüchen.

Du ahnst es schon, ich spreche von Menschen in „People's Global Action“ (PGA) Zusammenhängen, also „Basisgruppen“, die sich in jenem losen Netzwerk zusammengefunden haben, weil sie gemerkt haben, dass Ihr Anliegen (sei es Antirassismus, AntiFa, Atomkraft, Ausgrenzung – hmmm, alles mit „A“, was mir gerade einfällt, scheint irgendwie symptomatisch zu sein ;-) oder sonst was) letztlich auf einen „gemeinsamen Nenner“ zu bringen sind, der mit dem schon etwas abgegriffenen Begriff des ‚Kapitalismus‘ zu bezeichnen wäre, oder ‚Globalisierter Kapitalismus‘ oder schlicht ‚Globale Ausbeutung‘.

In diesen Kreisen fühle ich mich politisch am wohlsten (ich werde übrigens auch nächste Woche zu dem auf „maidt.“ angekündigtem Treffen nach Prag fahren). Schliesslich ist der Anteil von „PGA“ an der massiven Mobilisierung zu Seattle und insbesondere zu den weltweiten „Global Action Days“ nicht zu unterschätzen. AktivistInnen in den USA und in Kanada sind „uns“ gegenüber da schon ein Stück weit voraus: Bei uns wäre ein derart unbefangenes Bündnis von

Nichtregierungsorganisationen, GewerkschafterInnen und „Grassroots“ schwerlich vorstellbar gewesen.

Zur Expo2000 sind es praktisch die „Grassroots“ allein, die zum Widerstand mobilisieren, bezüglich „Prag2000“ (WB/IWF Jahrestreffen im September) gibt es ein offenbar ziemlich unvereinbares Nebeneinander von „Grassroots“ und NGO's.

In der BRD gibt es jetzt ein sogenanntes „Netzwerk für eine demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“ (siehe <http://www.share-online.de/Finanzmaerkte>) – schon der Name ist bezeichnend, es geht nur um einen Teilaspekt des Ganzen. Auch was das „Forum Umwelt und Entwicklung“ zu bieten hat, finde ich mehr als unbefriedigend – warum nicht gleich „Friedrich-Ebert-Stiftung“, frage ich mich da. Will meinen: Von den „etablierten“ NGO's in dieser unseren Republik ist m.E. noch weniger zu erwarten als von der „etablierten“ Linken.

In diesem Sinne setze ich alle meine Hoffnungen auf die von den main-stream Medien gerne als „gewaltbereite Autonome“ in einen Topf geworfenen Basisgruppen, organisiert (oder auch weniger organisiert) in Projektwerkstätten, Infodiensten, Wagenburgen usw.

Zum Text links

Die Passagen stammen aus einem Briefwechsel, in dem Andreas Rockstein auf eine Aussage aus einem Brief antwortet.

Andreas Rockstein lebt in Saarbrücken und engagiert sich im anti-neoliberalen Widerstand.

Auf dem Weg zu einer „Bewegung von unten“ **Expo als Startschuß?**

Von Beginn an war der Widerstand gegen die Expo 2000 von der Hoffnung getragen, daß die dort gefundenen Bewegungsansätze eine langfristige Perspektive bieten würden:

- ✓ den (Wieder-)Aufbau selbstorganisierter Strukturen lokal, regional und überregional (Zentren, Medien, Kommunikation usw.)
- ✓ kreative Aktionsfähigkeit zur Überwindung der Erstarrung in angepaßter NGO-Arbeit oder phrasentrieblem Latschdemo-Kult
- ✓ radikalisierte politische Positionen und vor allem Visionen gegen die Allmacht des Kapitalismus
- ✓ gemeinsame Perspektiven der bisherigen Ein-Punkt-Bewegungen hin zu einem die Teilbereichskämpfe ergänzenden gemeinsamen Widerstand gegen Herrschaft.

Mit zunehmender zeitlicher Nähe zur Aktionswoche ist diese strategisch-inhaltliche Debatte vor allem auf den bundesweiten Treffen in den Hintergrund gerückt. Das ist nicht überraschend, denn es war von Beginn an das Ziel, am 1.6. mit einer druckvollen politischen Störaktion den Weg für eine breitere, radikalisierte politische Debatte zu ebnet. Allerdings wird sich danach die Frage stellen: Ist der Expo-Widerstand auch nur ein Einzelereignis oder der Beginn von mehr? Dazu wird die Zeit danach entscheidend sein, ob die begonnenen Strategiedebatten wieder aufgenommen werden – vor allem lokal, regio-

nal, aber auch überregional bis zur Beteiligung an der Entwicklung eines internationalen Widerstands.

Zu den Perspektiven aus dem Expo-Widerstand sollen hier vier Texte dokumentiert werden. Zum einen Texte aus der Diskussion des Expo-Widerstandes, die schon länger zurückliegen, aber das Anliegen klar zeigen. Dann das Protokoll der AG „Langfristige Perspektiven“ vom bundesweiten Anti-Expo-Treffen im März 2000, dazu noch einen Kritiktext aus einer der beteiligten Gruppen. Und schließlich ein paar Gedanken zum IWF in Prag als Möglichkeit, einen weiteren Kristallisationspunkt zu setzen.



Zusammenfassung der AG „Langfristige Perspektiven“ **Widerstand danach!**

Zum Text rechts

Das Protokoll entstand aus einer AG des 7. Bundes-Expo-Treffens am Sonntag 9.4.2000. Eine Diskussion auf dem Plenum fand nicht statt.

Zum Protokoll gab es eine Kritik auf der Anti-Expo-Mailingliste, die ganz rechts dokumentiert ist.

Offen bleibt, welche Debatten um die Perspektiven des Widerstandes nach dem Auftakt des Expo-Widerstandes rund um 1. Juni in den Regionen und auf weiteren Bundes-Treffen geführt werden.

Diese AG hat sich vor dem Hintergrund gebildet, daß im Anti-Expo-Widerstand ja des öfteren herausgestellt wurde, daß sich der Anti-Expo-Widerstand weder zeitlich noch thematisch als „Ein-Punkt-Bewegung“ versteht, sondern darüberhinaus Wirkungen entfalten könnte /sollte. In der AG wurde dann vor allem über aus den jetzigen Aktivitäten hervorgehende Möglichkeiten zu dauerhaften Vernetzungsmöglichkeiten diskutiert. Wesentlichen Raum in der Diskussion nahm der konkrete Vorschlag für eine solche Vernetzung in Form eines „Netzwerkes“ (der Begriff Netzwerk wurde dann später im Plenum kritisiert, da der Begriff auch von faschistischer Seite benutzt wird und außerdem er sehr technisch oder so wirke) ein. Über Form und Ausgestaltung einer solchen Vernetzung konnte innerhalb der AG keine Einigkeit erzielt werden.

Grundidee

Vorgeschlagen wurde ein „Teilbereichs“- und strömungsübergreifendes Netzwerk. Dies sollte nicht die Form einer Organisation mit großen Formalisierungsgrad oder gar hierarchischen Strukturen werden, sondern eine lose Organisationsform darstellen, die im wesentlichen einen Kommunikationsaustausch ermöglichen soll. So könnte dazu beigetragen werden den Blick für politische Perspektiven (die über die Bekämpfung von Symptomen hinausgehen) zu fördern (selbstverständlich ohne den „Kampf gegen Symptome“ für weniger wichtig zu halten). Die Kommunikation würde z.B. Adressenverteiler und Internetvernetzung beinhalten. Konkrete Handlungsmöglichkeiten könnten sich zukünftig dann über regionale Zusammenhänge ergeben.

Als vages Vorbild wurde „Kein Mensch ist illegal“ herangezogen: es gibt ein gemeinsames Motto und ein gemeinsames Logo, unter das dann Aktionen vor Ort gestellt werden könnten, die die Vernetzung dann mit Leben füllen. Es gibt aber keine übergeordnete Verantwortlichkeit, sondern die NetzwerkpartnerInnen würden weiter selbstverantwortlich und selbst-

ständig handeln. Neben dem Aspekt einer evtl. verbesserten Wahrnehmung durch eine solche „Etikettierung“ per Motto & Logo könnte diese Vernetzungsform außerdem eine Plattform für (Selbst)Organisierungsprozesse bieten und es könnten die verschiedenen bestehenden Vernetzungen ergänzt werden.

Inhaltlicher Grundkonsens

Neben Motto und Logo, würde noch eine bei der Gründung zu verabschiedende inhaltliche Erklärung erforderlich sein: diese hätte dann sich zwischen den zwei Polen „schwammige Beliebigkeit“ und „enge Eingrenzung“ (die aufgrund der vorhandenen Meinungsvielfalt innerhalb unserer Bewegung kaum möglich wäre) zu verorten. Als Beispiele für notwendige Abgrenzungslinien wurden, solche gegenüber nationalistischen Ansätzen oder gegenüber reformistisch-herrschaftsstabilisierenden Gruppen genannt. Als möglicher Grundkonsens wurde der „triple-oppression“ Ansatz (gegen Herrschaft durch Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus) vorgeschlagen sowie die Einbeziehung des Kampfes gegen Umweltzerstörung. In der Summe könnte

dies eine radikale Ablehnung der herrschenden Verhältnisse darstellen, ohne sich dann auf feste/detaillierte Gegenentwürfe festzulegen. Wichtig wäre dazu neben allgemeinen emanzipatorischen Zielaussagen, vor allem noch das Festhalten eines emanzipatorischer Organisationsansatz (ohne Hierarchien und Dominanzansprüche) innerhalb der Bewegung.

Name & Motto & Logo

Als Name für das Netzwerk wurde „Gegenwelt“ vorgeschlagen. Würde schönen Bezug zu Anti-Expo haben (gegen die Weltausstellung) und eine Ablehnung der „schönen Neuen (Expo)Welt“ zum Ausdruck bringen. Aber vielleicht fällt ja noch jemanden ein besserer Name oder ein Untertitel ein oder so, wenn im folgenden von „Gegenwelt“ die Rede ist, ist dies also als Arbeitstitel zu verstehen. Über Motto wurde so gut wie nicht gesprochen (nur einmal kurz „die Beherrschung verlieren...“ erwähnt). Ebenso würden Ideen für ein Logo gebraucht. Spätere/weitere Treffen Eventuell könnten die Anti-Expo-Treffen, während/nach der Expo (sicherlich dann wieder seltener

Prag als neuer Kristallisationspunkt

Am 26. beginnt in Prag das Treffen des internationalen Währungsfonds (IWF). Könnte dieses Ereignis die nächste themenübergreifende Aktionspunkt sein? Dafür sprechen folgende Gründe:

- Ohne konkrete politische Praxis wird eine teilbereichsübergreifende Debatte kaum erhalten bleiben. Die Hoffnung, ausschließlich von „edlen inhaltlichen“ Motiven getrieben zu werden, hat sich in der Vergangenheit als trügerisch herausgestellt. Inhaltliche und Strategiedebatte müssen mit politischer Praxis verknüpft werden. Das IWF-Treffen in Prag kann eines von verschiedenen denkbaren Ereignissen sein.
- Es gibt keinen Grund, einen äußeren Anlaß absichtlich auszulassen, um unbedingt eigene Aktionspunkte zu setzen. Wichtiger als ein selbstgeschaffener Anlaß sind unabhängige Positionen und Aktionsformen.
- Ein Aktionsschwerpunkt in Prag würde eine internationale Dimension des Widerstands in Deutschland schaffen. Bisher sieht es damit eher schlecht aus.



als (jetzt), weiterhin als teilbereichsübergreifende Vernetzungstreffen fungieren. Und z.B. bundesweite (oder internationale) Kampagnen initiieren (wie wär's dann mit einer Kampagne in der nicht auf ein Großereignis reagiert wird, sondern von aus agiert wird, um den Gedanken einer Gegenwelt zu verbreiten und in Form von dezentralen Aktionstagen mit Leben zu füllen).

Ausblick/Fazit

Generell ist anzumerken, daß Vernetzung viel über konkrete Themenarbeit und persönliche Kontakte läuft oder sich an konkreten Kampagnen festmacht, so daß hieran die Umsetzung eines solchen Netzwerkes gemessen werden muß (wie gesagt auch innerhalb der AG war der Wert eines solchen Netzwerkes umstritten). Neben der formalen Ebene, sollten also die praktischen Möglichkeiten / und Begrenzungen mitbedacht werden. Die Möglichkeiten einer solchen Vernetzung sollten also nicht überbewertet werden, aber die Chancen die ein solches Instrument bietet nicht außer acht gelassen werden. Insbesondere vor dem Hintergrund, daß radikale Gegenpositionen gegen die herrschenden Verhältnisse in der gesellschaftlichen Wahrnehmung zur Zeit eher marginalisiert sind, könnte auch der Beitrag für inhaltliche Diskussionen durchaus wertvoll genug sein, diesen Ansatz weiterzuverfolgen.

- Prag liegt noch während der Expo 2000, d.h. eine direkte Verknüpfung ist machbar. Die geplante Karawane von Hannover nach Prag geht bereits in diese Richtung.
- Verschiedene Gruppen bereiten sich bereits jetzt auf Prag vor.
- Prag liegt günstig, um aus der Aktionswoche gegen die Expo heraus und parallel zu den dann weitergehenden Aktionen und wieder wichtigen Debatten einen neuen gemeinsamen Aktionspunkt zu setzen. Die Vorbereitungsarbeit ist diesmal geringer, weil wesentliche organisatorische Vorarbeiten im Raum Prag selbst erfolgen müssen. Nach dem Sommerloch voller einzelaktions- und diskussionsreicher Camps bietet Prag einen guten Anlaß, mit einer breiten Aktion wieder die gemeinsamen Fäden aufzunehmen.
- Insgesamt besteht die Hoffnung, statt einer Abfolge starrer globaler Aktionstage Schwerpunkte mit realen Bezügen zu bilden, bei denen es zu internationaler Unterstützung kommt. Hannover, Prag und dann weiter ...
- Nähere Informationen zum IWF und zu den geplanten Aktionen finden sich in der Rubrik „Expo & Weltwirtschaft“.

Wie weiter ?

Bei dem nächsten bundesweiten Anti-Expo-Treffen soll über diese Ideen weiter diskutiert werden; offene Fragen / Diskussionsansätze wären z.B.:

In welcher Form ist eine solche Vernetzung überhaupt sinnvoll ?

Falls ja, wann sollte eine Gründung erfolgen ? Anvisiert wurde der Zeitraum nahe die Aktionswoche, um sozusagen den (vorläufigen?) Bewegungshöhepunkt zu nutzen.

Einerseits müßte das Ziel des Netzwerkes eine möglichst große Attraktivität und ein hohes Integrationspotential sein, andererseits müßte es resistent gegenüber Integrationsversuchen seitens „der Herrschenden“ sein. Was bedeutet dies für die Umsetzung ?

Konkrete Verteilung von Infos innerhalb einer solchen Vernetzung, was machen wenn unübersichtliche Datenflut entsteht ?

Wie wäre zu erreichen, daß nicht ein abgeho-benes Austauschforum entsteht, sondern eben Zusammenhänge von den „praktischen Kämpfen“ (nämlich den Kampf gegen „das System“ (gemäß Triple-oppression-Ansatz) verdeutlichen werden können. Dementsprechend: Wie könnten vielfältigste Widerstandsformen einbezogen werden: z.B. Aktionen / Kampagnen gegen Institutionen der „Weltwirtschaftsordnung“ (IWF, WTO, EU usw.), gegen Konzerninteressen, antipatriarchale Aktionen, AntiRa, AntiFa, Anti-Atom, gegen Repression, Innenstadtkampfe usw.

Wie könnten aber auch „konstruktive Aktionen“ wie die Erkämpfung von Freiräumen (Hausbesetzungen, Wagenplätze, Jugendzentren etc.), „Ökonomie von unten“-Ansätze, u.v.m. miteinbezogen werden.

Wie könnte eine solche Vernetzung die Funktion als Forum für Strategie- und Perspektivendiskussionen am besten erfüllen ?

Welche Rolle würde ein solches Netzwerk vor dem Hintergrund der bestehenden Bemühungen um internationale Vernetzungen aussehen? Wie könnten Vernetzungen der Vernetzungen aussehen (weltweit z.B. PGA, hierzulande bestehende bundesweite Zusammenhänge z.B. AntiRa („kein mensch ist illegal“), AntiFa, Anti-Atom, Karawanen, Infoldäden, fzs usw.)

Konkret: wie geht's weiter mit Name, Motto, Logo, Grundkonsensklärung

Wen wollen wir gezielt (über den bestehenden Anti-Expo-Zusammenhang hinaus) ansprechen?



Reaktion auf das Protokoll:

Die inhaltliche und strategische Debatte mit ihrer Projektion über den Ein-Punkt-Bezug Expo hinaus muss ...

- überregional in den Teilbereichen erfolgen und dort praktisch werden
- zudem überregional in Sinne einer Vernetzung, die Teilbereichsdebatten verknüpfenden, nicht aber als „zentral“ organisierten Debatte ... hierfür würde ich es sehr gut finden, wenn wir ein weiteres bundesweites Treffen Ende Juni oder Anfang Juli vereinbaren, um in Kleingruppen/Plenums-Wechsel genau diese Frage intensiv zu erörtern ... nachdem sie hoffentlich schon im Laufe von 2.-4.6. auch immer wieder „zwischen durch“, in den Regionen und in den Teilbereichen begonnen wurde.
- regional geführt und dort auch praktisch umgesetzt werden.

Details und Vorschläge in Ergänzung zum Protokoll:

- Meines Erachtens sollte die themenübergreifende Vernetzung auch die Möglichkeit für weitere themenübergreifende, symbolische und widerständige Aktionen bieten. Konkret sehe ich hier den IWF-Gipfel in Prag Ende September.
- Auf Motto und Logo würde ich eher verzichten, weil das unendlichen Streit gibt, vor allem aber die Frage nicht klarbar ist, wer wann und für das eigentlich verwenden darf. Das würde eine Verbandsierung nach sich ziehen, wenn dafür ein Gremium geschaffen wird oder gar das Bundestreffen dafür plötzlich Abstimmungen durchführt.
- Meines Erachtens müssen wir Visionen, Inhalte und Positionen eigenständig, d.h. auch unabhängig von Reaktionen auf Aktivitäten der Regierungen, Konzerne usw. entwickeln. Ich finde es aber nicht schlimm, Vorgänge aus kapitalistischen oder sonstigen Machtstrukturen als Anlass für Widerstandsaktionen zu nutzen. Wichtig ist, dass das nur der Aufhänger ist, aber die Kritiklinie darüber hinaus auf das Ganze geht (wie jetzt bei der Expo). Versuche, unabhängig von gesellschaftlichen Ereignissen zu agieren, sind immer gescheitert.
- Neben konkreten gemeinsamen Aktionen würde als weitere übergreifende Themenfelder sehen: Diskussion um Aktionsformen und Bewegungsstrategie, Repression, Aufbau autonomer übergreifender Strukturen (Kommunikation, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzierungsquellen/materielle Grundlagen usw.).
- Gut wäre es, wenn in Teilbereichsmedien (Infodiensten usw.) jeweils eine Redaktion oder einige Seiten fuer Nachrichten aus anderen Bereichen drin wären, um die Grenzen aufzubrechen (Beispiel: Über den Tellerrand -Redaktion der Ö-Punkte).
- Seminare und Kongresse zu übergreifenden Themen sind eine Chance, einen kontinuierlichen Diskussionsprozess ingangzuhalten.
- Der sonstige Austausch könnte über Mailingliste und Internetseiten erfolgen.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

•Schwerpunkt



Lesetipps

Autonomie-Kongreß (1997, Unrast in Münster, 157 S.)

Ein facettenreicher Reader über einen Kongreß, der um Perspektiven ringen sollte, aber vielfach doch in den Alltagsproblemen linksradikaler Bewegung steckenblieb. Die klassischen Debatten der Linken, vom Sexismus über die Frage der Militanz, spiegeln sich im Bericht wieder – und sichtbar wird, wie schwierig es ist, Lösungen zu finden. Dennoch: Eine Sammlung einzelner Texte mit vielen interessanten Aspekten.

Matthias Möller Versammlungsrecht (IDUR in Frankfurt, 19 S., 10 DM)

Etwas viel Geld für wenige Seiten – aber das Thema ist wichtig. Es geht um das Versammlungsrecht und die Möglichkeiten, sich gegen Verbote und Auflagen zu wehren.

GdV-Team Gegen das Vergessen (1999, Unrast in Münster, 330 S.)

Die zehn Kapitel des Buches sind zwischen 1989 und 1995 in der radikal erschienen – teilweise umfangreiche Aufsätze über verschiedene Epochen und deren sozialen Bewegungen. Es beginnt mit den ArbeiterInnenbewegungen von 1847 bis 1933, dann über den Widerstand im Nationalsozialismus bis zum Beginn der BRD und der DDR. Am Ende folgen dann Abhandlungen über Hexenverfolgungen oder Geschlechterpolarisierungen, wobei nicht ganz klar wird, wo hier sozialrevolutionärer Widerstand thematisiert wird.

Politische Bewegung auf verschiedenen Wegen Um oder gegen die Macht?

Auch wenn sich nicht immer viel bewegen läßt, politische Zusammenhänge sind immer in Bewegung, d.h. Strukturen, Strategien und Positionen verändern sich. Seit ca. 10 Jahren hat sich in Deutschland eine „Szene“ an Führungskadern herausgebildet, die kaum noch über Kontakte zu Basisgruppen verfügen (manche haben gar keine, andere kümmern sich um ihre eigene Basis wenig), sondern ihre ganze Arbeitsform auf das Mitmischen in den Machtzentren abstellen. Staat und Konzerne haben diesen Integrationskurs mitgestaltet und viele Gremien und Posten geschaffen, bei denen die dann modern „NGO“ genannten mitmischen können. Außerhalb dieser NGO-Strategie gab es eher Vereinzelungstendenzen, Rückzug auf lokale Aktivitäten oder Ein-Punkt-Bezüge sowie massenweise das Aussteigen von Menschen aus der aktiven politischen Arbeit.

Mit der Machtübernahme von Rot-Grün hat sich dieses Bild geändert. Die „NGO“s hatten sich von diesem Regierungswechsel viel erhofft und tatkräftig mitgeholfen. 1998 war Wahlkampf für Rot-Grün eine Hauptaktivität im Verbandsleben. Die neue Regierung hat ihnen das wenig gedankt. Es kam weder zur Umsetzung von politischen Reformen noch wurden viele VerbandsfunktionärInnen in den Staatsdienst versetzt. Die klare Enttäuschung zeigte zweifache Wirkung: Zum einen versuchen die Spitzen-NGOs, sich noch stärker anzupassen, noch mehr zum Teil von Regierungsstrukturen zu werden und um jeden Preis dabeizusein, wenn irgendwo Entscheidungen getroffen werden. Zum anderen aber gibt es seit ca. 2 Jahren, zuerst langsam, aber inzwischen schneller, eine Bewegung in die gegenteilige Richtung – die Wiederaneignung selbstorganisierter Aktionsformen, die direkte Konfrontation, eben Gegenmacht von unten.

Dieser Ö-Punkte-Schwerpunkt hat diese Gegenmacht von unten zu beschreiben versucht, Ideen gesammelt und Diskussionpunkte benannt. Dieses Bild wäre unvollständig, wenn nicht auch das zur Sprache käme, was den Gegenteil darstellt: Noch abgehobener, noch deutlicher auf die Beteiligung an der Macht eingestellt, offensiv nationale und wirtschaftliche Dominanz anerkennend bis einfordernd.

Am wichtigsten ist dabei der Versuch, einen Dachverband von NGOs zu gründen, quasi einen Super-NGO. Der Haupttext unten rechts zitiert aus einem Konzeptpapier dieses neuen Bündnisses. Darüberhinaus gibt es Texte aus anderen Bündnissen und Gruppen, die zeigen, daß Macht, also „Politik von oben“ für viele als Weg akzeptabel ist.

Zu den Texten

Die Texte dieser Seite zeigen, daß breite Teile politischer Gruppierungen keine emanzipatorischen Ziele verfolgen, sondern ihre Wünsche über die bestehenden Machtstrukturen umsetzen wollen – Staat und Konzerne. Teilweise fordern sie sogar stärkere Machtmonopole, z.B. weltweit agierende Wirtschaftskontrollinstanzen oder gar Armeen.

Die Zitate stammen aus dem Archiv "Agenda, Expo, Sponsoring" der Projektwerkstatt im Kreis Gießen – ein Archiv über Filz in politischen Bewegungen, vor allem der Umweltbewegung.

Ökorat & Co.: Monarchie für die Ökologie?

Quelle: Film „Zukunftsfähiges Deutschland. Ausschnitt mit Gespräch zwischen Ernst-Ulrich von Weizsäcker (SPD-Mitglied und Präsident des Wuppertal-Instituts) und Rupert Scholz (CDU). Der Film wird vertrieben und beworben vom BUND-Bundesverband.

Weizsäcker: Ja, wir brauchen einen sogenannten Öko-Rat. In unserer heutigen Demokratie regiert die Jetzt-Zeit. Das ist die schnelle Mark, das sind die Arbeitsplätze für heute, egal, was später passiert. Wir brauchen eigentlich einen Anwalt der nach uns kommenden Generationen, die im Wechselspiel mit den Interessen von heute sich einigermaßen dann durchsetzen müssen. Und durch heutige Wahl von wahlberechtigten über 18jährigen kriegen wir das nicht rein. Denn wir brauchen eine Institutionalisierung der künftigen Generationen und auch der nicht-menschlichen Natur, denn sonst ist die Gefahr viel zu groß, daß heutige Menschen das aufbrauchen, was künftige Generationen fürs Leben brauchen.

Rupert Scholz: ... Aber was das entscheidende Argument ist, weshalb ein solcher Ökorat jedenfalls mit Entscheidungsbefugnissen nicht realisierbar ist, daß ist das Demokratieprinzip. Das Demokratieprinzip, daß definitiv dem Gesetzgeber, dem Parlament, die entscheidende Verantwortung für das Gemeinwesen mit allen seinen Belangen zuweist.

Weizsäcker: Die heutige Demokratie tut sich schwer mit einer Legitimierung für Langfrist-anliegen. Das war in religiösen Gesellschaften viel einfacher, das war selbst in der Monarchie viel einfacher. Ein Teil des Freiheitserfolges der Demokratie bestand ja genau darin, das Langfristige abzustreifen und zu sagen: Wir wollen leben – und nicht nur der König, der hats natürlich gut, oder die Priester. Und durch diesen Kampf gegen Privilegien ist inzwischen eine Macht, ein Übergewicht der Jetztzeit entstanden.

Und dieses jetzt wieder hereinzubringen, ohne in die Fehler der Monarchie oder des Priesterstaates zu kommen, das ist gar nicht ganz einfach. Aber es wird uns gar nichts anderes übrig bleiben. Wir müssen sehen, daß unsere Gesellschaft eine dauerhafte wird. Die heutige ist es nicht.



Patriarchale Macht gegen das Patriarchat einsetzen?

Quelle: Entwurf des Aufrufs zum weltweiten Frauenmarsch im Jahre 2000. Das Papier stammt aus der Vorbereitungsphase.

... Überarbeitete Forderungen

Um Armut zu beseitigen, fordern wir:

... 5. Eine politische Weltorganisation mit egalitärer und demokratischer Repräsentanz aller Länder der Erde und mit gleicher Repräsentanz von Frauen und Männern. Diese Organisation muß wirkliche Entscheidungsmacht haben und die Autorität zu Handeln, um ein Weltwirtschaftssystem zu schaffen und einsetzen zu können, das fairer ist und mehr Beteiligung garantiert und wo Solidarität eigen größere Rolle spielt.

... fordern wir: ... daß Staaten Handlungs(Aktions)pläne durchsetzen, ... die alle Formen von Gewalt gegen Frauen beenden. Diese Aktionspläne müssen besonders die folgenden Elemente enthalten: Vorbeugung, Bewußtseinsentwicklung, allgemeine Bildung, Bestrafung, ein „Umgehen“ mit Angreifern/Tätern, Forschung und Statistiken bezüglich aller Formen von Gewalt gegen Frauen, Begleitung und Schutz der Opfer, Anti-Porno-Kampagnen, nicht-sexistische Erziehung/Bildung, einfacheren Zugang zum (Kriminal-)Justizsystem und Trainingsprogramme für Richter und Polizei.

... daß die Vereinten Nationen außergewöhnlichen Druck auf ihre Mitgliedsstaaten ausüben ...

... um internationalen Druck auf Regierungen auszuüben, daß sie die Rechte einführen, die in diesen Erklärungen aufgeführt sind. Es müssen Vorkehrungen getroffen werden für Staaten, die sie nicht befolgen, nicht „willig“ sind.

Grüne: Staat und vor allem Wirtschaft sollen es richten

Tiefgläubig an das Gute in den Mächtigen sind die Grünen geworden. Sie verwenden keinen Gedanken mehr an die Menschen als AkteurInnen und Entscheidende, verschleppen selbst kleinste demokratische Reformen wie die Einführung von Volksentscheiden und setzen dagegen auf den neoliberalen Umbau der Gesellschaft – mehr Macht dem Markt, weniger Macht den Parlamenten und erst recht den Menschen.

In ihren „Thesen zur Erneuerung bündnisgrüner Umweltpolitik“ formulieren grüne UmweltpolitikerInnen das unter anderem so:

„Während das Verschwinden von Umweltthemen aus den spektakulären öffentlichen Auseinandersetzungen verwundert registriert wird, entfaltet die Umweltidee in einer leisen Revolution Wirkung bis in die letzte Produktionsstätte“ oder „in manchen Bereichen sind aus klassischen Feindbildern wie der Chemischen Industrie Vorbilder geworden.“

Umarmungsstrategie

Der Deutsche Naturschutzring, Dachverband deutscher Umweltverbände, hat im Grundsatzprogramm eine Nähe zu Staat und Industrie festgeschrieben:

Die Hand des DNR und seiner Mitgliedsverbände zur umfassenden Zusammenarbeit bleibt ausgestreckt für alle Stellen des Staates, für die gesamte Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen für und alle der Umwelt wahrhaftig verpflichteten Organisationen. ...

Umweltschutz sollte nicht gegen, sondern mit den Bürgern durchgesetzt werden. Bürger sind wir alle. Darum sind Unternehmen ebenso wie Gewerkschaften, Bürger ebenso wie deren Umweltorganisationen aufgerufen, konstruktiv die Umweltsanierung mitzugestalten.

Internationale Gerechtigkeit von oben

Quelle 1: Aufruf zu Köln '99. Der Aufruf stammt aus dem Bündnis Köln '99 gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1999.

... Für das nächste Jahrtausend müssen die Weichen der Weltwirtschaftsordnung umgestellt werden. Nicht die Gewinninteressen der transnationalen Konzerne, sondern die Interessen der Mehrheit der Menschheit ... müssen auf der Tagesordnung stehen. Es reicht nicht, sie in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ unverbindlich zu kodifizieren, sondern sie müssen die tatsächlichen Eckpfeiler einer neuen Weltwirtschaftsordnung sein.

Quelle 2: Flugblatt/Homepage/Presstext der Kampagne „Erlaßjahr 2000“. Gewinner des vorgeschlagenen Gegenwertfonds wären die NGOs, die zukünftig als Bank agieren könnten und so erhebliche Macht bekämen.

Die Kampagne verlangt ... die Einrichtung von „Gegenwertfonds“, in die die begünstigten Regierungen einen Teil der erlassenen Devisenschuld in nationaler Währung einzahlen müssen. Aus diesen Fonds, an deren Verwaltung Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und andere Vertreter der Zivilgesellschaft maßgeblich beteiligt sein sollen, werden Projekte sozialer und ökologisch nachhaltiger Entwicklung finanziert.

Wie funktioniert ein Gegenwertfonds

... Der Erlaß von Schulden kann so geregelt werden, daß von jeder erlassenen Mark ein Teil in Projekte investiert werden muß, von denen die Armen direkt profitieren. Dazu muß der Schuldenerlaß an die Einzahlung eines Teilbetrags der erlassenen Schuld in einen Gegenwertfonds in nationaler Währung des Schuldnerlandes gebunden werden. Der Fonds dient der Begleichung der „sozialen Schuld“ der Regierungen in Nord und Süd gegenüber den Ärmsten. Mit den Geldern aus diesem Fonds lassen sich Projekte zur Deckung sozialer Grundbedürfnisse finanzieren oder beispielsweise ein Kreditssystem für kleine Händler, Bauern etc.

Mit Hilfe eines solchen Programm hat die Schweizer Regierung in den letzten Jahren mehr als 1 Milliarde DM Schulden erlassen und zugleich dafür gesorgt, daß ein Teil der erlassenen Summe auch in diktatorischen Regimen der Bevölkerung zugute kam.

Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Verwendung der Gelder ist eine angemessene Beteiligung von Kräften der Zivilgesellschaft (Kirchen, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen etc.) an der Verwaltung der Gegenwertmittel.



Tag der Erde

Der Aufruf zum 22.4.2000 steht unter dem Motto „Für eine handlungsfähige, starke Weltfriedensordnung“. Gefordert wird ein weltweites Krisenmanagement einer starken Weltregierung.

Das Prinzip der Nicht-Einmischung in die Belange eines anderen Staates muß ersetzt werden durch Verpflichtung zur Einmischung, wenn in irgendeinem Staat der Erde die Menschenrechte mißachtet werden.

Zum Krieg um den Kosovo:

Die gegenwärtige Praxis einer „wilden“ Interventionsgemeinschaft wie etwas im Fall Kosovo steht immer im Verdacht, unter dem Feigenblatt der Menschenrechte eigene Interessen zu bedienen. Bei einer vollentwickelten Weltfriedensordnung würde statt eines solchen Krieges der Einsatz internationaler durchsetzungsfähiger Kriseninterventionseinheiten für eine einstufige Ordnung sorgen, damit die Konflikte anschließend in Ruhe und nach klar definierten Rechtsnormen vor einem Weltgerichtshof entschieden werden können.

Aus der Liste der Forderungen :

Schaffung handlungs- und durchsetzungsfähiger internationaler Kriseninterventionseinheiten mit weltweitem Gewaltmonopol im Fall von Kriegen und Bürgerkriegen; Interventionsrecht und -pflicht bei Verletzungen der Menschenrechte durch nationale Regierungen oder bei deren Versagen bei der Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen.

Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer 2000

•Schwerpunkt



Nationalistische Töne aus Ex-Linken Kreisen

Deutschland in Gefahr

Abgehobene NGOs, viele von ihnen ohne Basisgruppen nur aus Büros bestehend, planen die Gründung eines Dachverbandes. Arbeitstitel ist „Netzwerk für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte“, geplant: ATTAC Deutschland. Hinter der vordergründig vorgetragenen Sorge um eine gerechte Welt stehen Vorschläge zur Stabilisierung kapitalistischer Verwertungslogik und ein eindeutig nationalistischer Kurs zur Stärkung des Standorts Deutschland.

Im folgenden wird ein Papier des Netzwerkes auszugsweise zu bestimmten Fragestellungen dokumentiert. Die Hauptsorge der Autoren gilt keineswegs einer gerechten Güterverteilung, sondern den Steuereinnahmen Deutschlands. Als wichtigster Widerspruch des kapitalistischen Systems werden nicht Verarmung, Hunger, Umweltzerstörung, Herrschaftsverhältnisse, Diskriminierung u.ä. gesehen, sondern die Offshore-Zentren, die den Reichtum Deutschlands gefährden:

Die sogenannten Offshore-Standorte der Finanzindustrie, also Kleinstaaten oder scheinsouveräne Enklaven, in denen kaum oder gar keine Gewinn- Steuern für Tochterfirmen ausländischer Unternehmen erhoben werden, sind die zentrale Schwachstelle des derzeitigen Systems der global vernetzten Finanzmärkte. ...

Nach Schätzungen von Fachleuten des Internationalen Währungsfonds wird mittlerweile das Anlagemanagement für Vermögen im Umfang von rund fünf Billionen (5.000.000.000.000) US-\$ formal über solche Offshore-Zentren abgewickelt. Die aktuellen Daten müssen noch recherchiert werden. Diese Summe entspricht etwa dem zweieinhalbfachen der bundesdeutschen Wirtschaftsleistung pro Jahr oder dem vier- bis fünffachen der weltweiten Jahresumsätze mit Rohöl. Das bedeutet, bei einer unterstellten Jahresrendite von 10 Prozent, dass auf diesem Wege Gewinne und Einkommen in Höhe von 500 Milliarden Dollar jährlich der Besteuerung entzogen werden. Allein dem deutschen Fiskus entgehen damit nach Schätzungen des Bundesamtes für Finanzen und der deutschen Steuergewerkschaft Einnahmen in Höhen von 15 bis 50 Milliarden Mark Einnahmen jährlich. ...

Damit wurden die Offshore-Zentren zu einer entscheidenden Ursache für die wachsende Instabilität des globalen Finanzsystems.

Zu der Frage stärkerer Kontrolle – einschließlich einer Gleichsetzung von Neoliberalismus und Anarchie!

All diese Entwicklungen wären nicht möglich, wenn die großen Industriestaaten die Offshore-Anarchie nicht seit Jahrzehnten stillschweigend geduldet hätten und noch immer dulden würden. Nicht die Regenten der beteiligten Operenstaaten sind die Schuldigen, sondern die Regierungen in Westeuropa, Japan und Nordamerika, die dem Treiben tatenlos zusehen.

Zur Frage der Schuld – antiamerikanisch und pro-deutsch:

Die Europäer, namentlich der damalige Bundesbank-Chef Tietmeyer forderte eine engere Regulierung der Aktivitäten solcher Fonds – ein Vorschlag, den das US-Finanzministerium zunächst gutließ, dann aber auf Druck der Wall-Street-Gemeinde, die traditionell eng mit der US-Regierung personell verflochten ist, wieder verworf.

Zur Frage der Schuld anderer Länder an Mißständen in Deutschland:

Fast alle EU-Länder sind in den letzten Jahren von Skandalen um Parteispenden und persönliche Bereicherung von Politikern erschüttert worden, die stets eng mit Finanzgeschäften in der Schweiz, Liechtenstein oder den Kanalinseln verbunden waren. Der aktuelle CDU-Skandal hat noch einmal die Bedeutung des Fluchtplatzes Schweiz und dort wiederum des von Steuerfahndern und Bankaufsehern vielfach beklagten „Schwarzen Lochs“ Liechtenstein drastisch demonstriert.

Zu Aktivitäten des Netzwerkes: Die Autoren fordern die Einschränkung des Datenschutzes (Bankgeheimnis) und fordern, daß Deutschland in die Rolle eines Weltrichters kommt.

Schritte dahin müssten sein:

Die Aufhebung des Bankgeheimnisses gegenüber den Steuerbehörden in Deutschland einschließlich der im Ausland verwalteten Guthaben. (Transparenz kann nur fordern, wer sie im eigenen Land praktiziert.)

Eine Entschließung des Bundestages, die finanz- und steuerrechtlichen Beziehungen zu allen Ländern zu überprüfen, die in Deutschland ansässigen Bürgern und Unternehmen Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung von Steuerhinterziehung bieten. ...

Androhung der Aufkündigung von Doppelbesteuerungsabkommen gegenüber den Staaten, die trotz Aufforderung zur Rechtshilfe kein Meldeverfahren gegenüber den Steuerbehörden der EU-Staaten einführen wollen.

Zur Frage der Radikalität und der PR-Strategien:

Um die Erfolgchancen zu maximieren, käme es darauf an, nicht unnötig Bündnispartnerinnen durch zuviel allgemeine linke Kapitalismuskritik abzuschrecken, sondern sich mit diesem einen, leicht verständlichen Punkt an breite Schichten der Bevölkerung zu wenden. Ein möglicher Erfolg könnte den Boden bereiten für weitergehende Reformen. ...

Kontaktaufnahme mit Vertretern der Finanzindustrie zum Aufbau eines offenen Dialogs zum offshore-Problem. ...

Pressekonferenz zum Schwarzgeldstaat Liechtenstein

Das Papier trieft vor Nationalismus und Standortdenken. Es macht Deutschland zum Opfer internationaler Finanzjongleure – eine Sichtweise, die hohe Ähnlichkeit mit antisemitischen Mustern hat. Zudem sind imperialistische Vorschläge enthalten, die Deutschland als Wächter des Guten in der Welt sehen.

Zum Text links



Die Zitate sind Auszüge aus dem Entwurf eines Arbeitspapiers vom 12.3.00, Autoren sind Harald Schumann (Spiegel-Redakteur) und Oliver Moldenhauer (Share).

Titel:

Stabilität im globalen Finanzmarkt – Stopp den Steuerfluchtplätzen von Liechtenstein bis Cayman Island! Vorschlag für die erste Kampagne des Netzwerkes für die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte.

In einer Anmerkung am Ende des Textes findet sich dann noch ein Hinweis, daß die Autoren gar nicht daran denken, mit politischer Bewegung zusammenzuarbeiten.

„Wir werden aber nur Erfolg haben, wenn wir glaubhaft machen können, dass wir wissen, wovon wir sprechen. Das bedeutet: Wir brauchen Geld für die Finanzierung von mindestens drei Jungdynamikern für ein Jahr, die zunächst die notwendigen Informationen für das Handbuch recherchieren und anschließend die Multiplikatoren ausbilden.“



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

18

Sommer 2000

Schwerpunkt

Stiftung Freiräume

Um autonomes Eigentum zu sichern und gleichzeitig eine Rechtsform zu bieten, die den tatsächlichen AkteurInnen in solchen Zentren, also zu meist dem NutzerInnenplenum, die Entscheidungsmacht überträgt, ist zur Zeit eine Stiftung in Gründung, die den Namen „Freiräume“ tragen soll. Sie kann das Eigentum an Grundstücken und Gebäuden erwerben und damit neutralisieren. In einem unkündbaren Vertrag mit den NutzerInnen wird dem Plenum (oder einer anderen selbstgewählten Struktur im Projekt) das Entscheidungsrecht übertragen. Dieser Vertrag garantiert auch den öffentlichen Raum und sichert ihn gegenüber Privatisierung oder Kommerzialisierung.

Für Infos: freiraume@inihaus.de

Medien, Zentren, materielle Basis – selbstorganisiert!

Autonomie schaffen

Es war nie gut, aber schon mal besser: Heute gehören nur noch ganz wenige Häuser, Medien oder andere Strukturen zur politisch aktiven Bewegung. Viele sind eingegangen, andere haben sich kommerzialisiert und sind jetzt als Medien anzeigengefüllte Stadtmagazine oder abgehobene Kaderblätter, als Zentren Kneipen, teure Tagungsstätten, esoterische oder linksbürgerliche Kulturtreffpunkte. Besetzte Häuser und Kommunen wurden Schöner-Wohnen-Projekte, die ganz Modernen machen mit ihren Häusern und Betrieben einfach nur Kommerz ... Gleichzeitig haben Staat und Kommunen viele Orte geschaffen, an denen sich Gruppen treffen können, wenn sie sich an die Regeln halten. Zuschüsse gibt es für alle braven Vereine, die sich vielerorts in Abhängigkeiten begeben haben. In einer solchen Situation sind die Rahmenbedingungen für selbstorganisierte politische Arbeit nicht gut. Zu einer Bewegung von unten wird gehören, wieder autonome, d.h. selbstorganisierte Strukturen zu schaffen, um sie für die politischen Inhalte und konkrete Aktionen zu nutzen. Zeitungen, Radio und Fernsehen, Internet, autonome Infozentren, Aktionsmaterial, finanzielle Sicherungen – Gegenmacht von unten braucht Infrastruktur ohne Kontrolle von außen!

Politische Bewegung lebt nicht von direkten Aktionen und klaren Positionen allein. Wichtig ist eine materielle Grundlage, die nicht abhängig ist von denen, die politische Gegner sind: Staat, Konzerne, Machtinstitutionen, Medien – jedenfalls die meisten. Fast alle politischen Gruppen aber sind derzeit nackt: Gruppenräume von Staates Gnaden, Zuschüsse aus gleichen Quellen, Pressearbeit nur über die bürgerliche Presse – höchstens bei der Arbeitsinfrastruktur besteht eine gewissen Unabhängigkeit, wenn die AkteurInnen ihren privaten Besitz nutzen. Wer abhängig organisiert ist, muß bei seinen Aktionen darauf achten, den Raum- oder Geldgeber nicht zu verprellen. Mit angezogener Handbremse werden nur solche Aktivitäten durchgeführt, die niemandem wehtun.

Um politische Kraft zu entwickeln, muß der Aufbau autonomer Strukturen in den Mittelpunkt rücken.

Häuser und Räume erobern!

Münster, Heidelberg ... in den letzten Monaten hat es in einigen Städten Besetzungen autonomer Zentren gegeben. Die Besetzungsphase in Münster verlief verheißungsvoll – die Uppenbergschule, paßgenau zum Jahreswechsel in ein autonomes Zentrum verwandelt, wurde schnell zum Ort vielfältiger Aktionen und Veranstaltungen. Inzwischen wurde das Haus geräumt und abgerissen – die „Szene“ politischer Gruppen hat sich schnell beruhigt. Doch die Hoffnung bleibt – nicht nur in Münster –, daß neue selbstorganisierte politische Zentren Leben in die Stadt bringen und Plattform für vielfältige Aktivitäten und Widerstand sein können. Ohne Angst, rauszufliegen.

Die Medienlandschaft umgestalten!

Es gibt zwar viele selbstorganisierte Zeitungen, Fanzines usw., aber kaum noch solche Zeitungen, die in die breite Öffentlichkeit hineingehen. Dort herrschen die bürgerlichen Medien. Ausnahmen bilden einige lokale Radiosender mit oftmals vielen autonom organisierten Redaktionen. Im Zeitungsbereich aber sieht es düster aus. Viele politische Gruppen verzichten auf Pressearbeit oder vertrauen ihre Positionen den bürgerlichen Medien an – die sie aber immer wieder auf wenig radikale Positionen oder unterhaltsame Details reduzieren. Hier ist der Mut nötig, wieder offensiv in die gesellschaftliche Debatte einzugreifen, mit Zeitungen, Buch- und Broschürenreihen, Kinospots, Radio- und Fernsehbeiträgen sowie vielem mehr. Auch die modernen Medien, z.B. das Internet, können vielerorts noch viel stärker erobert werden.

Kommunikationsstrukturen

Innerhalb von Gruppen, noch mehr aber in Bündnissen (sei es in Städten und Regionen über Themengrenzen hinweg oder auch überregional in den thematischen Bewegungen) ist eine ständige Kommunikation wichtig. Die Kommunikationswege sollten selbstorganisiert und transparent sein – keine Rundbriefe aus staatsfinanzierten Zentralen, sondern ein Austausch zwischen vielen gleichen Teilen, selbstgewählten Koordinationspunkten und Kommunikationswegen vom Internet bis zum herkömmlichen Rundbrief.

Streetwork/-fight – raus dem Loch!

Wenn politische Bewegung gesellschaftsverändernd sein will, muß sie nach draußen gehen und mit kreativen Aktionen, klaren Inhalten und gezeigter Offenheit Menschen für sich gewinnen: In Schulen, Universitäten, FußgängerInnenzonen, Kinos, Kneipen, überall. vielerorts sind seit Jahren keine Kontakte mehr aufgebaut worden. So dürfte z.B. recht unbekannt sein, ob nicht an Schulen viele Jugendliche unzufrieden mit der Normalität, mit dem dürftigen Angebot wirklich spannender Projekte an der Schule, mit der integrierenden Wirkung sanft-schlechter SchülerInnenzeitungen und -vertretungen sind. Politische Bewegung muß Menschen erreichen – viele. Sie dort abzuholen, wo sie sind, heißt nicht, auf Radikalität zu verzichten. Ganz im Gegenteil: In einer Gesellschaft der neuen, vor allem aber allgegenwärtigen Mitte ist zu erwarten, daß Radikalität, d.h. die sich deutlich unterscheidende Alternative mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht und radikale Visionen eine Chance haben.

ak analyse & kritik Linke Politik wöchentlich zur Einzelexemplar für 7,50 DM
Zeitung für linke Debatte und Praxis

Herzhaft links + geschenkt!

Wer jetzt abmeldet oder ein Jahresabo (60/90 DM) vorzuziehbar bekommt von uns eine ak Audio-CD geschenkt! Sie enthält mit fast 4.000 Artikeln die Jahrgänge von 1998 bis

Schwarze Woche. **3 X ak für 10 DM***

www.akweb.de ak, Rorschachstr. 10, 20255 HH, T: 040-401 40 774, F: 040-401 70 175, ak@akweb.de

*Sonderhefte Sonderkataloge verfügbar und Aktionsabo kann ab dem 1. April bestellt werden



Lizenz zum Gelddrucken

Am 12. Mai findet im Bundesumweltministerium eine Verbände-Anhörung zum Entwurf einer Biomasseverordnung (BiomasseV) statt. Mit der Verordnung soll festgeschrieben werden, was künftig unter Biomasse zu verstehen ist und welche technischen Verfahren bei Biomasse durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG), das seit 1. April 2000 in Kraft ist, gefördert werden.

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT – Landesverband Bayern kritisiert den vorgelegten Entwurf scharf. Nicht nur die Tatsache, dass der vorliegende Entwurf die direkte Verbrennung von kompostierbaren Bioabfällen aus der Landschaftspflege, Küchen und Kantinen zulässt, erzürnt die Gemüter, sondern vor allem die Einstufung von belastetem und hoch belastetem Altholz als „Biomasse“. Damit werden schadstoffhaltige Hölzer der unbelasteten Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft gleichgestellt.

Dies führt nach Meinung des BESSEREN MÜLLKONZEPTs Bayern zur absurden Situation, dass Betreiber von Kraft-Wärme-gekoppelten Feuerungsanlagen mit einer Leistung bis 20 Megawatt gleich doppelt abkassieren können. Einmal für die Entsorgung der giftigen Althölzer – für die Verbrennung werden bis zu 60 DM pro Tonne bezahlt – und ein Zweites mal für die Einspeisung des derart erzeugten Stroms.

„Dieses Müllgeschäft läßt die Kassen klingeln und stellt eine Lizenz zum Gelddrucken dar“, meint die Öffentlichkeitsre-

ferentin der Bürgeraktion, Irene Maria Sturm. Strom aus „Biomasse“ muss nach dem EEG vorrangig abgenommen werden und wird mit 20 bis 17 Pfennig pro Kilowattstunde vergütet. „Wenn der Grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin die Stromerzeugung aus halogeniertem, mit Quecksilber und krebserregenden Holzschutzmitteln behandeltem Altholz (ausgenommen ist PCB-Holz) gleichwertig wie Strom aus Wind, Sonne und Wasser, Biogas- und Bioöl fördern will, bringt er die Erneuerbaren Energien massiv in Verruf“, so Sturm.

DAS BESSERE MÜLLKONZEPT fordert deshalb die Herausnahme von belastetem und hoch belastetem Giftholz aus der Biomasse-Verordnung, da schadstoffhaltige Hölzer als Sondermüll zu beseitigen sind. Weiter wird die Änderung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz gefordert, damit einer ökologisch gebotenen stofflichen Verwertung, z.B. Kompostierung oder Vergärung von unbelasteten Bioabfällen Vorrang vor der Verbrennung (thermische Verwertung) eingeräumt wird.

Projekt „Einspar-Contracting in der Abfallwirtschaft“

Niedrigere Müllgebühren für die MieterInnen, sauber getrennter Hausmüll und zusätzliche Arbeitsplätze – diese ambitionierten Ziele wurden in Bielefeld mit Hilfe der „Contracting-Methode“ zur Zufriedenheit aller Beteiligten erreicht.

Die Ausgangslage war – trotz intensiver Beratung und Information – ähnlich wie in vielen anderen Städten: In Großwohnanlagen wird der Müll nicht sauber getrennt und neben den Müllbehältern wird Abfall abgestellt. Darüber hinaus drohte die von zwei Bielefelder Wohnungsgesellschaften eingeführte Eigenkompostierung von Biomüll wegen gerichtlicher Klagen zu scheitern.

Die Lösung des Problems ist pfiffig: Die BielefelderInnen bezahlen nur für den Restmüll und können bei sauberer Trennung des Abfalls sogar Geld sparen. Dieses Einspar-Potenzial kann in den Großwohnanlagen aber nur ausgenutzt werden, wenn zusätzliche Dienstleistungen angeboten werden wie Herrichtung der Sammelplätze, intensive Information der Haushalte und Kontrolle auf Fehlfüllungen. Die Beschäftigungsgesellschaft „Profil e.V.“ nimmt diese Aufgaben in Zusammenarbeit mit den AbfallberaterInnen der Stadtreinigung wahr. Die finanziellen Einsparungen werden zwischen Profil und den Bewohnern der Wohnanlagen aufgeteilt – ähnlich wie beim Energie-Contracting die Energiekosten-Einsparungen.

In ausgewählten Sozialbau-Siedlungen der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft und der Ravensberger Heimstättengesellschaft startete 1994 das Abfall-Contracting. Profil stellt mit zusätzlichen Mitteln durch das Arbeitsamt die benötigten Arbeitskräfte. Nachdem die BewohnerInnen in acht verschiedenen Sprachen schriftlich informiert worden waren, machten die MitarbeiterInnen von Profil und der Stadtreinigung Hausbesuche und griffen die Anregungen und Bedenken der MieterInnen auf. Für einige Müll-Sammelbehälter wurden neue Standorte ausgewählt und für den Biomüll neue Komposter aufgestellt. Komposter und Sammelbehälter werden jetzt ein- bis zweimal wöchentlich auf Fehlwürfe kontrolliert.

Einen Höhepunkt stellen die in regelmäßigen Abständen stattfindenden Kompost-Parties dar, auf denen der fertige Kompost ausgegeben wird. Dieser wird nicht nur für die Blumenkästen auf den Balkons genutzt, sondern auch zur Umwandlung von langweiligen Rasenflächen in Gartenlandschaften.

Die Verbesserung des Wohnumfeldes und die intensiven sozialen Kontakte sind ein zusätzlicher Gewinn des Bielefelder Abfall-Contracting-Projektes.

Kontakt: Umweltbetrieb der Stadt Bielefeld, Abfallberatung, Ruth Hamper, 33597 Bielefeld, Tel. 0521-13341, Fax 0521-513384, umweltbetrieb@bielefeld.de

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

• Kurznotiert



Themenredaktion „Abfall“

Irene Maria Sturm
Augustinstraße 2
92421 Schwandorf
Tel.: 09431-42348
Fax: 09431-42954
isturm@sadnet.de

Ö-Verteiler „Abfall“

- Das Bessere Müllkonzept
 - LV Baden-Württ.
 - LV Bayern
 - LV Schleswig-H.
- Müllnetz Berlin



Der infodienst für UmweltakteurInnen

20 Sommer 2000
 • Kurz notiert

Zeitschriften-schau

anti atom aktuell
 (Bestellung/ Aba-
 aaaa, Helgenstockstr.
 15, 35394 Giessen)

aaa Nr. 110
 • Nachlese zur Früh-
 jahrskonferenz in Mül-
 heim an der Ruhr

aaa Nr. 111
 • Expo

graswurzelrevolution
 für eine gewaltfreie,
 herrschaftslose Ge-
 sellschaft
 Jahresabo 35 DM
 GWR, Kaiserstr. 24,
 26122 Oldenburg
 Fax: 0441/2489661
 http://www.com-
 link.de/graswurzel/



Themenredaktion "Atom"

Bernd Hanewald
 Hermann-Levi-Str. 9
 35392 Gießen
 Tel.&Fax 0641/29125
 bernd.hanewald@
 med.uni-giessen.de

Anmerkungen zum Text rechts:

1 Diese Gefahr be-
 steht nur dann, wenn
 sich ein Atomstrom-
 boykott positiv auf
 den Markt bezieht.
 Die Kampagne „Öko-
 strom von unten“
 (siehe Rubrik „Ener-
 giewende“) ist hier ei-
 ne Gegenstrategie.

2 Wenig Anklang
 fand die mit dem Ex-
 po-Widerstand ver-
 bundene Idee, the-
 menübergreifende
 Aktionsformen zu fin-
 den. Zwar beteiligen
 sich einzelne Anti-
 Atom-Gruppen an
 den entstandenen re-
 gionalen Aktions-
 bündnissen, aber auf
 der Konferenz war
 das Interesse eines
 bewegungsübergrei-
 fenden Ansatzes ge-
 ring – und wurde teil-
 weise sogar von ein-
 zelnen VertreterInnen
 der reinen Anti-Atom-
 Lehre ohne gesamt-
 politischen Anspruch
 attackiert.

Gelb. Giftig. Gefährlich. Atomstrom

„Atomstrom ist nur billig, weil die Kos-
 ten auf die SteuerzahlerInnen und die
 kommenden Generationen abgewälzt
 werden. Atomstrom wird uns alle noch
 teuer zu stehen kommen.“

Das gibt es als Postkarte, als Plakat,
 als Aufkleber im Postkartenformat und als
 Spuckieblock. Das AtomStrom-Logo al-
 leine gibt es als runden Aufkleber. Die
 Preise: Postkarte 1,00 DM, Plakat (47 x
 68 cm) 2,00 DM, Aufkleber eckig 1,50
 DM, Aufkleber rund 1,50 DM, Spuk-
 kieblock (50 St.) 4,00 DM, Rabatt bei
 grösseren Bestellmengen. Dazu kom-
 men noch die Versandkosten – Bezahlt
 wird nach Erhalt der Rechnung.

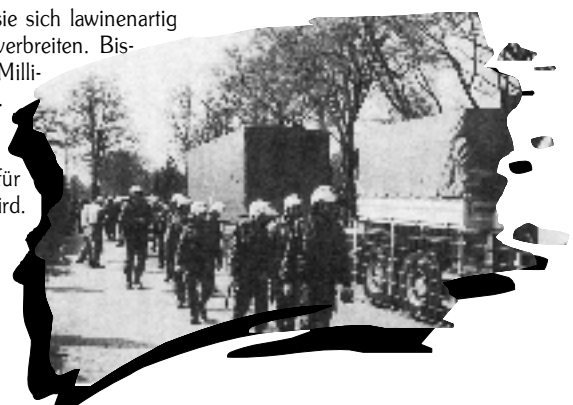
Bestellen bei: **Tolstefanz, Wendländi-
 sches Verlagsprojekt, 29439 Jeetzel 41,**
 Tel/Fax: 05841/4521, [tolstefanz@
 jpbberlin.de](mailto:tolstefanz@jpbberlin.de), [http://www.oneworldweb.de/
 castor/material/yellopk.html](http://www.oneworldweb.de/castor/material/yellopk.html)

Zeitung für den Atomausstieg

Nach dem monatelangen Trommel-
 feuer der Atomwirtschaft mit Drohungen,
 Halbwahrheiten und unverschämten For-
 derungen ist es an der Zeit, daß sich die
 Anti-Atom-Bewegung breitenwirksam mit
 guten Argumenten zu Wort meldet.

8 Seiten Fakten und Argumente für
 den Atomausstieg – Helft uns, diese Zei-
 tung zu verteilen!

Die Zeitung soll sie sich lawinenartig
 in der Bevölkerung verbreiten. Bis-
 her wurden bereits 1 Milli-
 on Exemplare verteilt.
 Wir wollen nicht länger zusehen, wie der
 Atomausstieg Stück für
 Stück demontiert wird.



Schaffen wir den notwendigen gesell-
 schaftlichen Druck für den Atomausstieg!

Kontakt: „Aktionsbündnis Atomaus-
 stieg“, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel.
 030-6930244, Fax 030-6938166,
ippnw@vlberlin.comlink.de. 100 Zeitun-
 gen für 20 DM, 200 Zeitungen für 30
 DM, 500 Zeitungen für 40 DM, 1000
 Zeitungen für 70 DM, 2000 Zeitungen
 für 120 DM

Bericht von der Anti-Atom-Konferenz

Einigkeiten und Kontroversen

Rot-grün/Ausstiegsnonsens

Die Grünen sind im Prozeß der parla-
 mentarischen Integration und angesichts
 der bewußten Machtbeteiligung von der
 Ausstiegspartei zu den Steigbügelhaltern
 der Atomindustrie mutiert. Sie haben
 nicht versagt, sondern es ist ihre histori-
 sche Aufgabe den Konflikt zu befrieden,
 um einen ungestörten Weiterbetrieb der
 Atomanlagen zu sichern. Sie modernisie-
 ren das Verhalten des Atomstaates zur
 sozialen Bewegung gegen die Nutzung
 der Atomenergie.

Die Anti-Atom-Bewegung muß eine ra-
 dikale Kritik am Konsensnonsens organi-
 sieren, öffentlich zuspitzen und gegen-
 über den Grünen konfrontativ auftreten,
 um die Definitionsmacht über das was
 Atomausstieg wirklich bedeutet zurück-
 zugewinnen – Stilllegung aller Atomanla-
 gen, sofort, weltweit. Die Forderung nach
 der Sofortstilllegung hat sich nicht gegen-
 über einer „realpolitischen Machbarkeit“
 zu legitimieren, sondern sie ergibt sich
 zwingend aus der realen Gewaltförmig-
 keit des Atomprogramms und ist somit
 eine Trennlinie zu den Grünen.

Zur Vorbereitung einer bundesweiten
 Aktion gegen den drohenden Atomkon-
 sens trifft sich die Anti-Atom-Bewegung
 am 7.5. in Münster, dem Ort an dem die
 Atom-Partei Bündnis 90/die Grünen im
 Juni ihre nächste Bundesdelegiertenkon-
 ferenz abhalten wird.

Verstopfungsstrategie

Wir sollten nicht mehr von Verstop-
 fungsstrategie reden, weil wir nicht reali-
 stisch AKWs vom Netz blockieren kön-
 nen. Wir treiben lediglich den politischen
 und ökonomischen Preis der Atomanla-
 gen nach oben.

Auch: Verstopfungsstrategie kann als
 Sammelbegriff für die Vielzahl von Akti-
 vitäten, die in den Ablauf des Atompro-
 gramms eingreifen, verstanden werden.

Atomüll-Transporte/ Castor-Mobilisierung

Das Ende der Atomüll-Transporte ist
 trotz rotgrünen Bemühens nicht abseh-
 bar. Der erste Transport unter rotgrün
 (wenn es ihn gibt) wird vor dem Hinter-
 grund des Ausstiegssnonsens ein wichti-
 ger Kristallisationspunkt, und wir stehen
 unter dem Druck, möglichst erfolgreich
 zu sein. Die Mobilisierung wird schwieri-
 ger als bei den Castortransporten zuvor,
 Er findet in einer für die Anti-Atom-Beweg-
 ung veränderten Öffentlichkeit statt: ei-
 nerseits – die „ewig Gestrigen“ rennen
 gegen ein von rotgrün doch abgewick-
 eltes Atomprogramm an, andererseits –
 jetzt erst recht gegen den rot-grünen
 Konsensnonsens.

Ist der erste Transport ein Rücktransport
 aus der Wiederaufbereitung, werden wir
 gegen den Vorwurf des Nationalismus
 argumentieren müssen.

Uran-Kampagne

Teile der Anti-Atom-Bewegung entwik-
 keln eine Uran-Kampagne. Sie bietet die
 Möglichkeit, eine neues und bisher un-
 terbelichtetes Konfliktfeld zu erschließen
 und die Bewegung um internationalisti-
 sche und antirassistische Aspekte zu er-
 weitern. Urantransporte und die Uranan-
 reicherungsanlage in Gronau sind dabei
 wichtige Ansatzpunkte.

Aber: Die UranKampagne wird kurzfr-
 stig nicht die Zuspitzung und Mobilisie-
 rungskraft einer Castormobilisierung er-

reichen. Urantransporte sind alltäglich,
 nicht heiß, und weniger emotional und
 symbolisch aufgeladen. Wenn die ge-
 plante Verlängerung/Verknüpfung der
 Ahaus-Mobilisierung nach/mit Gronau
 klappt, wäre das ein guter Anschlag für
 die Uran-Kampagne.

Atomstrom-Boycott-Kampagne

Eine Atomstrom-Boycott-Kampagne
 kann eine sinnvolle Ergänzung der Be-
 wegung sein. Sie führt weg von der
 standortgebundenen Ereignismobilisie-
 rung. Sie kann auf lokaler Ebene neue
 Konfliktfelder erschließen und eine atom-
 kritische Diskussion vor Ort anschieben.

Jedoch: Eine Atomstrom-Boycott-Kam-
 pagne wurde kontrovers diskutiert, weil
 sie sich positiv auf die Ideologie des
 Neoliberalismus bezieht.¹ Sie sei naiv, da
 sie den Spielraum von z.B. Kommunen
 angesichts leerer Kassen und angesichts
 des Konzentrations- und Zerstörungspo-
 tentials eines entfesselten Energiemarktes
 überschätzt.

Expo 2000

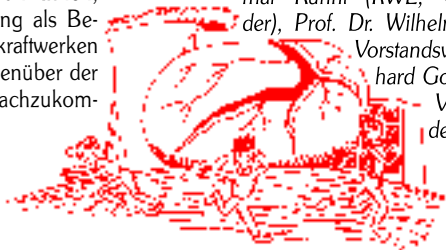
Teile der Anti-Atom-Bewegung betei-
 ligen sich an der Mobilisierung gegen die
 Expo 2000 als Präsentationsforum der
 Zukunftsvisionen der Atomindustrie, ins-
 besondere nehmen etliche Gruppen am
 Blockade und Aktionstag „Expo lahmle-
 gen!“ zur Eröffnung am 1.6. (Himmel-
 fahrt) teil. Jedoch erklärte sich keine
 Gruppe dazu bereit, spezielle Anti-Atom-
 Aktionen zur Expo vorzubereiten. Aber
 was nicht ist, kann ja noch werden.²

Quelle: *anti atom aktuell* Mai '00, S. 6
 (leicht verändert)

Die Virtuelle Postkarte

„Die Atomkraft ist eine unbeherrschbare Technologie, mit der das in der Verfassung verankerte Recht des Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 2, Grundgesetz) und der künftigen Generationen auf Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Artikel 20a, Grundgesetz) massiv gefährdet wird. Ich fordere Sie auf, uns und den nachfolgenden Generationen nicht mit 30 oder mehr Jahren Laufzeit von Atomreaktoren täglich zusätzliche atomare Lasten aufzubürden.“

Ich erwarte von Ihnen, Ihrer Verantwortung als Betreiber von Atomkraftwerken bzw. Politiker gegenüber der Bevölkerung nachzukom-



Bundesweite Unterschriftenaktion
Wer trägt das Risiko eines Atomunfalls? Sie!

Die Ärztoorganisation IPPNW stellte am Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Berlin gemeinsam mit der Neuen Richtervereinigung, dem Bund Naturschutz in Bayern und dem BUND die bundesweite Unterschriftenaktion „Sofort volle Haftpflichtversicherung für die deutschen Atomkraftwerke“ vor, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, als Risikovorsorge für den Betrieb von Atomkraftwerken „eine Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichender Deckung für alle Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden, vorzuschreiben.“ Das volle Risiko für Gesundheitschäden und Vermögensverluste nach einem Atomunfall trägt jeder und jede von uns, nicht die Betreiber der Atomkraftwerke, erklärte IPPNW-Vorstand Dr. Elis Huber. „Es gibt keinen vernünftigen Grund dafür, dass der Staat die Betreiber von der angemessenen Risikovorsorge ihrer gewinnträchtigen Unternehmen freistellt.“

Der Strahlenmediziner Prof. Dr. Edmund Lengfelder wies auf die Erfahrungen aus der Tschernobyl-Katastrophe hin, dass die Fläche dauerhafter Evakuierung 10 000 km² groß sein kann. Dort verloren über 500 000 Menschen ihr Zuhause. Wegen der dichten Besiedlung bei uns müssten möglicherweise einige Millionen Menschen umgesiedelt werden. Wie in Tschernobyl werde dann bei uns eine so große Zahl von Krebsfällen und anderen Krankheiten auftreten, dass eine angemessene medizinische Behandlung nicht mehr möglich sei. Nach offiziellen Schätzungen liegt die Wahrscheinlichkeit, dass es bei dreißigjähriger Laufzeit in einem der 19 deutschen Atomkraftwerke zu einem Super-GAU kommt, bei 2 Prozent. „Bei dieser Risikoberechnung

men, aus der gefährlichen Atomenergie sofort auszustiegen und den ökologisch verträglichen Umbau der Energiewirtschaft einzuleiten.“

Die Postkarte kann unter der Adresse: <http://www.bund.net/atomausstieg> geschickt werden an

Regierung: Gerhard Schröder (Bundeskanzler), Joschka Fischer (Außenminister), Jürgen Trittin (Umweltminister), Herta Däubler-Gmelin (Justizministerin), Werner Müller (Wirtschaftsminister)

Energiewirtschaft: Ulrich Hartmann (VEBA, Vorstandsvorsitzender), Dr. Dietmar Kuhn (RWE, Vorstandsvorsitzender), Prof. Dr. Wilhelm Simson (VIAG, Vorstandsvorsitzender), Gerhard Goll (Energie BaWü, Vorstandsvorsitzender)

wurde nur technisches Versagen berücksichtigt. Menschliches Fehlverhalten – die Ursache auch der Tschernobyl-Katastrophe – ist darin noch gar nicht enthalten,“, so Lengfelder. „Dass Menschen und auch deutsche Spitzentechnologie versagen können, hat nicht zuletzt die ICE-Katastrophe von Eschede gezeigt.“

Der Gesetzgeber verlangt – entgegen gesetzlichen Bestimmungen – für den Fall einer Katastrophe in einem Atomkraftwerk lediglich eine Schadensdeckung bis zu 1 Milliarde DM. Offizielle Studien beziffern mögliche Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden nach einem Super-GAU auf rund 10 000 Milliarden DM. Würde die Bundesregierung die heute geforderte Schadensdeckung auch verzehnfachen, würden damit erst 0,1 Prozent der zu erwartenden Schäden abgedeckt, erläuterte in Berlin Richter Dr. Peter Weber von der Neuen Richtervereinigung. Die Initiatoren erwarten in breiten Bevölkerungskreisen großes Interesse für die Unterschriftenaktion.

Prof. Dr. Hubert Weiger vom Bund Naturschutz in Bayern rief die ländliche Bevölkerung und insbesondere auch Landwirte dazu auf, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen. Pfarrer Reinhard Dalchow führte im Namen der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirche aus, daß die Nutzung der Atomenergie und das Abwälzen der Risiken auf die Allgemeinheit ethisch nicht vertretbar ist.

Unterschriftenlisten kostenlos bei: IPPNW-Ärzte, Körtestrasse 10, 10967 Berlin, Tel: 030-693 02 44, Fax: 030-693 81 66, ippnw@ippnw.de

Weitere Infos unter <http://www.atomhaftpflicht.de> oder bei H. Paulitz (IPPNW-Kampagne Atomausstieg), Tel: 06221-758877, Fax: 06221-759967

Ö-termine

23.05. bis 25.05.2000 Bonn
Jahrestagung Kerntechnik 2000 des Deutschen Atomforums
 Infoforum GmbH, S. Wingsen, Heusallee 10, 53113 Bonn
 Tel: 0228 507 223, Fax 0228 507 262

25.05.2000 Ahaus
cultur contra castor ... das Festival
 mit Fettes Brot, Aufbruch, Lee Buddah
 Stadthalle, Eintritt: 20 DM VVK
 Erlöse fließen in den Widerstand

1.06. bis 4.06.2000
zwo1004 – Fest
 20 Jahre nach der Räumung kein verträumter Blick zurück, sondern 4 Tage Fest(-zeit) auf der Esso-Wiese in Dannenberg
 Info: BI-Büro, Tel: 05841 4684

23./24.06. Münster / Gronau
BDK von B90 / DIE GRÜNEN
 Halle Münsterland, Albersloher Weg 32
 Aufbruch nach Gronau, Aktionstag

28.06. bis 30.06.2000 Loccum
Fachsymposium zur Europäisierung der Energiewirtschaft
 Info: Ev. Akademie, Tel: 05766 81105
<http://www.loccum.de>

14.07. bis 16.07.2000 Nordbayern
Regionales Sommercamp
 Projektwerkstatt Nürnberg, Tel: 0911 2875880
Atom.netz@bigfoot.de

22.07. bis 29.07.2000 Wustrow
Wendland-Sommercamp
 Tel: 05841 98710

3. Regelmäßige Termine:

Jeden Sonntag:

Gorlebener Gebet
 14 Uhr an den Gorleben-Kreuzen, zwischen Erkundungswerk und Salinas-Claims

am 6. jeden Monats:

Mahnwache am AKW Brokdorf zwischen 14 und 17 Uhr
 Kontakt: A. Dreckmann, Lange Reihe 20, 25541 Brunsbüttel, Tel: 04852 – 54193

jeden 1. Sonntag im Monat:

Spaziergang Rossendorf
 13 Uhr am Tor zum Forschungszentrum
 Tel: 034 25 – 817765

Spaziergang UAA Gronau
 14 Uhr, am Zufahrtstor Röntgenstraße
 Kontakt: AKU, Siedlerweg 7, 48599 Gronau, Tel: 02562 – 23125

Spaziergang Garching
 14 Uhr, Bushaltestelle Atomei Garching

jeden 3. Sonntag im Monat:

Spaziergang Ahaus
 14 Uhr, Brennelemente-Zwischenlager
 Kontakt: BI Ahaus, Tel: 02561 – 961101
 oder: WlGA Münster, Tel: 0251 – 521112
 jeweils nach dem Sonntagsspaziergang Delegiertentreffen in Ahaus

Spaziergang Rheinsberg
 13:30 Uhr, Bahnhof Rheinsberg
 Kontakt: Atomplum Greifswald, Tel: 03834 – 89 75 14

Spaziergang Biblis
 14 Uhr am Bahnhof



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

● Kurz notiert



Hoch die Internationale Solidarität

Norberts Bookmarks für engagierte Leute mit über 15000 gutsortierten Links u.a. zu den Themen: Anti-Atom, Atomwaffen, Umwelt, Menschenrechte, 3. Welt, Soziales und Politik...
www.dfg-vk.de/links/bookmark.htm

Aktuelle Anti-Atom-Informationen der letzten 30 Tage
www.oneworldweb.de/castor/aktuell.html

Gorleben – TICKER der CASTOR-NIX DA-Kampagne mit den aktuellsten Informationen!
www.oneworldweb.de/castor/bi_ticker.html



Ö-Verteiler "Atom"

• anti atom aktuell

Anti-Atom-Kontakt sortiert n. Alphabet
members.aol.com/JueSiebert/adressal.htm
 nach Postleitzahlen
.../adressen.htm

Aktualisierte Nachrichten zum Atomausstieg
www.yahoo.de/schlagzeilen/politik/atomausstieg.html

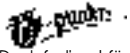
Siemens-Boycott
www.siemens-boycott.de

Virtuelle Postkarte Atomausstieg
www.bund.net/atomausstieg/

Anti-Atom Soziale Verantwortung
www.ippnw.de

Unterschriftenaktion Haftpflichtversicherung für deutsche AKW: www.atomhaftpflicht.de

Tagesaktuelle Presseauswertung:
www.x100Omalquer.de



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

22

Sommer 2000

● Kurz notiert



**Themenredaktion
"Chemie/
Industrie"**

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 150418,
40081 Düsseldorf
0211/3339-11, Fax -40
co_gegen_bayer@
nadeshda.gun.de

&

Christian Wagner
Umweltmagazin Glo-
bal 3000, Radio
Dreieckland
Adlerstr.12, 79098 Frei-
burg, 0761/31868
chrislink@t-online.de

Schwerpunkt Pestizide

Das Gift der Bananen

Bananen sind gesund, aber leider nur für die KonsumentInnen. Die Situation in den Produktionsländern ist verheerend, der Pestizideinsatz ist 10mal so hoch wie in der deutschen Landwirtschaft. Eine Anwohnerin einer Bananenplantage in Costa Rica schildert, wie die Gifte versprüht werden: „Die Flieger kommen fast jede Woche, ohne Vorwarnung. Ich versuche dann, noch schnell meine Kinder ins Haus zu holen. Doch richtig schützen kann ich sie nicht. Zwei von ihnen haben bereits jetzt schlimme Allergien“. Auf den riesigen Monokulturen vergeht praktisch kein Tag ohne Gifteinsatz. Per Flugzeug werden die Plantagen mit Pilzbekämpfungsmitteln eingenebelt. Dabei werden auch immer wieder Straßen, Schulen und Wohnhäuser getroffen. Schlecht ausgerüstete und kaum geschützte Arbeiter bringen mit der Giftpumpe auf dem Rücken weitere hochgefährliche Chemikalien aus.

Konzerne wie Chiquita, Dole oder Del Monte setzen Agrargifte ein, die von der Weltgesundheitsorganisation WHO in die höchste Gefahrenklasse eingestuft werden. In Industrieländern mit strengen Bestimmungen sind diese Mittel nicht oder nur unter strengen Sicherheitsauflagen zugelassen. Sowohl ArbeiterInnen als auch Menschen aus der Umgebung der Plantagen leiden unter diesen Giftstoffen: Hautausschläge, schwere Nervenschädigungen oder Mißbildungen bei Neugeborenen sind häufig. Auch die Umwelt wird stark geschädigt. Die Entwässerungssysteme spülen die Pestizide bis in das Meer, dort werden Fische und Krustentiere vergiftet.

Gegen die Missachtung von Mensch und Umwelt in der Bana-

nenproduktion ist seit 1993 die Bananenkampagne aktiv. An ihr beteiligen sich verschiedene deutsche Gruppen aus dem Bereich der Umwelt- und Entwicklungspolitik sowie zwei NGO-Netzwerke aus Produktionsländern: das Foro Emaús (Costa Rica) und die Windward Islands Farmers Association in der Karibik.

Ziel ist es, die Bananenproduktion ökologisch umzugestalten sowie Arbeitsbedingungen und Handel sozial verträglich zu gestalten.

Mit vielfältigen Aktionen sollen drei Zielgruppen angesprochen werden:

1) Die VerbraucherInnen. Hier soll durch Information ein bewußter Konsum vermittelt werden.

2) Die Produzenten. Hier wird vorrangig auf einen Verzicht der giftigsten Pestizide und eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen hingewirkt. Langfristig sollen sich ökologische Anbauweisen durchsetzen.

3) Der Handel. Hier soll der Verkauf von Bio-/Fair-Trade-Bananen durchgesetzt werden. Dazu wird exemplarisch die Metro AG (Kaufhof, real, Allkauf, Multi-Center, Extra, Comet) herausgegriffen, die sich weigert, fair gehandelte Bananen in ihr Sortiment aufzunehmen.

Die Bananen-Kampagne

In einer Postkarten-Aktion fordert die Bananen-Kampagne den Vorstand des Metro-Konzerns zu einer Änderung ihrer Produktpolitik auf. Postkarten und die aktuelle Kampagnen-Zeitung sind erhältlich bei

BanaFair, Langgasse 41, 63571 Gelnhausen, Tel. 06051/8366-0, info@banafair.de, www.banafair.de

Wer eigene Aktionsideen hat, erhält dort ebenfalls Unterstützung.

Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN

PAN ist in über 50 Ländern aktiv. Es entstand aus der Notwendigkeit, gegen die Schädigung von Mensch und Umwelt durch Pestizide anzugehen. Das Pestizid-Aktions-Netzwerk ist ein Zusammenschluss von Organisationen aus den Bereichen Verbraucherschutz, Entwicklungspolitik, Umweltschutz und Landwirtschaft. Ziel der Arbeit ist die Koordination der Aktivitäten im Engagement gegen den Pestizidmißbrauch.

Alle 2 Monate erscheint der Pestizidbrief. (siehe Zeitschriftenschau)

Infos und Kontakt: 040/39 91 910-0, www.pan-germany.org



Tödliche Pestizid-Vergiftungen

In Peru sind 24 Kinder an einem Pestizid-vergiftetem Schulfrühstück gestorben. 22 weitere Kinder überlebten mit schweren inneren Verletzungen. Ursache war wahrscheinlich das Pestizid Methylparathion (E 605) des BAYER-Konzerns. Es wird unter dem Namen Folidol auf den Märkten Perus ohne Kontrolle verkauft. Die eigentliche Verantwortung für die tödliche Vergiftung der Kinder trägt der peruanische Staat, der das gefährliche Pestizid bisher nicht verboten hat. Aber ebenso sind die Konzerne mitverantwortlich, die Agrargifte herstellen und vertreiben, obwohl sie die Probleme der Anwendung in Ländern des Trikonts kennen. In einem offenem Brief an die BAYER AG fordern die Informationsstelle Peru und das peruanische Instituto de defensa legal (idl) eine würdige Entschädigung der Hinterbliebenen, die Übernahme der Behandlungskosten für die Überlebenden und eine Stellungnahme des Konzerns.

Zur Situation des Pestizideinsatzes in Trikont-Ländern

Verkaufskontrollen finden in vielen Ländern nicht statt. Gesetzliche Bestimmungen existieren meist nur auf dem Papier. Dagegen werden gerade hochgiftige Pestizide auf dem freien Markt oder in Drogerien gehandelt. Die meisten Bauern und Bäuerinnen können die Gebrauchsanweisungen nicht lesen, da sie Analphabeten sind. Deshalb sind die Grundvoraussetzungen für einen sachgemäßen Einsatz nicht gegeben. Wichtige Informationen über Giftigkeit, Schutzmaßnahmen, Dosierung oder Entsorgung erreichen die AnwenderInnen nicht. Die Folge: Pestizide werden ohne Schutzkleidung, oft mit bloßen Händen ausgebracht. Zudem ist Schutzkleidung für Menschen in Armut sehr teuer. Die geforderte Schutzkleidung mag übrigens in gemäßigten Klimazonen problemlos

zu tragen sein, unter tropischen Bedingungen kann ein Plastikanzug schnell zur Qual werden. Leere Pestizidbehälter werden in vielen Fällen als Lager- und Transportgefäße für Wasser und Lebensmittel weiterverwendet.

Trotz dieser seit langem bekannten Probleme produzieren und verkaufen viele Konzerne bedenkenlos ihre Pestizide. Oft handelt es sich dabei um Produkte, die in Industrieländern aufgrund ihrer Giftigkeit und ihrer Umweltbelastung verboten oder nicht zugelassen sind. Weltweit sterben jährlich Tausende Menschen an Pestizidvergiftungen, viel mehr Menschen werden krank, bekommen Allergien oder gebären mißgebildete Kinder. Die Chemiekonzerne müssen endlich die Verantwortung für die schädlichen Folgen ihrer Produkte übernehmen!

Quellen: Informationsstelle Peru/PAN/CBG

Zeitschriften-schau

Pestizidbrief
1+2/2000

- Globaler Pestizidmarkt
 - Probleme der Pestizidzulassung
 - Qualitätsstandard bei Naturtextilien
- Bezug: PAN, s. im Text



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

● Kurz
notiert

23

**Zeitschriften-
schau**Pharma-Brief 1/2000

- Pharmaindustrie in der 3. Welt
 - Veränderung der Pharmapolitik in der EU
- Bezug: BUKO-Pharmakampagne,
August-Bebel-Str.62,
33602 Bielefeld

Stichwort BAYER
1/2000

- BAYER-Arzneimittel in der 3. Welt
 - ZwangsarbeiterInnen-Entschädigung
 - Dubiose Werbemethoden der Pharmaindustrie
- Bezug: Coordination
gegen BAYER-Gefahren

ICEM-Info 4/99

- „Vereinigt und organisiert euch“ – Zweiter Kongress der Internationalen Chemiegewerkschaften zur Globalisierung
- Bezug der dt. Ausgabe: ICEM, Avenue
Emile de Bèco 109, B-1050 Brüssel, Belgien
oder: www.icem.org

**Ö-Verteiler
"Chemie/
Industrie"**

- Stichwort Bayer

BBU-Wasserrundbrief
Nr. 546

- Hintergründe zur Cyanid-Katastrophe in Rumänien
- Nr. 554
- Radioaktives Radium in Mineralwasser (beide Themen mit vielen Material-Hinweisen)
- Bezug: AK Wasser im
BBU, Rennerstr.10,
79106 Freiburg

Chemie in unserer
Zeit 1/2000

- Hormonelle Wirkung von Umweltgift
 - Image von Chemie und Chemieunterricht bei Jugendlichen
- Bezug: Wiley-VCH
Verlag,
69469 Weinheim

**Wissenschaftler legen
Interessenskonflikte offen**

Die Europäische Kommission hat nach jahrelangen Anfragen nun endlich einen Bericht über die Tätigkeiten der Mitglieder des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses (SCF) offengelegt. SCF berät die Europäische Kommission in Fragen der Verbrauchergesundheit und Lebensmittelsicherheit. In dem Bericht geht es um die Frage, inwieweit die Wissenschaftler des SCF durch Verbindungen mit der Lebensmittelindustrie in einem Konflikt zwischen Verbraucherinteressen und Industrie geraten. 4 Mitglieder erklären „ökonomische oder ethische Interessen, die als Vorbelastung meiner Unabhängigkeit angesehen werden könnten“, die anderen 15 sagen, daß sie nichts zu erklären hätten. Die 4 Wissenschaftler geben Beratertätigkeiten für Nestlé, Procter&Gamble, Hoffman-La-Roche, Novartis, Danone u.a. an. Über die Höhe der erhaltenen Honorare werden keine Angaben gemacht.

Diese Erklärung ist ein wichtiger Schritt, die Lobby der Konzerne bei der EU-Gesetzgebung transparenter zu machen. Für den Schutz von VerbraucherInnen ist ein wissenschaftlicher Rat sehr wichtig, der unabhängig von den Interessen der Industrie ist. Bisher ist es den Lebensmittelkonzernen immer wieder gelungen, durch Einflussnahme auf „objektive“ Wissenschaftler geplante Gesetzesinitiativen zu entschärfen.

Quelle: Aktionsgruppe
Babynahrung

**10 Jahre Umweltbewegung
in den neuen
Bundesländern**

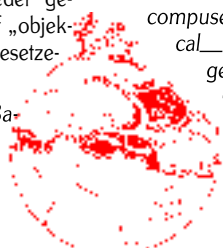
Zu diesem Thema hat die Berliner Zeitschrift "Der Rabe Ralf" zusammen mit 8 weiteren Umweltzeitschriften der neuen Bundesländer eine Sonderausgabe herausgebracht. Eine sehr lesenswerte Bestandsaufnahme aus verschiedenen Blickwinkeln. Besonders empfehlenswert für alle Wessis!

Bezug: Grüne Liga, Greifswalder
Str.4, 10405 Berlin

Kritische AktionärInnen

Es gibt genug Gründe, gegen die Politik der Konzerne zu protestieren. Ziel der kritischen AktionärInnen und Aktionäre ist es, bei z.Zt. etwa 30 Konzernen die Einhaltung der Prinzipien von Umweltschutz, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten einzufordern. Das Mittel dazu ist, auf den Aktionärsversammlungen mit Gegenanträgen aufzutreten, was durch die Übertragung von Stimmrechten möglich ist. So kann medienwirksam das Verhalten der Konzerne an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Kontakt: Tel. 0221/599-5647, Fax
-1024. Unter http://ourworld.compuserve.com/homepages/critical_shareholders/homepage.html können die aktuellen Gegenanträge nachgelesen werden.

**Hamburger Kupferhütte
mitverantwortlich
für Zerstörung in Papua-
Neuguinea**

Die Norddeutsche Affinität NA produziert in Hamburg jährlich 240 tausend Tonnen Kupfer. Nach eigenen Angaben ist sie die „umweltfreundlichste Kupferhütte der Welt“. Die Gewinnung des in Hamburg verarbeiteten Erzes ist aber alles andere als umweltfreundlich. 16% ihres Kupfererzes bezieht die NA aus der Ok-Tedi-Mine in Papua-Neuguinea. Dort wird der Ok-Tedi-River täglich(!) mit 80 tausend Tonnen giftiger Erzurückstände und 120 tausend Tonnen Abraum verseucht. Die Folge ist das großräumige Absterben tropischer Regenwälder und eine Vergiftung im gesamten ca.1.000 km langen Fly-River System, dem Golf von Neuguinea bis zum Great Barrier Reef. Etliche Gutachten kommen zu dem Schluss, daß die Schließung der Mine die einzig sinnvolle Lösung ist. Eine Schließung hätte aber verheerende soziale und wirtschaftliche Folgen für die Anwohner.

Kritische Aktionäre vom Hamburger Förderkreis „Rettet die Elbe“ hat deshalb die Norddeutsche Affinität aufgefordert, sich an einem sozialen Aufbaufonds zu beteiligen und so ihrer Mitverantwortung an der Umweltzerstörung in Papua-Neuguinea gerecht zu werden. Die Ok-Tedi-Mine liefert ein Drittel ihres Kupfererzes nach Hamburg an die NA.

Auf der Hauptversammlung im April hat der Vorstand der NA Zahlungen abgelehnt. Nachdem aber die Anträge der kritischen Aktionäre überraschendes Interesse bei den anwesenden AktionärInnen gefunden hatte, zeigte sich die NA bereit, sich in Papua Neuguinea an den dortigen Verhandlungen zur Lösung der Probleme zu beteiligen. Ein erster Erfolg!

Weitere Infos unter http://members.aol.com/rettetelb3/oktedi/oktedi__affi.html. Kontakt: Tel. 040/393001

Boycott-Aufruf

Eine Initiative aus Los Angeles ruft zum Boycott von BAYER und sieben weiteren Pestizid-Hersteller auf.

Detaillierte Hintergründe stehen unter
<http://earthlink.net/~alto/boycott.html>

Ö-termine

20.5 in Leverkusen (11 Uhr Rathausvorplatz)

Demo

Für Entschädigung der BAYER-ZwangsarbeiterInnen und gegen die Kooperation des BAYER-Konzerns mit dem für die Hinrichtung von Mumia Abu Jamal zuständigen US-Gouverneur

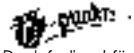
Hauptversammlungen

Bei folgenden Hauptversammlungen treten ein oder mehrere kritische Aktionäre auf:

- 19.05. Dresdner Bank
- Frankfurt/M., Jahrhunderthalle
- 23.05. Volkswagen, Hamburg, CCH
- 24.05. Aventis, Straßburg
- 24.05. ThyssenKrupp, Duisburg
- Mercatorhalle (verschoben!)
- 25.05. VEBA O-HV, Essen
- 26.05. Commerzbank
- Frankfurt/M., Jahrhunderthalle
- 30.05. Degussa-Hüls, Frankfurt/M., Messe
- 09.06. Deutsche Bank, Frankfurt, Festhalle
- 15.06. Deutsche Lufthansa, Berlin
- 21.06. VIAG O-HV, München
- 22.06. HEW, Hamburg, CCH
- 30.06. Neckarwerke, Stuttgart, Liederhalle

**Ö-Verteiler
"Chemie/
Industrie"**

- Stichwort Bayer



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

24

Sommer 2000

● Kurz notiert



Themenredaktion "Energiewende"

umschalten e.V.
Nernstweg 32,
22765 Hamburg
Tel & Fax 040/394078
umschalten@freenet.de

100.000-Dächerprogramm

Für die Fortsetzung des 100.000 Dächerprogramms sind heute nach der Beratung im Haushaltsausschuß folgende Eckpunkte bekannt geworden:

✓ Anträge, für die bisher keine Bewilligung erteilt wurde, werden – unabhängig davon, ob sie vor oder nach dem 1.4.00 bei der KfW eingegangen sind – gleich behandelt.

✓ Der Zinssatz des Kredits wird 4,5 Prozentpunkte unter dem marktüblichen Zins liegen.

✓ Der Erlaß der zwei letzten Halbjahres-Tilgungsraten entfällt.

✓ Das Kreditvolumen beträgt bei Anlagen bis 5 kW 100 % der anerkannten Investitionskosten.

✓ Bei Anlagen über 5 kW beträgt das Kreditvolumen nur noch 50 % der anerkannten Investitionskosten.

✓ Anerkannt werden als Investitionskosten maximal 13.500 DM/kW.

✓ Diese Obergrenze wird ab 2001 jährlich um 5 % abgesenkt.

Die Zielvorgaben wurden von 6 Jahren auf 5 Jahre „gestaucht“ nach der folgenden Tabelle:

Jahr	99	00	01	02	03	04	
bisher	18	27	36	51	72	96	insgesamt 300 MW geplant
nunmehr	10	50	65	80	95		insgesamt 300 MW vorgesehen
<i>Info: Solar-Förderverein</i>							

Fachgruppe Energie der GAL Hamburg aufgelöst

Mit dem Rücktritt ihres Sprechers Klaus Gärtner wurde die LAG Energie der GAL Hamburg faktisch aufgelöst. Begründet wurde die Entscheidung des Gründungsgrünen mit der schleichenden Sozialdemokratisierung der Partei: Keine Grundsätze zu kennen außer dem, an den Fleischtöpfen zu bleiben. Ziele aufzustellen, bei denen schon bei der Proklamierung überlegt wird, wie später erklärt werden kann, warum sie verfehlt wurden. Insbesondere wurde diese Entwicklung im Energiebereich sichtbar: Keinerlei Konfliktbereitschaft der Partei, den Atomausstieg auch regional voranzubringen. Mehr Stilllegungen und Verhinderungen von umweltfreundlichen Energieerzeugungskapazitäten als Neuerrichtungen. Absolutes Desinteresse bei der Behinderung von Solar- und Windkraftprojekten durch die Behörden. Insbesondere dem Umweltsenator werden erhebliche Berührungsängste zu den erneuerbaren Energien nachgesagt. Der Landesvorstand übt sich gleichzeitig darin, die substantielle Kritik der Fachgruppe in Lobeshymnen der eigenen Politik umzudichten. Und Abgeordnete, die in der Gruppe kritisiert wurden, waren zukünftig dort nicht mehr anzutreffen und verteilten lieber Ökostrom-Broschüren, anstatt aktive Energiepolitik zu gestalten. Das Fazit lautet denn auch: Laienarbeit ist bei den Grünen nicht mehr erwünscht. Umweltschutz ist kein Thema mehr. Bleibt die Frage, woher die Grünen dann noch ihre Existenzberechtigung beziehen ...

Zeitschriften-schau

Solarzeitalter 1/00

- Solarbewegung zwischen Moral und Kommerz
- Regenerative Energien in Baden-Württemberg
- Ökologische Ethik für das neue Jahrtausend
- Null-Emissions-Auto

Photon 2/00

- Die schnellsten Solarautos der Welt
- Marktübersicht für Solarmodule
- Fonds für Solarthermie-Großprojekt
- Millionenverluste im Ökostromhandel

Neue Energie 4/00

- Erneuerbare Energien im Internet
- Bio-Diesel von McDonalds
- Kraft-Wärme-Kopplung in Berlin
- Einspeisegesetz auf EU-Prüfstand

Erneuerbare Energien 5/00

- Energie aus Meeresströmungen
- 1.000ste WKA in Schleswig-Holstein
- Windenergie in Osteuropa
- Solarprojekte zur EXPO



Kirchenkreis finanziert Solaranlage

In Hamburg ist eine weitere Solarstromanlage als Gemeinschaftsprojekt auf einer Kirche entstanden. Die Melanchton-Gemeinde im Stadtteil Groß Flottbek hat am 27. Februar ihre 14,76 kW große Anlage mit einem Gottesdienst eingeweiht. 82 Solarex-Module auf dem Kirchendach und 41 ebensolche auf dem Gemeindehaus sollen jährlich etwa 11.700 Kilowattstunden sauberen Strom erzeugen. 6 Umformer im Kirchturm speisen die Energie in das Netz der HEW ein. Möglich wurde die Errichtung einerseits durch einen Zuschuß des Stromversorgers in Höhe von 73.000 DM. Andererseits gab der Kirchengemeindeverband Altona einen zinslosen Kredit in Höhe von

100.000 DM. Dieser soll aus dem Stromverkauf zu 1,10 – 1,30 DM pro Kilowattstunde zurückgezahlt werden. Offen bleibt ein Finanzierungsanteil von 26.079,37 DM, den die Gemeinde vorgestreckt hat. Der Kirchenvorstand hofft nun auf viele Sponsoren von nah und fern. Schließlich erspart jeder gespendete 100 Mark-Schein der Gemeinde Zins und Zinseszinsen in Höhe von 250 DM. An jedem letzten Sonntag des Monats findet ein „Solarkonzert“ statt, dessen Kollekte – beim letzten Mal 1.000 DM! – ebenfalls zur Finanzierung beiträgt.

Informationen: Tel. 040/891306



Foto: Pastor Zielke vor dem „Kraftwerk“ seiner Gemeinde

Ö-termine

19.-20.5. in Heidelberg
Neue Arbeitsplätze durch erneuerbare Energien
Eurosolar, Fax 0228/36 12 79 (350 DM)

7.-8.6. in Wilhelmshaven
5. Deutsche Windenergiekonferenz
(400 Euro)
Deutsches Windenergie-Institut, Fax 044 21/48 08 43

Veranstaltungen der EUROSOLAR Regionalgruppe Hamburg

25.05. 15.00
Klimaschutzmaßnahmen im Wohnungsbaubestand des Eisenbahner-Bauvereins (u.a. Brennstoffzellen-BHKW)
05.06. 19.00
Dr. Hartmut Grassel (MPI): Klimapoker des Nordens Rathaus Harburg (AK Nord-Süd Agenda 21-Prozeß)
07.06. 18.00
„Eine Clearingstelle für Entwicklungszusammenarbeit?“ FH Berliner Tor 3, Raum 287 (Elektrohochhaus)
05.07. 18.00
Besichtigung der ökologischen Siedlung Braamwisch (Anmeldung jeweils unter Tel. 040/53 660 85 erbeten)

Zum
„Ökostrom
von unten“:

Nächste Seite!

Der Infodienst für
Umweltaktivistinnen

Sommer 2000

• Kurz
notiert

25

Lesetipp

Forschungsverbund
Sonnenergie
Nachhaltigkeit und
Energie
(1999, DLR in Köln, 116
S., 17 DM)
Das Heft ist das Ergebnis einer Tagung in 1998. Die MacherInnen stammen vor allem aus der alten Bundesregierung, aus Konzernen sowie Forschungseinrichtungen, die in den letzten Jahren den Absprung aus der alternativen Nische zu den hochgeförderten Mächtigen geschafft haben. Aus ihrer Feder stammen informative Abhandlungen zu Erforschung und Anwendung regenerativer Energien.



Ö-Verteiler
"Energiewende"

• Leider keiner.



Ökostrom

Das Institut für Ökologie hat sich mit dem Konzept für einen "Ökostrom von unten" gegen die neoliberalen Ökostrategien (Markteuphorie und Ökoka-pitalismus) gestellt und eine Alternative aufgezeigt, wie Mitbestimmung und Ökologie sich ergänzen können. Die "Ö-Punkte" haben im letzten Bericht die Idee erstmals vorgestellt. Inzwischen, innerhalb von wenigen Monaten, haben Gespräche mit Ökostrom-Anbietern stattgefunden, außerdem rollt die Kampagne in mehreren Regionen an. Auf dieser Doppelseite soll genauer vorgestellt werden, wie Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften entstehen können, die statt eines ruinösen Wettbewerbs nach neoli-

Mehr Mitbestimmung statt mehr Markt Schafft 1,2 ... viele atomstromfreie Zonen!

Zur Zeit setzt alles auf den Markt – die Regierungen, die Konzerne natürlich am meisten, die Institutionen, aber auch viele Verbände und NGOs. Der liberalisierte Strommarkt macht zwar die Menschen immer mehr nur zu KonsumentInnen, die auf die tatsächlichen Abläufe keinen Einfluß mehr haben, dennoch versprechen sich Umweltverbände und Ökostromanbieter gerade von diesem neoliberalen Umbau der Gesellschaft den Atomausstieg.

Das Institut für Ökologie und die Zeitung „Ö-Punkte“ haben ein Gegenmodell entwickelt. Es kann sofort starten. Sein Ziel: Überall in den Regionen atomstromfreie Zonen schaffen, regionale Öffentlichkeitsarbeit für einen Umstieg von Atom- auf Ökostrom anzetteln sowie dezentral Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften gründen, die über die Werbung, Beratung und neue regenerative Energieanlagen beraten. Ziel ist, die bundesweiten Ökostromanbieter dafür zu gewinnen, im Markt nicht eine Chance, sondern eine große Gefahr zu sehen. Dort sind die milliardenschweren Atomstromversorger der Gegner, die mit eigenen Pseudo-Öko-Angeboten KundInnen ziehen. Zudem unterliegen Ökostromanbieter der ständigen Gefahr, geschluckt zu werden – dann wäre alles Werben von ÖkostromabnehmerInnen umsonst gewesen.

Die Alternative wäre ein dezentrales Modell. Statt über die Konkurrenz im Markt verbünden sich Ökostromanbieter mit der politischen Bewegung, z.B. Energieins oder Anti-Atom-Gruppen. Sie werden zu den AkteurInnen in den Regionen. Sie sollen langfristig auch die Entscheidungsbasis der Ökostromanbieter bilden. Dann gäbe es „Ökostrom von unten“, d.h. in den Regionen würde entschieden, wie für Ökostrom geworben und wie der Ökostrom produziert wird – will heißen: Wo welche neuen Anlagen entstehen.

Ziel ist es, durch die Umstellung von Haushalten, Betrieben, öffentlichen Einrichtungen usw. auf Ökostrom den Anteil an Atomstrom und die Macht der Atomkonzerne zu verringern. Das geht nur, wenn ...

Die Umstellung nicht im liberalen Markt erfolgt, denn der und den ihn schaffenden Institutionen tragen wesentliche Schuld an Ausbeutung, Diskriminierung und Umweltzerstörung.

Der dann bezogene Ökostrom auch wirklich sauber ist und von Firmen stammt, die nicht wiederum Teil der Atomkonzerne sind.

Langfristig gesichert bleibt, daß die neuen Ökostromversorger nicht Stück für Stück auf einen halbherzigen Kurs umsteigen bzw. von den Atomkonzernen geschluckt werden.

Das Werben um eine Umstellung auf Ökostrom verbunden wird mit widerständigen Aktionen gegen die Nutzung von Atomkraft und die dahinterstehenden Machtstrukturen.

Dezentralisierung statt Konkurrenz

Die Anzahl von Ökostromanbietern ist schon jetzt sehr hoch. Bislang fehlt allen die regionale Mitbestimmung mit Ausnahme derer, die schon regionale Strukturen haben (vor allem Schönau) und jetzt ihren Strom nur bundesweit vermarkten. Es wäre günstig, wenn die AnbieterInnen sich an der Idee regionaler Strom-EVGs beteiligen und überlegen, wie weit ihre Struktur sich so verändern läßt, daß die regionalen Strom-EVGs ein Mitbestimmungsrecht haben und ein ruinöser Wettbewerb im Ökostrombereich vermieden werden kann. Der visionäre und langfristige Entwurf wäre, daß in Hunderten von Regionen aktive Zusammenschlüsse von Energieinitiativen, Anlagenbetreibern, Anti-Atom-Initiativen und anderen AkteurInnen für Ökostrom werben, informieren und neue Anlagen planen/umsetzen – und diese gleichzeitig auch die tragende Basis der bundesweiten Ökostromversorgung sind. Die Ökostromversorger schaffen Gremien mit beratender Kompetenz und z.B. Vetorechten bei Veränderungen der Stromquellen usw., in denen jede Region eine Stimme hat. So würde eine mitbestimmungsorientierte

Ökologie geschaffen – ein notwendiger Schritt, politisch und für die Motivation von AkteurInnen, die zu Recht eine glaubwürdige Absicherung dessen fordern, für das sie sich engagieren.

Glaubwürdig agieren

Wie überall ist auch der Ökostrommarkt durchdrungen von FalschspielerInnen. Etliche Ökostromanbieter gehören zu Atomkonzernen, andere kooperieren mit ihnen. Den meisten geht es um Profit. Nur wenige achten auf glaubwürdige Organisation und Stromquellen. Besonders perfide sind viele Angebote großer Stromversorger, die den ohnehin im Netz vorhandenen Anteil an Ökostrom jetzt nur gesondert verkaufen. So holen sie mehr Gewinn aus ihrem Strom, gleichzeitig wird mit jedem/r ÖkostromkundIn der Reststrom nur dreckiger – aber keine einzige Kilowattstunde tatsächlich auf Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse umgestellt.

Als Partner für „Ökostrom von unten“, kommen nur die in Frage, die auch neue regenerative Anlagen schaffen, also den Atomstrom tatsächlich mikrometerweise verdrängen – und gleichzeitig nicht selbst Atomkonzernen gehören. Selbst bei diesen wenigen sind Widersprüche erkennbar, sei es die Einspeisung von Strom aus BHKWs oder die Kooperation mit zweifelhaften Partnern bis zur Präsentation im Zusammenhang der Expo 2000.

Der beste Weg ist, für die regionalen Zusammenschlüsse eine hohe Transparenz zu schaffen, damit dort immer selbst entschieden werden kann, wer die Partner sind.



Informationen zur Ökostrom-von-unten-Aktion gibt es bei den Ö-Punkten, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5, oe-punkte@gmx.de

Erste Regionen

Die ersten Regionen mit atomstromfreien Zonen und beginnender Arbeit am "Ökostrom von unten" bestehen bereits in:

Ruhrgebiet:
Druckluft in Oberhausen

Lychen (nordöstlich Berlin):
Ökostadt-Büro

Mittelhessen:
Projektwerkstatt in Saasen

Osthessen:
Projektwerkstatt in Niederaula

Infopaket

gegen 3 DM unter dem Stichwort "Ökostrom von unten" beim Institut für Ökologie, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen

und demnächst: <http://go.to/umwelt>

von unten

beralem Muster die Frage des Verbrauchs und der Erzeugung in regionalen Entscheidungs- und Planungsprozessen umsetzen. Weiterhin sind regionale Energie- und Anti-Atom-Inis, Infozentren, die mit solchem Strom versorgt werden und als "atomstromfreie Zonen" dafür werben wollen, und überhaupt alle Interessierten, Anlagenbetreiber usw. gesucht, um in den Regionen zu starten.

Kontakt: Projektwerkstatt, 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wwbnet.de

Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

Sommer 2000

• Kurz
notiert

27

Regional sofort möglich Ökostrom in vier Schritten

Ab sofort kann es in den Regionen losgehen. Einige Ökostromanbieter haben dem Start zugestimmt. Die Schritte in den Ökostrom-von-unten-Regionen im Überblick und am Beispiel Mittelhessen präzisiert.

1. Es wird eine Vorzeige-atomstromfreie-Zone ausgewählt. Die erhält Ökostrom, muss aber nicht mehr zahlen als für den normalen Strom. Das wird organisiert über einen Tauschhandel zwischen Ökostromversorger, Ö-Punkte und der atomstromfreien Zone. Diese sollte möglichst Publikumsverkehr und Anlaufstellen verbinden, die dann auch Infos bereithalten können. Gefragt sind also Umweltzentren, kulturelle Einrichtungen mit Infobüros oder ähnliches. Dieser erste Schritt kann in den Ökostrom-von-unten-Regionen mit einem ausgewählten Gebäude sofort vollzogen werden.

Beispiel: In Mittelhessen ist die Projektwerkstatt in Reiskirchen-Saasen seit einigen Wochen atomstromfreie Zone. Das Gebäude wird von der Naturstrom AG, einem der Ökostromanbieter, die Partner dieser Aktion sind, versorgt. Im Gegenwert werden die Ö-Punkte für den Ökostrom werben.

2. Das Gebäude wird gekennzeichnet als atomstromfreie Zone. Zudem läuft Öffentlichkeitsarbeit an: Versand von Unterlagen mit Ummeldeformular über die bestehenden Verteiler z.B. von Umweltverbänden, Energieinis, Anti-Atom-Gruppen usw. Zudem kann und soll es Veranstaltungen geben, Pressearbeit usw. Umgestellte Haushalte, öffentliche Gebäude oder Betriebe, können gekennzeichnet sein. Geplant ist zudem einen Schwerpunkt „Ökostrom“ in der Herbstausgabe der Ö-Punkte mit einer Liste aller regionalen Zentren sowie Berichte in weiteren Zeitungen. Das heißt, es wäre gut, wenn bis zum Herbst in den Regionen die konkreten Absprachen erfolgt sind.

Beispiel: Im Herbst soll die „Kampagne“ öffentlich starten. Bis dahin werden Energieinitiativen und Anti-Atom-Gruppen angesprochen und (hoffentlich) gewonnen. Für Herbst in eine Zeitung zum Ökostrom geplant, die in Mittelhessen erscheint. Weitere atomstromfreie Zonen in Gießen, Marburg und Umgebung sollen in öffentlich genutzten Gebäuden entstehen. Für beide Städte sind Vorträge vorgesehen.

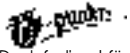
3. Zur Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit, der Beratung, aber auch der Diskussion um Neuanlagen in der Region kann und sollte sich ein regionaler Zusammenschluss z.B. aus Anti-Atom-Inis, Energieinis und weiteren Gruppen gründen. Idee ist eine Art Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft, die einerseits über den Verbrauch (Öffentlichkeitsarbeit, Beratung, politische Einflussnahme auf öffentliche Gebäude, Studentenwerk usw.), andererseits auch über die Erzeugung (neue regenerative Anlagen) diskutiert und ENTSCHEIDET. Letzteres ist wichtig: Die regionalen Zusammenhänge, nicht bundesweite GeldjongleureInnen, planen Neuanlagen – zusammen mit den BürgerInnen. Als Finanz-ebene steht hinter allem der Ökostromversorger, der den Strom abnimmt und (rechnerisch) wieder in der Region absetzt.

Beispiel: Soweit ist alles noch nicht. Aus der hoffentlich entstehenden Runde heraus sollen Neuanlagen geplant werden, z.B. Windenergie- oder Wasserkraftanlagen.

4. Nach Abschluss der Testfrage streben wir eine Dezentralisierung der Machtverhältnisse im Stromsektor an. Schliesslich bewegt sich sonst alles im neoliberalen Markt, d.h. in der Konkurrenz mit YELLO, den Pseudo-Öko-Angeboten der grossen Versorger usw. Zudem gibt es die jederzeitige Gefahr eines Aufkaufs der Ökoanbieter. Daher unser Vorschlag „Ökostrom von unten“. Die Stromanbieter organisieren sich so um, dass die regionalen Strom-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften die Machtbasis darstellen, d.h. ohne sie nichts geht. Dann ist neben der ökologischen auch die Machfrage in Angriff genommen – ein Paradebeispiel von „Umweltschutz von unten“.

Beispiele: Dieser Schritt ist sicher noch ein Stück hin. Wenn er aber vollzogen ist, würde die Region Mittelhessen, d.h. die hier aktive Runde aus Energieinis, Anti-Atom-Gruppen, VerbraucherInnen, AnlagenbetreiberInnen usw. ein Stimmrecht im Entscheidungsorgan des Ökostromanbieters haben.





Der infodienst für UmweltakteurInnen

28

Sommer 2000

• Kurz notiert



Themenredaktion "FreiRäume"

Ö-Punkte
Brunnenstraße 183
10119 Berlin
republikballast@gmx.de

Wagendemo in Berlin

An einem wunderschönen Frühlingstag (22. April), fand in Berlin eine Demonstration zum Erhalt des Wagenplatzes neben dem autonomen Hausprojekt Köpi (Köpenickerstraße 137) statt. Nahe des Alexanderplatzes fanden sich gegen 14:00 Uhr etwa 500 TeilnehmerInnen mit etwa 20 bis 25 Wagen ein. „Im Wagen leben – Das Leben wagen!“ war das mehrfach wiederholte Motto der Demonstration. Die Demonstration verlief ohne weitere Zwischenfälle, begann mit Polizeibeamten, die Vorkontrollen durchführten, jedoch im Laufe der Demonstration gänzlich verschwanden und es nicht für nötig hielten „normale“ Verkehrsteilnehmer (Autos, etc.) daran zu hindern, einfach in die Demonstration hineinzufahren.

Obwohl die Demonstration recht gut besucht war, das Wetter gut und sonstige Parameter stimmten, wurde es keine wirklich lautstarke und kraftvolle Demo. Viele WagenbewohnerInnen hatten ihre LKWs mitgebracht und so verloren sich die TeilnehmerInnen der Demo wohl zwischen den mitgebrachten 20 – 25 Wagen/LKW und Treckern. Am Dienstag, 25. April sollte der Platz neben der Köpi zwangsversteigert werden. Leider konnten wir nicht rausfinden, wie die Sache ausgegangen ist.

Quelle: www.squat.net

Hallihallo!

Die Redaktion der FreiRäume-Rubrik ist nun wieder fest besetzt. Ich habe auch schon ein paar Ideen, was ich gern machen würde, jedoch will ich hier keinesfalls eine One-Man-Show bieten. Deshalb fordere ich Euch nochmal nachdrücklich auf, mir Infos/Berichte/Kommentare/Bilder etc. zum Bereich des radikal-alternativen Lebens von Wagenplätzen über Squats bis hin zu Kommunen und Kulturprojekten zu senden. Auch fände ich es nett, wenn mich jemand in der Arbeit regelmäßig unterstützen würde. Interessierte bitte melden! Praktisch wäre es natürlich, wenn sie/er aus Berlin käme, aber dank „moderner“ Info-Technologie muß das natürlich nicht sein... Viele Grüße

Jens

Wagenleben wissenschaftlich...

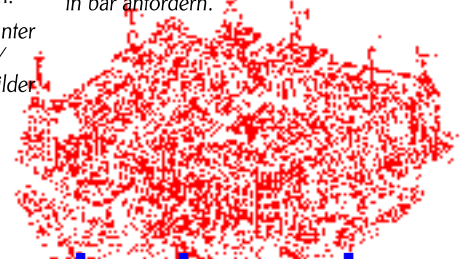
Schon etwas älter – aber trotzdem noch spannend und so aktuell wie das Wagenleben selbst – ist die „Studie über das Wohnen und Leben in ausgebauten Wohn- und Bau- und/oder Zirkuswagen“ von H. Kropp (Oldenburg). WelcheR schon immer mal tiefer in das Leben im Wagen, „On the road“, die Hintergründe, Geschichte und die erlebte Wirklichkeit von WäglernInnen einsteigen wollte, sollte sich diese Studie ruhig mal anschauen.

Schaut einfach ins Internet unter www.bis.uni-oldenburg.de/~kropp/wagen.htm Dort gibts auch nette Bilder etc.

Kommuneleben wissenschaftlich ...

Aktueller ist die Studie über drei Gemeinschaftsprojekte (Kommunen Niederkaufungen & Finkhof sowie WESPE in Neustadt/Weinstraße) aus dem letzten Jahr. Unter dem Titel „Politische Kommunen“ geht es hier um die Theorie und Praxis von Gesellschaftsveränderung mit und durch Kommunen.

Ein Exemplar der Arbeit könnt ihr über die FreiRäume-Redaktion gegen 10 DM in bar anfordern.



Teilräumung in ehemals besetztem Haus

Im Vorfeld des ersten Mai provozierte die Berliner Polizei wieder fleißig. Am Donnerstag, 27.4.2000 drangen vor 7 Uhr morgens Bullen in das ehemals besetzte Haus in der Rigaer Strasse 94 (Berlin-Friedrichshain) ein. Vorgelegt wurde ein Durchsuchungsbefehl für eine Wohnung. Dennoch drangen die Bullen in fast alle Wohnungen ein, stellten Personalien der Anwesenden fest, die über mehrere Stunden festgehalten wurden und zum Teil nicht aufs Klo gehen durften. Personen, die nicht dort gemeldet waren, mussten das Haus verlassen. Eine Person wurde zwecks Personalienfeststellung mitgenommen. Im Hof wurden die Fenster im Erdgeschoss zur „Kaderschmiede“ zugemauert. Die Leute von einem Umzugsunternehmen, welches die Sachen der geräumten Wohnungen abtransportieren sollten, weigerten sich, bei dieser Schweinerei mitzumachen, wünschten den Geräumten viel Glück und fuhren wieder davon.

Vor der Rigaer 94 trafen immer mehr SympathisantInnen ein. Als die Bullen ihren Posten vor der Hofdurchfahrt aufgaben, gingen etwa 40 Leute auf den Hof, um die Arbeiter am Mauern zu hindern. Einige von denen meinten, sie fänden das

auch nicht gut, würden aber sonst ihren Job verlieren, wenn sie sich weigern würden. Andere von den Arbeitern sahen eher aus wie Prolls oder Faschos. Dann kamen die Bullen auf den Hof und schubsten die Leute brutal auf die Strasse zurück. Dabei gab es dann die erste Festnahme.

Gefrustet vom untätigen Rumsitzen, gingen dann etwa 30-40 Leute zu einer Spontandemo auf die Frankfurter Allee. Mit einem Transparent wurde dann erstmal die Strasse blockiert, bis die Bullen eintrafen. Diese versuchten, die Spontandemo von der Strasse zu drängen, was nicht gelang. Dann ging es mit Bullenspalier auf der Frankfurter Allee kreuz und quer. Es gab Festnahmen und brutale Übergriffe vor allem von Zivil-Bullen. Das gesamte Auftreten der Bullen (ob Uniform oder Zivil) war extrem aggressiv. Oft wurden Leute grundlos geschubst oder geschlagen.

Nach den zahlreichen Aktionen gegen das Kulturprojekt „Kaderschmiede“ Ende letzten Jahres stellt diese Aktion eine erneute Provokation seitens der Bullen und der Hausverwaltung und eine neue Stufe der Eskalation dar.

Quelle: *Online Stressfaktor*, 27.4.2000

Termin

Los geht's!

Gruppen gründen

Die Kommune Niederkaufungen (bei Kassel) lädt auch in diesem Jahr wieder 250 Menschen, die auf der Suche nach einer Gemeinschaft sind und sich vorstellen können, eine neue Gemeinschaft zu gründen, auf ihren Bauernhof ein. Vom 8. bis 12. Juni soll es dort neben Zukunftswerkstätten, Podien und Workshops vor allem auch reichlich Gelegenheiten geben, sich kennenzulernen und Gleichgesinnten zu finden. (s. Ö-Punkte-Bericht im letzten Heft, S. 39) Anmelden könnt ihr euch bei: Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen, Tel. 05605/80070 od. kommune@t-online.de



FreiRäume suchen ...

Neue politische WG ... die ersten Schritte sind gemacht – ein Antifa, ein Radikalbüro und ein Aktionskünstler bewohnen die Projektwerkstatt wieder. Nähe Gießen mit Tagungshaus, Archiven, Bauwagenplätzen usw. Esoterik, Anbiederung und Abhängerei widern uns an – konsequent leben und agilitieren sind angesagt. Telefon: 06401/903283.

Wer leiht uns Geld? Kommune-projekt sucht Privatdarlehen zur Finanzierung des Hausumbaus: Beträge ab 1000 Mark, Laufzeit ab 3 Monaten, Zinsen bis 3%. Alles weitere unter: Stadtkommune Alla

Hopp, Hardenbergstr. 52-54, 28201 Bremen, Tel. 0421/5577382

Hausprojekt in Berlin-Mitte sucht Mitbewohnerin ab sofort und zum 1. August 2000. Meldet Euch unter 030/2835542 (Jens o. Suse)

Kommune-Café in Gründung sucht Café-Möbel (Tische/Stühle etc.). Bitte melden unter republikballast@gmx.de.

Neue Stiftung FreiRäume will Werte sichern für politische Projekte – wer verschenkt/vererbt Häuser, Werkzeug, Arbeitsausstattungen ... Kontakt: freiraume@inhaus.de

Wir sind eine kleine anwachsende egalitäre Gemeinschaft in der Nähe von Wismar. Wir sind z. Zt. 5 Erwachsene, 3 Kinder und 2 Jugendliche und suchen noch weitere Männer und Frauen. Da einer unserer Verbündeten aussteigt, braucht er seine Einlage zurück. Wir suchen auf diesem Wege interessierte Menschen, die uns ein Privatdarlehen für eine begrenzte Zeit geben könnten.

In unserem Tagungshaus finden in diesem Sommer die ersten Belegungen statt. Dieses ist eine ausgesprochen schöne Fahrradgegend. Die Ostsee ist nicht weit, und mit einem alten winzigen Segler können wir auch ab und zu mal in See stechen. Neben kleinen Gruppen, können bei uns auch Großveranstaltungen stattfinden. Interessiert sind wir an politischen Gruppen, an Schulklassen, sonstigen Gruppen. Die Preise sind entsprechend niedrig, der Standard auch. Gemeinschaft Olgashof, 23966 Wismar, Tel. 03841/793337



Juhu! Platz da

Seit Samstag, den 25.3.2000 gibt es einen zweiten Wagenplatz in Oldenburg. Das war auch dringend nötig. Der alte Platz platzte aus allen Nähten. In der Nacht zum Samstag besetzten wir still und heimlich ein Gelände an der Stedinger Str. zwischen dem MACO-Möbellager und der Hunte. Obwohl wir mit sechs zum Teil recht auffälligen Fahrzeugen unterwegs waren, gelang es, das Gelände unbemerkt zu erreichen. Samstagmittag startete die Demo unter dem Motto „Mehr Platz für Wagenleben“ vom Schloßplatz. Mit dabei waren ca. 80 UnterstützerInnen und nochmal ein Konvoi von einem Dutzend Fahrzeugen, Treckern, Bauwägen, Bussen und Wohn-LKW. Mit vielen Redebeiträgen und lauter Musik ging es einmal um die Innenstadt, bevor der Zug über die Amalienstraße in die Stedinger Str. abog. Erst als wir das Alhambra bereits hinter uns gelassen hatten, schwante den begleitenden Bullen, daß es diesmal nicht beim symbolischen Protest bleiben wür-

de. Unter großem Jubel bog die Demo auf das neue Gelände ein, der Polente blieb nichts übrig, als zuzusehen und schnell noch ein paar Autokennzeichen zu notieren. Ohne weitere Belästigungen stiegen am Abend noch eine kleine Party und ein mitternächtliches Konzert. Zur Zeit richten wir uns auf dem Platz weiter ein, führen Gespräche mit den Nachbarn. Mit der Stadt als Eigentümerin des Grundstücks werden wir in der nächsten Zeit wohl auch sprechen, es geht uns natürlich darum, hier auf Dauer bleiben zu können. Das Gelände selbst ist eine Brache direkt hinterm Deich, mit ein paar großen Bäumen und Alt-Industrie-Flair und bietet bei entsprechendem Ausbau sicher Platz für ca. 30 Leute. Seit Oktober haben wir mit mehreren Demonstrationen, der symbolischen Besetzung des Pferdemarkts und des Schloßplatzes darauf aufmerksam gemacht, daß der Platz am Stau nicht mehr ausreicht, da auch in Oldenburg immer mehr Menschen im Wagen wohnen. Die Stadt war

zwar unglaublich freundlich zu uns und beteuerte, eine Lösung zu suchen, hielt uns aber nur monatelang hin, um dann zu behaupten, es gebe kein geeignetes Gelände. Wir haben gezeigt: Das gibt es sehr wohl.(...)

Mittlerweile hatten wir Besuch von verschiedenen Ämtern und ein Gespräch mit der Stadtverwaltung, die meint, daß wir auf dem Gelände wegen Brandschutzbestimmungen nicht stehenbleiben können. Wir wurden aufgefordert, das Gelände sofort zu verlassen (mit Androhung einer Räumung) und haben das von Mittwoch auf Donnerstag Nacht auch getan. Zur Zeit stehen wir auf dem Schloßplatz, für den wir aber auch schon eine Räumungsverfügung bekommen haben. Wir werden auf jeden Fall weiterkämpfen und weiterbesetzen, bis wir einen zweiten Wagenplatz haben und freuen uns über Unterstützung.

(Quelle: www.squat.net)



Berlin: Raus aus der Hobby-Radikalität Gemeinschaft schaffen!

Gegenwärtig geht der Wille verloren, wirklich das eigene Leben anders zu gestalten, ernst zu machen mit Wünschen und Utopien, sich Ängsten und Problemen zu stellen.

Doch wir brauchen Utopien und Wünsche, wir brauchen Wut und Trauer und Offenheit und vor allem: wir brauchen die Bereitschaft und auch die Kraft, etwas tun zu wollen, wenn sich in dieser Welt wirklich etwas ändern soll. Wir brauchen auch die Bereitschaft aufzuhören mit dem Doppelleben von politischer Hobby-Radikalität und systemkonformer Alltagspraxis. Revolution ist Veränderung, Revolution ist der Versuch Utopie umzusetzen.

Wir glauben daran, daß es auch in dieser Szene und in Berlin noch Menschen gibt, die einfach nicht mehr so weiter machen wollen. Die auch keine Lust mehr auf "alternatives Puppentheater" haben, sondern die den Versuch machen wollen, ihr Leben wirklich radikal anders zu gestalten.

Damit sich die Menschen, die dazu Lust und Energie, Freude, Ideen und Fantasien etc. haben, finden können möchten wir mit anderen gemeinsam einen Raum schaffen. Dieser Raum soll nicht nur im örtlichen Sinne existieren, sondern eben auch als Idee, als Utopie und als gelebte Praxis.

Zunächst soll es nur ein kleines Café in

Mitte sein, welches wir etwas herausputzen und uns nutzbar machen. Wo wir vielleicht eine Bibliothek anlegen, wo wir uns treffen, wo Leute berichten, planen und sich kennenlernen. Doch es soll schnell mehr werden, denn wir wollen ja praktisch was machen – Gemeinschaft gründen und leben. Wir laden Euch also alle ein an diesen Ort – kommt und gründet das Café mit!

Ein paar praktische Ideen & Diskussionspunkte gibt es schon:

- ✓ Oft geöffnetes freundliches Café, das ohne Geld funktionieren könnte. (Keine „Bezahlung, keine Geld-Spenden“) Verschiedene Gruppen betreuen dazu unterschiedliche Tage autonom.

- ✓ Möglichkeit zur Präsentation von Ideen und Konzepten für Projekte

- ✓ Filme, Vorträge, Lesungen, Diskussionen, Vorstellungen welcher Art auch immer

- ✓ Bibliothek radikaler Lebensformen/Lebensweisen

- ✓ Büro/Redaktionsräume für Publikationen, Öffentliches etc.

- ✓ Food-Coop zur praktischen Alternativenversorgung

Kommt alle. Wir freuen uns! Die Gründungsgruppe des Kommune-Cafés

Ihr könnt uns erreichen unter: republikballast@gmx.de

Ö-termine
8.-16. Juni in Niederkaufungen b. Kassel:
Los geht's – Selbstbestimmt leben, Gruppen gründen
Auf dem Bauernhof der Kommune Niederkaufungen (siehe links)

Burghof geräumt!

Nach 4 Tagen beendeten private Sicherheitskräfte die Besetzung des Burghofs in Zürich. Am 7. April wurde das Gebäude zur kulturellen Nutzung besetzt. Die Firma Migros (Hauseigentümerin) hatte zunächst beteuert, die BesetzerInnen zunächst zu dulden, da sie das Gebäude selbst gerade nicht nutzen wollen, dann jedoch Gas und Strom abgeschaltet und später einen Sicherheitsdienst beauftragt, der vier Personen festhielt und der Polizei übergab. Die Personen wurden wegen Hausfriedensbruch angezeigt.

Quelle:
www.squat.net



Ö-Verteiler
"FreiRäume"

• Leider keiner.



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

30 Sommer 2000
● Kurz
notiert



**Themenredaktion
"Gentechnik"**

Thomas Schmidt
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel.&Fax 0451/7070646
jupluebeck@t-online.de

**Zeitschriften-
schau**

BioSkop März 2000
● Schwerpunkt For-
schung am Men-
schen: Lizenz für Is-
lands Gen-Daten-
bank S. 10
● Schwerpunkt For-
schung am Men-
schen: Forschungs-
material Blut S. 11-12
● Eugenik: Bundesärz-
tekammer wirbt für
Technik zur Selektion
von Embryonen S. 3
● Euthanasie: Ein-
spruch gegen Patent
zum Töten S. 13
● Gentechnik und
Geschäft: Das Patent
zur Menschenzüch-
tung S. 14-15

Aufruf zu Kongreß und bundesweiter Aktionswoche gegen Gentechnik

Vom 27 August bis zum 3. Septem-
ber findet in Köln ein Camp gentechnik-
kritischer Initiativen statt. Ziel: Bündelung
der kritischen Kräfte und Mobilisierung
gegen die Ignoranz der Politik. Kern-
punkte des bisherigen Konzepts sind
außerdem ein anschließender internatio-
naler Kongreß (vom 1.-3.9.) und ein
Kunstprojekt. Inhaltlicher Schwerpunkt
des Kongresses wird u.a. Gentechnik in
Lebensmittel und Landwirtschaft sein.
Zusätzlich sind regionale Foren und Ex-
kursionen geplant.

Gesucht werden Menschen, die sich
bereits jetzt aktiv in die Vorbereitungen
einbringen. Das schließt auch Aktivitäten
während der Aktionswoche vor Ort ein.

Informationen bei: GeN, Brunnenstr.
4, 10119 Berlin, Tel. 030-6858030, Fax
030-6841183, [gen@gen-ethisches-
netzwerk.de](mailto:gen@gen-ethisches-
netzwerk.de), Internet: [http://www.
gen-ethisches-netzwerk.de](http://www.
gen-ethisches-netzwerk.de)

Genmanipulierte Lebensmittel oft schlecht gekennzeichnet

In deutschen Supermärkten sind nach
Angaben des Präsidenten der Arbeitsge-
meinschaft Verbraucherverbände, Heiko
Steffens, rund 30000 nicht gekennzeich-
nete genmanipulierte Lebensmittel erhält-
lich. Vor allem trifft dies auf Fertiggerich-
te zu, die genmanipuliertes Soja-, Mais-
oder Rapsöl enthalten. Die Arbeitsge-
meinschaft fordert eine Verschärfung der
Kennzeichnungsvorschriften und ver-
stärkte Forschung über die Langzeitwir-
kung der Gen-Nahrung.

Quelle: 36. *Gentechnik-Informationen*
von Greenpeace vom 16.3.2000

Neu: Gentech-Zusatzstoffe müssen EU-weit gekennzeichnet werden

Am 10. April 00 sind zwei Zusatzver-
ordnungen über die Kennzeichnung gen-
manipulierter Lebensmittel in Kraft getre-
ten. Demnach ist generell das zu kenn-
zeichnen, was nachweis- und meßbar ist.
Es sei denn, das Produkt enthält weniger
als ein Prozent genmanipulierte Organismen,
die sich „zufällig und unbeabsichtigt“
darin befinden. Und es gibt weitere
Ausnahmen: Die Kennzeichnungspflicht
gilt nicht für Produkte, die vor dem
10.4.00 produziert wurden; weiter nicht
für Fleisch, Milch und Eier von Tieren,
die genmanipuliertes Futter bekommen
haben.

Quelle: 37. *Gentechnik-Informationen*
von Greenpeace vom 8.4.2000

Der direkte Draht zu Tausenden von Basisgruppen

... eine Anzeige in der passenden Rubrik!!!
Anzeige: Pro Spalte und mm: 2,40 DM!

Genmais-Anbau in Deutschland

Aufgrund einer Entscheidung des
Bundesgesundheitsministeriums von En-
de März kann der Konzern Novartis nun
doch 500 ha genmanipulierten Mais an-
bauen. Zuvor war dies mit Hinweis auf
ökologische und gesundheitliche Beden-
ken u.a. wegen der eingebauten Antibio-
tikaresistenz der Pflanzen abgelehnt wor-
den. Nun wurde „zu Forschungszweck-
en“ eine Ausnahmegenehmigung erteilt.
Derartige Formulierungen verdecken
jedoch nur unzureichend, daß es an
klaren Rahmenentscheidungen für eine
konsequente Gentechnik-Politik fehlt.

Quelle: @grar.de Aktuell vom
20.3.2000



Monsanto entschlüsselt Reis-genom

Die firmeneigenen Wissenschaftler
von Monsanto haben nach eigenen An-
gaben die genetischen Informationen der
Reispflanze weitestgehend entschlüsselt.
Die gewonnenen Erkenntnisse sollen mit
Wissenschaftlern der ganzen Welt ge-
tauscht werden, um so die Erforschung
anderer Getreidesorten zu beschleunigen.
Ziel der Firma ist es zudem, höhere
Erträge und größere Schädlingsresistenz
der Reispflanze zu erzeugen.

Quelle: @grar.de Aktuell vom
6.4.2000

**Gentechnik-Kongreß
vom, 27.8. bis 3.9.
(siehe Text links)**

Kampagne gegen das Pa- tent auf die Züchtung menschlicher Embryonen

Erstmals hat das Europäische Patentamt
Ende Februar ein manipuliertes menschl-
liches Gen geschützt. Wer das Patent EP
695 351 besitzt, darf die künstlichen Zel-
len selektiv nachbilden. Theoretisch ist
damit auch die Züchtung eines genverän-
derten Menschen möglich. „Ein schwerer
Fehler“ sei dem Patentamt unterlaufen,
räumte ein Sprecher des Amtes ein.
Drei Prüfer hätten das Patent offenbar
„aus Versehen“ erlassen.

Nun sichert es dem Inhaber nichtsde-
stotrotz die Rechte auf die Entnahme von
Zellen aus menschlichen Embryonen,
auf die gentechnische Manipulation die-
ser Zellen und auf die Herstellung gen-
manipulierter Embryonen. Damit ist au-
tomatisch nicht nur das Verfahren zur
Genmanipulation der sogenannten Keim-
bahn patentiert, sondern auch das Pro-
dukt dieses Eingriffs: der genmanipulierte
Mensch.

Patentinhaber ist nach Greenpeace-
Informationen die Universität von Edin-
burgh, die einen Exklusivvertrag mit dem
australischen Unternehmen Stem Cell
Sciences abgeschlossen hat. Letzteres
hat sich auf die Züchtung menschlicher
Stammzellen spezialisiert.

Jenseits der Frage, ob die Patentin-
haber tatsächlich an der Züchtung gen-
manipulierter Menschen arbeiten, ist das Pa-
tent ein juristischer Skandal. Sowohl die
Patentierung von „Verfahren zur Verän-
derung der genetischen Identität der
Keimbahn des menschlichen Lebewe-
sens“ als auch diejenige der „Verwen-
dung von menschlichen Embryonen zu
industriellen und kommerziellen Zwe-
cken“ sind im deutschen und europäi-

schen Patentrecht ausdrücklich verboten.
Dennoch ist der Vorfall weder ein Einzel-
fall noch „aus Versehen“ passiert: Schon
im Januar 1998 entschuldigte sich das
Amt für die Erteilung eines Patents auf
Gene zur Streifenanfälligkeit, in das nach
eigenen Angaben „aus Versehen“ auch
mögliche Manipulationen von Menschen
mit einbezogen waren. Auch wurde im
selben Jahr ein weiteres Patent zur Gen-
manipulation von Milchdrüsen für die
Pharmaproduktion erteilt, das Frauen
einschließt. Keines dieser Menschen be-
treffenden Patente wurde bislang wieder
zurückgezogen.

Über die u.g. Internet-Adresse können
sich alle, die Widerstand gegen das Gen-
Patent leisten wollen, das Einspruchsfor-
mular ausdrucken und unterschrieben an
Greenpeace schicken. Andernfalls läßt
sich das Formular per Fax abfordern. Die
Einsprüche werden gesammelt an das
Amt weitergeleitet.

Informationen bei Greenpeace unter
Fax 040-38998076 bzw. im Internet un-
ter www.greenpeace.de/gentechnik



27.5.2000 Marburg
„Gehört mein Körper mir?“
Tagung über Genitalverstümmelung und Klo-
nen von Embryonen. 11 – 16 Uhr im Soraf-Ho-
tel, Pilgrimstein 29

27.8. – 3.9.2000 Köln
Kongreß Gentechnik
mit Camp, Aktionen und regionalen Foren. In-
formationen beim GeN unter (030)6858030
oder Fax (030)6841183

Biotech-Werbemobil zerstört!

Es sollte etliche Städte bereisen, in seinem Inneren hätten viele SchülerInnen ihre ersten gentechnischen Experimente vollziehen können. Doch das neue Biotech-Mobil kam nicht weit. Nach dem ersten Tag der ersten Station auf der Liebigschule in Gießen ging das Mobil in Flammen auf. Die Werbefahrt war beendet. Radikale Gentechnik-GegnerInnen feierten die Aktion, Politiker von SPD, FDP und CDU bis hin zu Greenpeace dagegen waren entrüstet. Ihre Position: Nur reden – während die Konzerne handeln.

Die „Ö-Punkte“ dokumentieren einen Text aus dem Gießener Anzeiger und einen offenen Brief eines Gentechnik-Gegners, in dem auch aus der begleitenden Diskussionsveranstaltung berichtet wird – Stunden vor dem Flammentod des Biotech-Mobils.

Gentechnik-Gegner rufen zu Anschlügen auf

Nach Brandattnacke auf fahrbaren Genlabor in Gießen

GIESSEN (AP). Nach dem Brandanschlag auf das fahrbare Genlabor des Bundesforschungsministeriums hat eine bislang unbekannte Gruppe namens „Stadtpartisanen Rhein-Main“ per Fax zu weiterem Widerstand gegen die Gentechnik aufgefordert. Das Schreiben ging bei einer Zeitung in Gießen ein, wo Unbekannte in der Nacht zum Donnerstag das „Science-live Mobil“ in Gießen in Brand gesetzt und einen Sachschaden von 1,5 Millionen Mark angerichtet hatten. Der Sprecher der Gießener Staatsanwaltschaft Reinhard Hübner erklärte, die Tat sei zwar möglicherweise Anlass für das Schreiben gewesen. Es lasse sich aber nicht erkennen, dass sich die Gruppe selbst bezichtige.

Nach Angaben eines Sprechers des „Gießener Anzeigers“ riefen die „Stadtpartisanen“ in dem am Donnerstagmittag eingegangenen Fax zum Widerstand gegen die Gentechnik auf – zunächst gegen „Symbole“ wie die WTO (Welthandelsorganisation), Parteilzentralen, das Biotech-Mobil und die Expo, später gegen „Herrschaftsstrukturen“. Der Sprecher der Gießener Polizei, Sigbert Steffens, erklärte, das Schreiben sei dem Landeskriminalamt zugeleitet worden. Dort werde die Sprache analysiert und untersucht, ob bestimmte Passagen schon anderweitig verwendet worden seien.

Das Genlabor war vor fünf Wochen von Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn von Berlin aus für rund drei Jahre auf Deutschlandtour geschickt worden und sollte unter anderem in Schulen und auf Messen über die Gentechnik informieren. Der mit zwölf Laborplätzen ausgestattete Sattelzug war in Gießen auf einem Schulhof abgestellt, wo er nachts angezündet wurde.

Quelle: www.anzeiger.net (5.Mai 2000)

Offener Brief zum Anschlag auf das Biotech-Mobil: Arroganz der Macht

Sollen Schulen bilden, Streifkultur und Diskussionsfähigkeit entwickeln? Oder sind sie plumpe Nachwuchsförderung für die Wirtschaft, bereiten sie die Verwertung von Menschen im alltäglichen Kampf um den Profit vor?

Wenn mensch das (inzwischen zerstörte) Biotech-Werbemobil und die begleitenden Veranstaltungen anschaut, scheint letzteres zu stimmen. Und statt dem gut versicherten Materialhaufen hinterherzuweinen, finde ich es angebracht, einige kritische Fragen an die Schulen und Ministerium zu stellen, die diese Art von Gehirnwäsche nicht nur dulden, sondern sogar wollen – denn in den freudigen Vorankündigungen des Biotech-Mobils war ja zu lesen, wie z.B. die Schulleiterin der Liebig-

Liebig- aus der Stadt Gießen

den Wohltaten der Gentechnik gab es zur Einleitung – und dann einen oberlehrerhaften Moderator, der selbst am meisten redete und den SchülerInnen gleich noch die Fragen vorschlug, die sie stellen sollten.

Ich selbst war im Raum offenbar der einzige entschiedene Kritiker der Gentechnik und vor allem den Machtstrukturen – nur wenige große Firmen und reiche Nationen kontrollieren, was mit den Genen passieren wird. Schon nach meinem ersten Satz wurde ich unterbrochen und nach Name und Herkunft gefragt. Niemand anders wurde so unterbrochen – das ist kein Interesse an meinem Namen, sondern die schmutzigen Tricks der Leute, die nicht argumentieren können, sondern blocken und Schlammschleudern. Meine Kritik wurde kaum beantwortet – und

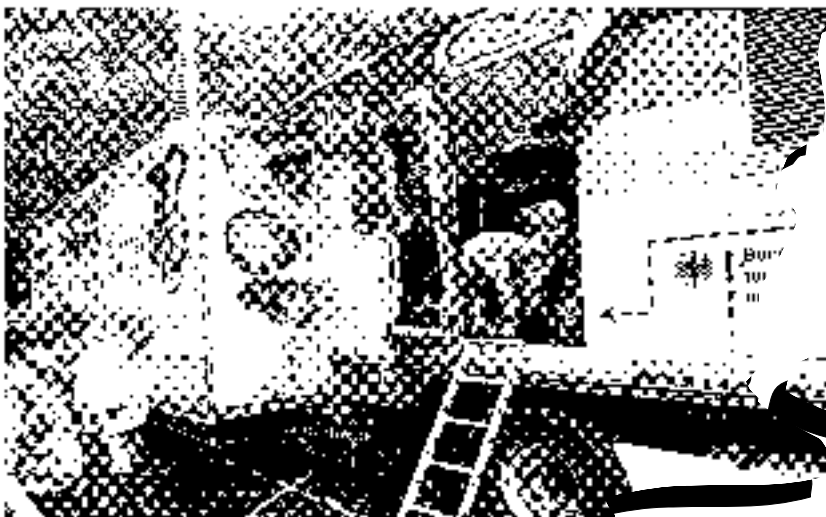
Brandanschlag: Rollendes Gen-Labor zerstört

„Science-live-Mobil“ ging vor letzte Nacht auf dem Liebigschulhof in Flammen auf – 1,5 Millionen Mark Schaden

GIessen. Gest. bei 23.00 Uhr wurde das fahrbare Genlabor des Bundesforschungsministeriums auf dem Liebigschulhof in Gießen in Brand gesetzt. Die Polizei hat den Sachschaden auf 1,5 Millionen Mark geschätzt. Die Täter sind noch unbekannt.

Das fahrbare Genlabor war ein Projekt der Bundesforschungsministerin Edelgard Bulmahn. Es sollte in Schulen und auf Messen über die Gentechnik informieren. Der mit zwölf Laborplätzen ausgestattete Sattelzug war in Gießen auf einem Schulhof abgestellt, wo er nachts angezündet wurde.

Wir werden uns in einem Fall für eine Untersuchung bemühen, sagte die Polizei. Die Ursache des Brandes ist noch nicht bekannt. Die Polizei hat den Sachschaden auf 1,5 Millionen Mark geschätzt. Die Täter sind noch unbekannt.



big- schule sich sogar intensiv bemüht hätte und stolz ist, die Manipulationsschau angeworben zu haben.

Die Informationsveranstaltung am Mittwoch spricht Bände über das Geschehen – und es lohnt sich, das näher zu betrachten. Kann es noch ein dummer Zufall gewesen sein, daß einige Gäste wegen einer verschlossenen Eingangstür 50 Minuten zu spät kamen, so war der weitere Ablauf des Abends alles andere als eine Bildungsveranstaltung. Auf dem Podium waren nur GentechnikbefürworterInnen, eben die BegleiterInnen des Biotech-Mobils. Sie reiheten eine der bekannten Lügen an die andere. Da werden Probleme mal eben kurz einfach erfunden, um dann die Gentechnik als Lösung anzubieten – z.B. das Märchen vom sich beschleunigenden Bevölkerungswachstum und den fehlenden Nahrungsmitteln. Die Wahrheit: Es gibt doppelt so viel zu essen auf der Welt wie für die Menschen nötig. Aber diese Wahrheit vertragen Gentechnik-Konzerne nicht. Sie brauchen das Argument, damit nicht auffällt, weswegen sie Gentechnik betreiben: Profit. Den ganzen Abend stellten sich die beiden ReferentInnen als HeldInnen für die Menschheit dar. So agieren die mächtigen Konzerne und Nationen dieser Welt, seit sie es können. Das Ergebnis ist zu sehen. Hunger ist kein Zufall, den jetzt Konzerne beseitigen, sondern Hunger entstand durch die Kolonialisierung und die Zerschlagung von Märkten, von Selbstbestimmung und eigenständiger Wirtschaft – bis zum heutigen Tag läuft das. Aber das alles interessiert in der Diskussion gar nicht.

Kein Stück besser war das Lehrpersonal der Schule. Tränenerzeugende Geschichten von

nach einiger Zeit ein zweites Mal meldete, sollte gleich, natürlich wieder speziell für mich, ein besonderes Verfahren der Publikumsübungen eingeführt werden. Darum haben wir uns dann gestritten mit dem Ergebnis, daß die Schulleiterin unter Berufung auf ihr Hausrecht mit jeglichem weitere Rederecht entzog. Damit gab es niemand mehr im Raum, der grundsätzliche Kritik äußerte. Schon vorher hatte das wachsame Lehrpersonal, welches offenbar fürchtete, daß die SchülerInnen zu lesen bekamen, was nicht von der Schule gefiltert war, Infomaterial, was ich auslegte, beschlagnahmt – es wurde mir auch nicht wiedergegeben. So lag am ganzen Abend nur Pro-Gentechnik-Material herum.

Es ließe sich noch vieles mehr erzählen, u.a. zu weiteren Versuchen, statt Argumenten mit ständigen Angriffen gegen meine Person die Debatten zu untergraben, und zum Verhalten der SchülerInnen, die artig alles beklatschten was von oben kam – sogar das Redeverbot. Was ist von SV-Funktionären zu halten, die Verbote und Beschlagnahmen beklatschen und als SV-Arbeit begreifen, die SchülerInnen der „Lio“ im Sommer auf die noch viel gigantischere Manipulationsschau Expo 2000 zu schicken. Die nicht einmal mehr bemerken, daß das Biotech-Mobil eine völlig einseitige Sache war. Es wäre doch so einfach gewesen, z.B. am Mittwochaabend auch einen Genkritiker einzuladen. Aber antidemokratische SchulfunktionärInnen scheinen selbst das nicht mehr zu wollen.

Nicht artiges Klatschen, sondern Widerstand gegen eine solche Schulleitung wäre richtig.

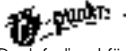
Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000 31 Kurznotiert



Ö-Verteiler "Gentechnik"

• Leider keiner.



Der Infodienst für
UmweltakteurInnen

32

Sommer 2000

● Kurz
notiert



**Themenredaktion
"Landschaft/
Naturschutz"**

Jörn Hartje,
Institut für Ökologie
Turmstr. 14A,
23843 Bad Oldesloe
Tel. 04533/792259
Fax 04531/792286
Institut@inihaus.de

Zeitschriften- schau

Natur und Landschaft (3/2000)

- Großschutzgebiete in Mecklenburg-Vorpommern (4/2000)
- Anziehung nachtaktiver Insekten durch Straßenlaternen
- Kompensationsmaßnahmen der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung

Öko-Mitteilungen (1/2000)

- Mediationsverfahren Frankfurter Flughafen

Geographische Rundschau (2/2000)

- EXPO 2000 in der Region Hannover
- Naturräumlicher Reichtum Niedersachsens

Nationalpark (1/2000)

- Bilanz und Ausblick - 10 Jahre ostdeutsches Nationalparkprogramm
- Der Natur überlassen statt gestalten
- Auch Denkmalschutz ist Naturschutz

UVP Report

- Schwerpunkt: Umweltplanung

Grünstift (spezial)

- Wildtiere in Not

Steinbeisser (3/00)

- FFH Gebietsausweisung in Sachsen

Nationalparkkongress zur EXPO

Zur EXPO 2000 organisiert der Nationalpark Harz vom 23.-27.10.2000 einen Nationalparkkongress in Zusammenarbeit mit EUROPARC-Föderation und der Weltkulturerbestadt Goslar.

Ausschnitt aus dem Programm:

„... Ein Besuch der EXPO in Hannover gehört ebenfalls zum Programm.“

Infos: Nationalpark Harz - Kongressbüro - Oberhaus 1, 37444 St. Andreasberg

Umweltliteratur- Antwortservice

Die Biologische Station Peine hat 12.000 wissenschaftliche Arbeiten und Artikel in einer Datenbank erfasst. Hier können Interessierte Anfragen zu allen möglichen Naturschutzthemen stellen. Nach kurzer Zeit flattert dann auch schon die Antwort ins Haus. Nur ganz umsonst ist das Ganze nicht: 30 DM Grundgebühren plus 15 DM für jede ausgewertete Arbeit. Das ist sicher angemessen; wer mal selber nach bestimmten Themen gesucht hat, weiß wie langwierig das sein kann.

Info: Biologische Station Peine, Rosensstr. 6, 31228 Peine, Tel.: 05128/95802, Fax: -03

Bundesstiftung Umwelt fördert künftig Naturschutz

Die Bundesstiftung Umwelt soll künftig auch Naturschutz fördern. Bisher war die 124 Mio. jährliche Fördersumme auf technischen Umweltschutz und Verbandförderung beschränkt. Darüber hinaus soll die Stiftung Naturschutzflächen in Ostdeutschland übernehmen.

Quelle: Natur und Landschaft

Trittin novelliert Naturschutzgesetz

Jürgen Trittin (Die Grünen) will dem Kabinett noch bis zur Sommerpause eine Naturschutz-Novelle vorlegen. Dabei sollen auch die Interessen von Erholungssuchenden und Sportlern berücksichtigt werden. „Wir werden den ausschließlich restriktiven Charakter des alten Gesetzes bewusst durchbrechen“, sagte der Umweltminister der taz. Mit solchen neuen Bündnissen hofft Trittin, den Naturschutz stärken zu können.

Außerdem soll die Novelle den Stellenwert des Naturschutzes in der Landesplanung verbessern. Die Bundesländer sollen künftig die Naturgebiete besser verbinden und eine einheitliche Planung für das ganze Land vornehmen. Die Vermarktung einheimischer Vogelarten soll eingeschränkt und die hiesige Natur besser vor dem Einschleppen fremder Tierarten geschützt werden. Die Novelle sieht weiter ein Verbandsklagerecht vor. Gegen Bauprojekte des Bundes dürften dann künftig Umweltverbände vor Gericht klagen, um die Natur zu schützen. Dies würde die bereits bestehenden Verbandsklagerechte in 13 Bundesländern ergänzen.

Die Novelle soll künftig die Einrichtung von Biotopverbundsystemen auf zehn Prozent der Fläche jedes Bundeslandes vorschreiben. Diese Fläche müsste nicht komplett unter Schutz gestellt werden, aber alle wichtigen Naturschutzgebiete

eines Bundeslandes so verknüpfen, dass seltene Tier- und Pflanzenarten sich weiter ausbreiten können.

Trittin will die alte Regelung Merkels wieder aufheben, die Bauern hohe Entschädigungen verspricht, wenn ihr Acker unter Naturschutz gestellt wird. Diese Regeln sind für die Länder so teuer, dass sie vielfach die Ausweisung neuer Schutzgebiete stoppen mussten. Laut Novelle soll weiter Ausgleich gezahlt werden, die Ausgestaltung aber in die Hände der Länder gelegt werden.

Künftig soll es die Möglichkeit geben, Naturgebiete „in Entwicklung“ auszuweisen. Damit sollen Pleiten wie beim „Nationalpark Elbtalau“ vermieden werden, der vor einem Jahr vor Gericht scheiterte, weil er zu viel Kulturlandschaft enthielt. Nun könnte auch Kulturlandschaft geschützt werden, die sich erst im Laufe der Zeit in schützenswerte Natur zurückverwandelt.

Außerdem möchte Trittin die Interessen von Sportlern und Erholungssuchenden stärker im Naturschutz berücksichtigen. Es mache keinen Sinn, sich diese Gruppen künstlich zu Feinden zu machen. Auch in den Landwirten sieht der Minister auf lange Sicht eher Bündnispartner. Schließlich würden den Landwirten durch Naturparks neue Einnahmequellen im Tourismus eröffnet.

Quelle: taz vom 12.5.2000



Das Tagungshaus für Umweltgruppen

und alle anderen politischen Initiativen

Seminarräume Arbeitsräume Bibliotheken Umwelthaus

Das Tagungshaus, das optimal auf politische Aktionsgruppen zugeschnitten ist ...

- ... für Seminare und Kurse
- ... für Projekttreffen
- ... für Aktionsvorbereitungen

Genutzt werden können:

- ... das Tagungshaus (18 Betten, mehr möglich)
- ... Seminarräume mit Projektoren usw.
- ... Selbstversorgerküche
- ... Öko-Lebensmittel aus der Region
- ... Arbeitsräume mit Kopierer, Computer usw.
- ... Politische und Umweltbibliotheken
- ... Kinder-Spiel- und Chaos-Ecke
- ... Schallgeschützter Feten-/Übungsraum
- ... Werkzeug
- ... Hof und Garten

Bei den Kosten lassen wir mit uns handeln: Politische Gruppen zahlen 10-16 DM/Nacht nach Selbsteinschätzung, in besonderen Fällen nur 6 DM (bei Mitarbeit), Essen für 12 DM/Tag bei eigener Zubereitung. Hinweis: Wir haben einen Bahnanschluss im Ort!

Infos gegen 2,20 DM in Briefmarken:
Projektwerkstatt/Tagungshaus, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen






Naturverständnis der EXPO

Künstliche Natur und Cyberworld soll „echte“ Natur ersetzen

„Mensch – Natur – Technik“ lautet das Motto der Weltausstellung EXPO 2000. Dabei scheint die Betonung auf Technik zu liegen, denn die EXPO macht immer wieder deutlich: „Die Natur ist eine Bedrohung für den Menschen, vor der wir uns nur durch Technik schützen können“. Die EXPO ignoriert dabei, dass die industrielle Technik auch die größte Bedrohung für die Natur ist. Stattdessen reduziert die EXPO Umweltprobleme auf die angebliche „Überbevölkerung“. Unser Zivilisationsproblem der Übernutzung von Ressourcen vor allem in den Industrieländern wird so zu einem Problem aller Menschen konstruiert. Dies bietet den Konzernen die Möglichkeit, von Ihrer Ausbeutungsstrategie abzulenken und Techniken wie Atomkraft oder Gentechnik hoffähig zu machen.

Natur aus der Retorte

Auf der EXPO wird uns präsentiert, wie „Natur“ im 20. Jahrhundert auszusehen hat: „Pflanzgranulat von „Seramis“ sorgt dafür, dass die Flora schon Monate vor Beginn der Weltausstellung unter den besonderen klimatischen Bedingungen im

Pavillon gedeihen kann.“ Im Pavillon der Niederlande wird uns dann Natur auf 7 Stockwerken präsentiert – die absolute Beherrschbarkeit der Natur. „Seramis“ und der Grüne Punkt sind die wahren Naturschützer: „Die Pflege und der Erhalt der weltweiten Pflanzenvielfalt ist ein wichtiges Unternehmensziel von Seramis. Gemeinsam mit dem Dualen System können wir auf der EXPO 2000 für dieses Ziel werben.“

Umweltbildung durch Cyberspace

Natur-Erlebnis soll in Zukunft mit Multimedia geboten werden - so z.B. im Multimar Wattforum oder dem Naturgut Ophoven. Zum Verständnis des Ökosystems Wattenmeer können dann „lästige“ Wattwanderungen entfallen, einfach mal ein paar Stunden vor dem Bildschirm hocken - und schon ist das Natur-Erlebnis da!

Diese schöne neue Welt ist aber auch nicht ganz billig, so war das Multimar mit Abstand das teuerste Infozentrum am Wattenmeer (17 Mio.DM). Auf Ökologische Aspekte beim Bau wurde dann lieber gleich ganz verzichtet.

Näheres siehe Ö-Punkte 1/00: Umweltbildung

Renaturierung besser als „echte“ Natur?

Das Buch „Grüne Landschaften“ macht in seinem Untertitel klar, worum es geht: „Vision: die Welt als Garten“. Der Grundtenor des Buches: Wir können durch Renaturierung noch bessere Natur schaffen. Machtmechanismen des Naturschutzes werden als Kunst umdefiniert und es wird ein weiterer Ausbau klassischer Naturschutzmaßnahmen gefordert und die Wirtschaft wird als Partner gesehen. Neue Ideen: Fehlanzeige.

Natur nur noch in Reservaten ohne Menschen?

Der WWF weiß wie die Welt gerettet werden kann. Er präsentiert auf der EXPO die Weltkarte des Lebens, wo „ökologische Schlüsselregionen“ präsentiert werden sollen. Dabei werden natürlich die Menschen vor Ort nicht gefragt, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen, so wurden die indigenen Völker aus dem Regenwald sogar von der EXPO mit der Begründung ausgeladen, sie würden den Regenwald nicht schützen auch in Indien setzt sich der WWF für die Vertreibung der Menschen zum Schutz des Tigers ein. Natürlich propagiert der WWF Tourismus in diese Gebiete – für Reiche.

Näheres siehe Ö-Punkte 1/00: Umweltbildung

Die Krönung der Unverschämtheiten

Das Erschießen von Tieren durch deutsche Hobby-Jäger in Afrika ist ein Tourismus-Projekt der EXPO 2000.

Auch im Bereich Tourismus zeichnet sich die EXPO durch besonders „nachhaltige“ Projekte aus: So ist z.B. das Projekt „Campfire“, welches die Trophäenjagd in Südafrika fördert. EXPO Projekt. Doch – abgesehen von gestandenen deutschen Weidmännern – halten Wildbiologen und Ökologen den Jagdtourismus für ökologisch bedenklich. Und ob der vom Kolonialismus abstammende Jagdtourismus, der den einheimischen (Schwarzen) das Jagen verbietet, damit der „Weisse Jäger“ was vor die Flinte kriegt, ein modernes Mittel der Entwicklungshilfe ist, kann mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Diese Beispiele zeigen die extreme technikbesessenheit und Naturferne der EXPO. Mensch und Natur wird damit zur reinen Verfügungsmasse für Konzerne und Reiche. Hier muss die Umweltbewegung dringend eigene Ideen und Strategien entgegensetzen. Daher planen AktivistInnen aus dem Umweltschutz-von-unten-Netzwerk einen Umwelt-Kongress zu „Gegenbildern zur EXPO“ im Herbst.

Anmeldung und genauere Infos bei der Themenredaktion.

Der Infodienst für Umweltdateurinnen

Sommer 2000

• Kurz notiert

33

Lesetipps

Norbert Suchanek
„Ausgebucht – Zivilisationsflucht Tourismus“
Schmetterlingverlag,
ca. 150 Seiten, ca.
19,80 Mark, ISBN
3-89657-573-2.
E-Mail:
SchmeVlg@aol.com,
Fax 0049-711-626992

Helen Mayer Harrison
und Newton Harrison
„Grüne Landschaften“
(1999, Campus in
Frankfurt, 224 S., 36
DM)

Ein weiteres Expo-Buch – und wieder eine Sammlung von Kapiteln verschiedener AutorInnen. Sie machen dem Ruf der Expo-Ökologie alle Ehre. Schon erste Satz (Klappentext) hat es in sich: „Die Erde hat besonders in den Industrieländern eine Renovierung dringend nötig; Die beiden HerausgeberInnen sind denn auch Landschaftskünstlerinnen. Die Natur muß anders „möbliert“ werden, scheint das Credo zu sein. Es paßt zur Expo-Ideologie: Nichts darf wachsen, sei es aus sich heraus oder aus dem Leben der Menschen, die ihre Umwelt gestalten. Natur ist Gegenstand von Planung. Bewahren wird zum Akt der Herrschaft, die Menschen werden zur Population, die Natur einer Produktionsstätte gleichgesetzt. Als Zeichen totaler Verwirrung schreibt in diesem Buch der Ehrenvorsitzende des BUND und Bodensee-Öko-Promi Gerhard Thielke.

DNR begrüßt Initiative

Erstmals Nutzungsbeschränkungsentschädigung nach FFH-Richtlinie

Der Deutsche Naturschutzring (DNR), Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände, begrüßte in Bonn die Initiative von Landesumweltministerin Bärbel Höhn (Bündnis 90/Die Grünen), in NRW als erstem Bundesland an die Landwirte für Nutzungseinschränkungen in FFH- und Vogelschutzgebieten Ausgleichszahlungen zu leisten. „Dank dieser weitsichtigen Entscheidung von Frau Höhn dürfte es NRW gelingen, in einigen Jahren einen Anteil von Naturschutzflächen an der gesamten Landesfläche von 10 Prozent zu erreichen“, betonte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Damit käme NRW den Forderungen des DNR nahe, zur Sicherung der biologischen Vielfalt 10 bis 15 Prozent der Gesamtfläche in Deutschland als Naturschutzvorrangflächen auszuweisen. Zur Zeit gibt es in NRW 132.949 ha Naturschutzgebiete. Zusammen mit den 23.691 ha sogenannter „kleiner Gebiete in Grünlandregionen“ werden damit auf 156.640 ha Naturschutzinteressen verwirklicht. Das sind 4,6 Prozent der Gesamtfläche des Landes Nordrhein-Westfalen, die 3.407.764 ha beträgt.

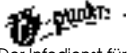
Die von Ministerin Höhn vorgesehenen Zahlungen sollen Bewirtschaftungseinschränkungen der Landwirte aufgrund von Umweltauflagen ausgleichen. Zu den Nutzungsbeschränkungen gehören der Verzicht auf Grünlandumbruch, der Verzicht auf zusätzliche Entwässerungsmaßnahmen, die Vermeidung von Bodenabtrag und Bodenaufschüttungen, der Verzicht auf die Beseitigung von Biotopen und Gehölzen, der Verzicht auf Aufforstung sowie die Verpflichtung zur Rücksichtnahme auf Brutvögel und deren Gelege. Die Ausgleichszahlungen werden in Abhängigkeit vom Umfang der Schutzaufgaben gewährt und betragen jährlich in Naturschutzgebieten und besonders geschützten Biotopen DM 240, in Landschaftsschutzgebieten DM 120 und in „vorläufig sichergestellten“ FFH- und Vogelschutzgebieten DM 90.

Weitere Informationen: Helmut Röscheisen, DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn, Tel.: 0228 - 35 90 05, Fax: 0228 - 35 90 96, dnr-bonn@t-online.de



Ö-Verteiler "Landschaft/Naturschutz"

- NABU Saarland
- BUND Thüringen, Nordrhein-Westf., Niedersachsen
- Grüne Liga Thüringen, Sachsen Brandenburg



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

34 Sommer 2000
● Kurznotiert



Themenredaktion "Ökologischer Landbau"

Johannes Richter
c/o Umweltwerkstatt
Willy-Brandt-Allee 9,
23554 Lübeck
Tel & Fax
0451/7070646
jupluebeck
@t-online.de

Zeitschriften-schau

Bio-land 2/00
● Feldgemüsebau

Ökologie & Landbau 2/00
● Leben und Lernen auf dem Biobauernhof

Naturland 1/00
● Globalisierung statt Regionalisierung
● Türkei-Projekt von Rapunzel

Unabhängige Bauernstimme 4/00
● Nachbaugebühren
● Staffelpreise für Molkereien
● Ökoschweinemarkt
● Gute fachliche Praxis

Weitere Informationen im Internet:
Viele Links, Termine und Hintergrundinfos:
www.soel.de
Informationsdreh-scheibe für gentechnische Produkte:
www.biogene.org

Datenbank InfoXgen für eine Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik:
www.infoxgen.com

Nachrichtendienst Landwirtschaft & Naturschutz:
www.ag-rar.de

Ökolandbau über viele Länder Europas:
www.organic-europe.net

Österreich: Vorbild?

Der Organische Landbau ist in Österreich zu einer bedeutsamen Wirtschaftsweise geworden. Der Aufschwung für den Ökolandbau kam durch ein besonderes Förderprogramm Mitte der 90er Jahre, an dem viele Landwirte teilnahmen und umstellten. Heute sind 9% (rund 20 000 Betriebe) aller landwirtschaftlichen Betriebe Ökobauernhöfe und stellen damit Österreich an die Spitze des Ökologischen Landbaus in der EU. Besonders viele Betriebe stellen in den alpinen Lagen um, in einzelnen Bezirken erreicht der Biobetriebsanteil 40%. Für die Wertschöpfung der Ökobauern hat die Tierhaltung eine große Bedeutung, dem entsprechend ist der Anteil des Ökolandbaus in den ackerbaulich geprägten Flach- und Hügellagen nur von geringer Bedeutung.

Eine Befragung wurde durchgeführt, denn 1999 lief dieses Förderprogramm aus: Welche Beweggründe gibt es bei den Landwirten, sich von der organischen Wirtschaftsweise wieder zu verabschieden und wie viele würden diese Wirtschaftsweise verlassen? Als Ausstiegsgründe wurden an erster Stelle genannt: Kaum höhere Preise für Bioprodukte und beschränkter bzw. teurer Futtermittelzukauf. 12,7% der Betriebe würden aus dem Programm aussteigen, 64,7% wollen weiter teilnehmen, die anderen haben sich noch nicht entschieden.

Quelle: *Ökologie & Landbau 2/00*

Ökologische Freilandhaltung: Das Gelbe vom Ei – hinter Gittern?

Die Ökolandbauverbände wie BIOLAND, mobilisierten kurz vor Ostern zum Eiereinkauf – natürlich aus ökologischer Freilandhaltung. Um den riesigen Bedarf an Ostereiern zu decken, werden für Ostern rund 41 Millionen Legehennen in Deutschland benötigt. Etwa 662.000 Öko-Hennen waren mit dabei, denen „nach der anstrengenden Arbeit Entspannungsübungen im Freien“ mit Ökofutter gegönnt wird. Vom Kostenfaktor ist ein Ökoei nur circa elf Pfennig teurer als ein konventionelles Freilandei.

Zeitgleich präsentierte ein Hamburger Tierschutzverein seine Ergebnisse von „Freiland“- oder „Bodenhaltungs“-Eiern. Untersucht wurden die Eier in Hinblick darauf, ob die Eier Spuren von Käfiggittern aufweisen. Problematisch sind die Eier von Wochenmärkten ohne Stempelaufrück: In 8 von 10 Stichproben stammten die vermeintlichen Freiland Eier aus der Käfighaltung. Bei den Eiern mit Freilandstempel-Aufrück waren 2 von 10, im Supermarkt 1 von 11 aus der Legebatterie. Im Naturkostladen wurde ebenfalls eine von 10 Stichproben falsch ausgewiesen!

Quelle: *taz vom 18.4.; Bioland-Präsident*

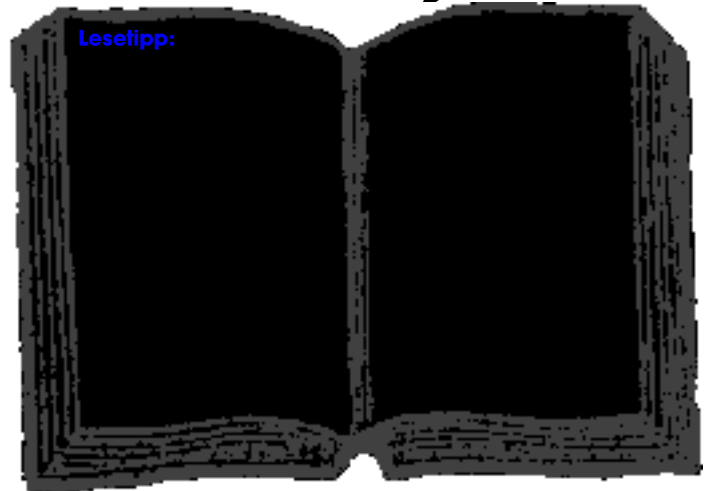
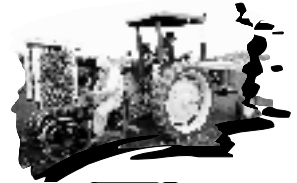
Ökodorf auf der EXPO

Wer es kann macht mit bei den Jubelfeiern zur Weltausstellung, da will der Ökolandbau nicht fehlen. Ganz im idealistischen Sinne wird der Weltausstellung etwas entgegengesetzt: Ein Öko-Dorf vor den Toren Hannovers ist von den Herrmannsdorfer Landwerkstätten erbaut worden mit Käserei und Brauerei und selbst ein 500 m-Hofladen wird nicht fehlen. Nebenan stehen die multinationalen Konzerne wie Novartis und Agrevo, die mit aller Macht für eine grüne Gentechnik eintreten. Ganz gut können diese das grüne Mäntelchen der EXPO gebrauchen, auf der die schöne Welt von Morgen mit leuchtenden Genkartoffeln vorgestellt wird, denn der Druck von außen gegen die Gentechnik wächst weltweit. An diesem Druck sind maßgeblich auch die Ökolandbau-Verbände beteiligt, die in verschiedenen Kampagnen gegen die Gentechnisierung der Landwirtschaft kämpfen, doch wie unglaublich erscheint in diesem Licht der Ökolandbau, wenn mit den Mächtigen an einem Leitbild mit menschenverachtenden Techniken gearbeitet wird.

Öko-Landbau lohnt für Landwirte

In einer europaweiten Studie „Economic performance of organic farms in Europe“ der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig wurde die ökonomische Situation ökologisch wirtschaftender Betriebe in der EU analysiert. Die Wissenschaftler kommen zu dem Ergebnis, daß Ökobetriebe im Durchschnitt gleich hohe Gewinne wie die konventionell wirtschaftenden Betriebe erwirtschaften, bezogen auf die Familienarbeitskraft verdienen die Ökobauern tendenziell sogar etwas mehr. In Zukunft dürfte sich die Position des Öko-Landbaus noch weiter verbessern: Als Folge der Agenda 2000 wird der Öko-Landbau an relativer Vorzüglichkeit gewinnen.

Infos zur Studie www.uni-hohenheim.de/t410a/ofeurope/ und www.soel.de



Teilerfolg gegen die Nachbaugebühren

Gegner der von Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH und Bauernverband vereinbarten Nachbaugebühr haben im Februar vor Gericht einen Teilsieg errungen. Die Saatgut-Treuhand, eine vom Bund der Deutschen Pflanzenzüchter eingerichtete Melde- und Gebühreneinzugszentrale ist danach nicht berechtigt, umfassende Auskünfte über den Saatkuteinsatz der Landwirte einzuholen.

Seit eineinhalb Jahren verschickt die Saatgut-Treuhand Fragebögen, in denen sie detaillierte Angaben über den gesamten Anbau der Bauern fordern. Die Bauern der Landwirtschaftlichen Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugebühren, wehren sich gegen die Nachbaugebühren und verweigern die Auskunft.

Das Braunschweiger Landgericht gab jetzt erstmals zwei Landwirten zum Teil Recht, nachdem andere Gerichte die

Landwirte zur Auskunft nötigte. Nach dem Urteil müssen die Bauern der Saatgut-Treuhand keine pauschalen Auskünfte über ihre Ackerfrüchte geben. Um Gebühren zu erheben, muß die Saatgut-Treuhand selbst den Nachweis der Aussaat erbringen. „Es ist im gesamten gewerblichen Rechtsschutz ... anerkannt, daß der Inhaber der Rechte eine Verletzung beweisen muß“, so die Urteilsbegründung. Der Auskunftsanspruch besteht danach lediglich für EU-weit zugelassenen Sorten, nicht aber für die nationalen Pflanzensorten. Die Entscheidung des Landgerichts Braunschweig gilt vorläufig unmittelbar in Niedersachsen, hat mit ihrer Deutlichkeit der Ablehnung des Auskunftsanspruches aber bundesweite Bedeutung.

Adi Lamke, Interessengemeinschaft Gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugebühren, Rundling 3, 29479 Jarmeln, 05864-233



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer 2000

• Kurz
notiert

35

Kann die Gentechnik die Welt ernähren?

Mehr als 800 Millionen Menschen in der Welt müssen hungern. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß jede Entwicklung, die hier Abhilfe schaffen könnte, erst einmal begrüßt wird. Aber sind gentechnisch manipulierte Nutzpflanzen dafür geeignet? Oder sind sie lediglich die zynischste Marketing-Aktion dieses Jahrhunderts?

Vier Möglichkeiten, die Hungernden zu ernähren

Es ist eine Legende, daß es nicht genug Nahrungsmittel gibt, um die Welt zu ernähren. Gegenwärtig werden ausreichend Nahrungsmittel produziert, aber Millionen von Menschen kommen nicht in deren Genuß, oder können sie sich nicht leisten. Mehr Nahrungsmittel im Norden anzubauen, kann niemals eine Lösung für die Nahrungsmittelknappheit im Süden sein. Massive Subventionen, die an Bauern im reichen Norden gezahlt werden, haben bereits große Überschüsse geschaffen, wie den „Butterberg“ oder den „Milchsee“. Inzwischen werden in Europa und den USA Riesensummen dafür ausgegeben, damit die Bauern weniger anbauen.

Inzwischen haben die Überschüsse, die an die Entwicklungsländer verschifft werden, die Versorgung mit Nahrungsmitteln eher verschlechtert, anstatt sie zu verbessern. Zu lächerlich niedrigen Preisen verkauft, haben diese Überschüsse die Bauern vor Ort in den Bankrott getrieben, dadurch mehr Menschen noch ärmer gemacht, und eine Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus dem Norden geschaffen. Ebenfalls aus dem Norden stammende High-Tech-Landwirtschaftsmethoden haben die Bemühungen seitens der Entwicklungsländer, sich selbst zu ernähren, weiter gestört. ...

Um die Welt zu ernähren, sind Experten z.B. der Welternährungsorganisation FAO der Meinung, daß wir die Vielfalt der Landwirtschaft schützen und weiterentwickeln müssen, alle landwirtschaftlichen Praktiken einstellen müssen, die Umweltschäden – wie verseuchtes Grundwasser oder belastete Böden, verursachen, die Agrar- und Wirtschaftspolitik zugunsten der Kleinbauern ausrichten müssen, durch Landreformen und gerechten internationalen Handel der Armut ein Ende setzen müssen, damit die Menschen genug Geld für Nahrungsmittel oder ausreichend Ackerland haben, um ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen.

Die Gentechnik unterwandert jede einzelne dieser wichtigen Voraussetzungen für die Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln.

Schäden an Vielfalt und Umwelt

Bis zum Jahre 2000 wird die Welt 95 Prozent der genetischen Vielfalt verloren haben, die Anfang dieses Jahrhunderts in der Landwirtschaft eingesetzt wurde (laut FAO-Bericht). Dadurch daß wir auf großflächige Monokulturlandwirtschaft gesetzt haben, mit großen Mengen an giftigen Chemikalien, Maschinen und Wasser, haben wir die Bandbreite einheimischer Landwirtschaft systematisch verkleinert. Allein die Bodenerosion, die durch die Monokulturlandwirtschaft noch verstärkt wurde, beeinträchtigt inzwischen ein Drittel der Anbauflächen der Erde.

Genmanipulierte Nahrungsmittel werden die Lage noch verschärfen. Sie werden auf riesigen

Anbauflächen angebaut, und da viele von ihnen eine „eingebaute“ Herbizidresistenz enthalten, sorgen sie dafür, daß giftige Chemikalien in Zukunft weiter eingesetzt werden. Die Sojabohnen von Monsanto zum Beispiel, könnten ihre Herbizidresistenz an verwandte Pflanzen übertragen, oder selbst zu „Unkraut“ werden, indem sie sich auf benachbarte Felder ausbreiten. In beiden Fällen wäre es unumgänglich, daß noch mehr Chemikalien eingesetzt werden, um dieses neuen „Superunkrauts“ Herr zu werden. ...

Existenzgrundlage bedroht

Zur Ernährung der Hungernden müssen mehr – und nicht weniger – Bauern langfristig überlebensfähige Nutzpflanzen produzieren. Die zur Durchsetzung der Gentechnik betriebene Politik wird dazu führen, daß die kleinen Bauern verdrängt werden und ihre Existenzgrundlage verlieren.

Mit der Gentechnik geht die Kontrolle über die Landwirtschaft vollends in die Hände der Großunternehmen über. Chemieriesen wie Monsanto und Ciba Geigy nehmen private Monopolrechte für ihre Ernten in Anspruch. Das bedeutet, daß es den Bauern nicht erlaubt sein wird, die Saat zum Neuauspflanzen zu nutzen, was sonst übliche Praxis ist. ...

Zunahme der Armut

Die Bauern, die genmanipuliertes Saatgut kaufen, binden sich durch Vereinbarungen an die Multis, die es herstellen. Im Fall von Monsanto zum Beispiel zahlen Bauern, die genmanipulierte Sojabohnen anbauen wollen, zuerst einen um 25 Prozent höheren Preis für die Saat, dann unterschreiben sie eine Vereinbarung, wonach sie nur das Pflanzenschutzmittel Roundup von Monsanto für einen festgesetzten Zeitraum einsetzen dürfen, und müssen auch noch zustimmen, daß ihre Betriebe jederzeit kontrolliert werden dürfen.

Anstatt den Ertrag zu steigern, könnte die Gentechnik ihn mindern. Neue Probleme wie die Pestizidresistenz könnten zu „Superunkraut“ und „Superschädlingen“ führen. ...

Patentierete High-Tech-Nutzpflanzen, die mit dem Einsatz giftiger Chemikalien in Verbindung stehen, nützen den armen Kleinbauern nichts, weil sie nicht genügend Geld haben, das teure Saatgut und andere Betriebsmittel wie Pestizide, Dünger kaufen können. ... Immer mehr Bauern lehnen Genprodukte ab. ...

Ertrag und Ernährung

Es ist möglich, daß neue genmanipulierte Pflanzen nicht funktionieren. Neue Genkombinationen sind instabil, und ihre Reaktionen auf Veränderungen in der Umwelt sind nicht bekannt. Viele Ideen mußten aufgegeben werden, weil die Pflanzen auf dem Felde nicht funktionierten. ...

Auch der Nährwert von Nahrungsmitteln verbessert sich durch die Gentechnik nicht. In der ganzen Welt hat der Wechsel zu Monokulturlandwirtschaft die einheimischen Ernährungsgewohnheiten weg von der herkömmlichen Mischkost verändert. Dies ist bekanntlich eine der Hauptursachen der Fehlernährung. ...

Die traditionelle Landwirtschaft funktioniert

Zahlreiche Studien haben belegt, daß die traditionelle Landwirtschaft der Bauern sowohl in den Entwicklungsländern als auch im Norden, zu hoher Produktivität und langfristiger Tragfähigkeit führen. In einem Bericht aus dem Jahr 1989 mit dem Titel „Alternative Agriculture“ stellte die US National Academy of Sciences fest, daß landwirtschaftliche Betriebe, die auf den Einsatz von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln und Düngemitteln verzichteten, genauso produktiv waren, wie diejenigen, die sie einsetzten.

In Lateinamerika haben Bodenerhaltungsmaßnahmen und organische Düngung die Ernten innerhalb eines Jahres verdrei- bzw. vervierfacht. Herkömmliche Zuchtmethoden haben die Effizienz der natürlichen Beziehung zwischen Bodenbakterien, die essentiellen Stickstoff im Boden fixieren, und den höheren Pflanzen verbessert, und die Notwendigkeit von chemischen Düngemitteln reduziert. Einheimische Pflanzen bieten eine zuverlässige Existenzgrundlage für landwirtschaftliche Kleinbetriebe, die keine Risiken eingehen können. ...

Zum Text links:

Der Text räumt mit dem Vorurteil der Hungersnot aufgrund hoher Bevölkerung über. Wichtig! Quelle: Greenpeace, April 1997 (Auszüge)

Lesetipp

Th. van Elsen & G. Daniel
Naturschutz praktisch: Ein Handbuch für den ökologischen Landbau
(2000, Bioland Verl.-GmbH, 112 S., 19,80 DM)

Mit dem Praxishandbuch für Landwirte werden konkrete Maßnahmen für den Naturschutz in der Landwirtschaft vorgestellt. Naturschutzziele können nicht allein durch die Umstellung auf die Wirtschaftsweise Ökologischer Landbau erreicht werden, vielmehr müssen weitergehende Maßnahmen zur Entwicklung der Natur ergriffen werden, für die die Betriebe des Ökologischen Landbaus besonders geeignet sind. Diese zusätzlichen gesellschaftlichen Ziele an die Landwirtschaft sollten nicht als behördliche Bewirtschaftungsauflagen verstanden werden, sondern bieten die Chance, mit dem Ökolandbau eine Weiterentwicklung der Kulturlandschaft zu eröffnen.

Termine

2.– 4.06. in Kassel
Heilpflanzenkenntnis Heilpflanzenanbau und Landschaftskultur. Seminar
Johanna Hoek, Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher Allee 261, 34131 Kassel, 0561-404147

7.– 10.6. in München
Ländliche Räume und Betriebe im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Regionalisierung
Charlotte Daniel, Internationaler Arbeitskreis land- und hauswirtschaftlicher Beraterinnen und Berater, Bayerisches Staatsministerium, Pt. 220012, 80535 München

16.– 17.06. in Hannover
Vegetarisch in das neue Jahrtausend
Das Vermächtnis des Pythagoras und die Zukunft der vegetarischen Idee. Kongreß Vegetarier-Bund Deutschlands e.V., Blumenstr. 3, 30159 Hannover, 0511-36320-50

21.– 24.06. in Ferising
Indikatorfindung für eine nachhaltige Landwirtschaft und Biodiversität.
Symposium
Harald Albrecht, Lehrstuhl für Vegetationsökologie, TU München-Weihenstephan, 85350 Freising, 08161-71-3717, Fax -4143, albrecht@weihenstephan.de

20.– 22.07. in Görlitz
Großräumigkeit/Kleinräumigkeit in der Agrarlandschaft. Fachtagung des Arbeitskreises Naturschutz in der Agrarlandschaft.
Willi Xylander, Staatliches Museum für Naturkunde Görlitz, Am Museum 2, 02826 Görlitz, 03581-4760-0, Fax -62, Naturmuseum.GR@t-online.de

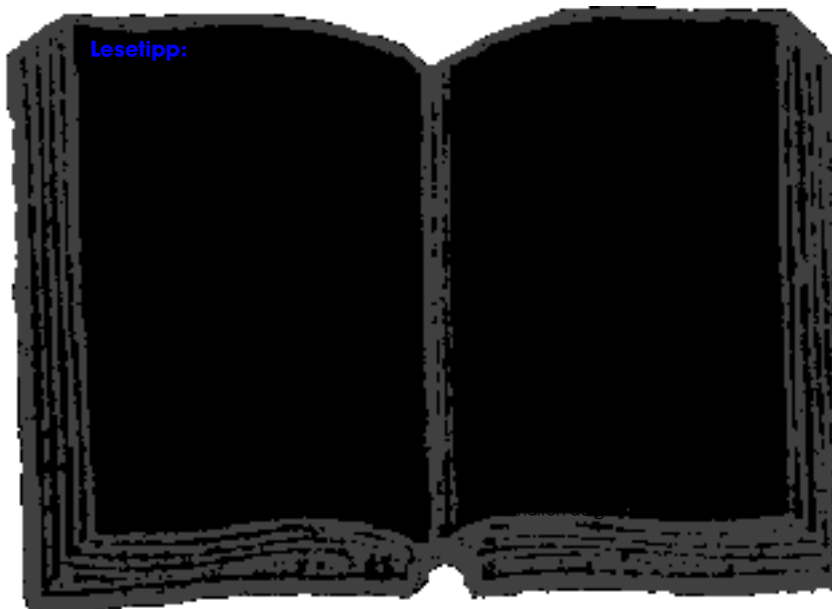
21.-25.07. in Berlin
Perspektiven der Kleinstandwirtschaft in Stadt und Land.
Konferenz zur sozialen und ökologischen Notwendigkeit von Gärten und informeller Landwirtschaft
AG Kleinstandwirtschaft und Gärten in Stadt & Land, Humboldt-Uni, Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät, Podbielskiallee 64, 14195 Berlin, Fax 030-314-71409, gartenkonferenz@gmx.de

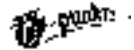


Ö-Verteiler
"Ökologischer Landbau"

• Leider keiner.

Lesetipp:





Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

36 Sommer 2000
● Kurznotiert



Themenredaktion "Politik von unten"

Jörg Bergstedt, c/o Ö-Punkte Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen Tel. 06401/90328-3, Fax -5 oe-punkte@gmx.de

Thomas Fiedler c/o ICC, Haus der Demokratie Friedrichstr. 165, 10117 Berlin Tel. 030/2045-3190, Fax -5857 icc-cic@t-online.de

Ö-Verteiler "Politik von unten"

● Mehr Demokratie (interner Verteiler)

Zeitschriften-schau

Mitarbeiten 2/2000
● Leben im Stadteil S. 1+2

Zeitschrift für direkte Demokratie 1/00
● Parteispendenskan-dale S. 8
● Expertenhearing zum Volksentscheid-Gesetzentwurf S. 11-13
● Berichte aus der Schweiz S. 14+15

2/00
● Blockadehaltung vieler Bundesländer
● Konzepte zum bundesweiten Volksbegehren
● Schweiz

Quelle zum Text rechts

Junge Welt

Förderpreis Aktive Bürgerschaft

Bis zum 15. Juni können sich Projek-te bewerben, die auf lokaler Ebene tätig sind und innovative Ansätze haben. Dabei sollen partnerschaftliche Zusammen-arbeit und Vernetzung im Mittel-punkt stehen.

Infos und Bewerbungsunterlagen gibt es beim Verein Aktive Bürgerschaft, Mecklenbecker Str. 229, 48163 Mün-ster, info@aktive-buergerschaft.de.

Europäisches Netzwerk gegründet

Gemeinsam mit anderen Initiativen in Europa hat Mehr Demokratie das „Netzwerk Direkte Demokratie Initiativen in Europa“ (NDDIE) ins Leben gerufen. Ziel ist die gegenseitige Unterstützung nationaler Aktivitäten und ein gemeinsa-mes Vorgehen europaweit.

Infos: <http://home.t-online.de/home/nddie/home1.htm>, nddie@t-onli-ne.de

Landtag darf BürgerInnen-entscheid kippen

Eine Klage gegen die Aufhebung des Volksentscheides zur Rechtschreibreform ist abgewiesen worden. Das Gericht be-gründete dieses damit, daß Volksent-scheide nicht höherrangig seien als Par-lamentsbeschlüsse. Der Landtag könne „politisch entscheiden“, an welche Volksentscheide er sich halten wolle und an welche nicht. Würde dieses Schule machen, wären BürgerInnen nur macht-voll von Landtags Gnaden.

Quelle: Zeitschrift für direkte Demo-kratie, S. 29



BürgerInnenentscheide

Erster BürgerInnenentscheid in Hamburg

Ende April gab es den ersten BürgerIn-nenentscheid in Hamburg – es geht um die Bebauung des Bahnhofsvorplatzes in Bergedorf. Eine Bürgerinitiative zettelte die Abstimmung an, weil sie vor der Auf-tragsvergabe an den Investor Hochtief eine städteplanerische Konzeption wollte. Die Bezirksversammlungsmehrheit aus SPD und CDU dagegen wollte die Zu-kunft dem Konzern überlassen und keine eigene Planung vorlegen.

Quelle: Mehr Demokratie Hamburg, Michael Efler, 040/31769100

Bayern trickst

Die bayrische Landesregierung ver-sucht, die eigenen BürgerInnen auszu-tricksen. Bei zwei Volksbegehren wurden unterschiedliche Zeiträume für die Eintra-gung in die Unterschriftenlisten festge-legt, die aber kurz hintereinander liegen. Dadurch müßten die BürgerInnen zwei-mal auf die Ämter gehen, die erforderli-

che Unterschriftenzahl wäre so schwieri-ger zu erreichen. Das Aktionsbündnis hatte vergeblich darauf gedrungen, beide Unterschriftenlisten zeitgleich auszule-gen. Bayerns Innenministert Beckstein aber entschied anders – was mehr Bela-stungen für die BürgerInnen, aber auch für die Gemeinden gebracht hätte. Für Machterhalt scheint kein Geld zu schade.

Inzwischen hat das Aktionsbündnis ei-ne der beiden Volksbegehren zurückge-zogen. Abgestimmt wird jetzt nur noch über „Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bay-ern“.

Mehr Demokratie, 089/821177-4, Fax -6

Bremen auf Rekordkurs

Von bislang 9 Volksbegehren hat der Bremer Senat bislang 8 gekippt oder ju-ristisch attackiert. Das ist bundesweiter Rekord – zumindest prozentual.



Genossenschaften aufkaufen?

Schlucken ist in: Chrysler, Mannes-mann, Dresdner Bank fast, andere ganz – fressen und gefressen werden domi-nieren den neoliberalen Markt. Auf dies-es Glatteis gibt sich auch der Großteil der Ökofirmen. Das Gründen von Akti-engesellschaften ist „in“. Sollten sie er-folgreich sein, winkt die Gefahr des Ge-schlucktwerdens. Welch eine Perspekti-ve: ÖkostromanbieterInnen werben Kun-dInnen für Ökostrom – und werden dann von RWE aufgekauft? So oder ähn-lich könnte es enden.

In dieser Debatte werden Genossen-schaften als Alternative betrachtet. Sie könnten so ohne weiteres nicht aufge-kauft werden. Das stimmt. Doch das hat wenig geholfen, denn Genossenschaften bieten nur wenig Basisbeteiligung. Die GesellschafterInnen-Versammlungen sind oft schlecht besucht, manche Kon-zernteilungen legen sie sogar absichtlich

auf einen Werktag vormittags, weil sie al-lein regieren wollen.

Selbst gegen „feindliche Übernahme“ sichert das Modell nicht ab. Wenn sich die Genossenschaftsleitung (und Genos-senschaften weisen krasse Hierarchien auf mit Aufsichtsrat usw.) und Fremdkonzern einig sind, geht alles. So probierte es vor einigen Wochen das Wochenma-gazin „Spiegel“ mit der Berliner „taz“. Nicht die direkte Übernahme, sondern eine Drittkonstruktion, in der die „taz“ dann eingebunden und die Genossen-schaft faktisch entmachteten worden wäre, wäre als Trick versucht worden. Zum Glück sind sich die Oberen nicht einig geworden. Der Traum vom Selbstverwal-tungsmodell Genossenschaft aber sollte endlich aus sein. Politik von unten ist nur dort machbar, wo die Mitbestimmungs-formen auch tatsächlich existieren – und nicht nur formal.

Volksbegehren gestoppt

Wie abhängig das Bayrische Verfas-sungsgericht ist, zeigt eine Entscheidung gegen des Volksgehren „Faire Volksrech-te im Land“. Das Verfassungsgericht hat-te im September 1999 das geltende Volksentscheidrecht in Bayern gekippt. Nun verbot es eine neue Abstimmung darüber. „Die Verfassungsrichter machen sich mit dieser Skandalentscheidung zum Verfassungsgeber statt zu Richtern. Sie stellen ihre eigene Rechtsprechung an die Stelle der Verfassung und entmündigen die Bürger“, so Mehr Demokratie.

Mehr Demokratie, siehe links

Abstimmungen in den USA

55 Prozent der BürgerInnenlehnten im US-Staat Maine in einem Volksentscheid die Einschränkung der Abtreibungsmög-lichkeiten abgelehnt. Das war das erste Mal nach fast 30 anderslautenden Ent-scheidungen in US-Staaten. 61 Prozent genehmigten im selben US-Staat die Zu-lassung von Marihuana als Medizin. Sol-che Zustimmungen gab es zuvor schon in fünf anderen Staaten. Die Reform der Stadtverfassung in New York scheiterte am Widerstand von BürgerrechtlerInnen und Gewerkschaften – Dreiviertel der Abstimmenden entschieden sich gegen den Vorschlag des republikanischen Bür-germeisters. Im Bundesstaat Washington müssen vor dem Erlaß neuer Steuern künftig die BürgerInnen gefragt werden.

Keine Yogi-Flieger

In Rheinsberg wird es keine Schule der indischen Maharashi-Ayurveda-Bewe-gung geben. Ein Bürgerbegehren stoppte die Idee einer Kurklinik, einer Uni und eines Seniorenheimes.

Ö-termin
26.–29.6.2000 im Raum Köln
Mehr Demokratie in Deutschland
3. Planungsseminar zum Volksbegehren
Info: Christine Dreher, 030/2045585-5, Fax -9

30.6.–27.2000 in Bergneustadt
Jahrestagung "Mehr Demokratie"
Tagungsprogramm bei Claudia Niehr,
040/3176910-0, Fax -28,
MDinHamburg@cs.com



Der Infodienst für UmweltdesignerInnen

Sommer 2000

● Kurznotiert

43

Theaterdoku fertig

Die Doku des 3. Umwelt-Theater-Festivals ist fertig.

Sie kann bestellt werden bei: Wissensschaftsladen Bonn e.V., Buschstr. 85, 53113 Bonn, Tel. 0228/20 161 20, Fax. 26 52 87, WilaBonn@t-online.de

Kindergärten und Schulgelände naturnah gestalten

Fast 500 Schulhöfe und Kindergärten wurden in den letzten fünf Jahren im Projekt „Holunderschule“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH) neu gestaltet. Die Holunderschule setzt auf starke Selbstbeteiligung der Eltern. Die Schulhöfe sollen entsiegelt und naturnaher Spielraum geschaffen werden.

Kontakte: Arbeitsgemeinschaft Ökologische Spielraumgestaltung, Ludlmühlstr. 33, 83673 Bichl, Tel. 08857/90 76

Holunderschule c/o DUH, Goebenstr. 3a, 30161 Hannover

Umweltbildung und Expo

Das Jahr 2000 ist in Deutschland Expojahr. Auch viele Umweltbildungseinrichtungen beschäftigen sich mit der Expo. Doch woher Infos kriegen? Unter folgenden Adressen können Infos erhalten oder Kontakt zu ReferentInnen hergestellt werden:

Expo 2000 Hannover GmbH (Expo-Veranstalter), Thurnithstr. 2, 30519 Hannover, Tel: 0511/84 04-0

Expo-Watch-Büro (kritischer Beobachter), Husarenstr. 27, 30163 Hannover, Tel: 0511 / 394 91 90, fax: 0511 / 39 16 75, bueror@expo-watch.org

Büro für mentale Randale (Anti-Expo), Wickingstr. 17, 45657 Recklinghausen

Anti-Expo-AG (Anti-Expo), c/o AstA der Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover, Tel. 0511 / 762-50 61, Fax 0511 / 71 74 41

Infos bietet auch das Internet. Zum Beispiel: www.expo.de, www.xposition.de, www.expo-watch.org, www.expo-no.de.

Recherchen und Berichte zum Themenbereich Expo und Umweltbildung können angefordert werden bei:

presseclubnord@gmx.de

Ö-termine

26.-28.5.00 bei Regensburg
Bauwagen, Baumhäuser und Weidentippis
 Der GruppenleiterInnenkurs gibt Tips zur Errichtung eines alternativen Raumes als Gruppentreff. Es wird auf dem Kurs ein Bauwagen renoviert, eine Baumhütte und eine Hütte aus Naturmaterialien gebaut. Selbstversorgung. Kosten: 50 DM.
 Anmeldung: Jugendorganisation Bund Naturschutz, Trivastr. 13, 80637 München, Tel. 089/159307-34, info@bn.de

30.6.-27.00 bei Regensburg
Frühsommer in der Küche
 Wie lassen sich Wildkräuter schmackhaft in unsere Küche integrieren? Auf dem Seminar soll gezeigt werden, wie man Wildkräuter für Würzsoßen, Limonade, Essig, ... verwenden kann. Kosten: 270,- (erm. 230 DM).
 Anmeldung: Bildungswerk des Bund Naturschutz, Pf 40, 94343 Wiesenfeld, Tel. 09966/1270, bw@bund-naturschutz.de

14.-16. Juni in Schneverdingen
Umweltkommunikation
 Auf der Tagung wird gezeigt, wie in den Niederlanden Umweltkommunikation praktiziert wird. Ziel der Tagung ist es über den Teller- rand zu schauen und mit europäischen Partnern das Thema zu diskutieren. Kosten: 130,- DM
 Anmeldung: NNA, 29640 Schneverdingen, Tel. 05199/989-0, Fax -46, naturschutzakademie-nna@t-online.de

Dreiteilig im Sept./Okt. bei Kassel
Ideen aus dem Koffer zaubern
 In dem Fortbildungskurs wird es um die Moderation von Besprechungen, Bürgerinitiativentreffen, Vorstandssitzungen bis hin zur Moderation von Zukunftswerkstätten gehen. Kosten: 750 DM incl. Essen & Unterkunft (erm: 540 DM, Ehrenamtliche: 450 DM)
 Termine: 1.-3.9./22.-24.9./9.-13.10. Anmeldung: Tagungs- und Begegnungshaus Niederkau- fungen, Kirchweg 1, 34260 Niederkau- fungen, Tel. 05605 / 80 07-30, Fax -40, tagungshaus@t-online.de



Themenredaktion "Umweltbildung"

Peter Szekeres
 Liebigstr. 50,
 35037 Marburg
 Tel. 06421/24552
petersz@apg.lahn.de

Ö-Verteiler "Umweltbildung"

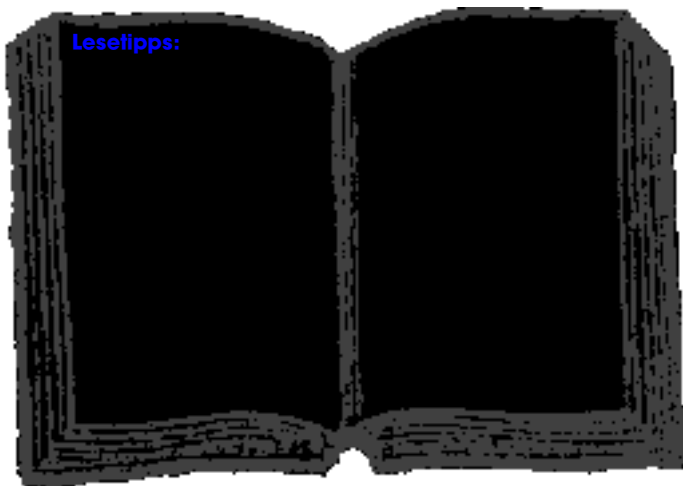
• Leider keiner.

Zeitschriften- schau

Ökopädnews Nr. 105
 • Naturerleben

Rundbrief
 Ökopädagogik Febr. 2000
 • Umweltbildung von und mit Jugendlichen März 2000
 • Beteiligung von Kindern an der Stadtge- staltung

Lesetipps:



UmweltbildungsredakteurIn gesucht

Der Platz als RedakteurIn im Bereich Umweltbildung der Ö-Punkte ist ab Sommer neu zu besetzen. Aufgabe ist es, den LeserInnen der Ö-Punkte vierteljährlich einen aktuellen Einblick in das Geschehen der Umweltbildung zu geben. Der Umweltinfodienst Ö-Punkte erscheint mit 14000er Auflage seit drei Jahren. Die Aufgabe ist ehrenamtlich, als Entlohnung gibt es Kontakte und Einblicke in die Umweltbildungsszene, einen reichen Erfahrungsschatz sowie mehrere Abos von Umweltbildungszeitschriften. Die Vernetzung der Redakteure läuft über Email.

Infos bei: Peter Szekeres, Bondenwald 10, 22456 Hamburg, tel: 040 / 585 394, peter.szekeres@gmx.de



Das grüne BRANCHENBUCH

gesund leben und einkaufen

von Abfalltrennung bis Zimmerpflanzen
 ZUM ENTDECKEN UND STÄNDIG
 BEWERTEN: WIE MAN ES TUN SOLL
 BEWAHREN: WIE MAN ES TUN SOLL

Wichtige Ausgaben für:
 HANNOVER • BERLIN • HESSEN •
 SCHLESWIG-HOLSTEIN • NIEDERSACHSEN • BREMEN

Hr. GUYD - Info Nr. 0211-202025-0
 Ullrich-Mal-geme 10999-44444
 Tel. 04353-21102 • Fax 04353-25037
www.dnucos.de/branchenbuch/

Früher bei
 Zeitschrift-Pflege und in Ihren
 Naturwissenschaften



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

38

Sommer 2000

• Kurz
notiert



Brennende Fleischtransporter

Dokumentiert: „wir sind es leid mitanzusehen, was nichtmenschlichen Tieren in dieser Gesellschaft angetan wird. um egoistische Bedürfnisse zu befriedigen, wird vor keiner Grausamkeit halt gemacht. „weil mir Fleisch schmeckt“, werden Tiere in Einheiten zu Hunderttausenden eingeknastet und zur Ware degradiert: in Käfige gepfercht, in Boxen angekettet, in Massenanlagen weggeschloßen. jedes einzelne von ihnen durchlebt ein Leben voller Leiden und Qualen, bevor es schließlich, nachdem es in Tiertransporter gezwängt wurde, im Schlachthof umgebracht wird. einer der vielen Betriebe, die sich an diesen Verbrechen beteiligen ist die Wurst- und Fleischwarenfabrik Maga Kohn GmbH & Co KG, Mirastr. 68 13509 Berlin. wir haben dort in der Nacht vom 10. auf den 11. März insgesamt sieben LKWs und Verkaufswagen mit Brandsätzen und Zeitzündern abgepackt. zumindest diese Fahrzeuge können nun nicht mehr für das Mordgeschäft eingesetzt werden. nur mit legalen Mitteln gegen Tierausbeutung anzugehen ist, wie die Vergangenheit gezeigt hat, und die Gegenwart immer wieder zeigt, hoffnungslos. Tierbefreiungsfront“



Themenredaktion Tierschutz – Tierrechte – Tierbefreiung (TTTT):

Jetzt im Internet >>>
<http://www.geocities.com/tatortruhrpott/TTTT>

c/o RAGE, August-Bebel-Str. 16-18, 33602 Bielefeld, r.a.g.e.@gmx.net oder operation idexid c/o buchladen atfatroll, hernerstr 16, 45657 recklinghausen, antifa-rel@koma.free.de

Zeitschriften-schau

schwarz-grünes GEGENGIFT (ökologische-anarchistische Zeitung mit Schwerpunkt Tierrechte/Tierbefreiung) c/o M99 Infoladen, Mantelhofstr. 99, 10997 Berlin, email: gegengift@hotmail.com

Tierbefreiung (Zeitung des e.V. „die tierbefreier“), Schmilinskystraße 7, 20099 Hamburg, Tel: 040 / 28 05 19 46, Fax: 040 / 28 05 19 38, email: redaktion@tierbefreiung.de, www.tierbefreiung.de

No Hierarchy – anarchische, antipatriarchale, radikalökologische Zeitung von TierrechtlerInnen; c/o RAT, Gneisenastr. 2a, 10961 Berlin

VOICE – Themen Tierrechte- und Befreiung, Bandinterviews zum Thema, Hauptstraße 68, 64560 Riedstadt, Tel. 06158-976026, fax 06158-976027, Mobil 0171-1202299, E-Mail redaktion@voice-online.de, www.voice-online.de

Dokumentation zur Tierbefreiungsfront Wo Unrecht Gesetz ist, wird Widerstand ...

Wieder wurde im Bundestag die Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz verhindert (zum dritten Mal!). Abgeordnete der CDU verhinderten die notwendige 2/3 Mehrheit. Diese Aufnahme hätte juristisches Vorgehen z.B. gegen Tierversuche möglich(er) gemacht, was die CDU als Beschädigung des „Forschungsstandortes Deutschland“ anprangerte. Allerdings ist von anderen Parteien wohl auch keine wirkliche Veränderung zu erwarten. Unter dem Eindruck der Debatte dokumentieren wir nachfolgend Texte der „Tierbefreiungsfront – Solidaritätsgruppe“ (TBF-SG) sowie BekennerInnen-schreiben von Aktionsgruppen der Tierbefreiungsfront. Außerdem wurden wenige Tage nach der Abstimmung und kurz vor Ostern Unbekannte aktiv: Bei einer „Geflügelfarm“ in Alpen bei Wesel wurden Maschinen und gelagerte Eier

zerstört. Laut Presseberichten entstand ein Sachschaden von 500.000 DM. Zwei Tage später gingen im westfälischen Rietberg LKWs einer Geflügelfarm, die mit Eiern beladen waren, in Flammen auf. Laut Presse entstand ein Sachschaden von über 100.000 DM. Es wird laut Polizei Gütersloh „in alle Richtungen ermittelt“, aber in einem Artikel der „Westdeutschen Zeitung“ äußert sich auch ein Sprecher des LKA Düsseldorf in Bezug auf beide Anschläge zu „militanten Tierschützern“: Es handle sich um eine „relativ diffuse Gruppe, deren Mitglieder zum Teil aus Bürgerinitiativen stammten, zum Teil sogar dem linken autonomen Spektrum zugerechnet werden müssten“.

Weitere Informationen auf den Internetseiten der TBF-SG unter: http://www.enviroweb.org/ALFIS/germany/at_liste.htm



Tierbefreiungsfront – Solidaritätsgruppe (TBF-SG)

„Die Tierbefreiungsfront bzw. Animal Liberation Front (TBF/ALF) ist ein weltweiter Zusammenschluß aller, die gegen Tierausbeutung mit direkten Aktionen vorgehen. JedeR, der/die sich gegen Tierausbeutung mit direkten Aktionen zur Wehr setzt, ist ein Teil der TBF. Wir erklären uns solidarisch mit allen TBF Gruppen, die in der Vergangenheit Aktionen durchgeführt haben und die in Zukunft Aktionen durchführen werden.“ (Zitat aus einem von uns erhaltenen BekennerInnen-schreiben in Verbindung mit der Befreiung von 7000 Nerzen aus der Nerzfarm von Johannes Keller am 02.09.1999).

Zu ihrer Internet-Seite (<http://www.enviroweb.org/ALFIS/germany/>) schreiben sie: „Die Seiten der Tierbefreiungsfront-Solidaritätsgruppe beschäftigen sich mit direkten Aktionen, die mitfühlende Menschen gegen Tierausbeutung durchführen. Dabei riskieren sie häufig ihre eigene Freiheit. Primäres Ziel dieser Seiten ist es nicht, aufzuzeigen, in welchen Bereichen Tiere wie ausgebeutet werden. Wir sind der Meinung, dass es 1. dazu bereits viele andere Seiten gibt, die dies

ausführlich aufzeigen und 2. dass das Problem nicht darin liegt, dass Menschen nicht wüßten, was Tieren angetan wird. Allerdings legen AktivistInnen in ihren BekennerInnen-schreiben und Dokumentationen immer wieder dar, was die Beweggründe für ihr Handeln sind. Die Informationen zu Aktionen werden uns entweder anonym zugeschickt wie beispielsweise BekennerInnen-schreiben oder wir erhalten sie aus den Medien oder anderen öffentlich zugänglichen Quellen. AktivistInnen, die direkte Aktionen durchführen, sind uns nicht bekannt.

... Die TBF Soligruppe gibt ab demnächst ein ca. drei mal jährlich erscheinendes Infoheft heraus. Die Nullnummer wird im Mai/Juni 2000 herauskommen und kostenlos sein. Neuigkeiten werden über einen E-Mail Verteiler versendet. Bei Interesse an dem Infoheft und/oder dem Infoverteiler laßt es uns wissen. Per Post sind wir zu erreichen über: ALF SG, Postbus 3607, NL-1001 AK Amsterdam. Legt das, was ihr uns mitteilen wollt, in einen Umschlag, macht ihn zu und schreibt „SGD“ drauf. Diesen Umschlag packt ihr wiederum in einen neuen und tragt obige Adresse auf. Per Fax erreicht

ihr uns unter der Nummer: (089) 2443-67090. Diese Nummer läuft über einen offiziellen Faxdienst, der die eingehenden Faxe automatisch an unsere E-Mail Adresse weiterleitet. Daß dies immer funktioniert, ist nicht unbedingt gewährleistet. Per E-Mail sind wir zu erreichen unter: TBF_Soligruppe@yahoo.com. Folgendes gilt es zu beachten: Geht davon aus, dass das, was ihr uns mitteilt, von Verfolgungsbehörden mitgelesen wird. Wenn es sich um BekennerInnen-schreiben oder sonstige Schreiben handelt, deren VerfasserInnen unerkannt bleiben wollen, dürfen auf dem Brief und dem Umschlag keine Fingerabdrücke von euch vorhanden sein. Leckt die Briefmarke und den Umschlag nicht ab, sondern nehmt Wasser. Werft den Brief nicht in eurer Umgebung ein. Bei Faxen ist die Nummer, von wo aus das Fax abgeschickt wurde, auch im nachhinein zu ermitteln. Bei E-Mails kann über die IP Nummer im Internet rückverfolgt werden, von welchem Rechner aus die Mail abgeschickt wurde. Eure Briefe/Mails/Faxe können wir nur in Ausnahmefällen erwidern.“



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

● Kurz notiert



Adressen

Tierbefreiungs-Solidaritätsgruppe (TBF-SG), Aufschrift innerer Umschlag: sgd, äußerer Umschlag: aif sg, postbus 3607, nl-1001 ak amsterdam, eMail: TBF_sollgruppe@yahoo.com

Tierrechte 2000: <http://tierrechte2000.de>, Postanschrift: Bundesverband der Tierversuchsgegner Menschen für Tierrechte e.V. Roermonder Straße 4a, D-52072 Aachen, Fon 02 41 – 15 72 14, Fax 02 41 – 15 56 42, email: info@tierrechte.de

Intergalactic Animal Liberation Gathering (ARG) c/o Infoladen m99, Manteuffelstr. 99, 10997 Berlin, internet: <http://arg.squat.net>, email: arg@squat.net

UNIVegan! – Initiative für veganes Mensa-Essen c/o ASTA, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld



Ö-Verteiler "Tierschutz - Tierrechte - Tierbefreiung"

• Tierbefreiung aktuell

Kampagne gegen C&A c/o Werkhaus, Leonrodstrasse 19, 80634 München, CundA_boycott@yahoo.de, Tel.+Fax: 02 34/ 297 08 57

Lesenswerte Texte (auch im Internet), T-Shirts, Anti-C&A-Material ... gibts bei der: Tierrechts-Aktion-Nord, c/o SCHWARZ-MARKT, Kl. Schäferkamp 46, 20357 HAMBURG, <http://www.tierrechtsaktion-nord.de>, email: tan@tierrechtsaktion-nord.de

Befreiung aus der Legebatterie

„In der Nacht zum 25. Juli 99 haben wir in NRW aus einer sog. Legebatterie 20 Hennen befreit. Sie befinden sich nun an einem Ort, an dem sie ihren natürlichen Bedürfnissen ohne Gefahr für Leib und Leben nachgehen können. Dort können sie als Spezies leben, deren Zweck es eben nicht ist, Eierproduzentin für den Menschen zu sein. Auch wenn das Herausholen von Hühnern aus einer Batterie als relativ einfach angesehen werden kann, so gilt doch wie bei jeder anderen Tierbefreiung auch, eine sorgfältige Planung einzuhalten. Das gilt sowohl für die Aktion selbst, insbesondere aber auch für das Danach, d. h. die Versorgung und Unterbringung der Tiere. Was die Befreiung von Hühnern angeht, möchten wir an dieser Stelle einige Empfehlungen und Erfahrungen vortragen, die hoffentlich auch für andere AktivistInnen von Interesse sind:

Sog. „Legehennen“, stehen unter hohem Stress. Deshalb sollte sich während der Aktion möglichst ruhig verhalten und langsame Bewegungen gemacht werden. Rotes Licht wirkt weniger beunruhigend. Die Transportkäfige sollten abgedeckt (verdunkelt) sein werden, dann verhalten sich auch die Tiere recht ruhig. Es sollten nur Hühner einer Farbe (Weiss oder Braun) und aus einer Altersgruppe herausgeholt und später zusammengetan werden. Die Erfahrung zeigt, dass es sonst zu Schwierigkeiten in der Verträglichkeit untereinander kommen kann (ungleiche Hackordnung).

Bezüglich der Versorgung und Unterbringung empfiehlt es sich die einschlägige Fachliteratur zur Hand zu nehmen. Obligatorisch sollte auch die Untersuchung durch eine/n vertrauenswürdige/n Tierarzt/-Ärztin sein. In den Wintermonaten bietet sich eine Hühnerbefreiung nicht an, denn nur ein vollständiges Federkleid vermag vor Kälte zu schützen (und bis dieses vorhanden ist vergehen mehrere Wochen). Besonders am Anfang sollten die alten Leibesumstände berücksichtigt werden, d. h. die Gewöhnung an die „Freiheit“ sollte schonend erfolgen. Die Umstellung auf ein „normales Hühnerleben“ gestaltet sich im Allgemeinen aber relativ problemlos.

Trotz Einknastung seit dem ersten Lebenstag (Erst Aufzucht als Küken in einer sog. Brüterei, danach unmittelbare Überstellung in die Batterie), zeigen sich schon sehr bald alle ihrer Spezies entsprechenden Verhaltensweisen gemäss ihren natürlichen Bedürfnissen. Dabei erweisen sie sich als ungemein bewegungsfreudige und an ihrer Umwelt interessierte Tiere. Ihnen diese Bedürfnisse zu verweigern, ihr Leben zu manipulieren um es ihnen schließlich ganz zu nehmen, kann nur als Verbrechen bezeichnet werden! Greift ein! Tierbefreiungsfront“

Tierrechte 2000

Unter diesem Motto findet in Berlin am Wochenende des 20. und 21. Mai eine Veranstaltung des Bundesverbandes der TierversuchsgegnerInnen – Menschen für Tierrechte statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen und sollen dadurch einen kräftigen Motivationschub erhalten. Am Samstagmorgen wird der bekannte amerikanische Philosoph Tom Regan einen Vortrag ueber seine Ethik der Tierrechte halten und sich anschliessend einer Diskussion stellen. Fuer den Nachmittag ist ein Demonstrationzug durch die Berliner Innenstadt vorgesehen, der verschiedene Aspekte des Tierschutzes thematisiert. Abends treten unter der Moderation von Alida Gundlach Prominente aus Theater, Film und Fernsehen sowie Musiker auf, die unser Anliegen unterstützen. Am Sonntagmorgen finden Lesungen bekannter Persönlichkeiten zur Beziehung von Mensch und Tier statt.

Für weitere Infos siehe Kontaktadressen.

Intergalaktische-Tier-Befreiungs-Versammlung

Vom 22-29. Juli ist das „intergalactic animal liberation gathering“ in Berlin. Es wird um „legale“ und „illegale“ Massnahmen, um „Civil disobedience“ und „direct action“, um Kampagnen und „autonomen Tierschutz“ gehen. Es gibt verschiedene theoretische und praktische Workshops, sowie Diskussionen und Aktionen. Es werden Leute gesucht, die bereit wären für die vielen Menschen aus vielen Ländern Workshops zu halten, die im weitesten Sinne die Ausbeutung nicht-menschlicher Tiere zum Thema haben... (Für weitere Infos siehe letzte Ö-Punkte oder Kontaktadressen).

UNIVegan! für veganes Mensa-Essen

An der Universität Bielefeld hat sich eine Initiative mit dem Namen „UNIVegan!“ gegründet. Ihr bestreben ist, dass ein veganes Mensaessen eingeführt, bzw. schon jetzt vegane Essen eindeutig deklariert werden. Es wurden Informationen über vegane Großküchen-LieferantInnen eingeholt und es gab schon ein vielversprechendes Gespräch mit dem „Küchenchef“, woraus vermutlich ein Testlauf mit veganem Essen hervorgeht.

Bundesweite Kampagne gegen Pelzverkauf bei C&A

C&A hat im vergangenen Winter das erste Mal seit langer Zeit wieder Pelze in deutschen Filialen angeboten. Es handelt

sich dabei um einen Test, inwieweit die Akzeptanz in der Bevölkerung den Verkauf ermöglicht. In England beruft sich C&A auf seine moralischen Grundsätze und bietet, aus Angst vor Protesten, keine Pelze an. Um dies auch hier zu erreichen haben sich verschiedene Gruppen zu einer Anti-C&A-Kampagne zusammengeschlossen. Es gab schon mehrere Protest-Fax/email-Aktionstage und in manchen Städten Proteste an den Filialen. Mitarbeit und UnterstützerInnen sind gerne gesehen! Infomaterial kann bei der TAN (Kontaktadressen) angefordert werden.

Info im Internet: www.die-tierbefreier.de/termine/proteste/2000/15032000.html (vermutlich nur aktueller Dateiname, ansonsten www.die-tierbefreier.de)

Tierversuche für den Dokortitel

Für den Erwerb eines tierärztlichen Dokortitels werden Tieren zum Teil schwerste Schmerzen, Leiden und Schäden zugefügt. Anlässlich des 24. Aprils, dem Internationalen Tag des Versuchstieres, veröffentlichte der Bundesverband der TierversuchsgegnerInnen diese Untersuchung, einzusehen im Internet:

www.datenbank-tierversuche.de



27. Mai 2000 in Essen (Ruhrgebiet)
Bundesweite Demo vor der C&A Filiale

Gegen Einführung von Pelzverkauf in den deutschen C&A-Filialen). Keftwigerstr. 39 (Einkaufszone Nähe Hbf.), 12.00 Uhr bis 16.00 Uhr. Bitte Demonstrationsmittel mitbringen, damit es bunt und laut wird.

29. Mai 2000 in Düsseldorf
Anli-Pelz-Demo vor der Hauptstelle von „C&A Buying“
Hans-Günther-Sohl-Strasse 8 in Düsseldorf, 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

22-29. Juli 2000 in Berlin
Intergalactic Animal Liberation Gathering im Drugstore – Potsdamerstr./Ecke Pallasstr.
INFOS: Animal liberation gathering c/o Infoladen m99, Manteuffelstr. 99, Berlin, internet: <http://arg.squat.net/> email: arg@squat.net

19. August 2000 in Duisburg
Die 10. Poitdemo und grosser Tierrechtsmarkt
Info, die ratten/ fon: 02 08 – 59 34 00 und 42 21 18; fax: 02 08 – 59 34 01

21. Oktober 2000 in Aachen-Orsbach
Demo gegen die „Pelz“-Farm
Beginn: 14.00 Uhr – Treffpunkt Kirche Orsbach (52xxx) Ende gegen 16.30 Uhr. Infos unter: 02406-79229 oder fvg_aachen@tierrechte.de

Aktuelle Demo- und Veranstaltungs-Termine gibt es ...
... im Internet:
<http://www.die-tierbefreier.de/termine>

...auf dem Tierrechts-Infotelefon:
Termine abrufen: 02 08 – 59 34 02
bekanntgeben: 02 08 – 59 34 00
zufaxen: 02 08 – 59 34 01
TierquälerInnen hören mit!

VEGA-TREND

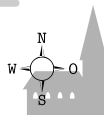
Lederfreie Schuhe, Jacken u. Gürtel
www.vega-trend.de Tel. 0241/9513381



Greencard für alle!

Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

40 Sommer 2000
● Kurz
notiert



**Themenredaktion
"Über den
Tellerrand"**

Redaktion:
Florian Busch
Jan Schenck

Post: Tellerrand
c/o Jump
Postfach 306137
20327 Hamburg
tellerrand@gmx.de
(... mit eingeben!)

Zum Text rechts

Gekürzte Fassung eines
Textes aus der
Zeitung Ak Nr. 437

Seit Gerhard Schröders spektakulärem Greencard-Vorstoß rauscht es gehörig im deutschen Blätterwald. Einwanderungspolitik ist über Nacht wieder zu einem Top-Thema geworden. Um Humanität, Menschenrechte und Schutz vor Verfolgung, Hunger und Krieg geht es dabei allerdings nicht. Die eindeutige und unwidersprochene Botschaft lautet: Migrationspolitik ist ein anderes Wort für Arbeitsmarktregulation.

Ende Februar, auf der Computer-Fachmesse Cebit, verkündete Schröder die Greencard für 30000 Nicht-Deutsche Software-SpezialistInnen. Vornehmlich osteuropäische und indische Computer-Cracks sollen der deutschen High-Tech-Branche mit ihrem geschätzten Bedarf an 70000 zusätzlichen Arbeitskräften aus der Patsche helfen. Inzwischen gibt es einen ersten Entwurf des Arbeitsministeriums für eine „Anwerbestoppausnahmereverordnung“. Demnach sollen zunächst 10000 Fachkräfte für maximal drei Jahre eine Arbeitserlaubnis erhalten. Familiennachzug ist dabei genauso untersagt wie ein Wechsel des Arbeitsplatzes. Falls die Erfahrungen entsprechend positiv ausfallen, sollen diese Regelungen auf ein weiteres Kontingent von 10000 Menschen ausgeweitet werden (FAZ, 24.3.). Insgesamt soll die Öffnung des 1973 verkündeten prinzipiellen Anwerbestops auf drei Jahre begrenzt sein. Die Bundesregierung erteilt damit dem Wunsch aller Wirtschaftsverbände nach Ausweitung der Regelung auf andere Branchen (im Gespräch ist u.a. das Handwerk und der Maschinenbau) genauso eine Absage wie dem Ansinnen der Grünen, Familiennachwuchs und Arbeitsplatzwechsel zu ermöglichen.

32000 erwerbslose EDV-ExpertInnen und 54000 erwerbslose Ingenieure seien ein Potential, „daß die Wirtschaft nutzen müsse“, so Zwickel. Eine Argumentation, der sich pikantesweise auch Pro Asyl annähert. Die Flüchtlingshilfeorganisation stellt der Greencard die Forderung nach einer Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge entgegen und verweist auf die „tausende Hochqualifizierte“, die „integrationsbereit und integrationsfähig“ seien und zudem schon Deutschkenntnisse besäßen.

So berechtigt diese Argumente auf den ersten Blick sein mögen: Im Kern läuft diese Kritik an der Greencard auf ein reaktionäres Abwehrargument hinaus: Der deutsche Arbeitsmarkt soll Deutschen oder zumindest bereits hier lebenden Menschen vorbehalten bleiben. Statt gleiche Rechte für alle zu fordern, laufen solche Argumentationslinien letztlich auf die Verteidigung und Absicherung eines Privilegs hinaus: Die Fleischtöpfe denen, die am nächsten dran sind.

Utilitaristische Einwanderungsrhetorik

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, wie beherzt die Grünen dieses Kosten-Nutzen-Kalkül zu übernehmen bereit sind. Ein Einwanderungsgesetz, damit auch wirklich „die fähigsten Köpfe“ kommen, so etwa Cem Özdemir und Matthias Berninger. Özdemir, immerhin innenpolitischer Sprecher seiner Partei, will eine „moderne Einwanderungspolitik“, und dazu „gehört auch, daß ein Staat sich in den Bereichen öffnet, wo Bedarf ist“. „Die Zuwanderung von Arbeitskräften, die im öffentlichen Interesse liegen“, ist auch eine Säule in einem Einwanderungsgesetz wie es der grünen Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Marieluise Beck, vorschwebt.

Vor zehn Jahren haben die Grünen auf Grund solcher Argumentationen ein quotenbewehrtes Einwanderungsgesetz eben als Zuwanderungsbegrenzungsgesetz abgelehnt. Und auch in ihrem Gesetzentwurf für ein Einwanderungsgesetz aus

der letzten Legislaturperiode geht es vorranglich darum, Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen und Menschen, die vor Armut oder vor ökologischen Katastrophen fliehen, einen sicheren Zugang ohne das Nadelöhr eines Asylverfahrens zu ermöglichen. Damals wie heute war richtig, daß es dazu keines Einwanderungsgesetzes mit Quotenregelungen bedarf. Und damals wie heute ist es auch richtig, daß im Ernstfall Einwanderung nicht nach solchen humanitären Kriterien reguliert wird. Wenn die Greencard-Diskussion eines zeigt, dann das, daß es gerade heute keine emanzipatorische Bezugnahme auf ein Einwanderungsgesetz geben kann. Ein solches Gesetz ist aus einer fortschrittlichen Warte heraus so überflüssig wie ein Kropf. (...)

Die Debatte zeigt auch noch eine ganz andere Gefahr: CDU und CSU fordern ein Einwanderungsgesetz bei gleichzeitiger Abschaffung des Asylrechts. Bereits 1991 hatte Daniel Cohn-Bendit, damals grüner Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, den Artikel 16 des Grundgesetzes im Tausch für ein Einwanderungsgesetz angeboten. Heute machen sich grünennahe „QuerdenkerInnen“ wie die Jura-Dozentin und professionelle Tabu-Brecherin Sybille Thönnies daran, das deutsche Asylrecht ideologisch zu schleifen. Asyl sei nur als politisch bestimmter Gnadenakt für „Gäste“ vorstellbar, das deutsche Asylrecht als einklagbares Individualrecht sei ein historisches Unikum, das im europäischen Harmonisierungsprozeß abgeschafft werden müsse, so Thönnies am 3.12.1999 in der taz, und sie weist darauf hin, daß mit der Genfer Flüchtlingskonvention die Aufnahme von Flüchtlingen auch von der „Sicherheit und Ordnung im eigenen Land abhängig gemacht“ werden könne. Gleichzeitig spricht sie sich für ein Einwanderungsgesetz aus.

Mit den Vorstößen der CDU/CSU – Einwanderungsgesetz plus europaweite Harmonisierung des Asylrechts bei Abschaffung des Asylrechts als Individualanspruch – wird der Thönniesche Tabubruch politikfähig. Damit wird gleichzeitig der gesamte Einwanderungsdiskurs auf den Punkt gebracht: Die Reste einer ausschließlich humanitär-menschenrechtlichen Position in der Flüchtlingspolitik – geronnen im Asylrecht – werden beseitigt und durch eine rein utilitaristische Arbeitsmarktorientierung ersetzt. Seinen Ausdruck wird das in einem Einwanderungsgesetz mit engen, an den Erfordernissen des Arbeitsmarktes orientierten Zuwanderungsquoten finden. Wir werden hier ein weiteres Beispiel dafür erleben, wie mit moderner Rhetorik die alten rot-grünen Debatten aus der Oppositionszeit in eine wirtschaftsliberale und utilitaristische Regulierung der Ware Arbeitskraft umgebogen werden.

Reaktionäre Gewerkschaften

Ein Teil der Reaktionen auf die Schröder-Initiative war vorhersehbar, wie etwa der rassistische „Kinder statt Inder“-Ausfall von Jürgen Rüttgers, CDU-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen. (...)

Vorhersehbar waren auch die Reaktionen aus Kreisen der Gewerkschaften. Sie lehnen die Öffnung des Arbeitsmarktes für Nichtdeutsche ebenfalls ab. Die ver.di-Gewerkschaften und die IG-Metall befürchten Lohndumping und eine „Schmutzkonkurrenz“ nicht-deutscher Billig-ArbeiterInnen. Ursula Engelen-Kerfer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, und IG-Metall-Chef Klaus Zwickel verweisen auf die von den Unternehmen selbst verschuldete Ausbildungsmisere, von der die Greencard ablenken soll.



Bundesweites Verzeichnis der Tagungshäuser 2000/2001... umfangreiche Vorstellung der Häuser.
8 DM plus 2 DM Porto
bei der
Projektwerkstatt,
Ludwigstr. 11,
35447 Reiskirchen

Chiapas: Café Libertad!

100% kontrolliert-biologischer Arabica-Kaffee
-in Um- stellung- aus rebellischen indi-
-gen Gemeinden der Region Oventic
im Hochland von Chiapas



Unser Angebot:
CAFÉ LIBERTAD Durito, 500g gemahlen
Espresso RebelDia, 250g gemahlen
und RebelDia, ganze Bohne 500g
Anlieferung ab 10kg frachtfrei!

CAFÉ LIBERTAD
Kooperative
Tel/Fax/Anrufbeantworter:
040 - 880 11 61

Aktionen gegen Lufthansa

Nur zwei Wochen nach dem Start der Kampagne „deportation.class -gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ (siehe auch letzte Ö-Punkte) versucht die Deutsche Lufthansa AG den Eindruck zu erwecken, prinzipiell zum Einlenken bereit zu sein. In einer am 13. April verbreiteten Erklärung behaupten Sprecher des Konzerns sogar, die Lufthansa lehne Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen grundsätzlich ab und befördere sie seit Juni 1999 nicht mehr. „Schön wärs!“ entgegnen die Initiatoren der Kampagne. „Diese Erklärung ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben wurde“, sagt Jan Hoffmann vom bundesweiten Netzwerk KEIN MENSCH IST ILLEGAL.

Erst am 13. März 2000 kam es an Bord der Lufthansamaschine LH 4115 von Paris nach Berlin zu einem folgenschweren Zwischenfall. Professor Dr.

Klaus-Gerd Giesen von der Universität Leipzig wurde als Fluggast Zeuge, als sich ein afrikanischer Flüchtling verzweifelt gegen seine Abschiebung wehrte. Die Crew, berichtete der Hochschullehrer, habe die Gewaltanwendung durch französische Polizeibeamte tatenlos hingegenommen, „obwohl das Opfer schrie und Passagiere protestierten“. Erst als Giesen dem Kapitän rechtlich Schritte androhte, sei die Abschiebung abgebrochen worden.

KEIN MENSCH IST ILLEGAL will die Kampagne „deportation class – gegen das Geschäft mit Abschiebungen“ fortsetzen – bis die Lufthansa ihre Verantwortung für Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, wahrnimmt.

Bis heute gab es Aktionen an vielen Flughäfen. Vom 26. bis 28. Mai wird die Kampagne mit Veranstaltungen und Ak-

tionen an den am 28. Mai 1999 auf dem Lufthansa-Flug von Frankfurt nach Khartoum/Sudan getöteten Flüchtling Aamir Ageeb erinnern. Und auch die Hauptversammlung der Lufthansa-Aktionäre am 15. Juni in Berlin kann sich wie bereits im vergangenen Jahr des Besuches kritischer AktionärInnen sicher sein, kündigte Frau Mai an.

Ö-termine

17.00 in Berlin
Alle Nerven Abklemmen
Blockade des Flughafen Schönefeld
Infos: shoduda, c/o FFM, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, ffm@snafu.de

21.-30.7. bei Berlin
Anarchistisches Sommercamp
A-Camp, Liebigstr.34, 10247 Berlin, www.jpberlin.de/acamp

22.-30.7
Sommercamp im Wendland
gewaltfrei-utopisch-ungehorsam, Kurve Wustrow, Kirchstr.14, 29462 Wustrow



Die Chipkarte für gläserne Studierende

Während viele StudentInnen noch warm und ahnungslos in Veranstaltungen, Bibliothek oder Mensa sitzen und sich halbwegs des Grundrechts freier Bildung freuen, wird an anderen Orten bereits daran gearbeitet, diese Freiheit noch weiter einzuschränken. So sind in offenen Koalitionsverhandlungen in Berlin 1000 DM Studiengebühr pro Semester geplant und u.a. in Baden Württemberg bereits erhoben worden.

Betroffen sind Studierende,

- ✓ die länger als 12 Semester studieren
- ✓ die das Fach gewechselt haben
- ✓ die nach abgeschlossenem Studium noch ein weiteres anhängen möchten.

Gleichzeitig wird an einem weiteren Medium gearbeitet, das Studierenden den Weg in die Ökonomisierung des Denkens ebnet und darüber hinaus zu Überwachung und Ausschlußverfahren führt: Die Uni-Chipkarte. In Bremen ist die Tatsache, daß die Karte im Januar 2000 als gut gesponseres Pilot-Projekt eingeführt wurde, erschreckende Wirklichkeit. Die Vorstellungen dieser „universalen“ Chipkarte sind konkret formuliert:

- ✓ Bargeldlos in der Mensa bezahlen
- ✓ Zugangsberechtigung innerhalb des Unigeländes steuern (Seminarräume, Wohnheime etc.)
- ✓ das „aufwendige“ Studienbuch ersetzen
- ✓ Studierendenausweis bzw. Fahrticket ersetzen
- ✓ Nutzung von Rechenzentrum, Bibliothek und Kopierer auf derselben Datenbank speichern, wie alles andere auch.

Völlige Kontrolle

„Eine Karte für alles – nein, wie praktisch“, werden jetzt einige denken. Wer aber glaubt, daß die geistigen Eltern der Chipkartenidee aus reiner Fürsorge handeln, um Studierenden das Leben überschaubarer, moderner und leichter zu machen, täuscht sich. Die wahren Gründe, die sich dahinter verbergen, sind Kontrolle seitens der Uni und Konzentration von Profit und Macht seitens der Wirtschaft und Politik.

Noch gibt es nicht viele AnbieterInnen, aber eine große Nachfrage nach dieser Art der „Erfolgskontrolle“. Hierzu ein Beispiel aus den Niederlanden. Dort verfügt die halbstaatliche Firma IBG über Daten aller SchülerInnen, Studierenden und Angestellten im Bildungssektor, 1996 von insgesamt 2 Mio. Menschen. Zusammen mit den politischen Verstrickungen verleiht dies der IGB eine interessante Machtposition. Zumal es fraglich bleibt, wie hoch der Einfluß der Uni-Verwaltung (Senat, AstA...) bleibt, wenn es um die konkrete Gestaltung des Einsatzgebietes der Karte geht. In Bremen soll diese praktisch kaum noch vorhanden sein. (...)

Wer keine Karte hat, existiert nicht

Mit Hilfe der Uni-Chipkarte wird eine umfassende Kontrolle der Studierenden im Alltag ermöglicht. Entsprechend der Matrikelnummer soll sie den Studierenden zugeteilt werden. Natürlich nur, wenn sie sie freiwillig annehmen, denn zwingen darf sie niemand. Das wird auch nicht nötig sein, denn es gibt genug Schleichwege und bewährte „Salamitaktiken“, wie oben bereits formuliert, um die Chipkarte schmackhaft zu machen.

Nicht weiter von Bedeutung scheinen die datenschutzrechtlichen Hintergründe zu sein. Was offiziell als Datenschutzverletzung auf dem Papier gilt, muß im informationstechnologischen Bereich noch lange nicht verfolgt werden. Man hofft dabei immer auf das Gute im Menschen. Nicht die Technik ist schlecht, sondern im Zweifelsfall die/der BenutzerIn. Die Karte speichert auf dem Server:

- ✓ was und wann die Studierenden in der Mensa essen
- ✓ welches Seminar sie belegen und wie regelmäßig sie anwesend waren
- ✓ die Qualität und die Quantität der erbrachten Leistungsnachweise
- ✓ die Titel der Bücher, die sie entleihen

(...) Der Ausbau von Überwachungs- und Selektionsmechanismen steht einer Modernisierung im Sinne einer emanzipatorischen und auf Selbstbestimmung beruhenden Gestaltung der Bildungslandschaft diametral entgegen. Vor allem müssen sich diejenigen Sorgen machen, die glauben, daß Druck zu besseren oder schnelleren Lernerfolgen führt. Menschen, die Zwang brauchen, sind nicht nur gefährlich, sondern auch den globalen Anforderungen der Zivilisation nicht gewachsen



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

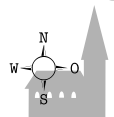
Sommer 2000

● Kurznotiert



[Zum Text links](#)

deportation.class stop! c/o »kein mensch ist illegal«, Stebachstraße 85, 50733 Köln, Tel. 0172-8910825, grenze@ibu.de, www.deportation-alliance.com



Ö-Verteiler „Über den Tellerrand“

- FZS-Rundbrief (ASTAs)
- Gegenwind (Schleswig-Holstein)

[Zum Text links](#)

Der Text ist gekürzt, leicht verändert und stammt aus der Zeitung Direkte Aktion, Ausgabe Februar/März 00.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

42 Sommer 2000
● Kurz notiert

Deutsche Bahn

Neuer Besen in alten Schläuchen

Noch bevor Hartmut Mehdorn sein Amt als Bahnchef antrat, wurde er vorsorglich mit Lob eingedeckt. Als er dann noch den Transrapid stoppte, waren sich alle einig: Der Mann ist ein Gewinn für die Bahn. Inzwischen wird deutlich, dass er sich zwar allemal besser verkauft als sein Vorgänger (Kunststück!), die Bahn börsengängig umzubauen scheint sein Hauptziel zu sein. Doch was haben die Kunden davon?

Mehdorn's Umgang mit eigenen Aussagen lässt einiges vermuten. So verkündete er am 8.1., dass die Bahn in diesem Jahr ihre Tarife nicht erhöhen würde. Diese Wahrheit hielt eine Woche. Dann verkündete das Unternehmen eine drei- bis vierprozentige Anhebung der Fahrpreise.

Desweiteren erwähnte er mehrmals, dass die Bahn 70 000 Stellen abbauen würde. Dann wiederum bestritt er seine eigenen Aussagen. Inzwischen liegen konkrete Zahlen vor: 64.545 Stellen plus event. 7.000 in Tochtergesellschaften.

Sparen an der Sicherheit

Im Schnitt sollen rund ein Drittel der Beschäftigten entlassen werden, auch in solch sicherheitsrelevanten Bereichen wie den Lokomotivführern. Hier sollen schon in diesem Jahr allein über 1700 Arbeitsplätze gestrichen werden.

Angesichts des von der Gewerkschaft ausgerechneten Überstundenbergs der Lokomotivführer, der eigentlich 1000 Neueinstellungen nach sich ziehen müsste, um nicht weiter überarbeitete Fahrer einzusetzen, kann man nur vermuten, dass Mehdorn wirklich nicht die Fehler auf Seiten des Betriebs, sondern nur auf der individuellen Seite der Fahrer sucht. Da die Bahn in diesem Jahr wegen der Expo zusätzlich Mehrangebot im Zugverkehr einplant, scheint man im Bahnvorstand auf das Glück zu vertrauen.

Die entscheidende Ressource der Bahn, die Menschen, werden eingespart. Dieser immense Abbau ist zudem nur zu erreichen, wenn Tarifverträge aufgehoben werden oder/und „betriebsbedingt entlassen“ wird.

Sparen am Angebot

Immer deutlicher ist zu erkennen, welche Auswirkungen das Konzept der Bahn, „Netz 21“ für Auswirkungen haben wird. Die geplante deutliche Hierarchisierung der Bahnstrecken lässt das Schienennetz der Bahn zu einem reduzierten Bündel von einigen Schnellstrecken mit wenigen Knotenpunkten verkommen. Die angekündigten 48 Milliarden DM Investitionen bis 2010 in das Netz verschleiern die Wahrheit. Diese Gelder sind für die Hochgeschwindigkeitsstrecken, insbesondere für die Trennung der Fahrstrecken von ICE und langsameren Zügen vorgesehen.

Zumindest die Hälfte des Bahnnetzes, auf der „nur“ Regionalverkehr fährt, wird weiter herunterkommen. Die Bahn investiert in den Erhalt ihrer Strecken jährlich nur ein Prozent des Wertes des Gesamtnetzes, fünf Prozent wären nötig. Dieses eine Prozentchen wird schon stark von

dem kurzen Hochgeschwindigkeitsnetz ausgenommen. So ist z.B. schon nach der kurzen Betriebszeit von zehn Jahren die ICE-Strecke Hannover-Würzburg wegen der Überlastung durch viele und schnelle Züge für eine intensive Sanierung in diesem Sommer fällig.

Durch die Konzentration auf die 3500 Kilometer Schnellbahnstrecken, gehen der Bahn nicht nur die Kunden vom „flachen Land“ flöten. Da in den letzten Jahren 6000 Bahnhöfe stillgelegt wurden, hatten sie sowieso keine Chance ein- oder auszusteigen. Jetzt geht es auch den kleineren Zentren an die Anschlüsse.

Den potentiellen Kunden vom Lande wie auch den ICE-Fahrern dürften die geplanten Umsteigemöglichkeiten an etwa neun Bahnknoten in Deutschland wenig nützlich sein, da diese auf „Rundkurse“ optimiert sein sollen. Da hilft auch kein halbstündlicher Takt zwischen den

Metropolen, wenn man noch nicht mal zwischen den Großstädten direkt verkehren kann. 90% aller Bahnfahrten werden jährlich im Regionalverkehr zurückgelegt, die restlichen zehn Prozent haben eine Streckenlänge von durchschnittlich 220 Kilometern. Das Konzept Netz 21 ist also nicht auf den derzeitigen Kundenstamm zugeschnitten, auf den meint man zu großen Teilen verzichten zu können.

Die angekündigten Kürzungen, im Nahverkehr jährlich zehn Millionen Fahrzeugkilometer und vierzig Millionen im Fernverkehr zu streichen, treffen die aktuelle Kundschaft: Schüler, Studenten, Berufstätige beim ersten Punkt, den preiswerten und umsteigearmen InterRegioverkehr bei der zweiten Kürzungstranche.

Mit diesen 50 Millionen Zugkilometern will die Bahn ein Viertel ihres Angebots aufgeben, durchschnittlich jeder zehnte Nahverkehrszug muss „dran glauben“.



Europäische Kampagne gegen mehr Luftverkehr

Die Preise für Flugtickets sind nach Meinung der europäischen Umweltverbände viel zu billig. Bisher wurde jeder Vorschlag von Umweltschutzvereinen, etwas daran zu ändern, von der Politik und den Fluggesellschaften abgewehrt. Damit soll jetzt Schluss sein, forderten die Teilnehmer der europäischen Kampagne „Green Skies“ während einer Tagung am 12. und 13. Februar 2000 in Frankfurt. Diese Kampagne setzt die vor drei Jahren begonnene Aktion „The Right Prices for Air Travel“ fort, die von mehr als 100 Umweltverbänden aus 25 Staaten getragen wird. Damit soll die Politik zum aktiven Umsteuern des ungebremsen Wachstums im Luftverkehr bewegt werden. Deutsche Mitgliedsverbände sind der Deutsche Naturschutzring, die Bundesvereinigung gegen Fluglärm, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), German Watch, Robin Wood und der Verkehrsclub Deutschland (VCD).

50 Vertreter aus 20 Ländern versammelten sich im Haus der Jugend, um ihre Erfahrungen auszutauschen. „Jedes Mal, wenn wir eine Idee zur Beschränkung der Umweltschäden äußern, weisen die Behörden auf London, Frankfurt und Paris hin. Sie fürchten immer, dass die Fluggesellschaften zu den konkurrierenden Flughäfen ausweichen,“ sagte der Niederländer Paul de Clerck von „Milieudefensie“, die gegen den Ausbau des Flughafens Schiphol in Amsterdam kämpfen. „Dieser Wettbewerb muss endlich aufhören, damit auf europäischer Ebene Entscheidungen zur Beschränkung des Luftverkehrs getroffen werden können.“ Der Engländer Jeff Gazzard von Europäischen Verein gegen Fluglärm monierte, dass Fluggesellschaften weder Kerosinsteuer noch Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Diese müsse möglichst bald

geändert werden: „Es ist unheimlich wichtig, dass der Luftverkehr endlich mal der Natur den Zoll bezahlt.“ Statt eines Ausbaus des Frankfurter Flughafens zu planen, sollten bessere Vereinbarungen mit den Nachbarländern über umweltfreundliche Maßnahmen angestrebt werden, pflichtete Tilmann Heuser vom BUND bei. „Hier weht schon der europäische Geist,“ meinte er zum internationalen Charakter der Tagung. Entsprechend sollten auch die Staaten der Europäischen Union zusammenarbeiten, „damit der Luftverkehr nicht noch weiter abhebt“.

Kontakt Paul de Clerck, Hilde Stroot und Ilse Chang, c/o Friends of the Earth Netherlands, Tel. +31-20-5507300, Fax +31-20-5507310, ilse.chang@milieudefensie.nl



Themenredaktion
"Verkehr"

Umkehr e.V.
Exerzierstr. 20,
13357 Berlin-Wedding
Tel. 030/4927473,
Fax 4927972
info@umkehr.de

Zum Bild:

Die Postkarte ist eine von vielen, die bei der Kampagne für eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe für LKW (LSVA) zu bestellen sind. Die Einzelkarte kostet 1 DM, Rabatte möglich.

Infos zu Motiven und Texten beim Umweltbüro Neubauern Heike Agthe Rosenheimer Str. 1 83115 Neubauern Tel./Fax 08035/4653 Heike.Agthe@t-online.de

Schlechte Übergangslösung Investitionsprogramm

Mit dem Investitionsprogramm 1999-2002 ist ein bedeutender Teil der BVWP-Projekte der Überprüfung entzogen worden. Und der Straßenausbau dominiert weiterhin stark.

Da der neue Bundesverkehrswegplan (BVWP) durch die Überarbeitung auf sich warten läßt und der alte BVWP von 1992 zwar noch galt, aber eine Neuauflage eigentlich schon lange fällig war (der Bundestag hatte sich mal auf Rythmen von 5-8 Jahren festgelegt), schob jetzt die Bundesregierung als Übergangslösung das sogenannte „Investitionsprogramm 1999-2002 für den Aus- und Neubau von Bundesschienenwege, -fernstraßen und -wasserwege“ (IP) ein. Das kann bedeuten, dass erst ab 2003 ein neuer BVWP gültig wird. Das Bundeskabinett hat das IP am 4.11.99 zur Kenntnis genommen (nicht beschlossen). Es hat einen Umfang von 65,7 Milliarden DM, aufgeteilt in 29,7 Mrd. für die Schiene (45%), 32,1 Mrd. für die Straße (49%) und 3,9 Mrd. DM für Wasserwege (6%). Nur das Verhältnis von Schiene zu Straße beläuft sich auf 48:52. Für Ersatz und Erhalt sind 47% der gesamten Mittel vorgesehen, hier überwiegt der Anteil der Schiene im Verhältnis 52:48. Beim Neu- und Ausbau-Anteil jedoch ist das Verhältnis 45:55 für die Straße. Hier wird das wahre Verhältnis besonders deutlich, schaut man sich die Listen der Neubauplanungen an: Alle Schienenprojekte sind auf sechs Seiten abgehandelt, die Wasserstraßen auf einer. Für die Straßen enthält das Programm 34 Seiten „hochprioritäre“ Maßnahmen und weitere 17 mit „prioritären“. Während im Schienenprogramm bundesweit 41 Projekte enthalten sind, zählt allein die Straßenliste für NRW 130 „hochprioritäre“ und 11 „prioritäre“ Projekte auf. Nicht nur, dass mit 18,3 Mrd. DM mehr Geld für Neubauten geplant ist als bei der Schiene (15 Mrd.), die Projekte sind auch wesentlich kleinteiliger und werden damit viel eher netzwerkartig. Bei den Schienenprojekten entfallen zudem fast die Hälfte aller vorgese-

henen Gelder bis 2002 auf zwei Projekte: Knoten Berlin (2,8 Mrd.) und Köln-Rhein/Main (3,4 Mrd.). Beiträge zur Wiederherstellung eines flächenschließenden Bahnnetzes werden damit nicht geleistet. Gelder in der Größenordnung von jährlich vier Mrd. DM sollen ausgegeben werden, ohne dass

✓ ein einziger neuer Bahnhof geschaffen (Ausnahmen wie Flughafenverbindungen bestätigen die Regel)

✓ irgendeine abgehängte Region wieder an das Schienennetz angeschlossen oder

✓ auch nur eine neue Verbindung geknüpft, also eine wirkliche Netzerweiterung bewirkt würde.

Ursprünglich sah das IP insgesamt 63 Mrd. DM vor, 33 Mrd. für die Straße, 26 Mrd. für die Schiene und 4 Mrd. für Wasserwege. Da die Grünen darin einen Verstoß gegen die Koalitionsvereinbarungen sahen („Angleichung der Ausgaben für Straße und Schiene“), verweigerten sie kurzzeitig die Zustimmung. Neben der leichten Verschiebung zu Gunsten der Bahn wurde vereinbart: Die Sparauflagen des Bundesfinanzministers nehmen die Bahn für die Zukunft aus und freiwerdende Verkehrsinvestitionsmittel sollen vorrangig in den Bahnbau fließen. Die Grünen spekulieren dabei auf die 3,3 Mrd. DM, die in den Haushaltsplänen bis 2002 für den Transrapid vermerkt sind. Durchsetzen konnten die Grünen die Herausnahme folgender vier Straßenbau- und Wasserwege-Projekte: A 94 durch das Isental München-Passau, Nordumgehung von Hamburg, mit der die A 20 westlich von Lübeck weitergeführt werden sollte, A 4 durch das Rothaargebirge in NRW und die weitere Kanalisierung der Donau. Viele andere Projekte sind

im IP enthalten, wie z.B. die Thüringer Wald-Autobahn A 71/A 73.



Protest-Postkarten: Bahnpreise senken!

Bahnfahren ist umweltfreundlich aber teuer. Zu teuer für viele. Für den Umstieg von der Straße auf die Schiene muss Bahnfahren billiger werden. Deshalb startet die GRÜNE LIGA im Rahmen ihrer Kampagne „Bahnpreise senken! Bessere Bahn zu fairen Preisen“ eine Protest-Postkarten Aktion. Finanzminister Eichel und Verkehrsminister Klimmt werden aufgefordert, für finanzielle Chancengleichheit der Bahn gegenüber anderen Verkehrsträgern zu sorgen. An Bahnchef Mehdorn wird die Forderung gestellt,

durch Angebotsverbesserungen die Voraussetzungen für Mehreinnahmen und Preissenkungen zu schaffen.

Die blanko Protest-Postkarten sind zusammen mit weiterem Infomaterial in der Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Tel. 030/204 55 699, Fax 2044468, bahnpreise@grueneliga.de zu beziehen. Bahnkampagnen-Büro: Christa Tennert, Koordination Bahnkampagne, Tel. 030/204 55 699

Note 1 für die Füße

Gehwege sind das Thema der „fußnote 1“, der ersten Ausgabe einer neuen Veröffentlichungsreihe von SRL und FUSS e.V. Die Frage „Wie breit müssen Gehwege sein?“ wird für Bürgerinitiativen, Planer, Kommunalpolitiker, Verbände und interessierte Laien fachlich fundiert als aktueller Stand der Forschung und Technik dargestellt. Mit Abbildungen, Tabellen und kurzen Texten ist die Veröffentlichung als Planungs-, Entscheidungs- und Argumentationshilfe konzipiert worden. Die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V., SRL und FUSS e.V., der Fachverband Fußverkehr in Deutschland werden gemeinsam weitere fußnoten herausgeben.

Erhältlich ist die fußnote 1 gegen 4,- DM in Briefmarken oder auf Rechnung für 1,00 DM + Porto (ab 10 Ex.: 0,50 DM) bei: FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13 357 Berlin, Tel: 030/492 74 73, Fax: 492 79 72, info@fuss-ev.de

Bundesaltautominister Trittin mit Herz für Neuwagen

Zu sehen war der sympathische Kotzbrocken auf der IAA in Frankfurt am Main, wo er sich sichtlich amüsierte. Auch sonst zeigt der ehemalige Grüne und jetzige Umweltminister, dass er sehr lernfähig ist. „Wir wollen den Bürgern nicht das Auto ausreden“ fällt ihm zum Thema Auto ein. Und: „Umweltfreundliche Mobilität heißt, die vorhandenen Verkehrsmittel bewusst nutzen.“ Das hebt ihn mächtig gewaltig von den unbewussten ja bewusstlosen Autofahrern ab und qualifiziert ihn für den Vorsitz in der meditativen Naturgesetzpartei.

Quelle: mobil und sicher 3/99

Der wichtigste Mann

In einer Umfrage des Forssa-Institutes unter der deutschen Wirtschaftselite nannte diese den Chef von DaimlerChrysler, Jürgen Schrempf, als den Mann mit dem größten Einfluss in den nächsten zehn Jahren. Auf den zweiten Platz wurde Bundeskanzler Schröder gewählt. Immerhin nicht Piech.

Bundesweiter Aktionstag am 19.6.2000
Autofreier Hochschultag am 20.6.2000

termine

18.6. bundesweit
Aktionstag "Mobil ohne Auto"
20.6. bundesweit
Autofreier Hochschultag
Dezentrale Aktionen in Städten und Regionen
www.mobilohneauto.de, 030/2093-2603

Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer 2000

● Kurznotiert

43

Zum Text über das Investitionsprogramm

Projektlisten des IP für einzelne Bundesländer oder insgesamt sind erhältlich gegen Kopier- und Versandkosten bei UMKHEHR e.V.

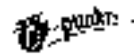


Ö-Verteiler "Verkehr"

• Leider keiner.

Verkehrs Wende jetzt!

Mobil ohne Auto



Der Infodienst für
UmweltfaktoreInnen

44

Sommer 2000

• Kurz
notiert



Themenredaktion "Umwelt & Entwicklung"

Umwelt- und Nord-
Süd-Nachrichten
(uns)
Norbert Suchanek
Siemensstr. 13
84513 Töging am Inn
n.suchanek@
amazonas.
comlink.apc.org

Ö-Verteiler "Umwelt & Entwicklung"

• Leider keiner.



Themenredaktion "VerbraucherInnenpolitik"

Nicht besetzt.

Wer Interesse hat,
sollte sich melden.

Ö-Verteiler "VerbraucherInnenpolitik"

• Leider keiner.

Hunger durch Dürre in Ostafrika

Die FAO (Welternährungskommission) meldete am 20. April, dass in Ostafrika 16 Millionen Menschen in Ostafrika vom Hunger bedroht seien. Ursache sei eine seit Jahren andauernde Dürre in den Weidegebieten Äthiopiens, Nordkenias und Teilen Somalias.

Hunger durch Dürre in Burundi

Dürre und sogenannter Bürgerkrieg bedrohen in Burundi die Ernährung von 800.000 Flüchtlingen, die laut FAO in Lagern untergebracht seien.

Hunger durch zu viel Wasser in Mosambik

Wie die FAO weiter berichtet sind von Folgen der jüngsten südostafrikanischen Flutkatastrophe allein 1,9 Millionen Menschen in Mosambik betroffen. Die Fluten führten zum Verlust von Feldkulturen und Vieh und bedrohen nun die Ernährungsgrundlage in den betroffenen Gebieten.

Gen-Food für hungrige Mägen

Wer nichts zu essen hat, schaut nicht aufs Etikett. Diesem Motto folgend verscherbte die US-amerikanische Getreideindustrie 1999 mit Hilfe US-amerikanischer Hilfsprogramme über 150.000 Tonnen an Gen-Mais an die armen hungernden Menschen in der Dritten Welt. Da auch in diesem Jahr wieder Millionen von Menschen vor allem in Afrika hungern, ist der Absatz unverkäuflichen Gen-Food langfristig gesichert – Hunger sei dank!

Nahrungsmittelkonzern kauft Ben&Jerry

Unilever hat wieder einmal zugeschlagen. Als einer der grössten Nahrungsmittel- und Reinigungsmittelhersteller weltweit kaufte die Firma jüngst für rund 600 Millionen Mark den amerikanischen Eishersteller „Ben&Jerry“, der bislang bei amerikanischen „Ökos“ für sein soziales und ökologisches Engagement beliebt war. Ob soziales Engagement auch zukünftig bei Unilever-Ben&Jerry wichtig sein werden?

12,4 Millionen Dollar Jahresgehalt

Wie TIME meldet, beträgt das durchschnittliche Jahresgehalt der Vorstandschefs der 362 grössten Firmen in den USA satte 12,4 Millionen Dollar – pro Person – oder umgerechnet rund 68.000 Mark pro Tag. Das durchschnittliche Jahresgehalt von 22 Prozent der Weltbevölkerung hingegen beträgt weniger satte 365 Dollar oder umgerechnet derzeit knapp 2 Mark pro Tag.

Gürtel enger schnallen müssen die anderen

Während Global immer mehr Menschen hungern und buchstäblich den Gürtel enger schnallen müssen, geschieht in den USA derzeit das Gegenteil. Weil die durchschnittlichen US-Amerikaner buchstäblich fetter werden, musste jüngst ein Theater in Colorado neue Sessel anschaffen, die 13 Zentimeter weiter sind als die alten, nur 43 Zentimeter weiten Theatersessel.

Sexhandel blüht, aber keiner will's gewesen sein

Jährlich werden weltweit rund eine Million junge Frauen und Kinder an die Sexindustrie verschertelt. Allein etwa eine Viertel Million von ihnen landet in den Bordellen Südostasiens, die dem Sextourismus dienen. Doch offiziell will kaum ein männlicher Urlauber oder Geschäftsreisender Sextourist sein oder ein Bordell von innen gesehen haben.

Eine Milliarde ohne Trinkwasser

Während jüngst ein 11.000 Quadratkilometer grosser Eisberg – reinsten Trinkwassers – von der Antarktis abbrach und seitdem langsam vor sich hinschmelzt, berichtete das Weltwasserforum in Den Haag, dass weltweit etwa eine Milliarde Menschen kein sauberes Trinkwasser haben. 70 Prozent der globalen Trinkwasservorkommen sind derzeit noch in den Polkappen als Eis gespeichert. Die globale Erwärmung könnte dies zwar ändern, doch ob die abbrechenden Eisberge an die richtige Adresse gelangen?

BaubiologIn/BauökologIn – neuer anerkannter Beruf

Gesundheit und Nachhaltigkeit sind Aspekte des Bauens, welche bei der Beurteilung und Planung von Bauvorhaben von zunehmender Bedeutung sind. Dies erfordert ein waches Bewusstsein von den Zusammenhängen zwischen den vielfältigen Teilgebieten und ein spezielles Know-how für alle Phasen des Bauprozesses: Planung, Ausschreibung, Ausführung, Unterhalt und Erneuerung. Dieses spezielle Wissen und Können fehlt heute den meisten in der Baupraxis tätigen Architekten, Unternehmern, Technikern und Handwerkern. Selbst dann, wenn sie frisch von einer Grundausbildung kommen.

Deshalb hat sich das Institut für Baubiologie vor 5 Jahren entschlossen, ein Weiterbildungsangebot, offen für alle am Bau Beteiligten, zu schaffen. Als innovatives Pilotprojekt der ersten Stunde entstanden im standardisierten modularen Baukastensystem des BBT ein Grund- und ein Vertiefungslehrgang. Fakten, welche man sich durch das Studium von vorgängig abgegebener Fachliteratur in der individuell verfügbaren Zeit aneignen kann, werden an den Kurstagen als bekannt vorausgesetzt. Die knappe Präsenzzeit ist für ergänzende Referate, Fragen- und Übungsbesprechungen, Präsentationsübungen und Fachdiskussionen reserviert. 1996 erhielten die AbsolventInnen des Pilotkurses die ersten eidg. zertifizierten Modulabschlüsse. Über 120 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus Planung, Handwerk und Handel/Verkauf haben inzwischen erfolgreich den Grundlehrgang mit seinen 9 Modulen und einer selbständigen Arbeit abgeschlossen.

Seit einem Jahr ist das Institut für Baubiologie SIB als Weiterbildungsinstitution bei Bund und Kanton Zürich anerkannt und damit subventionsberechtigt. Zu Beginn dieses Jahrtausends haben die beiden Abschlüsse eidgenössische Anerkennung erlangt: Der Grundlehrgang führt zu einem eidgen. Fachausweis, der Vertiefungslehrgang – nach erfolgreichem Abschluss von 8 Wahl- und einem Pflichtmodul – zu einem eidg. Diplom. Damit wurde, in der von Krisen und Umstrukturierungen geplagten Bauwirtschaft, eine neue, zukunftsgerichtete berufliche Qualifikation auf allen Ebenen der traditionellen Bauberufe geschaffen.

Manche der von Experten ausgezeichneten Abschlussarbeiten könnten nach einer gezielten Weiterbearbeitung als kleine Forschungs- und Entwicklungsbeiträge in der baubiologischen/bauökologischen Praxis betrachtet werden. ... Zur Zeit sucht das Institut für Baubiologie einen Hauptsponsor, der sich mittelfristig für die Bereitstellung einer Preissumme für erfolgreichte Weiterbearbeitungen zwischen 30.000.– und Fr. 50.000.– engagiert und verpflichtet.

Kontakt: Institut für Baubiologie SIB,
Militärstr. 84, 8004 Zürich, ERZIN-
GER@OIKOS.CH. Quelle: Eco-news –
Die grüne Presseagentur.

www.el-puente.de



Sabotage von 34 Baumaschinen in Navarra/Baskenland

Der Infodienst für Umweltaktivistinnen

Sommer 2000

● Widerstand **45**

Neu

Broschüre
Stören Blockieren
Sabotieren
 Tipps für direkte
 Aktionen
 2 DM plus Porto.

Bezug:
 Landfriedensbruch,
 Ludwigstr. 11,
 35447 Reiskirchen



Themenredaktion
"Widerstand, Direkte Aktion"

Unbestzt.
 Wer hat Lust?

● **O-Verteiler**
"Widerstand"

• Leider keiner.

Zum Text links

● Infos im Internet:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/itoiz/f_aktion.htm
 oder http://www.nadir.org/nadir/initiativ/daneben/aktuell_itoiz.html
 ● In der BRD: solidari@s con solidari@s berlin, c/o VEB7, Brunnenstr.7 (B-Flügel), 10119 Berlin, solidarias@gmx.de
 ● Kontakt im Baskenland: Solidari@s con Itoiz, Pk.: 393, 31080 Iruña, Baskenland/Spainien, Solidarios@ythis.zzn.com

3 Jahre Knast drohen zwei Frauen als Antwort auf den Widerstand gegen das illegale Staudamm-Projekt. In der Nacht vom 21.9.98 zum 22.9.98 sabotierten zwei Frauen des Kollektivs „Solidari@s con Itoiz“ 34 Baufahrzeuge und -maschinen auf einer Strecke von 13 km. Die Aktion richtete sich gegen das Staudammprojekt von Itoiz in Navarra (Baskenland). Die Talsperre, die eine Staumauer in Höhe von 135 m und eine Länge von 800 m hat, soll einen See von einer Fläche von ca. 1100 ha und einer Länge von 35 km, stauen. Das Resultat dieses monströsen Projektes wäre die komplette Versenkung von neun Dörfern, sechs weiteren, die betroffen wären und die totale Zerstörung von drei Naturschutzgebieten, sowie von zwei Vogelschutzgebieten. Die Bewässerung der Agrargebiete des trockenen Südens Navarras als Rechtfertigung des Staudamms ist eine verlogene Verdeckung der wahren Interessen, die hinter diesem Projekt stehen:

Die Sicherung der Wasserversorgung der katalanischen Industrie, der Tourismusbranche und der damit in Verbindung stehenden Golfplätze (ein Golfplatz am Mittelmeer verbraucht täglich 3 Millionen Liter Wasser!). Die Legalität des Projektes war von Beginn an ungeklärt, trotzdem begannen am 3. Mai 1993 die Arbeiten und wurden auch nach dem Ur-

teil des Nationalen Gerichtshofes im September 1995, demnach das Projekt als „nichtig und illegal“ erklärt wurde, fortgesetzt. Mittlerweile ist der Staudamm fertiggestellt. Seit dem Beschluss des Baus 1985 formierten sich in Navarra verschiedene Widerstandsgruppen, so auch das Kollektiv Solidari@s con Itoiz, das seit 1995 mit dem Mittel der ACCION DIRECTA gegen das Projekt kämpft. Die Aktionen der Solidari@s sind immer öffentliche und friedliche Aktionen, die auf spektakuläre Art durchgeführt werden und damit viel Aufsehen erregen. In diesem Zusammenhang haben sich zwei Frauen der Gruppe entschlossen eine Frauenaktion im Rahmen des Kollektivs durchzuführen. Mehr als 60 Wachschrützer von privaten Firmen und Guardia Civil und die gesamte militärische Abriegelung des Gebietes mussten sie dabei ungesehen umgehen. Aufgrund der großen Gefahr des „erwischt Werdens“ konnten sie nicht vorher die Presse informieren, wie es sonst bei den Aktionen üblich ist. Auf einer Strecke von 13 km Landstraße, die durch zwei Täler führt sabotierten sie 34 Maschinen, indem sie winzige Metallteile in den Öltank füllten oder Maschinenteile so anfeilten, dass sie bei Benutzung abbrachen. Aufgrund der 20 minütigen Prügel, die 8 Mitglieder des Kollektivs bei der vorherigen Aktion des Kappen der Kabel (s. In-

ternetseite) von privaten Wachposten unter den Augen der Guardia Civil erlitten, lieferten sie sich nicht an Ort und Stelle der Polizei aus, wie es sonst immer bei den Aktionen der Fall ist, sondern stellten sich erst am nächsten morgen im Kommissariat. Dort wurde ihnen zunächst nicht geglaubt, da die Baufirma versuchte, die Aktion zu vertuschen. Aufgrund der enormen Pressenachfragen gelang es ihnen allerdings nicht, die Aktion der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Die Frauen verbrachten zwei Tage im Knast, wo sie ständigen Demütigungen der Guardia Civil ausgesetzt waren. Die größte Demütigung und die Tragik der Aktion besteht jedoch darin, dass bis heute von vielen Seiten in Frage gestellt wird, dass sie diese Aktion durchgeführt haben, was vor allem durch bestimmte Medien provoziert wurde. Dort wird behauptet, dass es schließlich nicht möglich ist, dass Frauen ein solches technisches Geschick haben und zusätzlich 13 km bergab, bergauf mit dem dazu benötigten Material zurückgelegt haben können. Die strafrechtlichen Folgen haben jedoch natürlich sie zu tragen: 3 Jahre Knast (ohne Bewährung) und eine Geldstrafe von 413000000 pts. (ca. 5000000 DM) ist die momentan geforderte Strafe. Diese Forderung ist ungewöhnlich hart und stellt eine erneute Verschärfung der Repressionen gegen das Kollektiv dar. Normalerweise ist auf Sachbeschädigung eine Strafe von 2 Jahren Knast auf Bewährung ausgesetzt, die Härte wird mit politischen Motiven, die zur Tat geführt haben, begründet. Das endgültige Urteil wird im April gefällt. Momentan arbeiten verschiedene Frauen(kollektive) im Baskenland an einer Solidaritätskampagne von Frauen und würden sich freuen über weitere Unterstützung von anderen Frauen(kollektiven).

Chronologie

Nach zahlreichen gewaltfreien öffentlichkeitswirksamen Blockaden und Besetzungen, die jedoch keine ausreichende Wirkung erzielten, entschieden sich die Solidari@s con Itoiz zum eigenmächtigen Durchsetzen des Baustopps: Am 6. April 1996 durchtrennten sie die Drahtseile der Betonförderanlage. Diese Anlage war das Herzstück der Baustelle und beförderte jeden Tag 4200 cbm Beton vom Mischwerk über das Tal. Mit dieser Aktion legten sie die Baustelle für elf Monate lahm. Die acht solidari@s ließen sich an Ort und Stelle von der Guardia Civil festnehmen. Die gesamte Aktion wurde von der Presse beobachtet, dokumentiert und veröffentlicht.

Der Kern des Urteils im anschließenden Prozeß bildet das fünfminütige Einsperren des Wächters während der Aktion. Das Strafmaß hierfür beträgt für jeden der acht solidari@ vier Jahre und elf Monate. Die Sabotage wurde mit drei Wochenenden Haft und umgerechnet ca. 24 Mio. DM Entschädigung für die Baufirmen bestraft.

Am 20. September 1998 zerstörten zwei Frauen der Gruppe solidari@s con Itoiz 34 Baumaschinen auf der illegalen Baustelle der Umfahrungsstraße, die durch die Naturschutzgebiete gebaut wurde. Sie zeigten sich selbst an. Ihnen wird unterstellt, daß sie als Frauen nicht über das technische Wissen, das für solch eine Aktion notwendig sei, verfügten.

Um den Protest gegen dieses Staudammprojekt zu verbreitern, haben die solidari@s con Itoiz von Dezember 99 bis März 00 diverse Informationsveranstaltungen und spektakuläre Besetzungsaaktionen durchgeführt: Zum Beispiel die Besetzung des „milleniumwheel“ (London), des Internationalen Gerichtshofes (Den Haag), Besetzung des Brandendurger Tor und des Fernsehturms (Berlin), die Absellaktion am Petersdom (Rom). Am 21. März störten sie die Eröffnungsveranstaltung des „World Water Forums“ massiv.



So kann es nicht weitergehen!

Widerstandsredaktion besetzen!

Besetzungen sind geil ... daher träumen wir auch davon. Die Widerstands-Redaktion ist nämlich seit geraumer Zeit unbesetzt. Es fanden sich zwar immer wieder Gruppen bereit, sich zu versuchen, aber leider klappte es gar nicht oder reichte nur zu ein paar Berichten aus der eigenen Arbeit.

Tatsächlich könnte eine Widerstands-Redaktion aber viel mehr machen: Nicht nur

Berichte (wenn, dann aber aktuell und international), sondern auch Debatte, Tipps und Tricks für direkte Aktionen, Repressionsgeschichten, Rechtshilfe, Ankündigungen – ach ja, es könnte so schön sein. Also: Wer hat Lust, viermal im Jahr 2 Seiten zu füllen?

Bitte melden bei der Redaktion, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, 06401/903823, oe-punkte@gmx.de





Der Infodienst für
UmweltaktivistInnen

46 Sommer 2000
• Widerstand



**Themenredaktion
"Expo 2000 &
Weltwirtschaft"**

Momo, Luciano,
Jörg & einige
mehr aus der
Neolib-Mailingliste

Kontakt: Büro für
mentale Randle
Wickingstr. 17
45657 Recklinghausen
02361/17483
antifa-rel@
koma.free.de

Email-Listen

- Die europäische Koordinationsliste ist: caravan99@list.free.de, um sich drauf zu setzen muss mensch ein email an caravan99-subscribe@free.list.de schicken. Hier sind alle Gruppen drauf die seid der Karawane zusammengearbeitet haben oder in Kontakt getreten sind.
- Die internationale Koordinationsliste für den 26. September als globalen Aktionstag, ist antiimf@egroups.com. Um sich drauf zu setzen email an antiimf-subscribe@egroups.com schicken.
- Es gibt dann noch eine dritte Liste, die hauptsächlich mit Logistik beschäftigt und Diskussionen die wir nicht zu Ende geführt haben. Sie wird eingerichtet um die caravan Liste nicht mit Kleinkram zu überfluten. Es wird wahrscheinlich prag-logistics@onelist.com sein. Dort geht es z.B. um die Unterkunft, Fundraising, ob jetzt ein Ort gesichert wird oder ob besetzt wird etc. Um sich drauf zu setzen eine email an prag-logistics-subscribe@onelist.com schicken.

IWF-Gipfel im September

Widerstand in Prag

Verschiedene GraswurzelaktivistInnen bereiten sich auf die Konferenz des Internationalen Währungs fonds im Herbst vor. Vom 14. bis 16. April trafen sich ca. 40 von ihnen aus verschiedenen europäischen Widerstandszusammenhängen (RTS London, Groen Front, NixDa2000 Karawane, Anti-Expo, Anti-WTO-Koordination Schweiz...) um die Protestaktivitäten gegen den IWF-Gipfel zu planen.

Die Situation in Prag

Die Regierung befürchtet große Proteste a la Seattle, und bereitet sich dementsprechend vor.

Tschechische Polizeieinheiten werden in den USA ausgebildet, auch der FBI hat sich in Prag niedergelassen. Für die Zeit des Gipfels werden sogar spezielle Trupps der NATO im Lande sein. Der Polizeieinsatz wird 11.000 Personen umfassen. Alle Medien haben dafür gesorgt, daß die Proteste in Seattle als gewalttätig dargestellt werden. Es gibt tatsächlich keinen positiven Bezug auf Seattle in der Bevölkerung. Die NGOs haben sich bislang darauf beschränkt, Alternativgipfel zu organisieren, aber sie mobilisieren nicht auf die Straße, wie das in den USA der Fall war. Da Direkte Aktion, ziviler Ungehorsam und die Grasswurzelgruppen kriminalisiert werden, haben die NGOs sich von ihnen distanziert.

Die Grasswurzelgruppen aus Tschechien haben sich in einem losen Kooperationsbündnis organisiert, das heißt INPEG. Dort sind anarchistischen Zusammenhänge stark vertreten. Es wird sich auch intensiv mit verschiedenen Gewerkschaften auseinandergesetzt, damit diese auch auf die Straße mobilisieren. International gesehen läuft gerade viel in diese Richtung im Rahmen vom 1. Mai, als globaler Aktionstag. Ein paar Leute versuchen radikalere Gewerkschaften dazu zu bringen, nach Prag zu mobilisieren.

Eine Informations- und Aufklärungskampagne ist jüngst initiiert worden, kleine Karawanen durch die CZ Rep. sollen durch verschiedene Städte touren und die wahren Ereignisse von Seattle mittels teach-ins, Kurzseminaren, Vorstellungen, Diskussionen etc. verbreiten.

Die Leute aus Prag hoffen auf internationale Beteiligung. Von osteuropäischer Seite wird das schwer sein, da die Regierung in den nächsten Monaten sehr scharfe Gesetze einsetzen wird. Es wird für verschiedene OsteuropäerInnen fast unmöglich sein, ein Visum für die Zeit des IWF/WB Gipfels zu kriegen. Das ist schade, weil direkte Aktionsgruppen wie die Rainbow Keepers aus der Ukraine und Rußland buchstäblich draußen bleiben. In den meisten Ländern, die am Treffen vertreten waren, bestand Interesse an der Mobilisierung zu helfen. Es wurde von allen gesagt, daß die Mobilisierung und Informationsarbeit sofort gestartet werden muß. In sämtlichen Städten wird das 'Konvergieren von Sektoren' thematisiert. Damit sind Anstrengungen verschiedener Gruppen gemeint, „über den Tellerrand zu gucken“ und sich mit anderen Gruppen, besonders mit Gewerkschaften politisch auseinanderzusetzen.

Karawane Nix Da2000

Die Fahrradkarawanen „Geld oder Leben“ der letzten 2 Jahre haben viel Unterstützung bekommen, offensichtlich stößt diese Aktionsform auf Zustimmung: Die Karawane ist selbstorganisiert und im Ansatz vergleichbar mit der Critical Mass. Ein gibt keine Anmeldung, keine feste Organisation. Logistisch unterstützt werden Karawanen durch Trecker und Bauwagen, die Ausrüstung fürs Campen und Aktionen und eine Küche transportieren. Dieses Jahr haben sie sich die OrganisatorInnen gleich 3 Etappen vorgenommen:

➤ Eine Sternkarawane nach Hannover, die zum 1.6. in Hannover zusammen kommt (wahrscheinlich früher).

➤ Eine Karawane durch den Norden des Landes im Sommer.

➤ Eine Karawane von Hannover nach Prag, die sich zum Ziel gesetzt hat, mindestens 1 Woche vor dem 26.9. anzukommen. Das ist eine relativ kurze Strecke im Vergleich zu den letzten beiden Karawanen. Die Karawane soll in diesem Jahr internationaler gestaltet werden und deshalb auch außerhalb der BRD für die Teilnahme werben. Es gibt Unterstützung von Seiten der Bauwagenszene, da diese auf den letzten Wagentagen beschlossen haben mitzumachen. Kann also größer werden.

Kontakt für die Karawane: wagen.list@gmx.de

Zugbesetzung

Der Vorschlag für einen 'grünen Zug', kam aus den NL: Die Idee ist es, einen Zug von Brüssel nach Prag zu besetzen und das im Voraus so zu koordinieren, daß viele Leute auf der Strecke dazustiegen, so wie die ItalienerInnen das auch machen. Mal schauen, was aus dem Vorschlag wird.

Art and Revolution

Da der Protest schon von vorneherein sehr kriminalisiert wird, ist geplant, ihn so bunt wie möglich zu gestalten, um die Gefahr von Repression zu minimieren. Das heißt, daß so viel Kunst in den Protest einfließen soll wie möglich. In der Woche vor dem 26.9. wird es einen Political Art Festival geben. Daneben werden politische Kunstveranstaltungen in Prag stattfinden (Ausstellungen, Konzerte, Theater, Filmfestivals ...), die sich an die Bevölkerung richten. Kunst soll in den Vorbereitungsstrainings präsent sein. Kostüme machen, Stelzen laufen, Jonglieren, alles mögliche ...

Aktionen

Ein erstes Konzept wurde heraus gearbeitet, um ähnlich wie in Seattle und Hannover den Zugang zum Kongreß so schwer wie möglich zu machen, der gar nicht weit vom Zentrum stattfindet. Ansonsten wurde gesagt, daß es sich lohnt, in der Touristengegend bunte Aktionen zu machen, weil dort die Polizei nicht so zuschlagen kann und mensch auch gut unterkommen kann.

Weiterhin sollte noch auf die Proteste von Washington, Mayday und Hannover gewartet werden, um dann, ausgehend von den gemachten Erfahrungen ein gutes Konzept zu überlegen.

In Prag

Wir haben uns drauf geeinigt, daß Leute schon in den Wochen davor nach Prag kommen sollten. Einige auf dem Treffen haben schon gesagt, daß sie mit den Vorbereitungen helfen würden und schon Anfang September nach Prag kommen würden. Unterkunft dürfte kein Problem sein. In den Wochen und Tagen vor dem 26. 9 sollen kleine Aktionen schon stattfinden, aber hauptsächlich direkte Aktionstrainings, Kostüme vorbereiten, Stelzen laufen lernen, Jonglieren, klettern, Transpis malen etc etc. Es scheint, als würde es kein Camp geben, sondern daß die Unterkunft in der ganzen Stadt verteilt ist. Die Aktivitäten, Trainings und Vorbereitungen laufen dann an zentralen Orten zusammen.

Ansonsten wurde am Treffen viel über die lokalen Auseinandersetzungen gesprochen (Mayday, Anti-Expo ...). Von vielen Anwesenden wurde die Auffassung geteilt, daß immer auf den Gipfeln der WTO, EU, IWF aufzutauchen auch eine Schwäche ist, wenn wir nicht langfristige Strukturen schaffen. Wir sollten immer bei den Grasswurzel-Zusammenhängen anfangen und nicht bei den Gipfeln der mächtigen Institutionen.

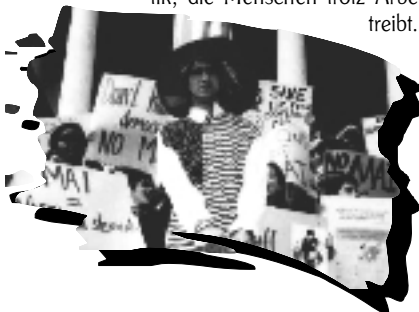
Das nächste Meeting wurde für den 17. bis 19. Juni festgelegt wiederum in Prag und auch mit Schwerpunkt Mobilisierung nach Prag.

Im Oktober soll es ein größeres europäisches Treffen geben, vielleicht in Milan, wo auch längerfristige Strategien und Strukturen der europäischen Bewegung diskutiert werden sollen.

Ein Aufruf zum Globalen Aktionstag am 26. September wird in den nächsten Tage herumgeschickt werden.

Demobericht aus Prag

Am Sonntag den 16. April gab es zeitgleich mit Washington eine Demo in Prag. Die Demo hat die aktuelle Stimmung in Prag sehr gut wiedergegeben. Es kamen 300 Leute. Hauptsächlich junge Menschen aus dem links-libertären Spektrum. Unglaublich viele Medien. Es ist einfach Top-Thema. Die Demo war verboten worden und wir haben sie trotzdem gemacht. Es gab eine Kundgebung am Treffpunkt, dort haben sich sehr viele Touristen angesammelt und die Polizei hat nicht eingegriffen. Wir haben Musik gemacht und hatten bunte Transpis in verschiedenen Sprachen. Ein paar lustige Slogans hatten wir uns auch ausgedacht. Die Stimmung war gut. Dann sind wir durch die Stadt gezogen. Die Polizei wollte uns aufhalten, aber wir konnten sie durch kurze schnelle Läufe immer hinter uns lassen. Die Bullen hatten natürlich einen Wahnsinnsaufgebot und waren zweimal so viele wie wir – in voller Montur in der Hitze. Sie haben mit ihren eigenen Wannern eine Stau erzeugt. Waren sehr plump. Es waren sehr viele Zivilpolizisten in der Demo. Als wir dann kurz vor dem Ende waren an dieser breiten Straße, die jeder kennt, haben sie uns einkesseln wollen. Wir haben uns aufgelöst. Um das ganze zu rechtfertigen, mußten sie ja Leute verhaften. Resultat: 31 Verhaftungen, 4 von uns und 27 Touristen! Die Medien haben die Proteste in Washington und in Prag als erste Nachricht in allen Sendern gebracht und auch auf allen Titelseiten. Im Fernseher lief sogar ein längeres Kommentar mit positivem Bezug auf die Proteste, aber mit typisch neokeynesianischen Schlußfolgerungen: Tobin-Steuer, Reform des IWFs etc.



Soldaten klagen wegen Uran

(Red. Abfall) Zwölf britische Soldaten planen einem Zeitungsbericht zufolge wegen Gesundheitsproblemen nach dem Kosovo-Einsatz eine Klage gegen das Verteidigungsministerium. Die Sunday Times berichtete, Ärzte führten die Beschwerden der Soldaten auf den Einsatz von Uran-Munition im Kosovo-Krieg im vergangenen Jahr zurück. Untersuchungen hätten ergeben, dass dies Krankheiten wie Krebs sowie die Schwächung des Immunsystems nach sich ziehen könne. Sollten die Soldaten vor Gericht Erfolg haben, könnte dies Forderungen von hunderten weiterer Soldaten nach sich ziehen.

10.500 Briten waren nach der Bombardierung Serbiens durch die Nato vor Ort im Einsatz gewesen. Bereits nach dem Golfkrieg von 1991 hatten Soldaten rechtliche Schritte wegen chronischer Gesundheitsbeschwerden eingeleitet, für die sie eine Impfmischung verantwortlich machten, die sie bei biologischen Angriffen schützen sollte.

Quelle: Gegeninformations-Büro, Torstraße 150, 10119 Berlin-Mitte, Tel: 030-28 38 93 43, Fax: 030-28 38 93 45, <http://www.gib.square.net>

Auf nach Nizza!

Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden am 7. Dezember in einer Regierungskonferenz in Nizza über eine institutionelle Reform der EU und über eine Charta der Grundrechte in der Union abschließend beraten.

Nach Maastricht und Amsterdam wird sich die EU einen neuen Vertrag geben. Ausgehend von der bisher vorgesehenen Tagesordnung steht zu befürchten, dass er wieder einmal nichts anderes bringen wird als einen weiteren Rückzug der EU-Staaten aus der sozialen Versorgung und dem öffentlichen Dienst.

Während sich der prognostizierte Wirtschaftsaufschwung in Europa bestätigt und die Unternehmen traumhafte Gewinne einfahren, haben Millionen von uns keine andere Zukunft als weitere Massenentlassungen, zunehmend ungeschützte Beschäftigung und Armut.

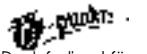
Zusammen mit den sozialen Bewegungen und zahlreichen europäischen Gewerkschaften fordern die Erwerbslosenorganisationen in der Bundesrepublik:

- ✓ dass die sozialen Grundrechte als verbindliches und einklagbares Recht für alle in Europa lebenden Menschen in das Vertragswerk der EU verankert werden,
- ✓ dass in Europa und in der übrigen Welt ein Mindeststandard für Sozialleistungen, Löhne und Renten eingeführt wird,
- ✓ dass die Regierungen sozial und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze schaffen,
- ✓ das Ende der unmenschlichen Abschiebepolitik der EU-Staaten,
- ✓ das Ende der Deregulierung von Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsmarkt,
- ✓ das Ende einer „Beschäftigungs“ politik, die Menschen trotz Arbeit in Armut treibt.

Die Unterzeichnenden rufen alle auf, gegen den europaweiten Protest des „Europa von unten“ zu setzen – Erwerbslose, Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher, prekär Beschäftigte, soziale Bewegungen, Migranten und Flüchtlinge, Gewerkschaften und politische Parteien: Lasst uns am 7. Dezember 2000 in Nizza zu einer eindrucksvollen Demonstration der sozialen Bewegungen in Europa zusammenkommen!

Beteiligt euch an der europäischen Versammlung der Erwerbslosen am 2. und 3. Dezember in Paris!

Zu der Versammlung sind neben VertreterInnen von Bundes- und Landeszusammenschlüssen vor allem Vertreterinnen und Vertreter örtlicher Einzelinitiativen geladen. Hauptthemen der Versammlung werden ein europäischer Mindeststandard für Löhne, Sozialleistungen und Renten sowie eine Charta der sozialen Grundrechte in Europa sein (siehe Terminliste, die Termine sind vorläufig.)



Der Infodienst für Umweltakteurinnen

Sommer 2000

• Widerstand



UnterzeichnerInnen gesucht

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:
Koordination der gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Bielefeld; Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung; Arbeitsloseninitiative Thüringen (ALI); Arbeitslosenverband Deutschland e.V. (ALV); Bundesarbeitsgemeinschaft Erwerbslose (BAG-E).

Weitere Unterschriften an: webmaster@euromarches.org



Am 27.5. in Hannover und überall
Widerstand gegen die Expo
Siehe www.expo-no.de & Anti-Expo-Kalender

9. Juni in Brüssel
Demonstration

mit anschließendem Symposium der Europäischen Märsche zum Thema "Europa-weite Mindeststandards für Einkommen" – anlässlich des Gipfeltreffens des europäischen Unternehmerverbands UNICE.

19. Juni in Porto (Portugal)
Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbunds
anlässlich des EU-Gipfels.

25. Juni in Genf
Demonstration
der sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften anlässlich des UN-Sozialgipfels (Nachfolgegipfel von Kopenhagen). Sechs Monate nach Seattle, drei Monate nach Washington geht der Kampf gegen WTO und weltweite Deregulierung weiter.

14. Oktober in Biarritz
Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels
Abschlussdemonstration des Frauenmarschs 2000 in Brüssel.

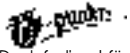
Anfang Dezember in Paris
Großkonferenzen
von Espace Marx und ATTAC zum Thema Globalisierung

2. und 3. Dezember in Paris
Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten
Evtl. anschließend: Gemeinsame Initiative mit den UnterstützerInnen des Aufrufs Bourdieu, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert.

7. Dezember in Nizza
Großdemonstration
der Europäischen Märsche, der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen anlässlich des EU-Gipfels.

Ö-Verteiler "Expo, Weltwirtschaft ..."

- Anti-Expo-Rundbrief
- Internat-Verteiler gesucht



Der Infodienst für UmweltfaktoreInnen

48

Frühjahr 2000

Widerstand

Infos

Ökologische Expo-Kritik/Emanzipatorischer Umweltschutz: Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, 23843 Bad Oldesloe, institut@inihaus.de <http://go.to/umwelt>

Koordination Mitte, Bewegung von unten (Strategien), Referentinnen: Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, landfriedensbruch@gmx.de

Koordination Süd: Anti-Expo-AG Tübingen c/o Infoladen, Schellingstr. 6, 72072 Tübingen

Koordination Nord: Anti-Expo-Bündnis, c/o JUMP in der Roten Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Koordination Ost: Anti-Expo-Bündnis, c/o BAOBAB, Christburger Str. 38, 10405 Berlin

Koordination West: ProjektArchiv c/o Druckluft, Am Förderturn 27, 46049 Oberhausen, archiv@drucklufthaus.de

InnenStadt!Aktion!, Repression: Innenstadt-Aktionsgruppe c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 2c, 30167 Hannover

Rundbrief, EinsteigerInnen-Infopaket (je gegen 10 DM): Büro für mentale Randalen, Wikkingstr. 17, 45657 Recklinghausen, 02361/17483, antifa-rel@koma.free.de

Region Hannover, ReferentInnen, Aktionswoche: Anti-Expo-AG Hannover, c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, 30167 Hannover www.anti-expo-ag.de anti-expo-ag@gmx.de

Internationale Expo-Kritik und Kontakte: Anti-Expo-Ag c/o Infoladen, Breisacher Str. 12, 81667 München, antixpo2000-de@gmx.de

Bio- und Bevölkerungspolitik: alaska, Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen

Expo-Aktionswoche

Vom 27.5. bis 4.6. steht in und um Hannover der Höhepunkt des Expo-Widerstandes an – gleichzeitig aber auch als Auftakt zu mehr. Zu Beginn steht eine Demonstration, im Mittelpunkt steht der Blockadetag am 1.6. Die Expo plant dort um 9 Uhr die Eröffnung und einen besonderen Eröffnungstag, der mit einer Gala um 20 Uhr endet (moderiert von Thomas Gottschalk). Als Gegenaktionen sind Störungen und Blockaden von Straßen, Schienen, Eingängen, Kommunikations- und Verkehrsleitsystemen geplant. Agiert wird in selbstorganisierten Gruppen.

Mobilisierungsveranstaltung

Im April und Mai hat es noch viele Infoveranstaltungen gegeben. Zwischen 20 und 120 Leute kamen in den verschiedenen Städten – ca. 300-400 Orte wurden so erreicht. Ob sich das am 1.6. umsetzt, wird sich zeigen ...

Buch Gegenbilder zur Expo

Mitte Juli erscheint das Buch mit Visionen und Konzepten für eine emanzipatorische Gesellschaft – als Gegenbilder zur Expo. Es enthält keine Rezepte, sondern Vorschläge. Damit soll die Diskussion um Gegenentwürfe zum Kapitalismus und zu anderen Herrschaftssystemen vorangetrieben werden.

Einzelpreis: 16.80 DM
Ab 3 Stück: 10 DM
Ab 10 Stück: 10 DM
Ab 20 Stück: 8 DM (bis 1.7. 6 DM)
Plus Porto bei Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen.

Kritik von Altlinken

In den letzten Wochen vor der Aktionswoche hat die Kritik am Konzept "Bewegung von unten" aus solchen linken Zusammenhängen zugenommen, die eher auf verbindliche Strukturen setzen. "Was nicht in gewachsenen linken Strukturen entwickelt wird, ist auch nicht emanzipatorisch", hieß es unter anderem. Einige hannoversche Gruppen rufen inzwischen öffentlich zum Boykott der Anti-Expo-Aktivitäten auf und fordern, daß nur Theoriearbeit laufen soll. Die (inzwischen ausgestiegene) Ökologische Linke hat bis zum letzten Bundes-Expo-Treffen immer wieder vorgeschlagen, eine zentrale Demonstration zu machen – allerdings sollte die Organisationsarbeit von anderen gemacht werden. Ausgrenzungsversuche (z.B. gegen TierrechtlerInnen und Leute aus der Punkszene) zeigen, daß auch im Expo-Widerstand das alte Denken von Grabenkämpfen und Kadern weiter existiert. In den meisten linken Medien sowie auf linken Kongressen haben Leute mit Praxisbezug nachwievor keine Chance.

Das alles wird eine wichtige Debatte für die Zeit nach dem 1.6. sein: "Gegenmacht von unten" schaffen. Klare Positionen und Aktionen! Gegen Spaltung und Theoriekult!

27.5.–4.6.2000 in Hannover Aktionswoche gegen die Expo 2000

Für diese Woche soll sich der Widerstand zentral auf Hannover richten – um dort eine Wirkung zu erzielen, die dann auch bei regionalen Aktionen und Veranstaltungen hilft. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur als Büroräumen, Camps und mehr bereitstellen.
Info: Anti-Expo-AG Hannover

Ständig geplant sind u.a. Camps, Veranstaltungen, 2-tägige Anti-Expo-Zeitung und Radiosendungen, spontane und geplante Aktionen

Bis zum 27.5.
Karawanen&Radtouren nach Hannover (s. 22.4.)

27.5. in Hannover, 12 Uhr Klagesmarkt Große Demo gegen Expo 2000
Info: Anti-Expo-AG Hannover

27.5. Fernsehaufakt in der Innenstadt

1.6. in Hannover
Blockade- und Aktionstag "Expo lahmlegen!"

Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen, Blockaden und Störungen gegen die Expo – wir sind Sand oder Steine im Getriebe: Kreuzungen, Straßen, Bahnstrecken, S-Bahnen, Expo-Eingänge, Infrastruktur und vieles können die Ziele sein. Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht.
Info: www.expo-node

1.6., 9 Uhr Eröffnung durch Johannes Rau
1.6. abends: ZDF-Gala mit Staatsgästen

3.6. in Hannover
Reclaim-the-Streets

3./4.6. in Hannover
Innenstadtkaktions!tage
Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover

2.–3.6. im Pavillon Hannover
Perspektiven des Internationalismus
Strategiediskussion
Info: alaska, 0421/72034

31.5.–4.6. in Berlin
Gesundheitstag 2000
(menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur Expo 2000 – genannt "Impo 2000")
Infos: Christl Burkhardt, 030/7940343-4, Fax -5 und www.gesundheitstag.de

4.6. unterwegs
Radtour "Das Tote Meer soll leben"

Nach der Aktionswoche Heißer Anti-Expo-Sommer gegen Herrschaft und Neoliberalismus

9.–13.6. in Mellendorf
Anti-Expo-Camp
Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.–13.6. in Walsrode
Anti-Expo-Camp
Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover
Innenstadt-Aktionstag
Info: Die Falken, 0511/628298

11.6. Tag der Kirchen
12.–18.6. Brandenburgtage (Dt. Pavillon)

15.6. Autotreier Hochschultag
18.6. Aktionstag "Mobil ohne Auto"
Info: Umkehr, Tel. 030/4927473

19.–21.6. Ingenieurtag (VDI)
19.–21.6. Global Dialogue: Ressourcen
19.–25.6. Berlin-Tage (Dt. Pavillon)
26.6.–2.7. Rheinland-Pfalz-Tage (Dt. Pavillon)

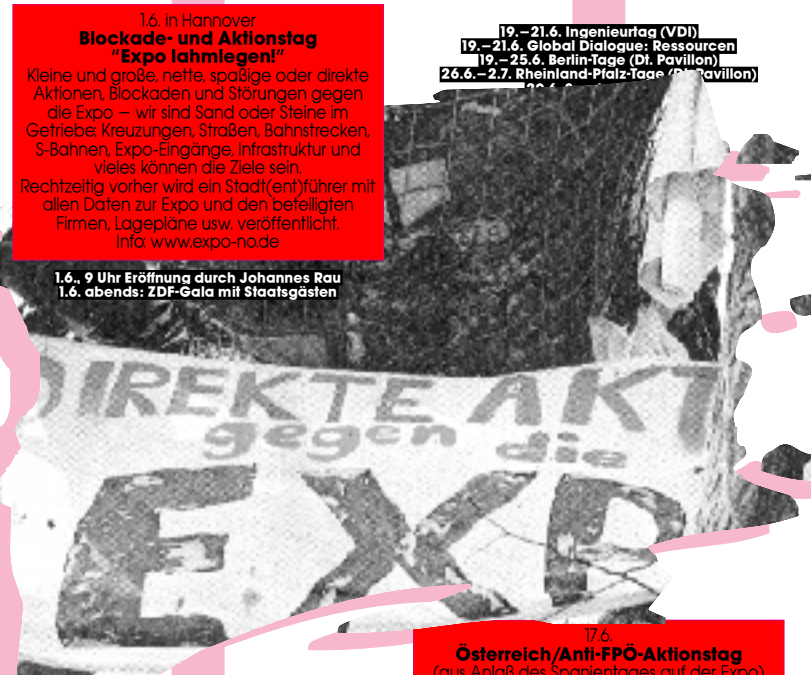
17.6.
Österreich/Anti-FPÖ-Aktionstag
(aus Anlaß des Spanienfestes auf der Expo)
Aktionen von antifaschistischen Gruppen

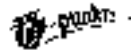
24.6. in Oberhausen
Vollalarm 4 (Anti-Expo-Solifete)
Info: ProjektArchiv, c/o Druckluft

30.6. und 28.7. überall
Critical Mass
Info: www.criticalmass.org, siehe 28.4.

Juli in Hannover
Internationales JournalistInnen-treffen

4.–6.7. Urban 21 (ICC Berlin)
5.7. DaimlerChrysler-Tag
10.–16.7. Bayern-Tage (Dt. Pavillon)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Frühjahr 2000

Widerstand



Herbst 2000

Aktionen und Perspektiv-Kongresse

5.-7.7. in Gödringen
Pressefest "Megaphon"
Motorradclub Kuhle Wampe

7.-9.7. in Hannover
IKK - Interkonesiones
Info: Pavillon

4.7. **USA-Tag auf der Expo**
17.-23.7. **Baden-Württemberg-Tage (Dt. Pavillon)**
21.7.-31.8. **Weltkongreß zu Medizintechnik**
24.-30.7. **Thüringen-Tage (Dt. Pavillon)**
24.7. **Telekom-Tag**
31.7. **CVJM-Tag**

10. Juli-8. August in Hannover
Chaos-Tage 2000

13.7.
Kamerun-Aktionstag
(aus Anlaß des Kameruntages auf der Expo)
Info: The Voice, Jena, www.humanrights.de

15.7.-20.8. bei Hannover
Zeltcamp der DLRG-Jugend
Info: DLRG-Jugend Nds, 0511/8379212

19.7.
Spanien-Aktionstag
(aus Anlaß des Spanientages auf der Expo)

19.7.
Antirassistischer Aktionstag
am Expo-Tag der Weltenwanderung
Info: AKKU, 0441/248175

21.-30.7. nahe Berlin
Anarchistisches Sommercamp
Info: http://www.jpberlin.de/acamp

1.-30.7. in Hannover
Interkulturelle FrauenLesben-Uni
Gegenveranstaltung zur Expo-Frauenuni
Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064
http://www.physik.org/iksu

28.7.-6.8. im Raum Hannover
Friedensreifer
(unterwegs gegen Expo-Projekte)
Info: 05733/969973

6.-12.8. **Europäischer Jugendkongreß**
7.-13.8. **Schleswig-Holstein-Tage (Dt. Pavillon)**
15.-17.8. **Global Dialogue: Ländlicher Raum**
21.-27.8. **Hamburg-Tage (Dt. Pavillon)**
25.8. **Preussag-Tag**
28.8.-3.9. **Hessen-Tage (Dt. Pavillon)**
29.-31.8. **Global Dialogue: Gesundheit**
31.8. **Deutsche-Post-Tag**

6.-8.8. in Hannover
Chaos-Tage-Höhepunkt
Höhepunkt- und Abschluß-Wochenende
www.chaostage.de

19.8.
Türkei-Aktionstag
(aus Anlaß des Türkietages auf der Expo)
Koordination: Gruppen aus Hannover

20.8. in Hannover
Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr
(aus Anlaß des Nationaltags von Mexiko auf der Expo)
Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org

25.8. und 29.97. überall
Critical Mass
Info: siehe 28.4.

9.9. in Hannover
Subversives Kulturfest

4.-10.9. **Sachsen-Tage (Dt. Pavillon)**
10.9. **Tag des Denkmals (auf der Plaza)**
11.-15.9. **HYFORUM - Wasserstoff Energie Forum**
11.-17.9. **Sachsen-Anhalt-Tage (Dt. Pavillon)**
12.9. **Tag der Weltreligionen**
25.9.-1.10. **Saarland-Tage**
27.9. **Weltantisemitismus-Tag**
28.-29.9. **Europäischer Waldbauerntag**
28.9. **Duales-System-Tag (DSD)**

23.-29.10. **Bremen-Tage (Dt. pavillon)**
28.10. **VW-Tag**
30.10. **Ehrentag B.I.E.**
31.10. **Schlußfeier**



27./28.9. in Prag
IWF-Tagung

3.10. **Deutscher Tag**
3.-5.10. **Global Dialogue: Arbeiten**
9.-15.10. **Nordrhein-Westfalen-Tage**
17.-19.10. **Nach 2000: Global Dialogue: Welche Gesellschaft wollen wir?**

2.10.
Nigeria-Aktionstag
(aus Anlaß des Nigeriatages auf der Expo)
Info: The Voice, Jena, www.humanrights.de

3.10. in Hannover und Dresden
Anfinationaler Aktionstag
(aus Anlaß des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland-Nationaltag auf der Expo ist)
Info: Infoladen Dresden

3.10. im Pavillon Hannover:
"Wir begrüßen unsere Diktatoren"

ca. 9.-13.10.
Europäische Konferenz gegen Rassismus
UNITED for intercultural Action,
0031/20/6834778

Oktober/November in Berlin
23. BUKO "Weltwirtschaft"
Info: BUKO, 040/393156 und
www.epo.de/buko

Oktober/November
Kongreß "Umweltschutz von unten" und Bundes-Ökologie-Treffen
Institut für Ökologie, 04533/792259 und
http://go.to/umwelt

31.10.
Offizielles Ende der Expo
(bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten)
Auch der Tag, an dem Birgit Breuel stöhnt:
"Puuhhh, hätten wir das nur nie angefangen"

Fazit

Der Kampf für eine Welt der freien Menschen in freien Vereinbarungen hat erst begonnen ...

Infotelefon
Ab sofort gibt es ein Infotelefon zum Expo-Widerstand:

0511/762-5063
Di 11-13 & Do 15-18 Uhr

Infopaket
Das Infopaket mit einem Infoheft zu Hannover, zum Umgang mit der Polizei und mit der Broschüre "Stören, Blockieren, Sabotieren" kann weiterhin gegen 10 DM beim Büro für mentale Randalde bestellt werden.

Widerstandscamp steht!
Während der Aktionswoche wird es ein Widerstandscamp im Stadtteil Linden geben - direkt neben dem soziokulturellen Zentrum FAUST. Außerdem sollen Schlafplätze über eine Schlafplatzbörse vergeben werden.

Es geht weiter...
Der Expo-Widerstand soll erst der Anfang sein. Im Expo-Kalender sind die beiden perspektivischen Treffen eingetragen: Am 28.5. und vom 7. bis 9. Juli.

Hinweis

Die kleinen Termine sind Auszüge aus dem offiziellen Programm der Expo 2000.



Seminarreihe im Herbst/Winter
für selbstorganisierte politische Arbeit (autonome Räume, Finanzierung, Gruppenstrukturen)
Inst. f. Ökol., 04533/792259, institut@inihaus.de

Formale Aspekte einer Gruppe



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

50

Sommer 2000

• Tips und Tricks

Der Text stammt aus der Aktionsmappe Umwelt und ist leicht verändert.

Autor des ursprünglichen Kapitels in der Mappe (Kap. 7):

Peter von Rüden

Teil 2: In den „Ö-Punkten,, Herbst 1999 erschien der erste Teil des Kapitels zu formalen Punkten einer Gruppe, es ging um Arbeitsstil, Gruppenabläufen usw. Diesmal soll es um die Formalia eines Vereines gehen.

Einen Verein gründen

Zunächst muß die Entscheidung fallen, ob ein Verein nötig ist, dann ist zu überlegen, welches Modell gewählt werden soll, davon hängt die Formulierung der Satzung ab. Zu entscheiden ist auch, ob der Verein eingetragen werden soll. Wenn ja, sind mindestens sieben Gründungsmitglieder erforderlich, und die Satzung muß Zweck, Name und Sitz des Vereines enthalten. In der Satzung muß stehen, daß der Verein eingetragen werden soll. Sie muß außerdem Bestimmungen enthalten über Eintritt und Austritt, einen Mitgliedsbeitrag (kann auch heißen: es gibt keinen), die Bildung des Vorstandes (Wahlverfahren, Zusammensetzung), die Voraussetzungen, unter denen eine Hauptversammlung einzuberufen ist (z.B. jährlich und auf Verlangen einer Minderheit), die Einladungsfrist für Hauptversammlungen und die Protokollierung der Beschlüsse. Diese Bestimmungen besagen nur, daß die Punkte in der Satzung geregelt sein müssen, nicht wie.



Muster-Satzung

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein trägt den Namen „Bürgerinitiative Hintertupfing“. Nach seiner Eintragung ins Vereinsregister führt er im Namen den Zusatz e.V.

2. Der Verein hat seinen Sitz in Hintertupfing.

Erläuterung:

§ 1 regelt den Namen und den Vereinssitz. Der Vereinssitz ist, wenn der Verein eingetragen werden soll, der Ort, in dem das zuständige Amtsgericht ist. Der Satz: „Nach seiner Eintragung ...“ ist nur nötig, wenn der Verein eingetragen werden soll.

Der Tip:

Aktionsmappe Umwelt - "die" Arbeitshilfe für Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und alle, die konkret für den Umweltschutz eintreten wollen. Viele Seiten voller wertvoller Tips, angefangen von der richtigen Rechtsform einer Gruppe über Aktionsformen und -recht bis zu Finanzen, Gestaltung eigener Zeitungen und die Pressearbeit. Im Anhang finden sich (kommunal)politische Forderungskataloge.

280 S., farbiger Ordner, 29,80 plus Porto

Bestelladressen:

Materialauswahl Umweltschutz,
Postfach 1818, 36228 Bad Hersfeld
Büchertisch "Landfriedensbruch",
Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



Satzung

Zunächst muß eine Satzung entworfen werden (ggf. mit Hilfe der kommentierten), diese kann, falls der Verein eingetragen werden soll, beim Amtsgericht (Vereinsregister) vom/von der zuständigen RechtspflegerIn vorgeprüft werden. Soll der Verein auch als gemeinnützig anerkannt werden, kann auch das Finanzamt die Satzung vorprüfen.

Gründungsversammlung

Eine Gründungsversammlung kann ein Abendessen sein, bei dem mindestens sieben Gründungsver-

dingungsmitglieder die Satzung unterschreiben. Außerdem sind eine TeilnehmerInnenliste mit Adressen und ein Protokoll nach dem Muster der in diesem Kapitel abgedruckten nötig. Wer das Protokoll unterschreiben muß, hängt von der Satzung ab. Vorstand und zwei KassenprüferInnen können gleich gewählt werden.

Beglaubigung & Eintragung

Wenn alles erledigt ist, gehen alle Vorstands(!)mitglieder mit der Originalsatzung, einer Kopie, dem Gründungsprotokoll (Original

Niederschrift über die konstituierende Versammlung des Vereins Bürgerinitiative Hintertupfing

1. Eröffnung

Stefan Schulz eröffnet die Versammlung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Anwesenheit fest. Auf Vorschlag von Hans Meier wird Stefanie Hanssen als Versammlungsleiterin einstimmig ohne Enthaltungen gewählt. Sie nimmt die Wahl an. Auf Vorschlag von Hans Meier wird Stefan Schulz als Protokollant einstimmig ohne Enthaltungen gewählt. Er nimmt die Wahl an.

2. Satzung

Stefan Schulz stellt den Satzungsentwurf vor. In der anschließenden Diskussion werden keine Änderungsvorschläge eingebracht. Der Entwurf wird unverändert einstimmig ohne Enthaltungen angenommen und von den Gründungsmitgliedern unterzeichnet.

3. Wahl des Vorstandes

Kathrin Schröder beantragt, drei SprecherInnen zu wählen. Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen. Als SprecherInnen kandidieren Heike Hinkel, Carolin Müller und Michael Johansson. Stefanie Hanssen beantragt Blockwahl. Dem Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen stattgegeben. Die KandidatInnen werden einstimmig bei drei Enthaltungen gewählt. Heike Hinkel, Carolin Müller und Michael Johansson nehmen die Wahl an. Für den Posten der Schatzmeisterin schlägt Carolin Müller Kathrin Schröder vor. Schröder nimmt die Kandidatur an und wird einstimmig bei einer Enthaltung gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

4. Wahl der KassenprüferInnen

Auf Vorschlag von Stefanie Hanssen kandidieren Hans Meier und Judith Bacher als KassenprüferInnen. Sie werden einstimmig bei einer Enthaltung gewählt und nehmen die Wahl an.

5. Arbeitsaufträge

Die Versammlung beschließt einstimmig ohne Enthaltungen, den Vorstand zu beauftragen, die Gemeinnützigkeit zu beantragen und den Verein ins Vereinsregister eintragen zu lassen.

6. Schluß der Versammlung

Die Versammlung wird durch Stefanie Hanssen geschlossen.

Unterschriften

(Stefanie Hanssen, Versammlungsleitung)

(Stefan Schulz, Protokoll)

§ 2

Ziele und Aufgaben

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige sowie überparteiliche und überkonfessionelle Ziele im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

2. Vereinsziel ist der Schutz von Natur und Umwelt. Dieses Ziel setzt der Verein in seiner Arbeit um durch:

a) Erhaltung, Schaffung und Verbesserung der Lebensgrundlagen für das Leben von Menschen sowie einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt.

b) Schutz- und Hilfsmaßnahmen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

c) Mitwirkung bei Planungen, die Belange des Natur- und Umweltschutzes betreffen.

d) Einwirkung auf Gesetzgebung und Verwaltung gemäß den genannten Aufgaben sowie das Eintreten für konsequenten Vollzug der einschlägigen Rechtsvorschriften.

e) Öffentliches Vertreten und Verbreiten der Gedanken des Natur- und Umweltschutzes.

f) Hinführung von Kindern und Jugendlichen zur Natur und deren Schutz.

g) Erforschung und Darstellung der Grundlagen des Natur- und Umweltschutzes.

h) Information und Weiterbildung zu Fragen des Natur- und Umweltschutzes.

3. Die Teilnahme an Aktivitäten des Vereines ist nicht an die Mitgliedschaft gebunden. Alle Gremien tagen öffentlich.

Erläuterung:

§ 2.1 ist notwendig für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit. Der folgende Absatz konkretisiert die Ziele und deren Umsetzung. Hier dürfen bei gemeinnützigen Vereinen nur gemeinnützige Ziele stehen. Ein etwaiger Geschäftsbetrieb ... durch Verkauf von Büchern zu Umweltthemen darf NICHT erwähnt werden, auch wenn er durchaus zulässig ist.

§ 3 Mitglieder

1. Mitglieder können natürliche Personen sein.

2. Der Antrag auf Aufnahme kann jederzeit an den Vorstand gestellt werden. Über den Antrag entscheidet zunächst der Vorstand. Bei einstimmiger Annah-

und Kopie) und einer Kopie der TeilnehmerInnenliste zu einem Notar und machen einen Unterschriftstermin.

Die Eintragung muß beim Notar von allen Vorstandsmitgliedern unterschrieben werden (Personalausweis mitbringen). Der Notar nimmt rund 40,- DM Gebühr dafür. Ansonsten kann auch bei den jeweiligen Ortsgerichten bzw. Gemeindeverwaltungen in den Wohnorten der Vorstandsmitglieder um eine Unterschriftenbeglaubigung gebeten werden, diese kostet pro Unterschrift 7,50 DM bis 10,- DM. Ist der Verein gemeinnützig (wer genug Zeit hat, wartet mit der Eintragung, bis eine Bescheinigung vom Finanzamt da ist), spart eine Kopie der Freistellung Gerichtsgebühren. Diese Original-Satzung sowie TeilnehmerInnenliste und Gründungsprotokoll werden beim Amtsgericht mit einem Formbrief zur Beantragung der Eintragung eingereicht.

Irgendwann kommt dann ein Vereinsregisterauszug vom Amtsgericht. Der muß unter Umständen vorgelegt werden, wenn der Vorstand für den Verein etwas unterschreibt (z.B. Kontoeröffnung), um die Berechtigung nachzuweisen – die Vorstandsmitglieder sind hier namentlich aufgeführt. Jede Veränderung im Vorstand muß wieder eingetragen werden.

Gemeinnützigkeit

Ein rechtsfähiger oder nicht rechtsfähiger Verein kann beim zuständigen Finanzamt die Gemeinnützigkeit beantragen. Dazu müssen in der Satzung ein paar Dinge stehen (in der Mustersatzung erläutert), die vor allem aussagen, daß der Verein keine Gelder erwirtschaften soll, sondern uneigennützig tätig ist und alle Gelder nur für die satzungsgemäßen Ziele einsetzt. Dabei ist wichtig, daß in der Satzung nur Ziele stehen, die laut Abgabenordnung gemeinnützig sind (z.B. Umweltschutz). Die Liste der gemeinnützigen Ziele gibt es bei jedem Finanzamt. Wichtig ist auch der Absatz, daß der Verein „unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Ziele“ verfolgt.

Steuerfreistellung

Die Anerkennung als gemeinnützig hat vor allem Auswirkungen auf die Besteuerung des Vereins. So wie eine Einzelperson Lohn- oder Einkommenssteuer bezahlen muß, müssen Körperschaften (also z.B. Vereine) Körperschaftsteuer bezahlen. Die Anerkennung durch das Finanzamt befreit den Verein (rückwirkend für ein oder drei

Jahr/e) von dieser Steuer. Wichtig: Viele ZuschußgeberInnen geben Geld nur an Vereine, die als gemeinnützig anerkannt sind.

Steuerabzugsfähige Spenden

Spenden an gemeinnützige Vereine sind steuerlich absetzbar. Leute, die etwas spenden, bekommen eine Spendenquittung. Wenn die SpenderInnen die Quittungen bei ihrer Steuererklärung einreichen, brauchen sie den gespendeten Betrag nicht zu versteuern. Seit dem 1. Januar 2000 kann jeder gemeinnützige Verein selbst Spendenquittungen schreiben – bisher konnten z.B. reine Umweltschutzvereine das nicht.

Für Sachspenden ist die Gemeinnützigkeit ein echter Vorteil. Hier muß der Empfang der Sachspende quittiert werden, die Spendenbescheinigung kann direkt ausgestellt werden.

Antrag auf Gemeinnützigkeit

Der Antrag erfolgt formlos. Am einfachsten ist es, persönlich zum Finanzamt zu gehen und eine Kopie von Satzung und Gründungsprotokoll dort abzugeben – falls der Verein bereits eingetragen ist, auch eine Kopie des Registerauszugs. In der Satzung muß festgelegt sein, welcher Verein bei Auflösung und „nach Einwilligung des Finanzamtes“ das Ver-

me gilt der Antragsteller als vorläufig aufgenommen. Endgültig entscheidet in jedem Fall die Hauptversammlung.

3. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 10,- DM im Jahr.

4. Jedes Mitglied kann jederzeit fristlos aus dem Verein durch formlose schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand austreten. Ein Ausschluss von Mitgliedern ist nicht möglich.

Alternativen:

§ 3.1: Für eine „Zwei-Ebenen-Struktur“ wie folgt ergänzen: für Gruppen und Initiativen, die kein eigenständiger rechtsfähiger oder nicht rechtsfähiger Verein sind, kann eine natürliche Person stellvertretend Mitglied werden.

§ 3.2: Gut für „Trägerverein“ und „Zwei-Ebenen-Struktur“. Bei „Plenums-Vereinen“ sollte eine offenere Lösung gewählt werden: Aufnahme von Mitgliedern erfolgt durch schriftlichen Antrag an den Vorstand. Die Aufnahme kann nur verweigert werden, wenn triftige Gründe vorliegen. Lehnt der Vorstand die Aufnahme ab, ruht der Antrag bis zur Hauptversammlung. Der Aufnahmeantrag ist endgültig abgelehnt, wenn die Hauptversammlung die Ablehnung mit 2/3-Mehrheit beschließt, andernfalls wird der Antragsteller aufgenommen.

§ 3.3: Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben.
§ 3.3: Über die Höhe des Mitgliedsbeitrages entscheidet die Hauptversammlung.

§ 4 Hauptversammlung

1. Mindestens einmal pro Geschäftsjahr findet eine Hauptversammlung statt. Sie ist das höchste Beschlussorgan des Vereins. Sie wird mindestens vier Wochen vor Beginn durch den Vorstand einberufen. Die Einladung erfolgt schriftlich. Einzuladen sind alle Mitglieder. Eine außerordentliche Hauptversammlung kann vom Vorstand jederzeit einberufen werden. Auch zu dieser ist

mindestens vier Wochen vorher einzuladen. Auf Antrag von mindestens 1/10 der Mitglieder (Alternativen: von einem Mitglied, 1/4, 1/3) muß der Vorstand eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen.

2. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Stimmen sind nicht übertragbar.

3. Satzungsänderungen bedürfen der 2/3-Mehrheit.

4. Dem Antrag auf geheime Abstimmung ist stattzugeben.

5. Die Aufgaben der Hauptversammlung sind insbesondere:

a) Entgegennahme von Rechenschafts- und Erfahrungsberichten sowie Diskussion durchgeführter Aktivitäten.

b) Entgegennahme und Diskussion des Kassenberichtes.

c) Wahl und Entlastung des Vorstandes.

d) Diskussion von Arbeitsvorhaben.

e) Beratung und Beschluß des Haushaltsplanes.

f) Beschlußfassung über die Satzung und Satzungsänderung.

g) Wahl von zwei KassenprüferInnen.

h) Entscheidung über die Neuaufnahme von Mitgliedern.

6. Beschlüsse der Hauptversammlung sind schriftlich niederzulegen und von VersammlungsleiterIn und ProtokollantIn zu unterzeichnen.

Alternativen:

§ 4.2. Bei der „Zwei-Ebenen-Struktur“ wird „Einzelmitglieder haben eine Stimme“ ersetzt durch „Mitglieder, die für eine Gruppe stellvertretend Mitglied sind, können bis zu 30 Delegierte entsenden. Stimmhäufung ist unzulässig. Delegierte müssen nicht Mitglied der Gruppe sein, die sie vertreten.“

§ 4. = Plenum (Nur bei „Plenums-Verein“)

1. Das Plenum besteht aus allen Mitgliedern des Vereins. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Plenum führt die Vereinsgeschäfte und beschließt über aktuelle Aktivitäten und Vorhaben. Der Vorstand ist an Plenumsbeschlüsse gebunden. Das Plenum ist an Hauptversammlungsbeschlüsse gebunden.

2. Das Plenum entscheidet mit einfacher Mehrheit (Alternativ: einvernehmlich. Kommt kein Konsens zustande, ist eine außerordentliche Hauptversammlung einzuberufen).

3. Das Plenum kann die Bildung von Ausschüssen beschließen und diesen Einzelentscheidungen oder die Entscheidung über bestimmte Arbeitsbereiche übertragen.

4. Beschließt das Plenum das Mißtrauen gegen den Vorstand, sind unverzüglich Neuwahlen einzuleiten.

§ 5 Vorstand

1. Der Vorstand im Sinne von §26 BGB besteht aus zwei bis fünf SprecherInnen und einem/r SchatzmeisterIn. Jedes Vorstandsmitglied ist allein vertretungsberechtigt. Vorstandsmitglieder müssen nicht Mitglied des Vereins sein.

2. Der Vorstand wird jährlich von der Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit gewählt. Dabei ist zunächst über die Anzahl der zu wählenden SprecherInnen abzustimmen. Anschließend werden die SprecherInnen einzeln gewählt. Bei gleicher Anzahl von KandidatInnen und SprecherInnenposten ist Blockwahl möglich, wenn die Hauptversammlung dem einstimmig zustimmt. Der/die SchatzmeisterIn ist einzeln zu wählen.

3. Der Vorstand bleibt bis zur Neuwahl im Amt.



Sommer 2000

• Tips und Tricks



Lesetipp Umweltbildung

Bund Naturschutz
Der weite Weg vom Kopf zur Hand
(1998, BN in Wiesenfelden, 52 S., 10 DM)
Von Ökos bis Yuppie
(2000, BN in Wiesenfelden, 56 S., 10 DM)
Die Hefte sind jeweils Ergebnisbände von Seminaren. Im ersten werden vier Hauptkapiteln werden verschiedene Aspekte der Umweltbildung und Umweltpsychologie behandelt. Die Frage im Mittelpunkt ist die Überlegung, wie aus Wissen auch Handeln wird. Leider wird diese Fragestellung nur psychologisiert, aber nicht politisiert. Das ist typisch für die aktuelle Umweltbildung. Sie wird keine Antwort finden, solange die Frage nach der Relevanz des eigenen Handelns nicht gestellt wird. Motivation ist die Einsicht, daß das eigene Verhalten etwas bewegen kann ... diese einfache Logik ist in der heutigen Umweltbildung völlig verlorengegangen. Das zweite Heft zeigt „zielgruppenorientierte Bildungsarbeit durch Umweltpsychologie und Marketing“ (Untertitel). Diese Ankündigung wird erfüllt – das in der Sprache modern gehaltene Buch („Zum Untersuchungsdesign“ lautet das Kapitel zu einer Umfrage) soll für eine Ausrichtung der Inhalte von Bildungsarbeit an kapitalistischen Logiken werben. Und auch reaktionäre Botschaften fehlen nicht: „Die Hauptsache der globalen Naturzerstörung ist die evolutionäre Anlage des Menschen, nach Anerkennung, Dominanz, Besitz und Macht zu streben. ... Ohne Schwarzmalerei zu betreiben, ist festzustellen, daß in den letzten 20 Jahren keines der großen globalen Probleme gelöst wurde. Nach wie vor verzeichnet man: ungebremstes Bevölkerungswachstum ...“ (S.25)





Der Infodienst für UmweltakteurInnen

52 Sommer 2000 • Tips und Tricks

Lesetipps Computer

D. Jasper 11111 Internetadressen (1999, Markt&Technik in Haar, 1032 S., 29,95 DM) Ein dickes Buch voller Adressen. Zu jedem Eintrag gibt es eine erläuternde Überschrift und die www-Adresse. Das Buch ist thematisch gegliedert plus einem alphabetischen Inhaltsverzeichnis.

U. Schüller/H.G. Jaspers PCs aufrüsten – Schritt für Schritt (1999, Markt&Technik in Haar, 915 S., 69,95 DM) Ein Buch für alle, die sich selbst das Basteln am Computer zutrauen. Präzise Fotos und Beschreibungen zeigen, was möglich ist. Dazu gibt es einige Tips, um die Leistungsfähigkeit des Computers zu verbessern. Die beiliegende CD enthält eine umfangreiche Sammlung von Programmen zum Test des Computer und zu weiteren Veränderungen der Konfiguration.

Rudi Kost Word 2000 (1999, Markt&Technik in Haar, 1078 S., 79,95 DM) Bouchard/Huttel/Pelzel Office 2000 (1999, Markt&Technik in Haar, 1155 DM, 89,95 DM) Zwei dicke Wälzer, das Wort „Kompendium“ im Untertitel spricht es aus. Detailliert und anschaulich werden die Funktionen erklärt. Während im Word-2000-Buch sehr detailliert alle Funktionen beschrieben werden, geht es im anderen Werk im besonderen um das Miteinander der verschiedenen Programmteile des Office-Paketes. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis rundet das Ganze ab.

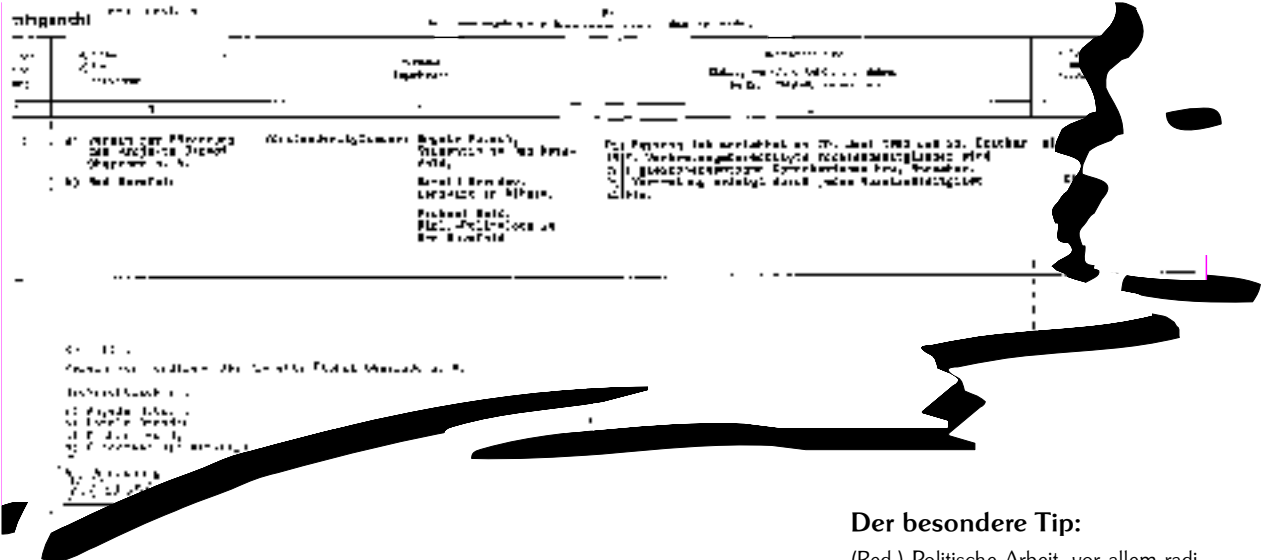
mögen erhält, ansonsten bekommt es „Vater Staat“. Die Gemeinnützigkeit dieses Vereins muß dem Finanzamt durch eine entsprechende Bescheinigung nachgewiesen werden. Nach einiger Zeit erhält der neugegründete Verein eine „Vorläufige Bescheinigung“. Die Gemeinnützigkeit wird immer rückwirkend für vergangene Jahre anerkannt, nachdem Tätigkeitsberichte, Jahreskassenabschlüsse und Steuererklärungen eingereicht wur-

den. Den endgültigen „Freistellungsbescheid“ gibt es also immer erst für bereits vergangene Jahre.

Tatsächliche Geschäftsführung

Es genügt nicht, die gemeinnützigen Zwecke nur in der Satzung zu beschreiben, sie müssen auch den tatsächlichen Tätigkeiten des Vereins entsprechen. Das

Finanzamt überprüft daher normalerweise alle drei Jahre (unter Umständen auch jedes Jahr), ob die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit weiterhin erfüllt sind. Der Verein bekommt dazu einen Steuererklärungsvordruck zugesandt. Wer eine ordnungsgemäße Buchführung hat (siehe Kapitel 14, „Finanzen“), für den ist das Ausfüllen nicht schwer. Neben dem Formular will das Finanzamt auch Kassenabschlüsse, ggf. auch Vermögens-



- 4. Eine außerordentliche Hauptversammlung kann mit 2/3-Mehrheit sofortige Neuwahl beschließen. Trotzdem ist auf der nächsten ordentlichen Hauptversammlung der Vorstand neu zu wählen.
- 5. Der Vorstand ist an Entscheidungen der Hauptversammlung (Alternativ: und des Plenums) gebunden.
- 6. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.
- 7. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und ist höchstes Beschlussorgan zwischen den Hauptversammlungen

Alternativ: Bei „Plenums-Verein“: § 5.7. Der Vorstand führt Beschlüsse der Hauptversammlung und des Plenums aus und hat keine eigene Geschäftsführungs- oder Entscheidungskompetenz

- § 5a Projekte („Projektfreiheitsparagraf“ - wichtig bei föderalistischer Gruppenstruktur)
 - 1. Durch Ideen und Initiativen von Aktiven sollen konkrete Projekte in Arbeitsgruppen bearbeitet werden.
 - 2. Die Arbeitsinhalte und Arbeitsformen werden im Rahmen der Satzung und allgemeiner Beschlüsse der Hauptversammlung von den Aktiven selbst bestimmt.
 - 3. Ein Projekt muß vom Vorstand anerkannt werden, wenn mindestens drei Personen mitarbeiten, ein Haushaltsplan vorliegt und das Projekt Vereinszielen und allgemeinen Beschlüssen der Hauptversammlung entspricht.

- § 6 Finanzen (muß bei gemeinnützigen Vereinen enthalten sein)
 - 1. Der Verein finanziert sich aus Zuschüssen, Spenden und Zahlungen der Mitglieder.

- 2. Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
- 3. Alle Ausgaben dürfen nur für Projekte und Aufgaben im Rahmen dieser Satzung getätigt werden. Der Verein ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Vereinszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- 4. Die Kassenprüfung erfolgt jährlich.

- § 7 Allgemeine Bestimmungen
 - 1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
 - 2. Über alle Sitzungen und Versammlungen sind Protokolle zu fertigen, die von ProtokollantIn und VersammlungsleiterIn zu unterzeichnen sind.
 - 3. Falls nicht anders festgelegt, genügt bei Abstimmungen die einfache Mehrheit.

- § 8 Auflösung Die Auflösung des Vereins kann durch die Hauptversammlung mit 2/3-Mehrheit beschlossen werden. Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall des bisherigen Vereinszwecks fließt das Vermögen dem/der xxxx (anderer gemeinnütziger Verein) zu, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke im Natur- und Umweltschutz zu verwenden hat.

Erläuterung: Soll der Verein gemeinnützig werden, will das Finanzamt eine Bestätigung der Gemeinnützigkeit des Vereins, an den das Vermögen fließt, sehen. Es kann auch verfügt werden, daß das Vermögen an die Stadtkasse fällt, falls kein anderer Verein bekannt ist.

Der besondere Tip:

(Red.) Politische Arbeit, vor allem radikale und direkte Aktionen, vertragen sich oft nicht mit Wirtschaftlichkeit oder hohem Spendenaufkommen. Umgekehrt führen gefüllte Kassen oder finanzielle Abhängigkeiten zu Phantasieslosigkeit und Anpassung. Daher sollte die formale Trägerschaft eines Projektes von der konkreten politischen Arbeit getrennt werden, d.h. der Verband, der Verein oder auch der Trägerverein eines Zentrum, Mieter von Räumen usw. sollte nicht derselbe sein, der auch konkret aktiv ist. Vielmehr sollten die Projektgruppen eigenständig handeln und nicht als Teil des Vereines. Vorgänge, die der Gemeinnützigkeit bedürfen, können dann über den Verein abgewickelt werden.

In einer solchen Konstruktion haben die Projektgruppen aber keine formale Macht. Hier kann ein Vertrag helfen, z.B. zwischen Verein und Personen aus den Gruppen oder auch zwischen zwei Vereinen, die als Träger auftreten (Trägerverein des Hauses, Verein der NutzerInnen-gruppen) und im Vertrag vereinbaren, ein Plenum der Projektgruppen u.ä. als Entscheidungskollektiv zu akzeptieren.

Motto: Auch beim Abbau von Hierarchien Phantasie entwickeln – und nicht irritieren lassen von den vielen Vereinen und Rechtskonstruktionen rundherum. Dort waren vor allem Sicherheit und Geld das Ziel, nicht aber politische Unabhängigkeit!



berichte und vor allem Tätigkeitsberichte sehen. Wichtig ist, daß beides übereinstimmt. Die Belege kontrolliert das Finanzamt nur selten. Nach der Prüfung erhält der Verein rückwirkend für die letzten Jahre einen Freistellungsbescheid, der ähnlich wie die „Vorläufige Bescheinigung“ aussieht. Aufpassen: Ein Verlust der Gemeinnützigkeit kann zur Einziehung von Vereinsvermögen führen!

Zweck- & Geschäftsbetrieb

Finanzämter unterscheiden zwischen verschiedenen Tätigkeitsbereichen eines Vereins; den „ideellen Bereich“, die „Vermögensverwaltung“, den „Zweckbetrieb“ und den „wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“. Der Geschäftsbetrieb ist nicht steuerbefreit! Es gibt aber eine Freigrenze: Solange im Geschäftsbetrieb weniger als 60.000,- DM im Jahr eingenommen werden, fallen keine Körperschafts- und Gewerbesteuern an. Dennoch muß die Höhe des Geschäftsbetriebes für das Finanzamt aus dem Jahresabschluß erkenntlich sein.

In den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gehört alles, was ein Verein an Leistungen gegen Entgelt anbietet, die sich an die Allgemeinheit richten. Sofern der Verein damit in Konkurrenz zu Gewerbetreibenden tritt, liegt auch dann ein Geschäftsbetrieb vor, wenn die Leistung auf die Mitglieder beschränkt ist und nicht zur Verwirklichung des Vereinszwecks dient. Geschäftsbetrieb sind z.B. Anzeigen in Zeitungen, die der Verein herausgibt, Verkauf von Broschüren oder Büchern und der Getränkestand beim Straßenfest.

Schwierig ist die Abgrenzung zum steuerfreien „Zweckbetrieb“. Ein Zweckbetrieb ist dann gegeben, wenn die wirtschaftliche Tätigkeit insgesamt zur Verwirklichung des Vereinszwecks dient.

Das ist nicht der Fall, wenn die Tätigkeit nur Geld für Vereinsarbeit beschaffen soll. Eintrittsgelder sind z.B. Zweckbetrieb, Getränkeverkauf ist Geschäftsbetrieb. Wer sich unsicher ist, kann beim Finanzamt nachfragen und sich eine verbindliche Auskunft geben lassen. „Vermögensverwaltung“ sind Einnahmen aus Zinsen etc. Das dürfte für eine Initiative aber keine Rolle spielen.

Der „ideelle Bereich“ ist alles, was für satzungsgemäße Ziele des Vereins ausgegeben wird, ohne daß Leistungen gegen Entgelt angeboten werden, z.B. Druck eines Flugblattes oder Organisation einer Demonstration. Zuschüsse ohne Gegenleistung an den/die GeldgeberIn sind ebenfalls ideell. Wird dem/der ZuschußgeberIn gegenüber eine Gegenleistung erbracht, so handelt es sich um einen steuerpflichtigen Geschäftsbetrieb (wichtig: daß für einen Zuschuß überhaupt etwas gemacht werden muß, ist irrelevant – nur wenn der/die ZuschußgeberIn den Vorteil hat).

Der Geschäftsbetrieb darf niemals Verluste machen. Sonst besteht die Gefahr, daß die Gemeinnützigkeit aberkannt wird, weil das Finanzamt das so bewertet, daß eine wirtschaftliche Tätigkeit aus gemeinnützigen Geldern subventioniert wird. Es ist aber möglich, verschiedene Geschäftsbetriebe zu verrechnen und ein Minus in einem durch ein Plus im anderen auszugleichen.

Haftung & Versicherung

Wenn ein eingetragener Verein existiert, ist das Haftungsrisiko auf das Vereinsvermögen beschränkt. Trotzdem ist es sinnvoll, den Verein durch eine Haftpflichtversicherung zu schützen. Private Haftpflichtversicherungen zahlen in aller Regel nicht für Schäden, die im Rahmen von ehrenamtlicher Tätigkeit

entstanden sind. Bei Untergliederungen von Umweltverbänden besteht normalerweise Versicherungsschutz durch den Verband; aber Vorsicht, manchmal sind nur Mitglieder versichert und nicht alle MitarbeiterInnen von Aktivitäten im Rahmen der Vereinsarbeit. Auf diesen Unterschied gilt es auch bei Abschluß einer eigenen Versicherung zu achten.

Beim Abschluß einer Versicherung ist es ratsam, eine/n unabhängige/n VersicherungsmaklerIn oder einen „Fairsicherungsladen“ zu Rate zu ziehen. Das kostet nicht mehr, weil die Provision von den Versicherungsgesellschaften getragen wird und erspart viel Mühe beim Vergleich von Leistungen und Preisen.

Neben der Haftpflichtversicherung kann auch eine Unfallversicherung für Vereinsaktivitäten sinnvoll sein. Wo viel mit dem Auto gefahren wird – wenn es denn sein muß – ist eine Dienstreise-Kaskoversicherung ratsam. Sie deckt Schäden an privaten Autos der Aktiven, die auf dem Weg zu Aktivitäten des Vereins geschehen. Im Gegensatz zur privaten Vollkasko entfällt die Hochstufung im Schadensfall, im Gegensatz zur Teilkasko werden alle Schäden übernommen. Die Dienstreise-Kasko greift auch bei gemieteten Autos – eine Versicherung über den/die VermieterIn ist also nicht mehr nötig. Achtung: Wer staatliche Zuwendungen bekommt, kann Versicherungen nur dann abrechnen, wenn dies im Vorfeld einer Veranstaltung ausdrücklich vereinbart wurde.



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

• Tips und Tricks

53

Lesetipps Umweltbildung

P. Massing
Handlungsorientierter Politikunterricht
(1998, Wochenschau in Schwalbach, 60 S.)
Nacheinander werden verschiedene Methoden beschrieben, ein bißchen Abwechslung und „Feuer“ in den Unterricht zu bringen. Vorgestellt sind: Rollenspiel, Planspiel, Talkshow, Pro-Contra-Debatte und ExpertInnenbefragung.

Solar



Wagner & Co
SOLARTECHNIK
REGENWASSERNUTZUNG

Moderne Solarsysteme sind technisch ausgereift und preisgünstig. Jeder kann einen persönlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

na klar!

Schnell Infos anfordern.

E. Jung
Projekt – Projektorientierung
(1997, Wochenschau in Schwalbach, 48 S.)
Projektorientierung in der Bildungsarbeit schafft Möglichkeiten, die z.B. in der aktuellen Ökopädagogik meist gänzlich fehlen: Selbstbestimmte Lernprozesse, eigene Erfahrungen im öffentlichen Raum, Veränderung des zu Lernenden durch die Lernenden selbst usw. Das Buch schildert die Geschichte der Projektidee, skizziert ihre Einsatzmöglichkeiten und beschreibt zwei Beispiele – mehr eine kurze Einführung als ein Methodenbuch.

20 Jahre Selbstverwaltung

Wagner & Co - Zimmermannstr.12 - 35091 Cölbe - ☎ 06421/8007-0

Internet: www.wagner-solartechnik.de

Perspektiven



Der Infodienst für UmweltakteurInnen

54 Sommer 2000
● Perspektiven

Das Wichtigste kommt jetzt ...

Mit der Aktionswoche zur Expo-Eröffnung, vor allem aber dem Stör- und Blockadetag am 1.6., soll "nur" ein Anfang gesetzt werden – aber hoffentlich gleich ein bemerkenswerter. Ziel ist, mit dem Aufbau widerständiger und selbstorganisierter Strukturen, dem Überwinden der vielen Ein-Punkt-Bezüge (die trotzdem weiter wichtig bleiben), klaren Positionen und neuen Visionen politische Handlungsfähigkeit zu erreichen. Gegenmacht von unten.

Gegensätze werden entstehen, einmal zu den angepaßten NGOs und LobbyistInnen, die in den letzten Jahren ihre Blütezeit hatten und viele ehemals unabhängige PolitakteurInnen zu VorfeldkämpferInnen von SPD und Grünen gemacht haben, zum anderen aber auch zu den verkrusteten, phantasie- und lustarmen Aktionsstrategien radikaler Linker, deren ständiges Nörgeln gepaart mit

Latschdemos schon lange keine Anziehungskraft mehr ausüben.

Für Umweltschutzgruppen bietet sich die Chance, sich an der Idee von "Gegenmacht von unten" zu beteiligen – auszubrechen aus der Langeweile der Anbieberung an Staat und Konzernen. In einer Zeit, in der Umweltzerstörung und

Ausbeutung weltweit dramatisch zunehmen, müssen wir widerständig werden, GEGEN die antreten, die zerstören. Die größten Erfolge hat die Umweltbewegung in den 70er und Anfang 80er Jahren erstritten – offensiv und öffentlich. Das kann muß machen. Die Perspektiventreffen, die unten aufgeführt sind, können Anknüpfungspunkte bieten. Zudem gibt es den Perspektiven-Rundbrief (Abo: 40 DM/Jahr), die Mailingliste zur ständigen Diskussion und die Internetseiten "Umweltschutz von unten" unter <http://go.to/umwelt>.

Hinweis

Wer Interesse hat, Veranstaltungen, Seminare, Workshops usw. zu diesen Themen zu veranstalten, sollte sich melden bei der

Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, Tel. 06401/90328-3, Fax -5

ReferentInnen- und Themenliste gegen 2,20 DM in Briefmarken.

Mögliche Themen u.a.:

- Kritik an Agenda und Nachhaltigkeit
- Expo 2000: Kritik und Widerstand
- Emanzipatorischer Umweltschutz statt Öko-Neoliberalismus (Ökosteuern, Nachhaltigkeit & Co.)

Fotos

Anti-Expo-Aktion in Bad Oldesloe.

Sprüherei am EXPO-Cafe in Dessau.



Anti-Expo regional

Treffen zur Perspektivendebatte

2.-6.6. in Hannover
Perspektiven internationalistischer Arbeit
Info: Redaktion alaska, Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen

28.5. im Widerstandscamp in Hannover
Perspektivendiskussion

7.-9.7. im WJZ Kornstraße (Hannover)
1. bundesweites Treffen nach der Aktionswoche
Kritik, Perspektiven, neue Projekte
Kontakt: siehe Anti-Expo-Kalender (S. 48) und www.expo-no.de

21.-30.7. bei Berlin
A-Camp
Anarchistisches Sommercamp mit vielen Workshops und Arbeitskreisen, u.a. zu Perspektiven von Widerstand und emanzipatorischer Bewegung
Info: A-Camp, c/o Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin, acamp@jobberlin.de, <http://travel.to/acamp>

Im Herbst (Ort:?)
"Umweltschutz von unten"
(Kongreß "Gegenbilder zur Expo")
Perspektiven von Umweltschutzarbeit jenseits ökoneoliberaler Konzepte, z.B. Demokratisierung des Flächenverbrauchs, Ökostrom von unten usw.
Info: Institut für Ökologie, Turmstr. 14A, 23843 Bad Oldesloe, Tel. 04533/792259, institut@inihaus.de
Wer weiß einen guten Ort und würde dort mitwirken? Wer hat Lust auf inhaltliche Beiträge, Infostände usw.?

6.-26.8. in Saasen
Diskutieren, Renovieren, Layouten
Drei Wochen (Teilnahme auch für einige Tage möglich) Debatte um "Gegenmacht von unten", Umweltschutz von unten und mehr. Basteln an der Projektwerkstatt (u.a. Heizholz machen), Ö-Punkte-Endredaktion und -Versand.
Info: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt@apg.wbbnet.de

Infodienste, Zeitungen und Ö-Punkte-Verteiler:

Abfall:

Das Bessere Müllkonzept
 Infos und Texte rund um Abfallvermeidung und -politik.
 Feldstr. 6, 82282 Unterschweinsbach
 MüllMagazin (Rhombos)
 Kurfürstenstr. 17, 10785 Berlin

Anti-Atom:

anti atom aktuell (5 DM, Abo 60 DM/12x)
 Vernetzungszeitung der unabhängigen Anti-Atom-Bewegung mit Berichten, Infos und Terminen. Einladung zu Konferenzen.
 Helgenstockstr. 15, 35394 Gießen
 Atom-Pressepiegel
 Am Lindenplatz 28, 47820 Krefeld
 Forum des IPPNW
 Körtestr. 10, 10967 Berlin
 THTR-Rundbrief (BI Hamm)
 Postfach 1242, 59002 Hamm

Chemie & Industrie:

Stichwort Bayer (60 DM/Jahr, 4x)
 Informationen zur Chemieindustrie, hrsg. von der Coordination gegen Bayer-Gefahren.
 Postfach 150418, 40081 Düsseldorf

Energiewende:

Energie-Depesche (4,50 DM, 24 DM/Jahr, 4x)
 Grabenstr. 17, 53619 Rheinbreitbach
 Neue Energie (BWE)
 Herrenfeichstr. 1, 49074 Osnabrück
 Solarthemen (204 DM/Jahr, 24 Heft)
 Bültstr. 85, 32545 Bad Oeynhausen
 Solarbrief (20 DM/Jahr)
 SFV, Herzogstr. 6, 52070 Aachen

Jugend und Umweltschutz

Lupe (Rundbrief des Deutschen Jugendbund für Naturbeobachtung), c/o DJN
 Nachrichten aus dem DJN und zu Aktionen.
 Justus-Strandes-Weg 14, 22337 Hamburg

Landschaft:

Naturschutz und Landschaftsplanung
 Postfach 700561, 70574 Stuttgart
 Natur und Landschaft (118 DM/Jahr, 11x)
 Postfach 400263, 50832 Köln
 Steinbeißer (IG Gesteinsabbau)
 Prof.-Virchowstr. 8, 02820 Aue
 Wattenmeer International
 WWF, 60591 Frankfurt

local economy:

bankspiegel (GLS Gemeinschaftsbank)
 Postfach 100829, 44708 Bochum
 Contraste
 Postfach 104520, 69035 Heidelberg
 koop telegramm (15 DM/Jahr, Beitrag: 60 DM)
 Mitteilungsblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Lebensmittelkooperativen mit vielen Infos für Food-Coops.
 Im Mailand 131, 44797 Bochum

Ökologischer Landbau:

Ökologie & Landbau (SÖL)
 Weinstr. Süd 51, 67098 Bad Dürkheim
 Unabhängige Bauernstimme (5 DM, 60 DM/Jahr, 11x)
 ABL, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

Organisation, Tips:

Media Perspektiven
 Am Steinernen Stock 1, 60320 Frankfurt
 KGV-Rundbrief (Öko-Institut)
 Bunsenstr. 14, 64293 Darmstadt

Politik von unten:

mitarbeiten (Stiftung Mitarbeit)
 und Rundbrief Bürgerbeteiligung
 Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn
 Schwarzer Faden (8 DM, 30 DM/Jahr, 4x)
 Postfach 1159, 71117 Grafenau
 Zeitschrift für direkte Demokratie
 Marcusallee 29, 28359 Bremen

Tierschutz/Tierrechte:

Brennpunkte
 Promenadeplatz 12, 80333 München
 Du und das Tier (DTSB)
 Baumschulallee 15, 53115 Bonn
 Tierbefreiung aktuell (25 DM/Jahr, mind. 4x)
 Informationen und Berichte über die Tierrechtsbewegung und Autonomen Tierschutz.
 Schmillinkstr. 7, 2009 Hamburg
 Voice (3 DM, 20 DM/Jahr, 4x)
 Ahornstr. 16, 63322 Rödermark

Über den Tellerrand:

Antifa-Infoblatt, L. Meyer (5 DM, Abo 30 DM)
 Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
 Antifaschistische Nachrichten (26x, Abo 78 DM)
 GNN, Postfach 260226, 50515 Köln
 blick nach rechts (14tägig, 125,-/Jahr, erm. 64,-)
 Pressehaus 1/216, Heußallee 2-10, 53113 Bonn

Der rechte Rand (3 DM, Abo 20 DM/Jahr)

Postfach 1324, 30013 Hannover
 ForschungsJournal Neue Soziale Bewegungen
 Postfach 1546, 65173 Wiesbaden
 Friedensforum (Friedenskooperative)
 Römerstr. 88, 53111 Bonn
 Gegenwind (Schleswig-Holstein)
 Schwefelstr. 6, 24118 Kiel
 Graswurzelrevolution (Schrapperabo 10 DM)
 Breul 43, 48143 Münster
 Interim, Bezug nur über Dealer und Infoläden
 Kampagne aktuelle (Rüstungsexporte)
 Bismarckring 3, 65185 Wiesbaden
 Kinderrechtliche News, c/o K.R.A.T.Z.Ä
 Dunckerstr. 11, 10437 Berlin
 Konkret (gibts am Kiosk)
 Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg

Umwelt allgemein:

Der Rabe Ralf (kostenlos, 40 DM/Jahr)
 Grüne Liga, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
 Kritische Ökologie
 Langgasse 24 HH, 65183 Wiesbaden
 Ökologisches Wirtschaften
 Waltherstr. 29/III Rgb, 80337 München
 Öko-Mitteilungen (Öko-Institut)
 Postfach 6226, 79038 Freiburg
 Perspektiven radikaler, emanzipatorischer
 Umweltschutzarbeit (40 DM/Jahr, 4-8x)
 Einschl. Ö-Punkte, zusätzlich Termine, Texte und Infos zu Perspektiven radikaler Umweltaarbeit, alternativem Lebens usw.
 Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen
 Politische Ökologie und punktum
 Waltherstr. 29, 80337 München
 http://www.oekom.de
 Rathaus und Umwelt (100 DM/Jahr, 6 Ex.)
 U.A.N., Arnswaldstr. 28, 30159 Hannover
 Umwelt kommunale ökologische Briefe (298 DM/Jahr, erm. 149 DM, 14tägig)
 Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin
 Umweltnachrichten (5 DM)
 Schwere-Reiter-Str. 35/1b, 80797 München

Umweltbildung:

Biologie in der Schule
 Postfach 269, 10107 Berlin
 DGU Nachrichten
 Ulmenstr. 10, 22299 Hamburg
 NUAnen (Zeitschrift der NUA)
 Siemensstr. 5, 45659 Recklinghausen
 Ökopädnews (Beilage zu punctum)
 c/o ökom, Waltherstr. 29, 80337 München
 Rundbrief Ökopädagogik
 Welsersstr. 15, 81373 München
 Unterricht Biologie
 Postfach 10 01 50, 30917 Seelze
 Rundbrief der Initiative Psychologie im Umweltschutz (2x/Jahr), c/o Geschäftsstelle
 Humboldt-Uni, Inst. für Psychologie, C 107, Oranienburgerstr. 18, 10178 Berlin
 Umweltberatung aktuell (BUND)
 Dunantstr. 16, 79110 Freiburg

Umwelt & Entwicklung:

alaska
 Kritische Zeitung zum Internationalismus
 Bernhardtstr. 12, 28203 Bremen
 BUKO-Agrar-Info
 BUKO Agrar, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
 Germanwatch
 Berliner Platz 23, 53111 Bonn
 Informationsdienst Weltwirtschaft & Entwicklung
 WEED, Berliner Platz 1, 53111 Bonn

iz3w-Blätter (8 DM, 60 DM/Jahr, 8x)

Postfach 5328, 79020 Freiburg
 Relaciones (VEN)
 Bahnhofstr. 16, 49406 Barnstorf
 Rundbrief "eine Welt"
 Mittelstr. 4, 34474 Wethen

Umweltrecht:

Recht der Natur (Schnellbrief), Schleusenstr. 18, 60327 Frankfurt
 Zeitschrift für Umweltrecht, Contrescarpe 18, 28203 Bremen

Verbands-Infodienste:

Alligator (Grüne Liga)
 Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
 BUNDmagazin
 Im Rheingarten 7, 53225 Bonn
 Deutschland-Rundbrief (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 EU-Rundschreiben (DNR)
 Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
 Hochschul-Umwelt-Info (5 DM)
 Zeitung für alle Mitglieder, d.h. studentische Umweltgruppen und FördererInnen. Infos zur Hochschul-Umweltarbeit.
 BSÖ, c/o ASTA Uni Münster
 Schloßplatz 1, 48149 Münster
 Naturschutz heute
 Postfach 301054, 53190 Bonn

VerbraucherInnenpolitik:

Verbraucher konkret (Mitgliedszeitung)
 Verbr.-Initiative, Breite Str. 51, 53111 Bonn

Verkehr:

Informationsdienst Verkehr (Umkehr e.V.)
 Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
 radWELT (ADFC)
 Postfach 107747, 28077 Bremen

Wasser:

Wasser-Rundbrief (AK Wasser des BBU)
 Rennerstr. 10, 79106 Freiburg
 Waterkant (AKN)
 Kreuzstr. 61, 28203 Bremen

Widerstand

Die Rote Hilfe (3,50 DM, 20 DM/4 Ausgaben)
 Postfach 6444, 24125 Kiel

Ö-Punkte in Rundschreiben

Anti-Expo-Netzwerk (10-30 DM/Jahr)
 Vernetzung zwischen Anti-Expo-Gruppen, Termine, Berichte, Infos zur Expo.
 Büro für mentale Randalde, Flaesheimer Str. 80, 45739 Oer-Erkenschwick
 Rundbriefe von ...
 BUND Thüringen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, BUND-Jugend, FZS: Zusammenschluß der StudentInnenschaften, Grün-alternatives Jugendbündnis (GAJB), Grüne Liga Sachsen und Thüringen, JANUN: Jugendumweltnetzwerk Niedersachsen, JugendmokratInnen/Junge Linke Nordrhein-Westfalen, Mehr Demokratie: Länderrundbrief, NABU Saarland, Naturschutzjugend Baden-Württemberg, Theorie-Arbeitskreis Alternative Ökonomie.
 Verteilung über die Themenredaktionen der Ö-Punkte und über die Ö-Depots (siehe Rückseite). Abonnements: Zeitschriftenhandel in Hannover, Berlin, Mittel- und Ostthessen.

Der Infodienst für UmweltakteurInnen

Sommer 2000

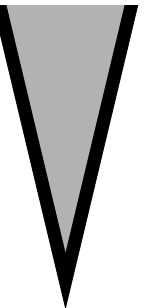
• Anhang, Verteiler

55

Erläuterung

Ö-Punkte liegen regelmäßig bei.

Ö-Punkte liegen unregelmäßig bei, d.h. der/die BezieherIn erhält nicht alle Ö-Punkte.



Die nächsten Ö-Punkte Herbst 2000:

Termine:

• Redaktionsschluß: 1.8.2000.
 • Endredaktion: 6.-20.8.
 • Erscheinen: ca. 22.5./OO.
 Die Redaktionstreffen und -arbeit sind offen für alle Interessierten!

Schwerpunkt: Ökostrom

Schwerpunkt-Redaktion: Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen

Thematische Texte bitte direkt an die zuständigen Themenredaktionen schicken. Allgemeine Artikel und Beiträge, Kleinanzeigen und Anzeigenaufträge an die Redaktionsadresse.

Und weiter ...:

Redaktionsschluß der Ausgabe "Winter" ist voraussichtlich der 1. November 2000. Für das Schwerpunktthema sind Vorschläge erwünscht.

Neu!!!

CD „Umweltschutz von unten“

Ab sofort erhältlich: Die CD mit allen Positionspapieren zum „Umweltschutz von unten“ und den bisherigen Ausgaben der „Ö-Punkte“ (erste Ausgaben nur unvollständig, da leider nicht vollständig erhalten). Als Textdateien und PDF. Mit dem aktuellen Acrobat Reader zur komfortablen Suche und Archivierung.
 Gegen 10 DM bei der Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.

Die nächsten Ö-Punkte ...
 bestimmt! Aber ...

Um langfristig überleben zu können, brauchen wir finanzielle Unterstützung – in Form von Förder-Abos, Spenden und einer Grundfinanzierung

20 x 1000 DM

(oder 40 x 500 DM oder ...)

Welche Gruppe, Organisation, Einzelperson, Firma, ASTA u.ä. würde eine solche Grundfinanzierung mittragen???

Vier Zusagen haben wir schon, wer macht mit???